

exklusiv in der WELT



Strategien gegen die Arbeitslosigkeit

Seit 1983 sind in der Bundesrepublik mehr als 500 000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden. Aber die Zahl der Arbeitslosen hat sich nur wenig verringert, denn zwei von drei neuen Jobs wurden aus der „stillen Reserve“ besetzt – von Menschen, die vorher nicht berufstätig waren. In der letzten Folge ihrer WELT-Serie skizziert Elisabeth Noelle-Neumann daher neue Strategien für einen weitergehenden Abbau der Arbeitslosigkeit. Seite 6

Heute in der WELT

Suezkrise – Die Folgen für Europa

Vor 30 Jahren leitete der britisch-französische Feldzug gegen Ägypten die Suezkrise ein. Moskau drohte mit der Bombe, Washington hielt sich zurück. Europa verlor damals seinen dominierenden Einfluss, während für Moskau die Suezkrise der Beginn eines lang anhaltenden Engagements in Nahost war. Der langjährige Diplomat Professor Wilhelm Grewe zeichnet für die WELT das Krisen-Szenario und die Folgen dieses Abenteuers für Europa. Seite 7

POLITIK

Steuern: Ein Vorziehen der zweiten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes ist für die Bundesregierung kein Thema. Das sagte Wirtschaftsminister Bangemann gegenüber der WELT. (S. 13)

Empfang: Der frühere Kanzler Schmidt ist vom Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Glemp, empfangen worden.

Urteil: Der ehemalige IBH-Chef Horst-Dieter Esch ist in Koblenz zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Esch war wegen Betruges und Konkursverschleppung angeklagt worden.

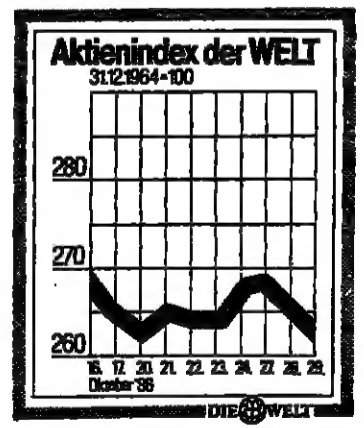
Tarife: Baden-Württembergs IG Metall will in die Tarifrunde 1987 mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche gehen.

WIRTSCHAFT

Liechtenstein: Das Fürstentum am Oberrhein ist gemessen an der Zahl seiner Einwohner das wohl am höchsten industrialisierte Land der Welt. Auch als Finanzplatz für internationale Banken ist Liechtenstein interessant geworden. Ein WELT-Report stellt das Fürstentum vor. (S. 21-23)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten ergaben sich gestern bei ruhigem Geschäft weitere Kursrückgänge. Am Rentenmarkt ergaben sich bei öffentlichen Anleihen ebenfalls deutliche Einbußen. WELT-Aktienindex 263,95 (266,82). BHF-Rentenindex 105,821 (106,058). BHF-Performance-Index 106,584 (106,792). Dollar

mittlerweile 2,0275 (2,0321) Mark. Goldpreis je Feinunze 405,80 (410,50) Dollar.



KULTUR

Tschechen: Drei in der CSSR lebende Autoren haben ein bemerkenswertes Buch über das Sudetenland verfasst. Eindrucksvoll wird die Bedeutung dieses Landes für die deutsch-tschechischen Beziehungen aufgezeigt. (S. 27)

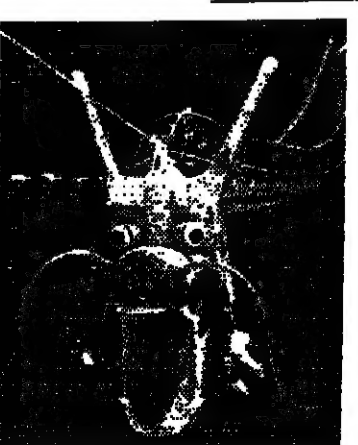
Ost-Berlin: Elf Maler aus der Bundesrepublik Deutschland stehen von heute an erstmals in Ost-Berlin ihre Werke aus. Die Präsentation wird im Rahmen des Kulturabkommens mit der „DDR“ vereinbart worden.

SPORT

Fußball: In die Auseinandersetzungen um die Olympia-Mannschaft des DFB haben sich jetzt auch die Spieler eingeschaltet. Sie engagieren sich für den Aufbau eines neuen Teams. (S. 24)

Tennis: Das Grand-Prix-Turnier in Paris ist mit insgesamt 625 000 Dollar das höchstdotierte Turnier der Welt. Schirmherr dieser Veranstaltung ist der französische Premierminister Chirac. (S. 24)

AUS ALLER WELT



Drachen: In diesen Tagen steigen wieder allorts bunte Drachen im Herbstwind gen Himmel. Kein Land kann für diese papierenen Gebilde Urheberrechte beanspruchen, doch die schönsten Exemplare kommen aus China (Foto). (S. 28)

Mehrlingsgeburten: Innerhalb einer Woche wurde aus München die dritte spektakuläre Mehrlingsgeburt gemeldet. Der reiche Kindersegen „auf einen Schlag“ ist aber keinesfalls eine unerklärliche Münchner Spezialität. (S. 28)

Umwelt – Forschung – Technik
Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Wetter: Freundlich

Seite 9
Seite 25
Seite 26
Seite 28

Beim Thema „Kronzeuge“ drängt Koalition zur Eile

Schon nächste Woche erste Lesung / Hausdurchsuchungen in Düsseldorf

GÜNTHER BADING/DW, Bonn
Mit einem Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus und mit der Verschärfung einer Reihe von Strafrechtsbestimmungen will die Bundesregierung Fahndungsarbeit und Präventivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden unterstützen. Das Bundeskabinett unter Leitung des Kanzlers billigte gestern die von einer Arbeitsgruppe unter Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble erarbeiteten Vorschläge, darunter auch die umstrittene Einführung einer Kronzeugen-Regelung bei terroristischen Straftaten.

Eingebracht werden die Gesetzesvorhaben allerdings von den Koalitionsfraktionen, um die parlamentarische Behandlung zu beschleunigen. Schon am Donnerstag kommender Woche, so der derzeitige Plan, sollen die Entwürfe im Bundestag in erster Lesung behandelt werden. Sie sollen noch vor Weihnachten endgültig verabschiedet und in Kraft gesetzt werden. Im Kabinett hätten die aus der FDP-Fraktion trotz der Zustimmung in der vergangenen Woche jetzt wieder geäußerten Bedenken keine Rolle

gespielt, berichtete Regierungssprecher Friedhelm Ost.
Wichtigste Neuregelung ist die Einführung des „Kronzeugen“ in das deutsche Strafrecht. Künftig kann ein reuiger Terrorist selbst bei schweren Verbrechen mit Straffreiheit oder -milderung rechnen, falls er gegen Gesinnungsgenossen vor Gericht

SEITE 4:
Fahndungskonzept

aussagt. Die Regelung soll nur für Terroristen gelten und auf zwei Jahre befristet werden.

Die weiteren einvernehmlich gebildeten Vorschläge der Koalition sehen vor:

● Der Paragraph 129 a des Strafgesetzbuches (Bildung einer terroristischen Vereinigung) wird auf Anschläge gegen den See-, Bahn- und Luftverkehr sowie auf Energieversorgungsunternehmen und Kraftwerke ausgedehnt.

● Der neue Paragraph 130 a des Strafgesetzbuches stellt die Befürwortung von Gewalt und die Anleitung zu Straftaten wieder unter Stra-

fe. Die Bestimmung hatte die SPD/FDP-Koalition abgeschafft.
● Durch eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes soll der Generalbundesanwalt auch ausländische Terrororganisationen, die auf deutschem Boden tätig werden, verfolgen können.

Die gesetzlichen Grundlagen für den direkten polizeilichen Zugriff auf das Zentrale Verkehrsinformationssystem beim Kraftfahrtbundesamt sollen noch in dieser Legislaturperiode geschaffen werden.

Bei einer Polizeiaktion im Komplex Kiefernstraße in Düsseldorf wurden gestern nach Auskunft der Bundesanwaltschaft mehrere Wohnungen durchsucht. Dabei sei ein Exemplar des Schreibens gefunden worden, das nach dem Mord an dem Diplomaten von Braunnühl aufgetaucht war. Außerdem habe die Polizei weiteres belastendes Material sichergestellt. In der Kiefernstraße waren auch Ludwig Hornstein und Christian Kluth gemeldet, die am 2. August zusammen mit der Terroristin Hauke-Frimpong festgenommen worden waren.

In Berlin eine neue Terror-Gruppe

„Revolutionäre Zellen“ dienen als Etikett / Ausschreitungen in mehreren Städten

W.K./DW, Berlin/Bonn
Hinter dem Anschlag auf den Chef der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, vermutet die Polizei eine neue terroristische Gruppierung, die unter dem Etikett der „Revolutionären Zellen“ (RZ) auftritt. Sie hält sich auch nicht an das alte Konzept der RZ, wonach bisher nur Gewalt gegen Sachen ausgeübt wurde.

Die neue Gruppe hat bei dem Anschlag auf Hollenberg nach Angaben gut unterrichteter Stellen den Eindruck zu erwecken versucht, daß auch Ausländer an dem Überfall beteiligt waren. Dazu diene offensichtlich der Fluchtwege, der einem Palästinenser gehörte, bevor er von einem mutmaßlichen Angehörigen der Gruppe erwischt worden war.

Wie der Leiter des politischen Staatsschutzes, Manfred Ganschow, mitteilte, hat der vorletzte Halter den benutzten VW-Passat am 10. August an einen Mann verkauft, der einen falschen Namen benutzt hatte. Dieser Unbekannte habe das Auto dann vier Tage später bei der Straßenverkehrs-

behörde endgültig stillgelegt, den Fahrzeugschein abgegeben und die Kennzeichen entstempeln lassen. Der frühere Wagenbesitzer sollte nach vorläufigen Ermittlungen als beteiligter Ausländer der Öffentlichkeit „untergeschoben“ werden.

Die „Revolutionären Zellen“ nannten in einem Brief an das Bonner Büro der französischen Nachrichtenagentur AFP als Grund für das „Bein-schuß-Attentat“, der „Menschheits-

SEITE 2:
Rastereisabundung

ger“ Hollenberg stehe im „Abwehrkampf“ gegen in der Bundesrepublik und West-Berlin lebende Ausländer „an vorderster Front“. Hier werde der Boden für „blutige Pogrome und radikale Repressionen“ geboten.

In Berlin ansässige arabische Gruppen und andere Ausländervereinigungen sind nach den Ermittlungen nicht in den Anschlag verwickelt. Die Schüsse auf Hollenberg und weitere Aktionen im Bereich der Asylpo-

litik wurden nach Ansicht von Experten unabhängig von den Aktivitäten politischer Ausländerorganisationen vorbereitet. Eine Analyse des Anschlags in Berlin schließt allerdings nicht aus, daß auch Angehörige des Umfeldes der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) daran beteiligt waren.

Hollenberg, den zwei Schüsse in die Beine trafen, wurde gestern operiert. Er muß noch etwa zwei Wochen im Krankenhaus bleiben.

Mit großer Zerstörungswut haben Sympathisanten der Hausbesetzerzone in Hamburg, Lübeck, Hannover und Köln sowie in der dänischen Hauptstadt auf die Räumung von Gebäuden in der Hamburger Hafenstraße reagiert. Unbekannte verübten in Kopenhagen Anschläge auf Büros des Elektronikonzerns AEG und der Deutschen Presseagentur sowie des Goethe-Instituts. Ein anonymes Anrufer sagte der dänischen Nachrichtenagentur Ritzau in dänischer Sprache, dies sei „Rache für das, was in der Hafenstraße passiert ist“.

Sowjetische Waffen stärken Sandinisten

Kampfhubschrauber per Frachter nach Nicaragua / USA bringen UNO-Resolution zu Fall

tho/DW, Washington
Der Konflikt in Nicaragua droht zu eskalieren. Die Sandinisten haben ihr bereits beträchtliches Waffenarsenal erweitert. Die Sowjetunion hat der Regierung Ortega sechs Kampfhubschrauber vom Typ Mi-24 „Hind“ geliefert. Einen entsprechenden Bericht der „Los Angeles Times“ bestätigte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Bob Simms. Er könne zwar nicht sagen, wie die USA an die Informationen gekommen seien. Es handle sich jedoch um sehr präzise Schätzungen.

Das Blatt berichtete, die Helikopter seien mit dem Handelsschiff „Aram Chatschaturian“ in den Pazifikhafen Corinto gebracht worden. Damit verfüge Nicaragua nun über zwölf dieser mit schweren Raketen bestückten Hubschrauber. Führer der „Contras“ geben stets an, daß kubanische Piloten die in Afghanistan erprobten Hubschrauber fliegen.

Außerdem soll Nicaragua Schnellboote erhalten haben. Der „Miami Herald“ berichtete, daß sich unter

den Waffenlieferungen auch Boden-Luft-Raketen des Typs SAM-3 befinden. Die sandinistische Volksarmee (EPS) hatte bisher keine Raketen dieser Art. Nach Ansicht westlicher Beobachter in Managua werden vor allem die zusätzlichen Mi-24 das militärische Kräfteverhältnis noch stärker zugunsten der Sandinisten verschieben. Simms gab an, die Sowjetunion habe in diesem Jahr insgesamt

SEITE 2:
Reden und handeln

18 000 Tonnen an Rüstungsgütern nach Nicaragua geliefert.

Die Sandinisten, die mit 120 000 Soldaten und Reservisten bereits über die größte Armee Mittelamerikas verfügen, kontrollieren seit mindestens zwei Jahren das Kampfgebiet dieses Krieges. Die „Contra“-Verbände umfassen dagegen lediglich 10 000 bis 15 000 Kämpfer, von denen sich viele in honduranischen Basislagern befinden. Bereits vor der Debatte im US-

Kongreß über die Wiederaufnahme der Militärhilfe hatte der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega verkündet, seine Regierung werde nun weiter aufrüsten. Die neuen Waffenlieferungen der Sowjetunion sind offenbar eine Reaktion auf die Entscheidung im Kongreß, der den „Contras“ im Sommer eine Militärhilfe in Höhe von 100 Millionen Dollar gewährte.

In diplomatischen Kreisen in Managua heißt es, die sandinistischen Streitkräfte besäßen mehr Waffen als sie einsetzen könnten. Auch der „Contra“-Kommandeur Adolfo Calero teilt diese Meinung. Den Rebellen bleibt jedoch ein Trost: Es soll Probleme mit dem Radar- und Raketenstystem geben.

Die USA haben im UNO-Sicherheitsrat mit ihrem Veto eine Resolution zu Fall gebracht, die sie zur Beschaffung des „Nicaragua-Urteils“ des Internationalen Gerichtshofs aufforderte. Dabei handelt es sich um einen Spruch vom Juni, der die US-Unterstützung der nicaraguanischen Rebellen für unrechtmäßig erklärte.

Der DFB sagt das Spiel in Tiflis ab

Reaktion auf Moskaus Berlin-Boykott / Begegnungen von Anfang an ein Politikum

DIETHART GOOS, Bonn
Der Deutsche Fußballbund (DFB) wird möglicherweise schon heute die Absage des Fußball-Länderspiels gegen die Sowjetunion am 25. März nächsten Jahres in Tiflis bekanntgeben. Damit reagiert der DFB auf die plötzliche Weigerung der Sowjets, entgegen ursprünglicher Absprachen nicht zum Rückspiel gegen die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland am 29. August 1987 im Berliner Olympia-Stadion anzutreten zu wollen. Das sowjetische Verhalten wurde in Kreisen der Bundesregierung gestern als schwerwiegend bezeichnet. Ein maßgeblicher Politiker sagte: „Das ist ein Hammer.“

Offiziell haben die Sowjets ihre Weigerung, das Rückspiel in Berlin auszuspielen, mit Terminschwierigkeiten begründet. In Bonn besteht jedoch kein Zweifel, daß dafür politische Motive ausschlaggebend sind. Offensichtlich wollen die Sowjets 1987 anlässlich der 750-Jahr-Feiern in

beiden Teilen Berlins mit Rücksicht auf die „DDR“ nicht im West-Teil der alten deutschen Hauptstadt spielen.

Die beiden Spiele zwischen der deutschen und der sowjetischen Mannschaft waren von Anfang an ein Politikum. Ursprünglich wollte der DFB als Ausrichter der Europa-Meisterschaft 1988 auch das Berliner Olympia-Stadion berücksichtigen. Dieser Plan scheiterte jedoch am massiven Widerstand des Ostblocks. Um die EM nicht zu gefährden, gab der DFB nach und vereinbarte mit der Sowjetunion als Trostpflaster für Berlin das dortige Freundschaftsspiel am 29. August nächsten Jahres. Nach der überraschenden Wende hieß es gestern in Bonner Regierungskreisen, nun sei der DFB zum zweitenmal von den Russen aufs Kreuz gelegt worden.

Ob die Sowjets jetzt wieder eine harte Linie in der Sportpolitik gegen Berlin einschlagen, könnte sich

schon bald herausstellen. Im Frühjahr 1988, noch vor Beginn der Europameisterschaft, findet in Berlin ein bedeutendes Fußball-Turnier mit den Nationalmannschaften Englands, Frankreichs, Brasiliens und der Bundesrepublik statt. Als weiterer attraktiver Gegner hat auch die Sowjetunion zugesagt. Bisher liegt keine Absage aus Moskau vor.

Die Berlin-feindliche Haltung der Sowjets ist offenbar kein isoliertes Vorgehen. Wie gestern bekannt wurde, plante der Berliner Fußball-Bundesligaklub Blau-Weiß 90 ein Freundschaftsspiel gegen die ungarische Nationalmannschaft. Das ungarische Team stand jedoch plötzlich nicht mehr zur Verfügung. Die als Ersatz angebotene Paarung mit der Mannschaft von Honvet Budapest wurde von den Berlinern abgelehnt. Offensichtlich spielte auch bei diesem verhinderten Sport-Kontakt die Politik eine entscheidende Rolle.

DER KOMMENTAR

Sport-Blockade

ENNO v. LOEWENSTERN

Manche bezeichnen die Sowjets als Sicherheitspartner, die ihre Verträge strikt einhalten und an Entspannung interessiert seien. Aber so gut wie immer, wenn die Probe aufs Exempel gemacht werden soll, stellen sich Termin- oder sonstige unüberwindliche Schwierigkeiten heraus.

Zuletzt sabotierten die Sowjets die Austragung der Europa-Meisterschaft in Berlin. Dann klappt es plötzlich mit dem als „Ersatz“ in Aussicht genommenen Länderspiel in Berlin nicht mehr.

Was Wunder, die Sowjets haben sich zwar dazu durchgerungen, an Sportveranstaltungen mit vielen Teilnehmern im freien Teil Berlins mitzuwirken und den ihnen unterworfenen Staaten die Teilnahme zu gestatten. Aber gegen Einzelveranstaltungen dort fällt ihnen immer wieder etwas ein. Ebenso sorgen die Sowjets bei Auftritten deutscher Mannschaften in ihrem Machtbereich nach Kräften dafür, die Berliner Vertretung als etwas Separates darzustellen. Dabei ist die Ausrückung, Berlin sei kein Teil der Bun-

desrepublik und werde auch nicht von ihr regiert, die in anderen Zusammenhängen schon böswillig genug ist, beim Sport einfach grotesk. Die Berliner Sportverbände gehören den Sportverbänden der Bundesrepublik Deutschland an; wenn diese Veranstaltungen in Berlin abhalten, ergibt sich dadurch beim besten oder vielmehr schlechtesten Willen nichts, was die sowjetischen Rechte aus dem Viernächtestatus tangierte.

Hier geht es schlicht und einfach darum, daß die Sowjets den Berlinern nicht einmal das gönnen, was sie im deutschen Text des Vier-Mächte-Abkommens aus „Bindungen“ in „Verbindungen“ umfassen ließen. Sie gönnen den Berlinern nicht einmal Sportveranstaltungen als Ausdruck der Lebensfreude und Lebensfähigkeit der Stadt.

Deutlicher können sie nicht sagen, daß sie ihr altes, 1948 erstmals durch die Blockade vorgeführtes Ziel niemals aufgegeben haben: den Griff nach dem frei gebliebenen Teil Deutschlands über den Griff nach dem frei gebliebenen Teil Berlins.

Im Fall Ibbenbüren neue Fragen an die Regierung Rau

Entstirkung des Kraftwerks kommt später als vorgesehen

MICHAEL JACH, Hannover

Bei der Inbetriebnahme des umstrittenen Kohlekraftwerks Ibbenbüren vor einem Jahr hat die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Ministerpräsident Rau (SPD) offenbar irreführende Angaben über den Zeitpunkt der Entstirkung gemacht. Zu der jetzt bekannt gewordenen Verschiebung des Einbaus der Entstirkungsanlage um fast ein Jahr sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Göttinger, die Landesregierung habe um die tatsächliche Sachlage wissen müssen. Sie habe jedoch mit einem „leeren Versprechen die Öffentlichkeit getäuscht“. Der Umweltpolitische Sprecher der CDU in Niedersachsen, Grill, meinte sogar: Rau sei „persönlich verantwortlich“.

In einem bisher wenig beachteten, jetzt von CDU-Umweltpolitikern in Hannover und Bonn zitierten Interview des WDR-Fernsehens hatte NRW-Umweltminister Matthiesen kürzlich eingeräumt, die Entstirkungskatalysatoren würden nicht wie ursprünglich geplant Anfang, sondern erst gegen Ende 1988 betriebsbereit sein.

Aber auch hinter diesem Datum

stehen Fragezeichen. Kraftwerkstechniker hatten von vornherein Bedenken gegen solche „politischen“ Terminangaben geäußert, weil das vorgesehene japanische Katalysator-Patent für die in Ibbenbüren erforderlichen Verbrennungsverfahren noch unprobt sei. In einer Werkdrucksache hieß es seinerzeit, Inbetriebnahme „bis Ende 1988 erscheint möglich, setzt allerdings einen reibungslosen Planungsablauf (Versuche...) voraus“. Jüngst hatte auch das Vorstandsmitglied des Kraftwerksbetreibers Preussag Stalp erklärt, an die „Entstirkungsanlage sind extrem hohe Anforderungen zu stellen, die heute noch nicht Stand der Technik sind“.

Unterdessen statt sich in der Hannoveraner Konzernzentrale Ärger an über die anhaltenden, politisch verursachten negativen Schlagzeilen über das Kraftwerk, das die 4000 Arbeitsplätze des Preussag-Bergwerks Ibbenbüren garantiert. Um dazuerwillen und gedrängt von der NRW-Regierung hatte sich das Unternehmen zum Bau des 770-Megawatt-Blocks entschlossen.

Seiten 2 und 3: Weitere Berichte

Beitragssatz sinkt wieder

AP, Bonn
Die Rentenfinanzen sind mittlerweile so gestiegen, daß der Beitragssatz zur Rentenversicherung wieder gesenkt werden kann. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion hervor. Danach soll der Beitragssatz zur gesetzlichen Altersversicherung, der von 18,5 Prozent vorübergehend auf 19,2 Prozent angehoben werden mußte, vom 1. Januar 1987 an nur noch 18,7 Prozent betragen. Das Rentenniveau konnte auf einem hohen Stand gehalten werden.

Lummers Rat an Dieppen

hrk, Berlin
Der Berliner CDU-Politiker Heinrich Lummer steht einer Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Dieppen an „DDR“-Staatsakt zur 750-Jahr-Feier Berlins kritisch gegenüber. In einem Beitrag für die WELT schreibt er: „So, wie die Bundesrepublik Deutschland bisher ohne den Besuch des Staatsratsvorsitzenden Honecker auskommen mußte, kann Berlin auch ohne die Teilnahme des Regierenden Bürgermeisters am Staatsakt leben.“ Seite 5: Auch ohne Besuch

Dublin empört über die Einmischung Khadhafis

Der libysche Staatschef unterstützt die Terrorgruppe IRA

SAD, Dublin
Der libysche Staatschef Khadhafi exponiert sich wieder als Anwalt des Terrors. In einem Interview mit dem irischen Fernsehen RTE bekräftigte er seine Unterstützung der irischen Untergrundorganisation IRA und legte sich nicht, als er gefragt wurde, ob diese terroristische Bewegung von Libyen Waffen und Geld erhalte.

Die Erklärungen, die Khadhafi abgab, lösten eine scharfe Reaktion der Dubliner Regierung aus. Außenminister Peter Barry sprach von einer „ungeheuerlichen Einmischung in die Angelegenheiten unseres Landes“.

Khadhafi Botschaft an die Iren: Wäre er „Führer von Südrand“, so wäre Nordirland für ihn ein Opfer des Kolonialismus und er würde „zur Befreiung dieses Teils meines Landes kämpfen“. Und dann gab er Oppositionsführer Charles Haughey massive Schützenhilfe. Dessen Partei Fianna Fáil wünschete er den Sieg bei der nächsten Wahl. Nur dann sei ein Ausbau der Handelsbeziehungen möglich.

Khadhafi ging auch auf den Ab-

bruch der diplomatischen Beziehungen Londons zu Damaskus im Gefolge des offensichtlich von Syrien mitgetragenen, doch verurteilten Terroranschlags des Jordaniers Hindawi auf ein israelisches Verkehrsflugzeug ein. Khadhafi sprach von einer Entfremdung Englands von der gesamten arabischen Welt. Er drohte: England werde diesen Schritt noch bereuen. Khadhafi wörtlich: „Wir müssen jeder Befreiungsbewegung, die gegen den Kolonialismus kämpft, unsere volle Hilfe gewähren.“ Weiter: „Die gesamte irische Jugend in Nord und Süd sollte am Kampf zur Befreiung Nordirlands mitwirken.“

In dem Interview, das auf Betreiben Libyens zustandkam, forderte Khadhafi die Aufstellung einer „unsichtbaren“ internationalen Armee, die an allen Orten Amerika bekämpfen solle. „Deutschland, Italien, Großbritannien und Spanien bieten Terroristen Zuflucht, die terroristische Anschläge gegen arabische Länder führen.“ Er nannte jedoch keine Beispiele.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gruß von Ogarkow

Von Carl Gustaf Ströhm

Marschall Nikolaj Ogarkow, der vor zwei Jahren als Chef des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte abgesetzt wurde, hat jetzt all jenen, die etwa die Neigung verspüren sollten, die Sowjetunion militärisch anzugreifen, mit zerschmetternden Gegenschlägen gedroht. Und zwar auch über die Nachrichtenagentur „Nowosti“, die dem Staatssicherheitsdienst KGB nahestehend und über deren neues „Militärbulletin“ sich als erster der jetzige Stabschef Achromjew hören ließ.

Was Ogarkow sagte, ist gewiß keine neue Formel, und gewiß hat Ogarkow auch die alte Formel wiederholt, wonach Moskau nicht als erster Atomwaffen einsetzen werde. Aber da klar ist, daß die USA – und sie wären als einzige vom Potential her dazu imstande – nicht daran denken, die UdSSR militärisch zu attackieren, bleibt nur die Frage, wen oder was Ogarkow hier gemeint hat. Wenn es um Aggressionen nach sowjetischer Lesart geht, hat auch das kleine Finnland 1939 einen „verbrecherischen Angriff“ begangen, als es sich dem Ultimatum Stalins nicht beugte. Da hieß es plötzlich am 26. November, finnische Artillerie beschleie die sowjetische Stadt Mainila. Vier Tage später marschierten die Sowjets in Finnland ein.

Nun hat der Marschall Achromjew kurz vor Reykjavik im Nowosti-Bulletin von dem „Schaden“ gesprochen, den Gorbatschows Atomtest-Moratorium den sowjetischen militärischen Interessen zufüge. Westliche Vermutungen, hier werde ein ernstster Konflikt zwischen Gorbatschow und den Militärs sichtbar, riefen wütende Proteste in Moskau hervor. Aber siehe da: Wenige Tage darauf tauchte eben dieser Marschall Achromjew als Mitglied der sowjetischen Reykjavik-Delegation im Troß Gorbatschows auf. Als Aufpasser?

Neutrale KSZE-Diplomaten sprechen von einem seltsamen Schwenk, den die sowjetische Politik kurz vor Reykjavik in der Abrüstungsfrage vollzogen habe. Jetzt, wenige Tage vor der Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz, erinnert ein hoher sowjetischer Offizier an die „Vernichtungs“-Doktrin, in einer Sprache, wie sie in westlichen Militärkreisen jedenfalls unbrauchbar ist. Damit verstärkt sich der Verdacht, daß es im sowjetischen militärischen Establishment starke Kräfte geben könnte, denen die ganze Gorbatschow-Richtung nicht paßt.

Anrürliches aus Düsseldorf

Von Dankwart Guratzsch

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat erneut die Fristen für die Entstickung von Ibbenbüren verlängert – aber die Öffentlichkeit hat wenig, zu wenig darüber erfahren. Wenn dies ein Vorgeschmack auf das sein soll, was der Ministerpräsident dieses Landes und Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, unter „neuer Umweltpolitik“ und „ökologischem Umbau der Industriegesellschaft“ versteht, dann brennt er auf der Zunge.

In Ibbenbüren hat Rau im vergangenen Jahr den „größten Stinker der Nation“ persönlich in Betrieb genommen: Kein anderes deutsches Kraftwerk, nicht einmal eine der zahlreichen Altanlagen, entsendet so hohe Frachten an Stickoxiden in den Himmel – selbst von Reinluftgebieten, denn der Schornstein von Ibbenbüren im Münsterland hat eine „Wirkhöhe“ (wie die Fachleute sagen) von 800 Metern. Er ist damit besonders prädestiniert, zur Entstehung von Photooxidanten wie Ozon beizutragen, denen heute maßgebliche, wenn nicht entscheidende Schuld am Waldsterben zugeschrieben wird.

Als Rau den Schaden sah, den er angerichtet hatte, beehrte er sich, im Dezember 1985 „Nachbesserungen“ anzukündigen, und setzte die Werksleitung, deren Entstickungsprogramm ihm zuvor gleichgültig gewesen war, mit kurzfristigen Terminen für die Nachrüstung des Kraftwerks unter Druck. Mit der Unterschrift seines Umweltministers Matthiesen unter die neuen Vereinbarungen mit den Betreiberfirmen steht jetzt fest: Die Termine können nicht eingehalten werden. Raus Versprechen, das Werk werde endgültig wenigstens ab 1. Januar 1988 gemäß den Richtlinien der Umweltminister vom April 1984 entstickt werden, ist hinfällig. Der Termin wird um ein ganzes Jahr verschoben – auf genau jenen Zeitpunkt, den die Firmen von vornherein auch selbst ins Auge gefaßt hatten.

Aber auch jetzt ist noch keineswegs sicher, ob das Werk dann wirklich „sauber“ gefahren werden kann, denn, so schrieb Preußag-Direktor Stalp soeben in einem Fachblatt: Die „hohen Anforderungen“ sind „noch nicht Stand der Technik“. Ist es da ein Wunder, daß sich manche einer an die Umweltpolitik der SPD-geführten Bundesregierung erinnert fühlt, die aus viel großen Worten, aber wenig Taten bestand?

Reden und handeln

Von Werner Thomas

Die Nachrichten aus Nicaragua über neue massive sowjetische Waffenlieferungen haben wieder einmal das unterschiedliche Verhalten der beiden Supermächte demonstriert: Die eine Seite redet, die andere handelt. So sichert sich das östliche Lager immer einen Vorsprung.

In Washington war monatelang über die Frage debattiert worden, ob die drei Jahre unterbrochene Militärhilfe an die antisandinischen Contra-Rebellen wieder aufgenommen werden soll. Nach hitzigen Diskussionen dürfen die Rebellen wieder mit 100 Millionen Dollar rechnen, 70 Millionen Dollar allein für Waffen. Bisher allerdings haben die Contras noch keinen Dollar erhalten. Erst letzte Woche unterzeichnete Präsident Reagan die entsprechende Gesetzesvorlage, weil diese erst noch prozedurale Hürden nehmen mußte.

In der Zwischenzeit wurden in der nicaraguanischen Hafenstadt Corinto längst sowjetische Frachter mit militärischem Material entladen, vermutlich mehr als 70 Millionen Dollar wert, darunter auch die schnellsten Kampfhubschrauber der Welt (Mi-24), gegen die die Rebellen bisher nicht wirkungsvoll zu verteidigen wissen. Das war schon die Antwort auf das amerikanische Kongressvotum.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich das militärische Kräfteverhältnis in den nächsten Monaten noch eindeutiger zu Gunsten der Marxisten in Managua verbessern. Diese hatten von Anfang an entscheidende Vorteile, nicht zuletzt durch die Hilfe von etwa dreitausend kubanischen Militärberatern. Aber als Anfang Oktober der amerikanische Staatsbürger Eugene Hasenfus in einem Versorgungsflugzeug über Nicaragua abgeschossen wurde, entstand eine weltweite Aufregung.

Man kann sich die weitere Entwicklung vorstellen. Die Contras werden keine dramatischen Erfolge erzielen. Die Reagan-Administration wird deshalb den Kongreß Anfang kommenden Jahres bitten, den bedrängten Rebellen eine weitere Militärhilfe zu gewähren. Dann gibt es wieder erregte Debatten auf dem Capitolshügel, während Moskau handelt.



Nicht die feine englische Art

KLAUS BÖHM

Die Herausforderung

Von Peter Gillies

Arbeitslosigkeit geißelt die Menschheit, läßt manche Bürger und Familien verzweifeln, programmiert nicht selten soziale Ausgrenzung. Sie fordert ein Staatswesen heraus. Ein Sozialstaat kann sich damit ebenso wenig abfinden wie eine Volkswirtschaft, denn die Zurückweisung von Arbeitsbereitschaft bedeutet den Verzicht auf Wachstum, Fortschritt und allgemeine Wohlfahrt. Trotz eindrucksvoller (wenn auch leider nicht zureichend gewürdeter) Fortschritte bei der Bildung neuer Arbeitsplätze sind rund zwei Millionen bei den Arbeitsämtern als erwerbslos registriert. Ist diese eckige wirkende Ziffer ein zutreffender Spiegel der Wirklichkeit?

Der ironische Stoffseufzer „Ich glaube nur jenen Statistiken, die ich selbst gefälscht habe“ tut der Statistik unrecht. Sie sagt nur eines aus: Bei deutschen Arbeitsämtern sind rund zwei Millionen Menschen an einem bestimmten Stichtag als Arbeitssuchende registriert. Wie schwer sie an diesem Schicksal tragen, wie energisch sie nach Arbeit suchen, wie sie ihre Chancen zu verbessern trachten oder wie es ihnen wirtschaftlich geht, sagt diese Statistik nicht aus. Von den gesellschaftlichen Gruppen, den Gewerkschaften, den Unternehmen, den Kirchen, Verbänden und auch den Politikern hätte man erwartet, daß sie nach Aufklärung hungern.

Sie tun es nicht, entwickeln sogar – ähnlich wie bei den Asylanten – eine Art Berührungsscheu mit diesem Thema, das sie gemeinsam als vordringlich bezeichnen. Das Institut für Demoskopie Allensbach, das in einer bisher nicht gekannten Breite und Tiefe die Arbeitslosigkeit ausleuchtet, sah sich sogar im Vorfeld seiner Befragung massiver Polemik und Behinderung ausgesetzt. Dabei erreicht dieser Report aus einer gesellschaftlichen Tabuzone, den DIE WELT in diesen Tagen veröffentlicht, breitesten Diskussion. Er birgt nämlich auch die Lösungsansätze.

Was in Festreden nicht auftaucht – an Stammtischen und in Alltagsgesprächen wird weit schärfer differenziert. Ein 55-jähriger Buchhalter in Emden, dem der Computer den Arbeitsplatz streitig macht, und der sich schwerlich als Werkzeugmaschinenloser mit NC-Qualifikation in Sindleifingen verdingen kann, taucht genauso als



Wie es damals war: Essensausgabe für Arbeitslose 1951

FOTO: ULLSTEIN

statistische Teilmenge auf wie eine Frau, die sich zwecks Aufrechterhaltung ihres Rentenanspruchs beim Arbeitsamt als Teilzeitschende einschreiben läßt. Beide Vorfälle werden jedoch gleich gezählt und gewichtet, obgleich sie von höchst unterschiedlicher Tragweite sind. Wollte man beide in Arbeit bringen, erreichte man dies nur mit einer maßgeschneiderten Politik, niemals mit Pauschalen wie beispielsweise sogenannten Arbeitsbeschäftigungsprogrammen.

Das demoskopische Schlaglicht erhält Tatbestände, deren öffentliche und politische Diskussion nötig ist, aber verdrängt wird. Einige seien genannt: 59 Prozent der Arbeitslosen würden keine Arbeit annehmen, die ihnen keinen Spaß macht, nur 26 akzeptierten auch einen freudlosen Job. Zwei Fünftel erklären, sie müßten schnell einen Arbeitsplatz finden, 37 Prozent dagegen entgegen, sie wollten sich damit etwas Zeit lassen. 21 Prozent haben sich im letzten halben Jahr bei keiner Stelle beworben, 27 Prozent bei einer bis drei Stellen. 60 Prozent haben von ihrem Arbeitsamt keine einzige Stelle angeboten bekommen – während kein Gütesiegel unserer riesigen Nürnberger Bürokratie.

Arbeit soll Freude machen, gewiß, aber kann dieser Wunsch so dominant sein, daß er Erwerbslosigkeit in Kauf nimmt? Die Umfrage erhärtet, daß die Suche nicht erfolgreich sein kann, wenn mehr als die Hälfte sie gar nicht zielstrebig genug unternimmt. Einzu kommt, daß die Mobilität gering ist. Nur ein Drittel entgegnet, man sei zum Ortswechsel bereit, wenn anderswo ein Job winkt; von ihren Familien jedoch sagen zwei Drittel, ein Umzug komme nicht in Frage. Nur die Hälfte der Arbeitslosen drängt auf schnelle Beendigung des Zustandes, nur die Hälfte gibt sich größere Mühe, ihn zu beenden.

Positiv ist, daß die Familie als Hort von Sicherheit und Hilfe empfunden wird. Im allgemeinen Lebensgefühl unterscheiden sich Arbeitslose nur wenig von Arbeitsbesitzern – bis auf den Tatbestand, daß sie sich häufiger langweilen als jene. Als Stigma wird der Zustand nur von jedem sechsten empfunden, was durchaus als Fortschritt im Sozialstaat bezeichnet werden darf. „Ich finde nichts dabei, von öffentlichem Geld zu leben“, antworten 43 Prozent, wobei der Rechtsanspruch der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung problemlos geltend gemacht wird.

In vielen politischen Reden werden Arbeitslose pauschal als Sozialfälle dargestellt, so wie manchmal die Identität von „Alt, einsam und arm“ beschworen wird. Beides trifft nicht zu. Ein Viertel der Erwerbslosen bezeichnet sich selbst als sozial schwach, 75 Prozent dagegen nicht. Jeder elfte hat „finanziell keine Sorgen“, 44 Prozent „kommen einigermaßen aus“, 35 Prozent können sich nur das Nötigste leisten, 11 Prozent haben große Sorgen – rund 200 000 charakterisieren sich als arm. Nach geltenden Maßstäben sind sie es wohl, wenigstens auch diese zur Hälfte über ein Auto im Haushalt verfügen. Vier Fünftel dieser Gruppe, die sich als arm bezeichnen, empfinden das Leben oft als sinnlos.

Trotz dieses aufschlußreichen soziologischen Querschnitts – Arbeitslose kann man mit Demoskopie nicht wegdefinieren, aber auch nicht mit Demagogie zu Massenlegenden kumulieren. Eine Gesellschaft aber, die sich gegen die Ausleuchtung eines Problems sperrt, wird es nie lösen. Ein Fieberkranker wird nicht gesund, wenn er sich weigert, sein Thermometer anzublicken. Auch seine Ärzte werden schwerlich Heilungserfolge erzielen, wenn sie die Annahme nicht zur Kenntnis nehmen. Und das soll kein Thema im Wahlkampf sein?

IM GESPRÄCH Michel Friedmann

Ohne Mantel im März

Von Joachim Neander

Er fühle sich, sagt er, wie einer, der im März ohne Mantel ausgeht – in der Gewißheit, daß es irgendwann Frühling wird, und in der Hoffnung, daß er sich bis dahin nicht erkältet. Der Frankfurter Rechtsreferendar Michel (französisch ausgesprochen) Friedmann ist mit seinen 30 Jahren der bisher einzige in diesem Land, der eine herausgehobene Funktion zugleich in der Jüdischen Gemeinde und – als CDU-Stadtvorordneter – in einer politischen Partei ausübt. Er hat, das räumt er ein, seine Probleme auf beiden Seiten.

Geboren in Paris, wohin es die aus Krakau stammende Familie nach einer Irrfahrt durch halb Europa verschlagen hatte – die Eltern gingen durch mehrere KZs und wurden schließlich durch den berühmte Unternehmers Oskar Schindler vor dem Gas getötet – kam Michel Friedmann mit neun Jahren nach Frankfurt, wo der Vater in der Pelzbranche tätig ist. Vater, Mutter und zwei Söhne (der ältere lebt in Israel) blieben aus einer dreigliedrigen Familie übrig. Michel spricht polnisch, jiddisch, französisch, englisch, italienisch und natürlich deutsch: Schicksal und Reichtum zugleich, eine Wegspur durch die jüngste Geschichte.

Der junge Friedmann wäre sicher auch ohne deutsche Politik ein guter Anwalt geworden. In der großen Frankfurter Jüdischen Gemeinde (rund 5500 Mitglieder) sitzt er seit langem als Jüngster im Vorstand. Kultur und Jugend sind seine Zuständigkeitsbereiche. Doch 1983 trat er auch in die CDU ein. Zwei Jahre später wurde er auf ihrer Liste ins Stadtparlament gewählt. Die Eltern und viele jüdische Freunde waren skeptisch: Ob das wohl gut geht? Konflikte scheinen vorbestimmt. „Ohne Walter Wallmann hätte ich es auch nie gemacht“, sagt der junge Mann mit den dunklen, welligen, nackelangen Haaren, der wie ein Filmschauspieler



Wallmann gewann ihn für die Partei: Friedmann

FOTO: AP

aussieht, ein brillanter Redner ist, aber – und das wissen nur wenige – auch ein überaus nachdenklicher Gesprächspartner und Zuhörer sein kann. Wallmann, der Frankfurter CDU-Oberbürgermeister und jetzige Bundesumweltminister, ist für ihn neben dem Bundespräsidenten das Beispiel für eine Haltung, auf die viele Juden lange gewartet haben.

Friedmann war der Wortführer der Juden, die sich in Frankfurt gegen die Aufführung des Faßbinder-Stücks wehrten. Er hatte in der Jüdischen Gemeinde harte Diskussionen zu führen, wenn einzelne Unionspolitiker Äußerungen von sich gaben, die als antisemitisch aufgefaßt wurden. Er hat auch mit Helmut Kohl über Bürgerschaft und den Satz von der „Grande der späten Geburt“ gestritten.

Um so stolzer ist Michel Friedmann, daß er jüngst wieder mit der höchsten Stimmenzahl in den Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt gewählt worden ist. Erfolg, das weiß er, wird das alles erst dann haben, wenn er in der deutschen Politik „nicht mehr als Jude, sondern als Bürger dieses Landes“ beurteilt wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFÄLISCHER ANZEIGER

Das Bremer Blatt erregt sich über die EG-Luxemburger Konferenz der EG-Außenminister kann allenfalls als Negativbeispiel in die Annalen der europäischen Einigung eingehen. Eine Ruhmestat war es jedenfalls nicht, wie kahlköpfig die Gemeinschaft abwinke, als Großbritannien um Solidarität bat.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung meint nur EG-Außenministerkonferenzen.

Die Ergebnisse der Diskussionen über Südafrika und Syrien zeigen zwei Tatsachen: daß Großbritannien dank der kompromisslosen Haltung der Premierministerin in der Diplomatie zweimal aus der Reihe tanzte und daß die Einstimmigkeitsregel ein Klotz am Bein ist, der die Gemeinschaft lähmt.

LA MONTAGNE

Die Zeitung aus Clermont-Ferrand schreibt in den deutsch-französischen Gesprächen.

Die geringen Ambitionen des auf Regierungsebene ausgearbeiteten Textes – den sowohl der Bundeskanzler wie der französische Präsident für unzureichend hielten – illustriert die Schwierigkeiten, eine Zusammenarbeit, die auf politischem Gebiet als „beispielhaft“ bezeichnet wird, in die Tat umzusetzen.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung geht auf das Thema Sonntagsarbeit ein.

Kurz nach dem Ersten Weltkrieg feierte die deutsche Arbeiterbewegung einen Sieg: Die Arbeit an Sonntagen und Feiertagen wurde für die meisten Beschäftigten verboten. Ein halbes

Jahrhundert später war der zweite Durchbruch erreicht: Der Samstag wurde arbeitsfrei. Jetzt wird im Zuge der Flexibilisierung der Arbeitswelt auch wieder über die Möglichkeit zu mehr Samstags- und Sonntagsarbeit diskutiert. Ein Rückschritt? Zwingt uns der technische Fortschritt mit seinen immer neuen Produktionsanlagen, die gar nicht stoppt werden können oder die aus Rentabilitätsgründen durchgehend laufen müssen, Samstags- und Sonntagsarbeit nicht einfach auf?

Schwarzwaldblätter

Das Oberelsässische Blatt bemerkt an den Ausstellungen in Berlin und Köln.

Es scheint sich die bittere Wahrheit zu bestätigen, daß Mordanschläge wie der auf den Genscher-Vertrauten von Braumühl in Bonn ihrerseits eine neue Attentatsserie anderer Terroristen folgen lassen. Deutlich wird das erschreckende Phänomen des Terrorismus moderner Prägung, das immer sich wieder Nachwuchs findet, der seine kriminelle Energie von Hausbesetzungen über das Schießen von Stahlkugeln und Präparieren von Autobomben bis hin zum brutalen Mord durch Genickschuss steigert.

ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung gibt der Bundeswehr ein bedenken.

Die Kriegsgeneration wußte, daß Lässigkeit bei der Wache Menschenleben fordern könnte. Einen mit Handgranaten beladenen Lastwagen im Kasernengelände nachts stehen zu lassen war nicht denkbar. Der Wachdienst im Dunstkreis des Gemüdes: das sollte schnell und wirksam abgestellt werden.

Bei der Rasterfahndung wird niemand gespeichert

Was alles an Unsinn über die Polizeiarbeit verbreitet wird / Gastkommentar von Manfred Schreiber

Wie mühsam polizeiliche Fahndung in manchen Deliktbegehrungen ist, zeigt sich besonders bei der Bekämpfung des Terrorismus. Die konspirativ und organisiert operierenden Täter sind sehr schwer zu fassen; einem hohen Fahndungsaufwand stehen relativ geringe Fahndungserfolge gegenüber. Um so wichtiger ist es, daß die Polizei alle im Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Fahndungsmöglichkeiten nutzt.

Dazu gehört neben der gezielten Einzelrecherche, der Öffentlichkeitsfahndung über Plakate und Medien, der Razzia und der verstärkten Grenzkontrolle im Einzelfall auch die Nutzung von Datenbeständen, die nicht bei der Polizei geführt werden: Einwohnermelde-dateien und Kundenregister, die Kraftfahrzeughalterdaten, des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg und der örtlichen Zulassungsstellen. Wenn die Polizei zum Beispiel nach bestimmten Terroristen fahndet und aufgrund von Hinweisen und Ermittlungsergebnissen vermutet, daß sie sich in einer kon-

spirativen Wohnung im Großraum Hamburg aufhalten, wenn sie zudem zum Beispiel Anhaltspunkte dafür hat, daß sie die Stromrechnung bar zahlen, welchen Wohnungstyp und welche Wohnlage sie bevorzugen, ist es sinnvoll, aus mehreren Dateien die Täter trichterartig herauszufiltern.

Dieses Vorgehen wird als Rasterfahndung bezeichnet und ist zum Reizwort geworden. Zu Unrecht, denn sie dient dazu, möglichst viele, die unter einem der oben genannten Kriterien zu den Personengruppen gehören, durch lediglich internen Rechnervorgang auszuscheiden und damit von jeder konkreten Verdachtsmöglichkeit zu befreien. Sie erleichtert nicht nur der Polizei die Arbeit, sondern erspart auch jedem, der sonst vielleicht einzeln befragt werden müßte, einen solchen Fahndungsvorgang. Das ist das genaue Gegenteil der immer wieder gehörten Behauptung, die Bürger gerieten durch die Rasterfahndung in ein „Schleppnetz“ oder in ein Verdachtssystem.

Es ist zu hoffen, daß die Verfügbaren über Dateien – seien es Meldebüro oder priva-

te Institutionen – dieses Votum zur Kenntnis nehmen. Daß solche Karten – wie es die Kommentatorin der ARD behauptete – der Polizei ständig zur Verfügung stehen, trifft nicht zu. Die Rasterfahndung kommt nur punktuell in einem konkreten Ermittlungsfall wegen einer schwerwiegenden Straftat zur Anwendung.

Besonders einleuchtend ist die Notwendigkeit des raschen Zugriffs der Polizei auf die Register des Kraftfahrtbundesamtes. Da werden Nachbarn durch den Lärm eines Einbrechers geweckt und können vom flüchtenden Kraftfahrzeug das Kennzeichen ablesen. Die Polizei möchte sofort die Fahndung aufnehmen und braucht Namen und Adresse des Halters. Aber die Zulassungsstelle ist geschlossen. Die Datenanfrage in Flensburg ermöglicht es ihr dennoch, sofort die Fahndung aufzunehmen.

In einem anderen Fall kann nach einem Verkehrsunfall ein Schwerverletzter nur noch die Firmenschrift auf dem flüchtenden Lkw ablesen. Durch eine sofortige Da-

teianfrage werden sämtliche Firmenfahrzeuge des Halters festgelegt. Dadurch gelingt es, das Fahrzeug sicherzustellen, bevor Spuren beseitigt werden.

Die Polizei braucht also beide Abfragemöglichkeiten: nach dem Fahrzeug und nach dem Fahrzeughalter. Bisher ist es nur einigen Länderpolizeien gestattet, unmittelbar auf die Register zuzugreifen. Dies ist nicht einzusehen.

Daher ist die Forderung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien zu begrüßen, das vom Bundestag verhängte Verbot des Anschlusses aller Polizeien aufzuheben. Zugleich soll die vorgesehene Änderung des Straßenverkehrsgesetzes beschleunigt werden, das die Voraussetzungen für den Zugriff auf die Dateien des Kraftfahrtbundesamtes regelt und Kontrollen vorsieht, die einem denkbaren Mißbrauch der Registerabfrage entgegenwirken.

Ministerialdirektor Professor Manfred Schreiber war früher Polizeipräsident in München. Er leitet heute die Polizeidirektion im Bundesministerium des Inneren.

Der einen Schreck, der anderen Ziel: die „lahme Ente“

Kongress-Wahlen in USA. Im Mittelpunkt steht ein Mann, der gar nicht kandidiert: Ronald Reagan. Es geht um die Frage, ob der Präsident zur „lahmen Ente“ wird, ob er künftig gegen demokratische Mehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat regieren muß. Die Demoskopen halten es für möglich – und das macht den Wahlkampf hart.

Von FRITZ WIRTH

Barbara Mikulski und ich haben eines gemeinsam“, sagte Linda Chavez, „wir sind beide Frauen. Doch hier enden bereits unsere Gemeinsamkeiten.“ So grundsätzlich begann es vor acht Wochen. Zwei Frauen waren zum Kampf um den heißesten Sitz im amerikanischen Senat angetreten, den das scheidende Charles Mathias in Maryland. Und zwischen ihnen lagen Welten.

Heute ist aus diesem Kampf, der so harmlos mit einer Geschlechtsbestimmung begann, eine bitterböse politische Materialschlacht geworden. So beschwerte sich denn in der letzten Woche Barbara Mikulski über Linda Chavez: „Sie attackiert mich auf Schritt und Tritt. Sie ist wie eine MX-Rakete, die ihre gesamten zehn Gefechtsköpfe auf mich losläßt.“

Und weil Barbara Mikulski nicht sicher ist, ob sich alle ihre Wähler mit den Kürzeln der gängigen nuklearen Vernichtungswaffen auskennen, stellt sie sich in der geduckten Pose eines Boxers auf, der Schläge bezieht: „Bumm, bumm, bumm. Ich glaube, ich brauche eine Nierenverpflanzung.“

Denn so viel versteht auch Barbara Mikulski vom Boxen: Nierenschläge sind unzulässig. Und es ist nicht nur die Erfahrung der Barbara Mikulski in diesem Wahlkampf: Dies sind keine Duelle, die nach den Regeln des Lord Queensberry geführt werden. Hier wird geboxt, getreten und gekloppt, und zwar ober- und unterhalb der Gürtellinie.

Und das nicht nur im politischen Einzugsbereich der Barbara Mikulski und Linda Chavez in Maryland, sondern landesweit zwischen San Francisco und New York. Dies mag ein Wahlkampf ohne große Themen sein, doch es mangelt ihm nicht an Härte und versteckten Pöbel. Kein Schlachtfeld, also für empfindliche Leute mit „Glaskinn“.

Diese gnadenlose Unbedingtheit hat Gründe. Es steht viel auf dem Spiel bei dieser Kongresswahl. Es geht nicht nur um die 435 Sitze des Repräsentantenhauses – dieser Kampf ist lange zum Nebenschau- platz geworden. Die Republikaner, die bisher in dieser Kammer bescheidene 182 Sitze einnahmen, haben keine Chance, an diesen Mehrheits-Verhältnissen etwas zu ändern.

Nein, der wirkliche bitterböse Kriegsschauplatz dieser Wahl ist der Kampf um den Senat. Die Republikaner beherrschen ihn bisher mit 53 gegen 47 Stimmen. Verlieren sie am 4. November in dieser Kammer die Mehrheit, wäre dies für Ronald Reagan der schwerste politische Rückschlag seiner bisherigen Präsidenten-Karriere. Er müßte dann in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit gegen das gesamte Capitol, gegen einen feindseligen Kongress regieren, der ihm unentwegt Stoppsignale in den Weg stellen würde. Es wäre der Beginn der so gefürchteten „Lame Duck“-Periode des Präsidenten, seiner Zeit als „lahme Ente“.

34 der 100 Senatssitze stehen am 4. November zur Wahl. 22 davon werden von den Republikanern verteidigt, zwölf von den Demokraten. Die Republikaner sind also verwundbarer.

Es genügt den Demokraten, ihnen vier Sitze abzunehmen, um die Herrschaft im Senat zurückzuerobieren. Das Alarmierende für die Republikaner: In fünf Staaten steht der Kampf um ihre Senatssitze auf des Messers Schneide.

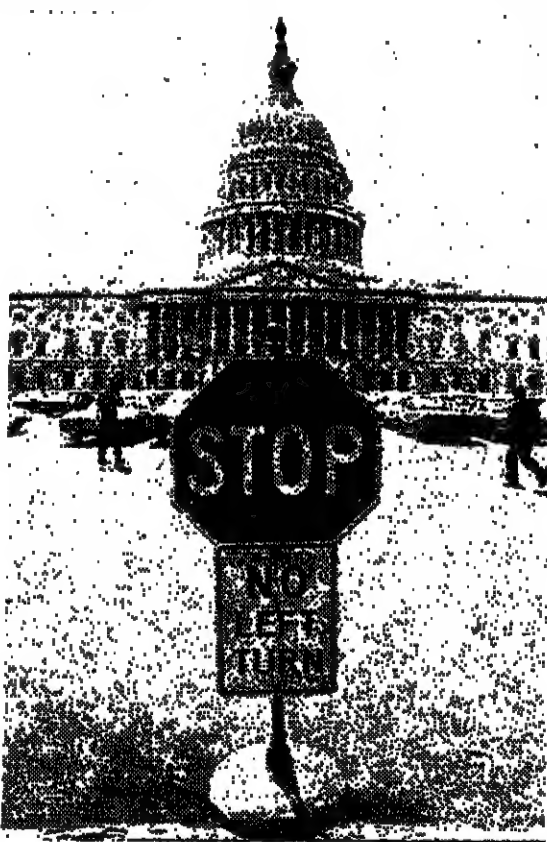
Die 50jährige Barbara Mikulski ist, rein äußerlich, ein wenig klein geraten. Wenn sie auf einem Stuhl sitzt, reichen ihre Beine nicht ganz bis zum Boden. Der äußere Eindruck jedoch täuscht. Diese Frau steht sehr fest mit beiden Beinen auf der Erde, vermag sich mit immensen Wortschwall zu wehren und ist das, was man unter politischen Führern einen verlässlichen Schlachtroß nennt.

Linda Chavez dagegen ist mit ihren 39 Jahren eine Wahlnovizin mit allerdings exzellenten politischen Referenzen. Sie kommt direkt aus dem Weißen Haus, wo sie eine langjährige Mitarbeiterin des Präsidenten war, der denn auch schon stimmenrommend für sie durch Maryland gezogen ist und dort den Wahlkampf auf die schlichte Formel brachte: „Wer Ronald Reagan wählen will, wählt Linda Chavez.“

Geholfen hat es bisher nicht, denn nach den letzten Meinungsumfragen führt die erdverbundene Barbara Mikulski mit 19 Punkten vor der distinguierten Linda Chavez, die in den letzten Tagen deshalb zu einigen undistinguisheden Körperschlägen Zuflucht nahm, die Barbara Mikulski als Nierenschläge identifizierte. Die unverheiratete Mikulski habe etwas gegen Männer, behauptete die männerfreundliche Chavez, und außerdem habe die Mikulski als Abgeordnete des Repräsentantenhauses einmal eine sehr wilde, marxistisch angehauchte australische Feministin als Mitarbeiterin beschäftigt. Die selbstbewußte Mikulski konterte kalt: „Wer mit solchen Argumenten kommt, muß sehr, sehr verzweifelt sein.“

Nicht viel günstiger sind die republikanischen Wahlchancen in Florida, wo die 59jährige Paula Hawkins ihren Senatssitz verteidigt. Der Vorzug der attraktiven Senatorin: Sie ist unbestritten der zweitpopulärste Politiker Floridas. Ihr Pech: Sie wird herausgefordert vom unbestritten populärsten Politiker Floridas, dem bisherigen Gouverneur des Staates, Robert Graham.

Die ständig aus der Defensive



Nicht links abbiegen: Wie ein Reagan-Appell fließt sich das Schild vor dem Capitol



Reagans Hoffnung in Maryland: Senats-Kandidatin Linda Chavez

FOTOS: AP / SVEN SIMON

kämpfende Hawkins klagte kürzlich anspruchsvoll, sie komme sich vor wie die Heilige Johanna, die gegen einen Roboter ankämpfen müsse. Am letzten Wochenende kam auch ihr Ronald Reagan zu Hilfe, und der nahm sich Graham zur Brust, der so unvorsichtig gewesen war, zu behaupten, daß jetzt für Amerika die Zeit einer neuen Austerität gekommen sei.

Das reichte für den Optimisten Reagan, um zum bisher bösesten Rundumschlag dieses Wahlkampfes auszuholen, der gleichzeitig auch seinen demokratischen Vorgänger und Krisenverwalter mit einbezog: „Wenn ihr Jimmy Carter als Präsidenten mochtet“, rief er den Bürgern Floridas zu, „dann wird Euch auch Bob Graham als neuer Senator gefallen.“

Es ist nicht zu übersehen: Der Präsident ist in Topform. Seit er vom Gipfel in Island zurückkehrte, ist er zur beherrschenden Figur dieses Wahlkampfes geworden. Obwohl sein Name bei dieser Wahl auf keinem Wahlzettel steht, ist dies sein Wahlkampf geworden, sein „letztes Hurra“, wie er es selbst nannte.

In den letzten zehn Tagen dieses Wahlkampfes reist er in Blitzbesuchen durch 13 Bundesstaaten, und seine Botschaften sind voll des unwiderstehlichen Optimismus: „Die guten Zeiten sind noch lange nicht vorbei, es sei denn, ihr macht den großen Geldverschwendung und Besteuerung von gestern wieder den Platz frei ... Und wenn es nach diesen Demokraten gegangen wäre, dann hätte ich erst gar nicht nach Island zu fahren brauchen, um mit Gorbatschow zu verhandeln, denn wir hätten keine MX-Raketen mehr und keine ernstzunehmende SDI-Forschung.“

Er ist 75 und zeigt dennoch keine Spur von Müdigkeit. Nancy Reagan, die ihn nach der Krebsoperation des letzten Jahres an die Kette legen und von den ärgsten Strapazen des Amtes verschonen wollte, hat die

sen Kampf offensichtlich verloren. Reagan genießt sichtlich den karnevalhaften Auftrieb der gefolgstreuen Republikaner zwischen Florida und South Dakota.

Die Demokraten stecken in einem Dilemma. Sie haben keine wirksame Waffe gegen die Schläge, die der Präsident austut. Denn alle Meinungsumfragen warnen übereinstimmend: Der Präsident ist in diesem Wahlkampf tabu. Die Popularität dieses Mannes ist unanfechtbar. Wer ihn angreift, schießt sich selbst in den Fuß.

Und so vernimmt man in diesem Wahlkampf demokratische Präsidenten-Klagen, wie man sie artiger bisher auch nicht aus republikanischem Munde zu hören bekam. „Ein Präsident, den wir alle bewundern“, lobte der Demokrat Bob Graham, und Tim Wirth, der sich im Staate Colorado um die Nachfolge des demokratischen Senators Gary Hart bemüht, beendete eine Rede mit dem Wunsch: „Gott segne diesen Präsidenten.“

Der Rest dieses Wahlkampfes ist politischer Nahkampf im Fernsehen. Der Bildschirm ist das Schlachtfeld der Argumente und zuweilen auch der großen Lügen geworden. Es ist dies der Wahlkampf der 30-Sekunden-Spots, Versammlungen, Reden, Hausbesuche sind nicht mehr gefragt. Die großen Vereinfacher lassen das Wort, denn in 30 Sekunden lassen sich keine großen Programme an den Mann bringen.

Und weil diese 30-Sekunden-Polit-Commercials sehr viel Geld kosten, ist dieser Wahlkampf zur bisher größten Finanzschlacht in der Geschichte der Kongresswahlen entartet. Insgesamt 140,8 Millionen Dollar wird allein der Kampf um die 34 Senatssitze verschlucken. Das teuerste Duell liefern sich dabei in Kalifornien Alan Cranston und Ed Zschau, die zusammen 15,4 Millionen Dollar ins Gefecht werfen. Das zweitteuerste Senats-Duell wird in Florida mit zusammen 8,7 Millionen Dollar ausgetragen.

Dabei ist der Höhepunkt dieses elektronischen Kampfes noch nicht erreicht. Für die letzten sechs Tage sind die Bildschirme bereits seit Wochen ausverkauft. Der ausgelieferte Wähler indes hat abgeschaltet. Der Sättigungspunkt dieser Polit-Werbung ist schon lange überschritten.

Letzte Nachricht aus den Häusern der Meinungsforscher: Der Kampf um den Senat ist weiterhin offen, mit einem hauchdünnen Vorsprung für die Demokraten. Die große Unbekannte in ihren Rechnungen bleibt der „Reagan-Faktor“.

Der Qualm von Ibbenbüren zieht herüber nach Düsseldorf

Deutschlands modernstes Kohlekraftwerk muß sich länger als von Johannes Rau versprochen den Vorwurf „Dreckschleuder“ zu sein. Dabei war absehbar, daß der neue Werksblock B in Ibbenbüren größere Umweltbelastungen bringen würde als der alte Block A. Ging es Düsseldorf nur um den Abbau der Kohlehalde?

Von D. GURATZSCH

Wie ein riesiger, unförmiger Dampfer reitet das Werk auf einer langgestreckten Bodenwelle des Teutoburger Waldes – dort, wo sich der Gebirgszug in die Norddeutsche Tiefebene verliert und zwischen dem idyllischen Tecklenburg und der Stadt Ibbenbüren ein weites, grünes Tal einschließt. Wären da nicht die Äcker und eingestreuten Dörfer und über allem thronend die Schornsteine und massigen Kühltürme der Werksanlage, man könnte sich den Ort ganz gut als den immer noch nicht aufgefundenen Schauplatz der großen Entscheidungsschlacht zwischen Germanen und Römern im Jahre 9 nach Christus denken.

Heute ist die ländliche Region rund um das Kraftwerk, aus dessen Kühltürmen und 275 Meter hoher Hauptesse oft über Stunden eine langwellige weiße Rauchfahne in das Münsterland und bis hinauf an den unteren Wolkensaum treibt, zur Wäldst einer typisch „modernen“, fachwissenschaftlich-politischen Auseinandersetzung geworden: Wurden beim Bau des neuesten Kraftwerksblocks ganz wesentliche Belange des Umweltschutzes ignoriert? Sind durch Ibbenbüren die Wälder bedroht? Ist das Kraftwerk wirklich die größte Stickoxid-Schleuder der Welt?

Alle diese Fragen sind hundert Mal gestellt worden – aber von zuständiger Seite blieben klare Antworten aus. Das Kraftwerk geriet mitten in die politische Auseinandersetzung um den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau, der es sich nicht hatte nehmen lassen, den neuen Kraftwerksblock vor einem Jahr persönlich in Betrieb zu setzen. Und auch die jüngste Entwicklung, die das Werk erneut in die Schlagzeilen bringt, hat nicht zur Erhellung der Tatbestände beigetragen: Die nordrhein-westfälische Landesregierung willigte in eine Verlängerung der Fristen für den Einbau einer effektiven Entstickungsanlage ein, obwohl Rau der Öffentlichkeit schnelle „Nachbesserungen“ zugesichert hatte.

Das Problem von Ibbenbüren ist in der besonderen geologischen Situation begründet: Das Kraftwerk und das dazugehörige Bergwerk sitzen auf einem unterirdischen, lange schon erloschenen Vulkan, dem „Bramscher Intrusiv“. Er hat die Kohle, die hier gefördert und verbrannt wird, mit speziellen Eigenschaften ausgestattet, die die Verwertung verteuern. Ibbenbürener Kohle ist zwar mit unterdurchschnittlichem Schwefelgehalt gesegnet, aber hart wie keine andere, und sie ist mit fünf bis sieben Prozent flüchtigen Bestandteilen „extrem niederschlägig“.

Damit derartige Kohle überhaupt Feuer fängt, müssen mächtige Zünd- und Stützfeuerungen auf Ölbasis unterhalten werden. Anstelle der üblichen Trockenfeuerung ist „Schmelzfeuerung“ nötig. Dabei werden Verbrennungstemperaturen von 1700 Grad erreicht – mit unangenehmen Folgen für die Umwelt: Derartige Temperaturen begünstigen die Entstehung von Stickoxiden, die sowohl in direkter Einwirkung als auch über die Umwandlung in Photo-Oxidantien wie Ozon nach gegenwärtigem Kenntnisstand maßgeblich zum Sterben der Wälder beitragen.

1,3 Milliarden Mark hat der neue Kraftwerksblock B gekostet, zu knapp einem Drittel wurde er aus öffentlichen Kassen finanziert. „Wir brauchen und wir brauchen dieses Kraftwerk“, bekräftigte Johannes Rau auch noch nach der Einweihung in einer Rechtfertigungsrede vor dem Landtag in Düsseldorf. Und doch ist das Werk, das modernste in der Bundesrepublik, ins Zielvielfach geraten.

Der Ibbenbürener Schmelzkessel ist der größte der Welt. Die fatale Folge: Er hat auch den größten Stickoxid-Ausstoß aller vergleichbaren Anlagen. Und zwar nicht nur absolut, sondern auch spezifisch, also bezogen auf den einzelnen Kubikmeter Rauchgas: Hier beträgt das Quantum 2000 Milligramm – also das Zehnfache der Menge, die nach einer Vereinbarung aller Bundesländer vom April 1984 eingehalten werden soll, um die Bedrohung der Wälder abzuwenden. Und der nordrhein-westfälische Regierungschef hatte dieser Anlage „Freie Fahrt“ gegeben, obwohl keinerlei Konzept für eine Entstickung vorlag und obwohl zur selben Zeit seine Partei für ein Tempolimit auf den Autobahnen stritt, und zwar mit dem ausdrücklichen Ziel, die hohen,

werksdirektor Gerhard Ackmann, ist die Alternative, vor die uns die Großfeuerungsanlagen-Verordnung von 1982 stellt, nämlich das Werk bis 1. Juli 1988 entweder zu entschweifen oder es stillzulegen.“ Die Nachrüstung aber würde mit 100 Millionen Mark fast ebenso teuer kommen wie 1987 die Errichtung von Block A.

Diese Erläuterung freilich macht den aufwendigen Bau der neuen Anlage nur noch dubioser: 1,3 Milliarden Mark für einen Neubau mit mangelhafter Umwelttechnologie, der, wie Johannes Rau immer wieder erklärt hatte, nötig sei, um 4500 Arbeitsplätze in Ibbenbüren zu erhalten, obwohl man denselben Effekt auch mit 100 Millionen Mark und einem Bruchteil der Umweltbelastungen hätte erreichen können?

Nun macht die Werksleitung zwar geltend: Die schlechtere Ausnutzung des Brennstoffs, vor allem aber die wesentlich geringere Leistung des alten Blocks, nämlich 150 Megawatt gegenüber 770 Megawatt der neuen Anlage, die mit genausoviel Personal gefahren wird, lassen Weiterbetrieb und Nachrüstung des Blocks A auf die Dauer unwirtschaftlich erscheinen. Doch diese Argumente klingen nicht



Das Ärgernis: Block B des Kohlekraftwerks Ibbenbüren

FOTO: GERT WESTDÖRP / NOZ

dem Wald gefährlichen Stickoxid-Emissionen des Kraftfahrzeugverkehrs zu senken.

Dabei kennt die Öffentlichkeit noch immer nicht die volle Wahrheit über das Kraftwerk Ibbenbüren und seinen riesigen, teuren Schmelzkessel: Die neue Anlage ist nämlich weit weniger „umweltschädlich“ als der alte Kraftwerksblock A, der stillgelegt werden soll. Dieser Veteran stößt im Kubikmeter Rauchgas nur 60 Prozent der Menge an Stickoxiden aus, die in den Abgasen des neuen Blocks B enthalten ist. Wegen seiner schlechteren Brennstoff-Ausnutzung erbringt er außerdem nur 22 Prozent der Leistung des neuen Blocks. Wenn beide Kraftwerke gleichzeitig beschäftigt würden, ergäbe sich für den alten Block ein Ausstoß an Stickoxiden, der nur 14 Prozent der Fracht beträgt, die aus dem Schornstein des neuen Kraftwerks abgegeben wird.

„Der einzige Grund, daß wir den alten Kessel stilllegen“, so sagt Kraft-

sehr überzeugend: Denn die Kilowattstunde Strom aus dem neuen Block kommt teurer als aus Block A. Bleibt als einziges Argument die Kohlehalde von Ibbenbüren: Auf drei Millionen Tonnen ist sie angewachsen, die Verbrennungskapazität soll deshalb erhöht werden. Das, und nicht die Erhaltung von Arbeitsplätzen, ist offenbar der Grund, warum in Ibbenbüren überhöhte Umweltbelastungen in Kauf genommen worden sind.

Die entscheidende Frage ist damit nicht beantwortet: Warum hat man nicht dem Anfahren der neuen Anlage nicht gewartet, bis auch eine effektive Technologie für die Entstickung verfügbar ist? Obwohl die Altanlage Stickoxidwerte meldet, die für die neue vorerst nur erträumt werden können, ließ sich Raus Regierung dafür feiern, daß diese Anlage nach Vereinbarungen mit der Werksleitung schon vor Ende 1987 stillgelegt werden könne. Ein Versprechen, das jetzt revidiert werden mußte.

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



Ein friedliches Symbol: »Zum Lamm«

Der tüchtige badische Schmied, der dieses wunderschöne Wirtshausbild vor ungefähr zweihundert Jahren mit viel Zeit, Liebe und Können herstellte, hat etliches dazugetan, um die Friedfertigkeit des Lammes – eines uralten Symbols der Christenheit – noch deutlicher werden zu lassen: ein Posaune bläsender Engel, eine Taube und noch viele bunte Blumen bereichern die bezaubernde, wohlgenutete Szenerie vor dem altherwürdigen Wirtshaus „Zum Lamm“, das auch noch heute den Gästen von nah und fern offensteht.

Freilich: weit früher, als die ersten Wirtshausbilder mit der Darstellung eines Lammes entstanden, war das brave Tier bereits Bestandteil im Wappen der ehrfamen Zunft der Fleischer, Metzger oder Schlächter. Und von hier aus wird es einmal hinübergewechselt sein in die häufigen Gasthaus-Zeichen mit dem Lamm, denn recht oft war so ein Metzger zugleich auch ein Gastwirt, bei dem man gut essen (und trinken!) konnte – wie man es auch heute noch vielerorts tun und mit einem Gläschen Asbach Uralt begrüßen kann.

Asbach Uralt

Im Asbach-Uralt ist der Geist des Weines!

Spanferkel mit Krautsalat für den Gast aus China

iz. München

Bayerische Hochzeitsuppe und Spanferkel mit Speckkrautsalat bildeten beim ersten Besuch eines chinesischen Justizministers in der Bundesrepublik den kulinarischen Aspekt, ihm folgte ein technischer durch eine Visite beim Elektronik-Konzern Siemens. Gestern nachmittag begann dann für Minister Zou Yu und seine fünfköpfige Begleitung mit einem Besuch des Deutschen Patentamtes in München der fachliche Teil des einwöchigen Aufenthalts.

Hier unterzeichneten Zou Yu und Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) auch das erste deutsch-chinesische Juristen-Abkommen. Konkret geplant sind gemeinsame Seminare und der Austausch von Juristen.

Minister Engelhard sieht in dem Besuch seines Pekinger Kollegen das „besondere Interesse, das China über den Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gerade auch der deutschen Rechtsordnung entgegenbringt“. Dies ist nach Ansicht deutscher Experten deshalb von be-

Länder stimmen neuem Fahndungskonzept zu

Zimmermann-Bericht vor Kabinett / Kronzeuge umstritten

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat in der Kabinettsitzung über die Bekämpfung des Terrorismus einen Bericht über Fahndungsmaßnahmen, Abstimmung zwischen Innenministern des Bundes und der Länder sowie auf internationaler Ebene innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gegeben und die aktuelle terroristische Bedrohungslage nach dem Mord an dem Bonner Diplomaten von Braunmühl geschildert. Nach Angaben von Regierungssprecher Friedrich Ost hob der Bundesinnenminister dabei die „völlige Einigkeit“ der Innenministerkonferenz über polizeiliche Maßnahmen in ihrer Sitzung am 21. Oktober hervor.

Einigung bei V-Leuten

Nicht einzig allerdings waren sich die zuständigen Minister von Bund und Ländern über die Gesetzgebungsvorhaben der Koalitionsfraktionen, unter anderem der Einführung einer Kronzeugenregelung. Hier haben die SPD-regierten Länder erhebliche Bedenken angemeldet (WELT v. 29. 10.). Einvernehmen herrschte dagegen über alle polizeilichen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung, vor allem über die Umsetzung des im Sommer vereinbarten neuen „Fahndungskonzepts 100“, das schon im Vorfeld der terroristischen Anschlagsvorbereitung im Umfeld potentieller Zielpersonen mit Fahndungsmaßnahmen einsetzt. Auch war man sich einig über Zulässigkeit und intensive Durchführung von Rasterfahndung, polizeiliche Observation und Einsatz von verdeckten Ermittlern und V-Leuten. Bisher gab es darüber unter den Innenministern geteilte Auffassungen.

In der internationalen Zusammenarbeit haben nach dem Bericht des Bundesinnenministers die beiden EG-Innenminister-Konferenzen vom 25. September und 20. Oktober eine Reihe deutscher Vorschläge aufgeführt:

- Einrichtung eines europäischen Legationsnetzes über den Terrorismus;
- Austausch von Verbindungsbeamten;
- Einrichtung zentraler kriminaltechnischer Sammlungen.

- international koordinierte Prävention (Prüfungsauftrag);
- Einrichtung besonders geschützter Nachrichtenverbindungen zwischen zentralen Polizeibehörden;
- Intensivierung der Fahndung nach grenzüberschreitenden Terroristen;
- Kontrolle von Diplomatengepäck;
- Harmonisierung der Visapolitik;
- Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Grenzpolizeibehörden.

Bei der aktuellen Bedrohungslage bleiben Sicherheitskreise bei der Einschätzung, daß mit dem Mordanschlag auf den Diplomaten von Braunmühl eine Ausweitung der Aktionsbereiche der RAF zugrunde gelegt werden muß. Mit Anschlägen gegen Personen, die nicht unmittelbar an der Spitze stehen, aber durch ihre Funktion eine herausragende Bedeutung haben, müsse auch in Zukunft gerechnet werden. Zielspektrum der RAF seien:

- der „Militärapparat“, dabei vor allem Angehörige von NATO und US-Streitkräften;
- der Wirtschaftsbereich, besonders der sogenannte „militärisch-industrielle Komplex“;
- der „Repressionsapparat“ mit Justiz und Sicherheitsbehörden;
- politische Entscheidungsträger.

Raum Bonn gefährdet

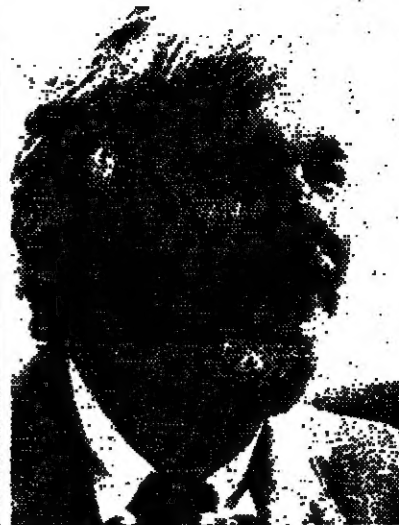
Die besondere Gefährdungssituation im Raum Bonn rühre aus der hohen Konzentration potentieller Zielpersonen für terroristische Anschläge, dem „hohen Symbolwert“ einer Aktion im Raum Bonn aus terroristischer Sicht und dem besonderen öffentlichen Interesse, das ein Anschlag in Bonn finde. Die Zahl der zu schützenden Personen ist nach der jüngsten Bedrohungsanalyse ausgeweitet worden. Für den Schutz von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes bleibt allein das Bundeskriminalamt zuständig, für alle anderen in Bonn gefährdeten Personen, etwa (beamtete) Staatssekretäre und andere Spitzenbeamte, die nordrhein-westfälische Polizei. Nach Informationen der WELT handelt es sich jeweils um weit über hundert zu schützende Personen.



Vorherben Dohnanyi Atom-Konzept: Finanzsenator Horst Gobrecht (links) und Justizsenator Wolfgang Cuißa



FOTOF: MATTHIAS JÜSCHKE / DPA



Vorherben Pawelczyk Sicherheits-Konzept: Arbeitsminister Jan Ebers (links) und Energiesenator Jörg Kubbler



FOTOF: CHRISTA KUJATH / A. SCHROEDER

Die Hamburger SPD ist total aus dem Tritt

Von UWE BAHNSEN

Kapp zwei Wochen vor der Bürgerschaftswahl am 9. November präsentiert sich die Hamburger SPD in einem Zustand, der sich ziemlich präzise mit der Feststellung beschreiben läßt: Die Spitzenkandidaten sind politisch außer Tritt geraten, der Parteiapparat ist verunsichert, die Basis ist irritiert bis enttäuscht und verärgert.

Die Gründe für diesen Zustand sind vielfältig, haben aber einen gemeinsamen Nenner: Die Rathausregierung, die sich seit Ende 1982 auf eine absolute SPD-Mehrheit im Landparlament stützen kann, hat schlichtweg zu viele Pannen und Skandale produziert.

Sechs thematisch „flächendeckende“ Untersuchungsausschüsse von der Durchleuchtung des „Neue Heimat“-Skandals, der in Hamburg seinen Ausgang nahm, bis zur parlamentarischen Feststellung von Rechts- und Verfassungswidrigkeiten der Stadtreinigung sind der Hintergrund für die „chronische Skandale“ dieses Jahres: Krawalle auf dem Rathausmarkt, der „Hamburger Kessel“ auf dem Heiligengefeld, die tödlichen Schüsse aus der Pistole des St.-Pauli-Killers Werner Pinzner im Sicherheitsstrakt des Polizeipräsidiums, die mittlerweile regelmäßigen Gewalttaten rings um die städtischen Häuser an der St.-Pauli-Hafenstraße, die Ausschreitungen des 7. Oktober im Stadtteil Altona – schon diese Blütenlese von Vorgängen, die die Hamburg bün-

desweit negative Schlagzeilen einbrachten, macht die Probleme deutlich, mit denen Dohnanyi und seine Genossen sich in diesem Bürgersthaftwahlkampf auseinandersetzen müssen.

In der Argumentation des SPD-Spitzenkandidaten hat das tiefe Spüren hinterlassen. In seinen Auftritten vor nahezu stündlich wechselndem Publikum ist keine Rede mehr davon, daß die erfolgreiche Verteidigung der absoluten SPD-Mehrheit am 9. November das „johanneische Signal“ aus Hamburg für Johannes Raus Kampf

hausregenten um Dohnanyi sich „wehren“.

Während die Hamburgerischen Elektrizitätswerke, zu 75 Prozent in städtischem Besitz, der für die Genehmigung zuständige Landesregierung in Kiel ungerührt erklärten, sie seien auf Strom aus Brokdorf angewiesen und demzufolge für dieses Kraftwerk, suchte der HEW-Aufsichtsratsvorsitzende, Energiesenator Jörg Kubbler, zunehmend frustriert nach Wegen, um in dieser dornigen Sache Senatsbeschlüsse umzusetzen. Die unspringliche Absicht, gegen die Betriebsaufnahme in Brokdorf gerichtliche Vorzuziehen, mußte die Landesregierung wieder aufgeben, weil die

Vor der Wahl in Hamburg

Erfolgchancen gleich null waren. Diese Mitteilung erhielt Kubbler von der Umweltsenatorin Christine Maring, einer strikten Mitte-Rechts-Gemischten. Das weitere Projekt, wenigstens in der HEW-Satzung die Abgabe an die Kernenergie verbindlich zu verankern, torpedierten in der Landesregierung Finanzsenator Horst Gobrecht wegen der unkalkulierbaren finanziellen und Justizsenator Wolfgang Cuißa wegen der gleichfalls unüberschaubaren aktenrechtlichen Risiken. In Sachen Ausstieg haben die Wahlkämpfer Kubbler und Dohnanyi nun außer Beschlußpapieren „Prüfungsanträge“ des Senats an Kubbler nichts in der Hand, um die Abkehr der Hamburger SPD von der Kernenergie glaubhaft zu machen.

Auf dem politischen ebenso mißvertrauten Feld der Inneren Sicherheit ist es Innenminister Alfons Pawelczyk, der unter den internen Auseinandersetzungen im Senat zu leiden hat. Zwar hat er eine Verstärkung der Polizei mit der noch nicht einmal ausgesprochenen Drohung durchsetzen können, andernfalls werde er zurücktreten. Doch als die Polizei am 7. Oktober als Folge von Einsatzzentren tatenlos der Plünderung einer Sparkassenfiliale und eines Warenhauses in Altona durch Chaoten zusah und dieser Vorgang in der Öffentlichkeit große Entrüstung auslöste, kam auf dem linken Parteiflügel Schadenfreude ob des „entzauberten“ Genossen Pawelczyk auf.

Im Senat sind vor allem der Energiesenator Jörg Kubbler und Arbeits- und Sozialsenator Jan Ebers der Meinung, mehr Polizei werde auch zu mehr Gewalt führen. Beide hatten Pawelczyk als Amtsvorgänger Rolf Lange schon nach dem „Hamburger Kessel“-Schritt und öffentlich die Sensationshaftigkeit aufgeklärt und waren dafür vom Gesamtsenat gerügt worden. Mühsam muß Pawelczyk derzeit das Problem Hafenstraße mit der Salami-Taktik lösen – Wohnung für Wohnung wird geräumt. Der linke SPD-Flügel knirscht mit den Zähnen.

Solche der prominenten SPD-Wahlkämpfer stehen gerupft da – etwa Energiesenator Kubbler vor den Kernkraftgegnern, Innenminister Pawelczyk vor den eigenen Genossen und Spitzenkandidat Dohnanyi vor allen Wählern.

Anzeige

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Kanzlerin Hannelore Kohl wurde beim deutschen Staatsbesuch in den USA von einem QUICK-Team „besucht“. Wie sie sich in diesen vier Tagen behauptete, das sehen und lesen Sie in der neuen QUICK. Die Frau des Kanzlers zeigt sich von einer unbekannten Seite.

Minister Walter Wallmann führt Sie in seine private Umwelt und sagt Ihnen, wie es um ihn und seine Politik in Bonn bestellt ist.

Nato-Oberbefehlshaber Bernard Rogers äußert sich exklusiv in QUICK über die zentralen Ziele in der Abrüstungspolitik und sagt, in welchem Zeitraum sie zu verwirklichen sind.

QUICK steht für Qualität!

sonderer Bedeutung, weil die Volksrepublik China gegenwärtig bestrebt ist, ihr Rechtswesen zu reformieren und umfassend weiterzubilden, somit also das deutsche Recht als Vorbild für künftige chinesische Gesetzgebungsmaßnahmen dienen kann.

Skepsis über EG-Süderweiterung

DW, Mailand

Mit der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft wird nach Ansicht des Präsidenten des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Jürgen Krupp (Berlin), die Gemeinschaft vor grundsätzlichen gestellt, auf die es heute noch keine Antworten gibt.

Der Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals berühre nur vorübergehend die Handelspolitik im Mittelmeerraum, sagte Krupp bei dem gestern in Mailand zu Ende gegangenen Symposium der Träger-Stiftung über die „Rolle der Europäischen Gemeinschaft in der Weltwirtschaft“. Das Gewicht von Ländern, deren Entwicklungsstand „zwar höher sein mag als der der klassischen Entwicklungsländer Afrikas oder Südamerikas, deren Entwicklungsstand aber deutlich von dem der Mehrheit der EG-Länder abweicht, nehme stark zu“.

Diese Länder stellen, so Krupp, zusätzliche Problemregionen dar, die größere Schwierigkeiten mit sich bringen werden als bisher Südtalien und Irland. Neben den Entwicklungsaufgaben für die Dritte Welt, so der überaus skeptische Wissenschaftler, trüben größere Entwicklungsprobleme innerhalb der Gemeinschaft in den Vordergrund.

Die dringende Notwendigkeit einer umfassenden Reform der EG bekräftigte der Vizepräsident der EG-Kommission, Karl-Heinz Narjes. Die augenblicklichen Schwierigkeiten seien in der Unfähigkeit begründet, „das als richtig Erkannte auch politisch durchzusetzen“.

Probleme sieht Narjes für die EG vorrangig im finanziellen Bereich. Die Agrarausgaben haben sich nach seinen Angaben von elf Milliarden ECU (1 ECU = 2,08 Mark) im Jahr 1981 auf rund 21 Milliarden ECU 1986 nahezu verdoppelt. Dies unterstreiche die Notwendigkeit einer raschen Reform des Agrarmarktes.

Gewerkschafter für Rücktritt Schröders

AP, München

Die Gewerkschaft der Polizei in Bayern hat nach einer Vorstandssitzung den sofortigen Rücktritt ihres Bundesvorsitzenden Günter Schröder gefordert. Nach Angaben eines Sprechers verurteilte der geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP die Äußerungen Schröders zur Verhaftung des BGAG-Vorsitzenden Alfons Lappas auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg. Schröder hatte am 18. Oktober vor den Delegierten der IG Metall gesagt: „Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird.“ In einer späteren Erklärung hatte er diese Worte im Zusammenhang mit der Verhaftung von Lappas aber wieder relativiert. Der Gewerkschaftssprecher nannte die Aussage Schröders „weit überzogen“.

Carstens verteidigt die Abschreckung

idea, Zürich

Die militärische Landesverteidigung widerspricht nach Ansicht des früheren Bundespräsidenten Karl Carstens keinem christlichen Gebot. Vor christlichen Geschäftsleuten in Zürich sagte Carstens, dies schiedle auch die nukleare Abschreckung ein. Die „Politik der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit“ sei „momentan vielleicht noch die einzige Garantie für die Bewahrung des Friedens“.

In seiner Rede zum Thema „Die Verantwortung des Christen in der Politik“ trat er dafür ein, das Gebot wieder stärker zu praktizieren. Das gelte auch für Verlautbarungen der Kirchen. Betroffen habe es ihn gemacht, daß in einer Erklärung der Kirche zu Südafrika „von Technologie und Bankrott“ die Rede war, nicht aber von Gott oder Gebet.

V-Mann von Celle festgenommen

mj. Hannover

Bei einer Verkehrskontrolle hat die Polizei in Lingen/Ems den früheren V-Mann des Verfassungsschutzes Manfred Berger wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen. Berger war einer der beiden V-Leute, die 1978 mit Hilfe eines vorgetäuschten Sprengstoffanschlags in Celle in die Terrorzone eingeschleust werden sollten.

Vom nächsten Monat an soll ein Landtags-Untersuchungsausschuss die Hintergründe ausleuchten – so auch die Tatsache, daß Berger seinerzeit schon mehrfach vorbestraft war, unter anderem wegen versuchten Polizeistrommordes. Die regierende CDU verweist auf eine Zwangsmaßnahme. Die Behörden hätten für Terroristen „glaubwürdige“ Lockpersonen benötigt.

Betriebsstopp für Brokdorf abgelehnt

AP, Lüneburg

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg hat einen vorläufigen Betriebsstopp für das Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelle abgelehnt. Der 7. Senat nannte als Begründung, die zulässigen Grenzwerte der radioaktiven Belastung der Umwelt würden bei Normalbetrieb des Kernkraftwerks auch dann nicht überschritten, wenn die vorherige Belastung durch die Reaktorakustrophe in Tschernobyl berücksichtigt werde. Dem Widerspruch gegen die am 3. Oktober erteilte Betriebsgenehmigung hatten die Antragsteller damit begründet, daß nach der Vorbelastung durch Tschernobyl beim Betrieb des Kraftwerks die zulässigen Grenzwerte für die radioaktive Belastung überschritten würden. (Az.: 7 OVG D 886 und 7 OVG D 1086).

Streit bei Bayerns Grünen verschärft

iz. München

Der Streit unter den bayerischen Grünen nimmt an Schärfe zu. Martin Kaltenhauser, der abgewählte Landesvorsitzende, warf seiner Partei in einer offenen Erklärung vor, sie sei „im Erfolgsrausch abgestürzt“. Die Diskussion um seine Abwahl, bei der 15 Redner gegen ihn auftraten und er selbst nur einmal sprechen durfte, nannte Kaltenhauser „vielleicht basisdemokratisch“, aber sicher nicht demokratisch. Als erschreckend bezeichnete er, daß die Grünen sich kritisierten, weil ich mich ganz klar von den gewalttätigen Ausschreitungen in Wackersdorf distanzieren habe“. Noch habe er sich nicht entschieden, ob und wie er sich den Grünen weiterverhalte; die Erklärung unterzeichnete er „mit (noch) satirischen Grüßen“.

Diskussion um Kronzeuge entzweit FDP

DIETHART GOOS, Bonn

Die gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten neuen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung einschließlich der zeitlich befristeten Kronzeugen-Regelung drohen zu einer Zerreißprobe in der FDP-Bundestagsfraktion zu werden. Nachdem bereits mehrere Abgeordnete, unter ihnen der frühere Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, Bedenken angemeldet, kündigte gestern die frühere Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher an, sie könne den Vorlagen nicht zustimmen.

Ihrer Fraktion warf die Parlamentarierin vor, die verschärften Bestimmungen unter Zeitdruck ohne ausreichende Diskussion verabschiedet zu haben. „Die Regelung wurde schlagartig durchgepeppt. Ich fühle mich überrumpelt. Die Einführung des Kronzeugen muß nicht so überstürzt geschehen“. Entschieden verwahrte sich die Parlamentarierin aus München gegen die Auffassung ihres Parteivorsitzenden Martin Bangemann, das schlechte Ergebnis der bayerischen Landtagswahl sei auch auf unklare FDP-Positionen zu Fragen der inneren Sicherheit zurückzuführen.

Den Vorwurf überhasteter Beratung in der Fraktion wies der FDP-Rechtsexperte Detlef Kleimert gegenüber der WELT mit großem Nachdruck zurück. Die Probleme seien lange diskutiert worden. Die Einführung des Kronzeugen sei gewiß keine Sache, zu der man frohen Herzens Ja sagen könne. „Was wir planen, ist rechtsstaatlich abgesichert und muß von der Bekämpfung des Terrorismus willen gewahrt werden“. Kleimert fügte hinzu: „Es ist interessant, daß die Namen von drei bis vier Fraktionsmitgliedern genügen, um in der Öffentlichkeit die gefestigte Meinung der restlichen 31 FDP-Abgeordneten in Zweifel zu ziehen“. Keinem Mitglied der Fraktion sei es verwehrt, nochmals nachzudenken. Warum das allerdings öffentlich geschehen muß, verstehe ich nicht, und es bringt dieses Nachdenken nur in Miskredit, weil es zugleich erhöhter Publizität diene.“

Der FDP-Rechtsexperte verwies auf eine der Kronzeugen-Regelung vergleichbare Praxis bei der Bekämpfung schwerer Drogenkriminalität hin. Damit habe man gute Erfahrungen gemacht, darüber werde aber in der Öffentlichkeit nicht gesprochen. Vielmehr würden absurde Beispiele genannt. „Wir wollen Nachrichten und Informationen aus dem Kern der Terroriszenzene erhalten von solchen Leuten, denen das Ganze unheimlich geworden ist, und die nicht wissen, wie sie aus dem Teufelskreis herauskommen können.“

Die Altlasten werden immer mehr zur Last für den Haushalt

Von HELMUT BREUER und WILM HERLYN

Dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Klaus Matthies (SPD) wird es schwer ums Herz, wenn er an die beängstigend hohen Berge von Industrieabfällen an Rhein und Ruhr denkt. Im bevölkerungsreichsten Bundesland fällt wegen der zahlreichen Industrieansiedlungen der Großteil aller Sonderabfälle in der Bundesrepublik an. In Zahlen: Zwischen Rhein und Weser, wo fast 17 Millionen Menschen leben, werden jährlich 3,8 Millionen (Bundesgebiet: 4,9 Millionen) Tonnen Sonderabfälle registriert. Matthies: „Wir brauchen neue Deponien, Deponieerweiterungen und Spezialanlagen an konkreten Standorten. Wir brauchen um so weniger Deponieraum, umso mehr wir Hochtemperaturverbrennungsanlagen schaffen.“ Zur Zeit arbeitet eine solche Anlage nur bei Bayer in Leverkusen. Sie verbrennt bei Temperaturen bis zu 1400 Grad auch angelieferten Sondermüll.

Gleichzeitig geht aber aus einer bundesweiten Erhebung hervor, daß mehr Sonderabfälle in NRW beseitigt als im Land selbst erzeugt werden. Zählt man die besonders für dieses Industrie- und typischen Massenabfälle wie Stäube und Schlämme aus dem Kohle-, Stahl- und Chemiebereich hinzu, so erhöht sich der NRW-

Anteil am Aufkommen in der Bundesrepublik auf rund 75 Prozent. Gegenwärtig stehen zur Behandlung und Beseitigung von Sonderabfällen 15 Deponien, 13 Verbrennungsanlagen, 18 Zwischenlager und Sammelstellen sowie 32 Behandlungsanlagen mit Neutralisations-, Entgiftungs- und Emulsions-Spaltanlagen bereit. Das noch verfügbare Deponievolumen beträgt bei allgemein zugänglichen Sonderabfall-Deponien 2,5 Millionen Kubikmeter und bei betriebseigenen Deponien, einschließlich Deponien für Massenschutt, noch einmal 57 Millionen Kubikmeter.

Das Deponievolumen der allgemein zugänglichen Sonderabfalldeponien reicht noch für sechs Jahre, wenn kein neuer Deponieraum geschaffen wird. Der Raum bei den betriebseigenen Sonderdeponien reicht im Schnitt noch 20 Jahre aus.

Engpässe sehen die Fachleute im Ministerium aber darin, daß mehr Alt-Verunreinigungen aufgedeckt werden, vor allem mit PCB-Beständen, daß die Richtwerte für PCB und

Chlor bei der Aufbereitung scharfer gehandhabt werden, daß die behördliche Kontrolle bei der Einhaltung dieser Richtwerte strenger wurde, daß das Bestreben wächst, brennbare Sonderabfälle von Deponien fernzuhalten, und daß die Verbrennung auf hoher See drastisch eingeschränkt wurde.

Daten und Fakten auf einen Blick

1. Gesamtanfall von Sonderabfällen in NRW: 4 350 000 Tonnen Haus-, Sperr- und hausmüllartige Gewerbeabfälle; 60 860 000 Tonnen im produzierenden und Krankenhaus-Gewerbe.
2. Müllexport: 20 000 Tonnen in andere Bundesländer, 40 000 Tonnen in die „DDR“ oder ins Ausland.
3. Müllimport: 140 000 Tonnen aus anderen Bundesländern, 10 000 Tonnen aus dem Ausland.
4. Deponie-Kapazitäten: 168 000 000 Kubikmeter bei öffentlichen Deponien.

Auch im Deponiebereich befürchten die Experten Engpässe. Zusammengefasst haben die allgemein zugänglichen Deponien, von denen drei im Regierungsbezirk Düsseldorf und eine im Bezirk Münster liegen, eine absehbare Restlaufzeit von sechs Jahren. In den Regierungsbezirken Köln und Arnsberg gibt es derzeit keine solche Deponie, im Bezirk Detmold kann eine 1982 genehmigte Deponie wegen eines Gerichtsverfah-

Problembereich Müll in Nordrhein-Westfalen

Was für einige Bundesländer vor Jahren noch eine Quelle des Reichtums war, ist heute vielfach zur unbequemen Bürde geworden. Altlasten bedrücken die Verantwortlichen in den Ländern. In Nordrhein-Westfalen gilt die Entsorgung der verseuchten Böden des Ruhrgebiets inzwischen als Generationenaufgabe.

Zu der besonderen Situation des Ruhrgebietes, in dessen Region viele Böden durch Altlasten verseucht sind, erklärte der Landtagsabgeordnete Wilfried Heimes der WELT: „Auch diese Altlasten müssen katastrophal beseitigt werden. Schon die Bodenuntersuchungen sind eine kostenaufwendige Maßnahme, darum müssen verstärkt Mittel für die Forschung zur Verfügung gestellt werden, damit geklärt werden kann, welche Bodenverunreinigungen an Ort und Stelle, mit oder ohne Bodenaushub, durch Einsatz von Bakterien oder Chemikalien zerstört werden können, und welche Verunreinigungen durch Abtransport des verseuchten Bodens beseitigt werden müssen.“

Heimes forderte die Regierung Raus auf, sofort mit den betroffenen Kommunen und der Bundesregierung über ein Hilfsprogramm zu verhandeln. In Nordrhein-Westfalen gebe es heute schon mehr als 7500 sogenannte Verdachtsflächen.

Welche Dimension inzwischen das Problem der Altlasten bekommen hat, zeigt ein Blick in den Landeshaushalt. Während 1984 nur 563 000 Mark für Altlastenprobleme eingesetzt waren, waren es 1985 schon fünf Millionen Mark. 1986 werden bereits 40 Millionen Mark benötigt, um das lawinenhaft gewachsene Problem meistern zu können.

Papst fordert für die Wissenschaft Primat der Ethik

F.M. Rom

In einer Rede anlässlich des 50. Jahrestages der Wiederbegründung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften hat Papst Johannes Paul II. die Wissenschaftler der Welt aufgefordert, gegenüber einer bedenkenlosen Nutzung ihrer Forschungsergebnisse nicht indifferent zu sein. Er bezog sich dabei ausdrücklich auf die Atomenergie und die Biologie.

Vor etwa 50 Wissenschaftlern, darunter auch Repräsentanten der amerikanischen und der sowjetischen Wissenschaftsakademien, sagte er: „Wie kann man sich nicht auch der Gefahren bewusst sein, die der Menschheit drohen, wenn sie unbesonnenen Gebrauch macht von der Macht, die ihr durch die Wissenschaft zufließt. Wenn dieses Problem auch die Kompetenz der Forscher überschreitet, können diese ihm gegenüber nicht indifferent bleiben.“

„Spontan“, so fuhr der Papst fort, „denkt man dabei an die Gefahren der Kernenergie. Durch die Freisetzung der Atomkraft haben die Wissenschaftler eine in der Geschichte beispiellose moralische Krise ausgelöst.“ Die Zukunft des Menschen sei von Grund auf bedroht, „wenn die Entdeckungen der Männer der Wissenschaft zum Zwecke der Zerstörung benutzt werden“. Man müsse stets die Risiken der Nutzung gewisser Energiequellen und der gewisser Waffen sowie die ökologischen Konsequenzen gewisser Initiativen bedenken.

Ausdrücklich bestritt Johannes Paul II. die Wissenschaftler darin, aus Gewissensgründen „die Labors des Todes“ zu verlassen. Er forderte eine „Allianz von Gewissen und Wissenschaft“ und die Respektierung des Primats der Ethik, damit die Wissenschaft in den Dienst des menschlichen Lebens gestellt werde.

Der Papst nannte Galileo Galilei als Beispiel. Dieser sei von der Inquisition wegen seiner Forschung zur Unterstützung des kopernikanischen Weltsystems als Ketzer verurteilt und zum Widerruf gezwungen worden. Trotzdem habe er „der wissenschaftlichen Welt und der Kirche einen unschätzbaren Dienst“ erwiesen, „indem er das bessere Verständnis der Beziehungen zwischen offenkundiger Wahrheit und empirisch entdeckter Wahrheit“ forderte.

„Berlin kann ohne Diepgens Besuch im Osten leben“

Von HEINRICH LUMMER

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen will seinen möglichen Besuch in Ost-Berlin zur 750-Jahrfeier nicht wie einen prüfen, der nur Gründe zur Ablehnung sucht. Das ist gut so. Aber natürlich müssen die Gründe, die für und gegen einen Besuch sprechen, gesehen und gewogen werden. Derzeit geht es darum, die denkbaren Kriterien für eine solche Prüfung zu nennen. Diesem Ziel soll der folgende Beitrag dienen. Erst wenn weitere Fakten bekannt sind, werden wir in der Lage sein, eine abschließende Prüfung zu ermöglichen.

1. Wenn man politische Fragen beantwortet, tut man stets gut daran, sie auf ihren Stellenwert hin einzuordnen. Dabei wird man feststellen müssen: Der Besuch eines Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin ist nicht von überragender Bedeutung. So wie es Diepgen selber sagt, ist wesentlicher und entscheidend die Begegnung der Berliner hüten und drüben von den Deutschen diesseits und jenseits der Mauer. Die Begegnung von Spitzen eines Gemeinwesens kann Krönung sein, wenn sich die Bürger normal nachbarschaftlich begegnen oder auch Beginn einer neuen Ära der Begegnung. Beides ist von einem Besuch des Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin nicht zu erwarten. So wie die Bundesrepublik bisher ohne den Besuch des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker auskommen mußte, kann Berlin ohne die Teilnahme Diepgens am Ostberliner Staatsakt leben. Die bisherige Diskussion um den Besuch vermittelte lediglich den Eindruck, als handle es sich dabei um die zentrale Frage des Jubiläumsjahres. Das ist nicht so.

2. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein Besuch des Regierenden Bürgermeisters beim Staatsakt der DDR statusrelevant ist. Die Frage ist, ob man den ohnehin vorhandenen Beschädigungen des Status eine weitere hinzufügen kann, weil der Besuch eben andere Vorteile haben würde. Ein solcher Besuch kann die gemeinsame Geschichte unterstreichen, kann das Zusammengehörigkeitsgefühl bestätigen, kann neue Möglichkeiten der innerstädtischen Kooperation öffnen und vielleicht auch den Bürgern auf beiden Seiten



der Mauer Erleichterungen für ihre Besuche bringen. Wenn schon die Öffnung des Brandenburger Tors als Geschenk zur 750-Jahrfeier nicht zu erwarten ist, so können doch andere Erleichterungen im Bereich des Möglichen liegen. Jedenfalls darf ein solcher Besuch von unserer Seite nicht als Selbstzweck betrachtet werden. Er muß so gestaltet sein, daß über den Besuch hinausreichende positive Wirkungen erkennbar werden.

3. Die in West-Berlin erscheinende SEW-Zeitung „Die Wahrheit“ will den Besuch Diepgens in Ost-Berlin zum Prüfstein machen. Die Frage sei:

„Ein solcher Besuch darf von unserer Seite nicht als Selbstzweck betrachtet werden. Er muß so gestaltet sein, daß darüber hinausreichende positive Wirkungen erkennbar werden.“

ob er „souverän“ selber entscheide oder als „Anhängsel“ des jeweiligen Herrn im Weißen Haus. Wir wissen und wollen, daß in West-Berlin die Alliierten Souveränität ausüben. Ihre Rechte sind unsere Sicherheit und zwar in einem existentiellen Sinne. Deshalb ist der Konsens auf westlicher Seite eine Vorbedingung für den Besuch. Für „souveräne Alleingänge“ des Regierenden Bürgermeisters besteht hier kein Raum. Natürlich sind Diskussionen mit den Alliierten nicht ausgeschlossen, aber am

Der frühere Bürgermeister und Innensenator von Berlin, Heinrich Lummer (CDU), ist ein profilierter Deutschland-Politiker der Union. Statusrecht und Berlin-Fragen zählen zu den bevorzugten Arbeitsgebieten des 53-jährigen Diplompolitologen. Er genießt vor allem an der CDU-Basis hohes Ansehen und Popularität. Lummer führte elf Jahre lang (1969-1980) die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Im April 1986 trat Lummer im Zusammenhang mit den Berliner Skandalaffären zurück. Er geht im Frühjahr 1987 als einer der elf CDU-Bundtagsabgeordneten, die Berlin stellt, nach Bonn.

Ende muß die Entscheidung von allen – auch der Bundesregierung – getragen werden.

Im Gegensatz zur weniger problematischen Einladung des Oberbürgermeisters von Ost-Berlin lädt der Vorsitzende des Komitees zur 750-Jahrfeier, der Staatsratsvorsitzende Honecker, in die Hauptstadt der DDR ein. Diese Qualität Ost-Berlins wird von den Westmächten hartnäckig und mit guten juristischen Gründen bestritten. Der Viermächte-Status ist ein Status für ganz Berlin und die DDR ist in Ost-Berlin trotz gegenteiliger Behauptungen nicht souveräner Herr im eigenen Hause. Diese Rechtsposition hat immer noch praktische Auswirkungen, zum Beispiel in Gestalt des Zugangs der Westalliierten nach Ost-Berlin und ihre Möglichkeit, sich dort zu bewegen. Gewiß ist die Nichtzugehörigkeit Ost-Berlins zur DDR schwer klar zu machen, wenn die Botschaften der Westmächte „bei“ der DDR eben in Ost-Berlin ihren Sitz haben.

Dennoch bleibt die Rechtsposition und ihre Deklamation wichtig. Darüber hinaus muß neben der Einladung in die „Hauptstadt der DDR“ auch damit gerechnet werden, daß dieser Staatsakt diesen Charakter Ost-Berlins unterstreichen und feiern will. Wieder läßt „Die Wahrheit“ der SEW die Katze aus dem Sack. Hauptfrage im Zusammenhang mit der Einladung sei eben: „Will der Regierende Bürgermeister die Realitäten anerkennen oder weiter überholten Vorstellungen, er hätte eigentlich ganz Berlin zu regieren, nachgehen?“ Man kann möglichen Fehlinterpretationen des Besuchs mit Vorbehaltserklärungen begegnen. Aber

sie sind nur brauchbar, wenn sie im Konsens erfolgen. Eine Politik nach dem Motto „die Deutschen können eh tun, was sie wollen, denn für Statusfragen sind die Alliierten zuständig“, ist untauglich. Ein Händedruck mit Honecker wiegt eine Belastung im deutsch-alliierten Verhältnis nicht auf.

5. Im Zusammenhang mit dem Besuch des damaligen Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker bei Honecker ist die salvatorische Formel angewendet worden, man dürfe aus derartigen Akten, die eigentlich nicht sein dürften, keine Statusvorteile ableiten. Andernfalls könne es eine solche Begegnung nur

„Ein Händedruck mit Honecker wiegt eine Belastung im Verhältnis der Deutschen zu den Alliierten nicht auf.“

ein einziges Mal geben. Ein solcher Appell an die andere Seite ist hilfreich. Andererseits ist diese Formel kein Allheilmittel, denn die Fakten haben ihre eigene Sprache auch unabhängig von den jeweiligen Interpretationen. Will sagen: Die Inanspruchnahme dieser Formel als Generalprävention zur Durchführung des Besuchs des Regierenden Bürgermeisters in Ost-Berlin ist nicht möglich. Die Verwendung der Formel hat ihren Nutzen, sie kann aber keinen Verzicht auf die Prüfung jener Fakten bedeuten, die schließlich eine normative Kraft haben könnten.

6. Wesentlich ist z.B. die Frage

nach dem Kreis der Eingeladenen. Ein Regierender Bürgermeister als einer unter anderen Staatschefs ist nicht geeignet, die Einladung annehmbarer zu machen. Auch bleibt es wichtig, ob und in welcher Weise das militärische Element in Erscheinung tritt. Der Regierende Bürgermeister kann nicht an einer Veranstaltung teilnehmen, gegen die die Westmächte wegen des entmilitarisierten Status von Berlin protestieren müßten. Da diese und andere Fragen gegenwärtig überhaupt nicht zu beantworten sind, wäre es töricht, Vorabzusage zu erteilen oder sich unter Zeitdruck setzen zu lassen. Der Vorsitzende der Berliner SPD-Fraktion Momper hat der Stadt mit seiner eifertigen Zusage keinen guten Dienst geleistet. Diepgen sollte sich von niemanden drängen lassen. Ein chinesisches Sprichwort sagt: Wer es eilig hat, mache einen Umweg.

7. Das Problem der Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten betrifft nicht nur die Ebene der Regierungen. Der Sport ist davon betroffen, auch Kommunen, die Partnerschaften suchen. Für den Deutschen Städtetag blieb die Berlin-Frage relevant seit sowjetische Bürgermeister bei einer Reise durch die Bundesrepublik Berlin absprachewidrig ausklammerten und den Besuch, der am Schluß der Reise in Berlin vorgesehen war, einfach absagten. Der Senat erwartet von vielen Institutionen bei Besuchen, Veranstaltungen und anderen Aktionen zwischen Ost und West zu recht Solidarität. Gerade auch in jüngster Zeit gibt es in diesem Bereich Nadelstiche des Ostens, die solche Begegnungen nutzen wollen, um den Status von Berlin zu ändern. Der Senat muß deshalb bei der Gestaltung seiner eigenen Politik auf die beispielhafte Wirkung seiner Aktionen achten. Es gibt gute und schlechte Beispiele, die ihre Nachahmer finden. Es ist jedenfalls schwierig, ein schlechtes Beispiel zu geben und von anderen zu verlangen, daß sie solidarisch auf der Seite des Guten bleiben. Auch hier muß eine Absicherung erfolgen. Die Zeit der Prüfung sollte keine Zeit der Vorurteile sein. Bei der Prüfung jeder Einzelfrage hier und heute muß die Perspektive des Handels immer orientiert sein an dem Willen zur Freiheit und zur Einheit der Stadt und unseres Landes.

SPD verteidigt Volkszählung. Kritik an Grünen

AP, Osnabrück

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Alfred Emmerlich, hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker gegen die Kritik der Grünen an seinem Eintreten für die Volkszählung in Schutz genommen und gleichzeitig erklärt, die SPD halte ungeachtet neuer Kritik an der für den 25. Mai nächsten Jahres geplanten Zählung fest. Emmerlich sagte in einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, ein moderner Industriestaat bleibe darauf angewiesen, sich durch flächendeckende Zählungen sichere Datengrundlagen für politische Entscheidungen zu verschaffen. Zunächst berechnete Vorbehalte seien

Anzeige

Die BERUFS-WELT
bietet Ihnen seitensweise
Karriere-Chancen.

Nutzen Sie jeden Samstag den großen
Stellenmarkt für Fach- und Führungs-
kräfte. Auf Wunsch: 4 Wochen kosten-
los. Telefon: 0130-6060 (Ortsanruf).

DIE WELT
ANWANDER, ZUSATZSTELLE FÜR DIE WELT

In enger Abstimmung mit den Datenschutzbeauftragten beseitigt worden. Emmerlich wies die Vorwürfe der Grünen gegen den Bundespräsidenten in dieser Sache zurück. Der Bundespräsident habe lediglich zur Beachtung eines demokratisch zustande gekommenen Gesetzes aufgefordert. „Ich rate dringend dazu, eine so untadelige Persönlichkeit wie die des Bundespräsidenten und seine einwandfreie Amtsführung nicht auf diese Weise in den politischen Streit hineinzuziehen.“

Die Grünen im Bundestag hatten Weizsäcker am Dienstag vorgeworfen, er habe sich „zum Fürsprecher einer zweifelhaften Sache gemacht“ und lasse sich vor den „Volkszählungs-Karren“ von Bundesinnenminister Zimmermann spannen. Weizsäcker hatte die Bundesbürger zur Beteiligung an der Volkszählung 1987 aufgefordert. Dabei hatte er unter anderem erklärt, er verbürge sich dafür, daß mit den amtlicherseits gewünschten persönlichen Daten kein Mißbrauch getrieben werde.

Wenn Aktienkurse schaukeln, sollte Ihre Geldanlage gesichert sein – in Gold!



Geschäfte an der Börse sind nicht nur ein Wettlauf mit der Zeit, sondern auch ein Wettlauf um die richtigen Informationen.

Gerüchte, Spekulationen, politische Ereignisse oder Krisen an den Brennpunkten der Welt lassen manchmal Aktienkurse innerhalb weniger Stunden in astronomische Höhen schnellen. Genauso oft aber auch in den Keller stürzen. Dadurch sind manche schnell reich, aber auch viele arm geworden.

Wen wundert das, wenn man weiß, was alles den Börsenverlauf beeinflussen kann. Unsicherheit über den internationalen Handel, die Steuern und Zinsen. Gewißheit über die Arbeitslosen-

zahlen, die Budget-Defizite der USA, die Schulden der Dritten Welt und die steigende Zahl der Unternehmenszusammenbrüche.

Die Börse reagiert immer, wenn die Weltwirtschaft in Schräglage rutscht. Bei Gold ist das anders. Gold ist ein wertvolles Metall, das sich nicht beliebig vermehren läßt. Gold hat langfristig noch nie an Wert verloren. Es ist das einzige Reserveinstrument, über das Nationen frei und ohne Einfluß anderer Staaten verfügen können.

Es ist anonym, international akzeptiert, leicht aufzubewahren und leicht zu transportieren. Es kann jederzeit überall auf der Welt gekauft und

verkauft werden. Und eines hat die Geschichte bewiesen: Gold hat jede Krisensituation glänzend überstanden.

Wer also heute investiert, sollte in Gold investieren, denn Gold ist – langfristig gesehen – eine richtige Entscheidung. Fragen Sie doch mal Ihre Bank, oder schreiben Sie uns.

Ein Stück Gold – ein Stück Sicherheit.

Bitte schicken Sie mir kostenlos per Post weitere Informationen zum Thema Gold-Investment.

Name _____ Vorname _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon-Nr. _____

Bitte auf Postkarte kleben und gleich absenden an

Gold-Informations-Zentrum
Tal 48 · 8000 München 2

Muß die Arbeit Spaß machen? / Eine Serie von Elisabeth Noelle-Neumann (3. Folge)

Insgesamt ist zwischen 1960 und 1980 der Anteil berufstätiger Frauen bei uns praktisch bei etwa 49 Prozent der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren stehengeblieben. Und in anderen Industrieländern ist er auf 60 bis über 70 Prozent geklettert. Hier ist ein Nachholbedarf von Frauen an geeigneten Teilzeitarbeitsplätzen, die bei uns auffallend zurückgeblieben sind (Tabelle 1 und Grafik).

Mit den Mitteln der Demoskopie läßt sich die ungewöhnliche Größe der „stillen Reserve“ des Arbeitsmarktes, mit der wir leben, durchaus sichtbar machen. In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage mit rund 2000 Interviews wurden Ende September/Anfang Oktober 1986 alle Personen zwischen 18 und 59 Jahren, die nicht erwerbstätig oder als arbeitslos gemeldet waren, gefragt: „Es gibt ja viele Fälle, wo jemand nicht offiziell beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet ist, aber genau gesehen, ist er oder sie arbeitslos: er/sie würde gern beruflich arbeiten, wenn sich ihm/ihnen nur ein geeigneter Arbeitsplatz bieten würde. Fühlen Sie sich selbst eigentlich in diesem Sinne arbeitslos, oder würden Sie das nicht sagen?“ 24 Prozent antworteten, daß sie sich in diesem Sinne als arbeitslos fühlten. Umgerechnet auf die Bevölkerung zwischen 15 und unter 60 Jahren sind das ungefähr zwei Millionen.

Zwei Drittel dieser „stillen Reserve“ sind Frauen, zwei Drittel haben ihre Allgemeinbildung mit der Hauptschule abgeschlossen, etwa die Hälfte lebt in Arbeiterhaushalten, und ganz gleichmäßig verteilen sie sich auf drei Altersgruppen: Je ein Drittel ist zwischen 18 und 29, 30 und 44, 45 und 59 Jahren. Von den Frauen in der „stillen Reserve“ denken die meisten, etwa zwei Drittel, an eine Teilzeitarbeit, die sie gern hätten.

Wie ernst ist diese „stille Reserve“ zu nehmen? Auf die Frage: „Haben Sie schon einmal überlegt (wieder) einen Beruf nachzugehen, eine Arbeit aufzunehmen?“ sagen diejenigen, die sich arbeitslos fühlen, fast vollständig, daß sie das schon überlegt hätten: auf die Anschlussfrage: „Bemühen Sie sich zur Zeit ernsthaft um eine Stelle, oder haben Sie sich vor einiger Zeit bemüht, oder konnten Sie das noch nicht viel tun?“ erklärt etwa die Hälfte derer, die sich „arbeitslos“ fühlen, sie bemühten sich ernsthaft, gegenwärtig oder auch vor einiger Zeit. Wir lernen daraus, daß von der „stillen Reserve“ etwa eine Million bereitstehen, Arbeitsplätze, die sich bieten, zu besetzen. Die zweite Million wartet ab, aber je mehr Chancen sie sieht, an je mehr Beispielen sie erkennt, daß es heute wieder möglich ist, nach längerer Unterbrechung einen Arbeitsplatz zu bekommen, desto aktiver wird sie werden.

Für ein sehr wirksames Drängen der „stillen Reserve“ in den Arbeitsmarkt spricht die Fülle der Motive, die bei der Frage: „Was spricht in Ihren Augen alles dafür, daß Sie (wieder) einen Beruf, eine Arbeit aufnehmen möchten?“ genannt werden. Eine erhebliche Rolle spielen finanzielle Motive: „Wenn ich arbeite, kann ich mir persönlich mehr leisten“ (61 Prozent), „Ich will selbst Geld verdienen, nicht auf andere angewiesen sein“ (59 Prozent), „Ich brauche das Geld zum Leben“ (56 Prozent), „Ich will meine Altersversorgung sichern“ (49 Prozent), „Damit ich mir auch größere Anschaffungen leisten kann“ (44 Prozent). Der Gedanke, selbst eine Arbeit zu suchen, weil der Partner arbeitslos ist, wird ganz selten als Motiv angeführt (2 Prozent).

Das zweite Motivbündel hängt zusammen mit dem Bedürfnis nach Erlebnis: „Ich will einen Arbeitsplatz, weil ich gern mit anderen Menschen zusammen bin“ (47 Prozent), „Auf die Dauer wäre es mir zu Hause zu langweilig“ (65 Prozent), „Es genügt mir auf die Dauer nicht, nur im Haushalt tätig zu sein“ (55 Prozent).

Das Interesse an der Arbeit selbst ist auch größer als meist angenommen wird: „Ich möchte einen Arbeitsplatz, weil ich Freude an meiner Arbeit, an meinem Beruf habe“ (45 Prozent), „Weil es für mich ganz selbstverständlich ist, zu arbeiten“ (54 Prozent), „Ich habe eine gute Ausbildung. Es wäre schade, wenn ich mit meinen Kenntnissen nichts anfangen würde“ (33 Prozent).

Diese beachtliche „stille Reserve“ ist erst in den letzten Jahren seit dem Konjunkturaufschwung 1983 von der Öffentlichkeit entdeckt worden, von manchem Politiker mit dem Ziel der Anklage, die Arbeitslosigkeit sei ja in Wirklichkeit viel größer als offiziell angegeben. Aber der Vergleich mit den europäischen Nachbarländern und mit den USA zeigt, daß sich diese „stille Reserve“ bei uns ganz still seit Ende der 60er Jahre aufgebaut hat.

Für die kommenden Jahre läßt sich leicht voraussehen, daß die „stille Reserve“ wahrscheinlich stärker in die neu geschaffenen Arbeitsplätze drängen wird als die Arbeitslosen. Da ist zunächst einmal das ungleiche finanzielle Motiv: Die Angehörigen der „stillen Reserve“ verdienen augenblicklich nichts, sie sehen die Chance, gleichsam von Null auf ein eigenes Einkommen zu gelangen. Die Ar-

Die Zahl der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland nimmt zu. Seit 1983 ist sie um mehr als 500 000 gewachsen. Aber die Arbeitslosigkeit von über zwei Millionen hat sich nur wenig verringert. Von je drei neuen Arbeits-

plätzen wurden zwei von vorher nicht Berufstätigen besetzt, Angehörigen der „stillen Reserve“ für den Arbeitsmarkt, nur je einer ging an einen Arbeitslosen. Überraschend ist das eigentlich nicht. Diese „stille Reserve“ ist un-

gewöhnlich groß. In Ländern wie England, Schweden, USA hat sich der Anteil berufstätiger Frauen in den letzten zwei, drei Jahrzehnten erheblich vergrößert, sehr viel mehr Frauen sind dort berufstätig als bei uns.

Strategien gegen die Arbeitslosigkeit

beitslosen dagegen sind auf verschiedene Weise versorgt, auch wenn sie schon länger als zwei Jahre arbeitslos sind. 87 Prozent berichteten bei der Umfrage, daß sie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe beziehen. 20 Prozent erhalten Wohngeld. Selbst unter denen, die seit mehr als zwei Jahren arbeitslos sind, sagen 70 Prozent, sie erhielten Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, nur 20 Prozent deklarieren ihre Unterstützung als Sozialhilfe. Wahrscheinlich unterscheiden sie „Arbeitslosenhilfe“ und „Sozialhilfe“ gesprächsweise nicht so genau: aber insgesamt gewinnt man den Eindruck einer nahezu Vollversorgung.

Das gilt wohl auch weitgehend unabhängig davon, ob es in direkter Linie Familienangehörige gibt, die den Arbeitslosen unterstützen müssen. Es wurde gefragt: „Ehe einem langfristigen Arbeitslosen Sozialhilfe gewährt wird, fragt das Sozialamt erst einmal nach, ob ein Ehegatte, ob Eltern oder Kinder da sind, die für den Unterhalt mit aufkommen müssen. Wie ist es bei Ihnen? Haben Sie einen direkten Verwandten, der für Sie aufkommen müßte oder aufkommt?“ 53 Prozent bejahten, enge Familienangehörige müßten sie nach der Rechtslage unterstützen. Aber faktisch wird das bei der Entscheidung über Unterstützungszahlungen offenbar nicht eng ausgelegt. Man kann als Arbeitsloser weitgehend mit Dauerbezügen rechnen (Tabelle 2).

Gut die Hälfte der Arbeitslosen, 52 Prozent, und insbesondere die jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren sagen zu 61 Prozent: „Ich habe Familienangehörige, die zu mir stehen. Deshalb bin ich bei der Arbeitssuche nicht so unter Druck“. Die Mitglieder der „stillen Reserve“ sind da wahrscheinlich aggressiver und aktiver.

Die stärkere Dynamik mit der Angehörige der „stillen Reserve“ neue geschaffene Arbeitsplätze erobern konnten, hat weitere Gründe. Viele Arbeitslose sorgen sich um die Erhaltung ihres Status: „Ich meine, auch als Arbeitsloser sollte man beruflich nicht absteigen. Deshalb kann ich manche Arbeit, die mir angeboten wird, nicht annehmen“, sagen 33 Prozent, und 22 Prozent bemerken: „Ich habe ja meinen Beruf gelernt. Diesen Beruf will ich auch ausüben und keinen anderen.“

Jeder zweite Arbeitslose (46 Prozent) sagt dagegen realistisch: „Ich muß bei der Arbeitssuche jetzt erst einmal Verschlechterungen in Kauf nehmen. Ich hoffe aber, mich dann wieder hocharbeiten zu können.“

Was für Verschlechterungen werden in Kauf genommen? Wir wenden uns nun wieder ganz den Ergebnissen der Arbeitslosen-Enquete zu. In erster Linie, von fast drei Viertel, werden als Verschlechterung akzeptiert: ein längerer Weg zur Arbeit, auch morgens früher zur Arbeit weg zu müssen und abends später nach Hause zu kommen.

In drei weiteren Punkten erklären

rund zwei Drittel der Arbeitslosen ihre Anpassungsbereitschaft: Annahme eines zeitlich befristeten Arbeitsvertrages, Arbeit in einem anderen Beruf, Arbeit, für die eine Umschulung notwendig ist. Die hohe Zustimmung zu einem befristeten Arbeitsvertrag verdient besondere Aufmerksamkeit; denn gerade diese Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist oft von Vertretern der Arbeitnehmer angegriffen worden.

Die Bereitschaft zu Berufswechsel und Umschulung wird allerdings gebremst durch widerstrebende Tendenzen: In einem Beruf arbeiten, der bei den Leuten weniger gilt, wollten nur 48 Prozent der Arbeitslosen; Arbeit unter dem Niveau des eigenen fachlichen Könnens scheint auch der Mehrheit der Arbeitslosen nicht zumutbar, auch weniger Verdienst als auf dem letzten Arbeitsplatz würden nur 43 Prozent in Kauf nehmen.

Von dem schwierigen Thema Mobilität, weiter wegziehen, um neuen Arbeitsplätze zu finden, war schon die Rede. Zwar sagt rund jeder dritte Arbeitslose, er sei bereit dazu, aber die Nachfrage bei den Familienangehörigen dieser Arbeitslosen ergab, daß drei Viertel der Angehörigen, also die große Mehrheit, protestieren und einen Umzug ablehnen.

Besonders kritisch sieht es auch bei allen Arbeitsplatz-Perspektiven aus, die echte Belastungen versprechen: Arbeit am Samstag oder Sonntag, sehr anstrengende Arbeit, bei der man sehr müde nach Hause kommt, schlechte Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel Lärm und Schmutz – so etwas würden nur ein Viertel bis ein Drittel der Arbeitslosen auf sich nehmen wollen (Tabelle 3).

An diesem Punkt stehen wir wieder da, wo dieser Bericht über die Arbeitslosigkeit begann: eine Arbeit, die keinen Spaß macht, anzunehmen, ist mit das letzte, das die Arbeitslosen sich selbst und das auch ihre Familienangehörigen ihnen zumuten wollen.

Es spricht ein großes Zutrauen zum Sozialstaat aus diesen Antworten der Arbeitslosen, die Überzeugung, der Sozialstaat müsse das schaffen, daß seine Bürger eine Arbeit finden, die ihnen Freude macht. Viele Arbeitslose rechnen auch offenbar damit, daß solche eine Stelle ihnen vom Arbeitsamt angeboten werden müsse. Bei insgesamt nur 117 000 offenen Stellen im September 1986 ist

das natürlich sehr unwahrscheinlich. 54 Prozent der Arbeitslosen berichten, ihnen sei in den letzten sechs Monaten überhaupt keine Stelle vom Arbeitsamt angeboten worden, weitere 15 Prozent sagen, keine Stelle, die sie gern angenommen hätten – zusammen 69 Prozent. Immerhin, jeder vierte erhielt eine bis drei für ihn annehmbare Stellen vom Arbeitsamt genannt, ohne dann aber eingestellt zu werden. 5 Prozent hatten mehr als drei Stellen nachgewiesen bekommen, aus denen aber nichts wurde.

Eine besondere Verpflichtung, sich anzustrengen, sehen viele Arbeitslose nicht. Auf die Frage, ob Arbeitslose auch selbst Schuld daran hätten, arbeitslos zu sein, meinen sie zu 15 Pro-

zent, das könne sein, 85 Prozent lehnen diesen Gedanken ab. Aber wie soll es weitergehen? Gegenwärtig steigt der Anteil langfristiger Arbeitsloser ständig an. 1980 waren 5,1 Prozent der Arbeitslosen zwei Jahr oder länger arbeitslos, zur Zeit sind es 14,8 Prozent. Wenn jetzt im Aufschwung der Arbeitslosen nicht vermindert werden kann, wird dann bei einer irgendwann kommenden Rezession die Arbeitslosigkeit nicht unvermeidlich auf die schon 1981/82 gefürchteten drei Millionen oder noch mehr steigen?

Arbeit vermarkten wie Bananen? fragte kürzlich ein Wirtschaftswissenschaftler in der „Zeit“. Er setzte sich mit einer Denkschrift des „Kronberger Kreises“ seiner Professorenkollegen auseinander, die empfohlen haben, bei der Belegung des Arbeitsmarktes genauso zu verfahren, wie man bei der Belegung des Marktes für Bananen, Eisenbahnfahrkarten oder Teppichböden verfahren würde.

Wenn man einen Markt beleben oder erschließen will, dann macht man – bei Konsumgütern meist mit Hilfe von Bevölkerungsumfragen, Marktforschung – eine „Segmentation“. Der potentielle Abnehmerkreis

wird untergliedert nach seinen Bedürfnissen, Gewohnheiten, Ansprüchen, seiner Kaufkraft, und ebenso kann man das Produkt differenzieren, man kann neben den normalen Personenwagen Abenteuer-Autos in der Art von Suzuki oder neben dem Geschäftswagen den Zweitwagen für die Familie entwickeln und sich damit einen vielleicht weitweiten Markt erschließen.

Die Allensbacher Arbeitslosen-Untersuchung war von Anfang an auf eine „Segmentation“ hin angelegt. Die Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Ursula Engelen-Kerker hat darauf hingewiesen, daß innerhalb des Jahres 1985 3,73 Mill. Abgängen aus der Arbeitslosigkeit 3,75

Mill. Zugänge gegenüberstanden und daß daraus aus dem „Bestand“ von durchschnittlich 2,2 Mill. Arbeitslosen kein realistisches Bild zu gewinnen sei. Gerade das ist auch die Betrachtungsweise bei einer Segmentation. Wie ein Betonblock steht die Zahl von 2,2 Mill. Arbeitslosen in der politischen Diskussion und läßt ein Gefühl vollkommener Machtlosigkeit aufkommen. „Wir haben ja heute über 2 Millionen Arbeitslose. Was meinen Sie: Wird die Zahl der Arbeitslosen zurückgehen, wenn man den Arbeitslosen mehr Programme zur Ausbildung anbietet, oder meinen Sie, dadurch wird sich nicht viel ändern?“ Die Zahl der Arbeitslosen wird zurückgehen, erwarten 22 Prozent, es wird sich nicht viel ändern, glauben 59 Prozent, unentschieden sind 19 Prozent. Wenn man aber mit einer Segmentation diesen Block aufzuschließen versucht, dann gewinnt das Problem Arbeitslosigkeit ein menschliches Gesicht, man kann Pläne – zum Beispiel die Qualifizierungskampagne, mit der die Arbeitslosigkeit abgebaut werden soll – und Realität aufeinander abstimmen versuchen.

Frau Dr. Engelen-Kerker hat darauf hingewiesen, daß innerhalb des Jahres 1985 3,73 Millionen Abgängen aus der Arbeitslosigkeit 3,75 Millionen Zugänge gegenüberstanden, und daß daraus aus dem „Bestand“ von durchschnittlich 2,2 Millionen Arbeitslosen kein realistisches Bild zu gewinnen sei. Gerade das ist auch die Betrachtungsweise bei einer Segmentation. Wie ein Betonblock steht die Zahl von 2,2 Millionen Arbeitslosen in der politischen Diskussion und läßt ein Gefühl vollkommener Machtlosigkeit aufkommen. „Wir haben ja heute über zwei Millionen Arbeitslose. Was

meinen Sie: Wird die Zahl der Arbeitslosen zurückgehen, wenn man den Arbeitslosen mehr Programme zur Ausbildung anbietet, oder meinen Sie, dadurch wird sich nicht viel ändern?“ Die Zahl der Arbeitslosen wird zurückgehen, erwarten 22 Prozent der Arbeitslosen, es wird sich nicht viel ändern, glauben 59 Prozent, unentschieden sind 19 Prozent. Wenn man aber mit einer Segmentation diesen Block aufzuschließen versucht, dann gewinnt das Problem Arbeitslosigkeit ein menschliches Gesicht, man kann Pläne – zum Beispiel die Qualifizierungskampagne, mit der die Arbeitslosigkeit abgebaut werden soll – und Realität aufeinander abstimmen versuchen.

Drei Segmente sollen im folgenden betrachtet werden. Man könnte auch mehr Segmente bestimmen, man könnte sie anders abgrenzen. Nicht ihre Größe genau festzustellen, ist wichtig; die Segmente müssen nur groß genug sein, damit es sich lohnt, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für sie zu entwickeln. Als erstes Segment sollen die potentiellen Selbständigen unter den Arbeitslosen vorgestellt werden. Rund zehn Prozent der Arbeitslosen sagen, sie hätten schon daran gedacht, sich selbständig zu machen und sie glauben, daß sie es auch schaffen könnten. Unter diesen Arbeitslosen sind fast ebensoviel Frauen wie Männer, und zwar Frauen, die in Selbstbewußtsein, Optimismus und unternehmerischer Energie hinter den Männern nicht zurückstehen.

Diese Arbeitslosen sind schwierig. Relativ oft haben sie ihren letzten Arbeitsplatz wegen eines Streits mit einem Vorgesetzten verloren. Aber sie besitzen viele Kennzeichen des echten Unternehmers: Nicht das finanzielle Interesse rangiert bei ihnen oben, auch nicht der Wunsch nach geregelter Arbeitszeit oder nach einer Arbeit mit wenig Stress. Große Entscheidungsfreiheit wünschen sie sich am Arbeitsplatz, „eine Arbeit, die mich herausfordert“, einen Beruf, in dem man etwas für die Allgemeinheit Nützliches tun kann, andere Menschen führen.

Etwas mehr als die Hälfte von ihnen hat nur die Hauptschule besucht, aber in sehr viel höherem Anteil als der Durchschnitt haben sie eine abgeschlossene Lehre. Sie haben mehr an Fortbildungskursen teilgenommen, sie sind eher zu einer Umschulung bereit, auch zum Umziehen, zur Übernahme eines Risikos. Häufiger als der Durchschnitt sehen sie die Schuld an der Arbeitslosigkeit auch bei den Arbeitslosen selbst.

Für diese potentiellen Selbständigen könnte man an Maßnahmen denken, die in anderen Ländern schon verwirklicht sind, zum Beispiel eine längere Frist, etwa zwölf Monate, Weiterbezug des Arbeitslosengeldes, während sie daran arbeiten, eine selbständige Existenz zu begründen.

Auf die Frage: „Wenn Sie an die Zukunft denken – für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß Sie in den nächsten Jahren wieder berufstätig werden, daß Sie einen Arbeitsplatz bekommen?“ sagen 52 Prozent der potentiellen Selbständigen, „sehr wahrscheinlich“ und 27 Prozent, „einemmaßen wahrscheinlich“.

Fast engengesetzt antworten die Arbeitslosen aus dem Segment „Schwer vermittelbar“: 14 Prozent von ihnen halten es für sehr wahrscheinlich, daß sie in den nächsten Jahren wieder Arbeit haben, 25 Prozent für „einemmaßen wahrscheinlich“, 57 Prozent sagen „wenig wahrscheinlich“, vier Prozent machen keine Angabe.

„Schwer vermittelbar“ – ob es das überhaupt gibt oder nicht gibt, das war und ist ein Streitpunkt unter den Arbeitsmarktanalysten. Bei der vorliegenden Untersuchung und Segmentation wurde folgendermaßen verfahren: Ein Arbeitsloser, der im Interview sagte, er bemühe sich nicht um einen Arbeitsplatz (17 Prozent), wurde als „schwer vermittelbar“ betrachtet. Außerdem Arbeitslose, die sagten, daß sie eigentlich aus gesundheitlichen Gründen unfähig zur Arbeit seien (sieben Prozent), weiter diejenigen, die sagten, sie könnten wegen der Kinder oder Pflege alter Menschen nicht länger als drei oder vier Stunden am Tag von zu Hause fort (16 Prozent aller arbeitslosen Frauen). Auch diejenigen Arbeitslosen, die sagten, daß sie keinen Kontakt zum Arbeitsamt hielten (neun Prozent), schließlich diejenigen, die sagten, daß sie sich in den letzten sechs Monaten bei keiner Stelle beworben haben (19 Prozent), diejenigen, die sagten, daß sie ohnehin demnächst in Rente gingen (sechs Prozent) oder demnächst zur Bundeswehr (drei Prozent) oder daß sie ein Kind erwarteten (drei Prozent). Oft kommen mehrere dieser Umstände zusammen. Insgesamt umfaßt dieses Segment der „schwer Vermittelbaren“ 23 Prozent oder hochgerechnet 500 000 Arbeitslose.

Zum Segment der „schwer Vermittelbaren“ gehören etwa gleichviel Männer und Frauen, zwei Drittel sind Arbeiter, fast die Hälfte sind unter 35 Jahren. Allerdings gibt es im Alter große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Von den Männern im Segment „schwer Vermittelbar“ sagt jeder dritte, er gehe demnächst in Rente, von den Frauen sagt jede sechste, sie erwarte ein Kind. In diesem Segment ist die Stimmung der Männer, vor allem der älteren und der Arbeiter, sehr gedrückt, während umgekehrt die Frauen eher optimistisch sind. Sie unternehmen sehr wenig, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden, intensiv versuchen sich viele von ihnen ihrer Familie.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müßten eher bei einem weiteren Segment ansetzen, das knapp die Hälfte aller Arbeitslosen umfaßt. Es sind Arbeitslose, die nicht zum Segment „potentielle Selbständige“ gehören, die sich aber in den letzten sechs Monaten mindestens einmal um eine Stelle beworben haben und die bei ihrer Arbeitsplatzsuche von Zuversicht erfüllt sind – wahrscheinlich eine Voraussetzung für aktive Bemühung – „Ich werde sehr wahrscheinlich in den nächsten Jahren wieder einen Arbeitsplatz finden.“

Dieses Segment von Arbeitslosen mit Chancen, guten Chancen zur Rückkehr in das Arbeitsleben, muß wenn man nach Ansatzpunkten für aktive Arbeitsmarktpolitik sucht, in mehrere Segmente aufgeteilt werden. Zu verschiedenen ist die Situation von Männern und Frauen, jungen Arbeitslosen und älteren, bei Hilfsarbeitern, Facharbeitern, Angestellten, arbeitslosen Akademikern.

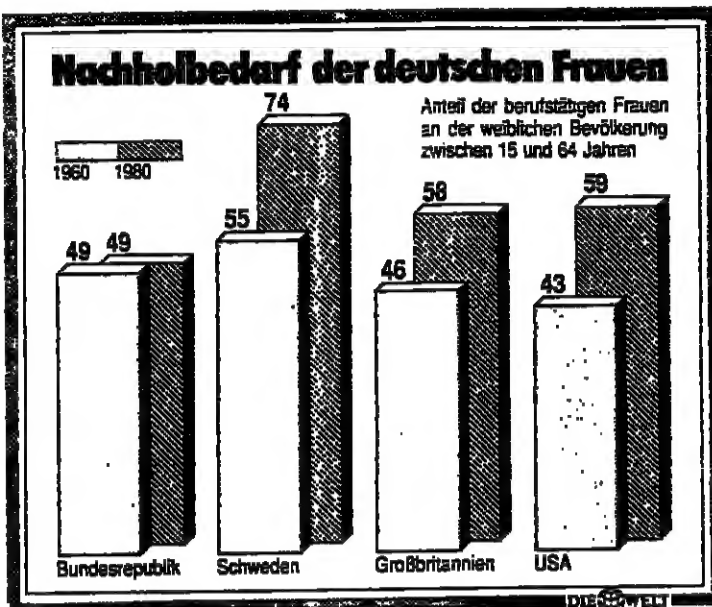
Allerdings zeigt schon ein erster Blick auf dieses Segment als Ganzes, daß Arbeitslose, die Alleinernährer sind, und ihre Familienangehörigen sehr viel mehr Aktivität bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz entfalten als Arbeitslose in Familien, in denen ein anderer berufstätig ist.

Eine Gruppe, die außerhalb der Segmente steht, sind jene fünf Prozent der Arbeitslosen, die sagen, sie hätten schon einen neuen Arbeitsplatz fest zugesagt bekommen, hochgerechnet rund 100 000 gegenwärtig registrierte Arbeitslose. Davon sind 56 Prozent nicht länger als drei Monate als arbeitslos gemeldet, 33 Prozent drei bis zwölf Monate, elf Prozent seit mehr als zwölf Monaten arbeitslos.

Es kann doch nicht sein, daß man eine Arbeit tun muß, die einem keine Freude macht – das denkt die große Mehrheit der Arbeitslosen. Und wenn sich kein solcher Arbeitsplatz findet, dann sind die Arbeitslosen gar nicht schuld – das denkt die große Mehrheit. Es könnte sein, daß es sich um ein verzerrtes Bild handelt. Gezielte Maßnahmen zum Abbau von Arbeitslosigkeit werden nicht ankommen können gegen eine Norm: keine Arbeit annehmen, wenn sie keine Freude macht.

Die Gesellschaft zwingt die Arbeitslosen nicht, sie sichert sie materiell, und sie schaut nicht auf sie herab. Aber die Arbeitslosen, die darauf bestehen, nur eine Arbeit anzunehmen, die ihnen Freude macht, haben den Schaden davon. Die Umfrage zeigt, je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto pessimistischer wird der Arbeitslose, desto enger wird sein Interessensbereich, desto passiver und langsamer wird er allgemein, desto mehr wenden sich seine Bekannten von ihm ab. Immer schwerer wird der Rückweg.

– Schluß –



Mutter mit Kindern – „stille Reserve“ des Arbeitsmarktes? FOTO: KLAUS MEHNER

2. Die Versorgung der Arbeitslosen

PERSONEN, DIE ARBEITSLOS SIND

	BIS ZU 12 MONATEN						13 BIS 24 MONATE						25 MONATE UND LÄNGER					
	mit unterstützungspflichtigen Familienangehörigen		ohne unterstützungspflichtigen Familienangehörigen		mit unterstützungspflichtigen Familienangehörigen		ohne unterstützungspflichtigen Familienangehörigen		mit unterstützungspflichtigen Familienangehörigen		ohne unterstützungspflichtigen Familienangehörigen		mit unterstützungspflichtigen Familienangehörigen		ohne unterstützungspflichtigen Familienangehörigen		mit unterstützungspflichtigen Familienangehörigen	
Nach der Angabe des Arbeitslosen erhält er / sie:	%		%		%		%		%		%		%		%		%	
Arbeitslosengeld	74		77		24		21		4		6		74		74		74	
Arbeitslosenhilfe	7		13		54		67		51		74		74		74		74	
Sozialhilfe	3		9		4		21		16		24		24		24		24	
Wohngeld	10		24		18		37		28		41		41		41		41	
Nichts davon	15		6		21		3		30		12		12		12		12	
	109		129		121		149		129		157							

Bundesrepublik mit West-Berlin

15- bis 64jährige Arbeitslose

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, oder nachlesen wollen, wählen Sie bitte 6 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

Die Suez-Krise vor 30 Jahren: Ein Szenario mit weitreichenden Folgen für die Nahostpolitik der Europäer / Moskau nutzte die Gunst der Stunde

Von WILHELM G. GREWE

Vor 30 Jahren, am 29. Oktober 1956, leitete ein israelischer militärischer Vorstoß auf der Sinai-Halbinsel in Richtung auf den Suez-Kanal eine weltpolitische Krise ein, die zu den großen Wendemarken der Nachkriegsgeschichte gehört. Sie hat die spätere Entwicklung ähnlich tiefgreifend beeinflusst wie die beiden Berlin-Krisen von 1948/49 und 1958/62. Was die Suez-Krise von ihnen besonders unterscheidet, war ihr zeitliches Zusammenfallen mit einer zweiten Krise von nicht minderer Größenordnung: mit dem ungarischen Aufstand, der sich an den gleichen Tagen abspielte und gleichzeitig mit dem Abschluß des Suez-Debatels in einer erschütternden Tragödie endete.

Wie kam es zur Suez-Krise? Es mutet wie eine Ironie der Geschichte an, daß ihr Ursprung in einem Hilfsangebot des Westens an Ägypten wurzelt. Im Dezember 1955 hatten die Westmächte der ägyptischen Regierung in Aussicht gestellt, daß sie 400 Millionen Dollar in ausländischen Währungen verfügbar machen würden, die Gamal Abd el-Nasser benötigte, um sein gigantisches Projekt eines Hochstaudamms bei Assuan zu realisieren, von dem er sich eine grundlegende Verbesserung der Wirtschaftslage seines Landes versprach. 200 Millionen sollte die Weltbank als langfristigen Kredit gewähren, 70 Millionen die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die restlichen 130 Millionen sollten später ebenfalls von diesen beiden Gebern kommen, soweit sie nicht inzwischen durch französische und deutsches Privatkapital aufgebracht worden wären.

Am 19./20. Juli 1956 gaben Washington und London jedoch plötzlich bekannt, daß sie ihr Angebot zurückzögen – womit auch die Aussicht auf den Weltbankkredit hinfällig wurde. Zur Begründung dieses überraschenden Entschlusses wurden wirtschafts- und finanzpolitische Bedenken vorgebracht, die wenig überzeugungskräftig waren. Die eigentlichen Motive waren ohne Zweifel politischer Natur: gewachsenes Mißtrauen gegenüber Nasser und seiner auf arabischem Nationalismus und weltpolitischem Neutralismus basierenden, mit der Annahme sowjetischer Hilfsangebote liebäugelnden Politik.

Nasser reagierte seinerseits mit einem Überraschungscoup, der ihm auf anderem Wege das benötigte Geld und einen Ausgleich für den erlittenen Prestigeverlust bringen sollte: Er gab am 26. Juli die Nationalisierung der bislang internationalen, vorwiegend von Ausländern kontrollierten und von ihnen finanziell ausgegessenen Suez-Kanal-Gesellschaft bekannt. Mehr als 50 Prozent der Aktien dieser Gesellschaft gehörten französischen Aktionären, mehr als 40 Prozent der britischen Regierung. Der Handelsverkehr der westlichen Welt mit Ostafrika, Asien und Australien, vor allem auch der Transport des mit

teilstöcklichen Erdöls liefen über den Suez-Kanal. England und Frankreich reagierten dementsprechend heftig und bezeichneten die Nationalisierung als Rechtsbruch, wenngleich die in der internationalen Suez-Kanal-Konvention von 1888 verbürgte Freiheit der Durchfahrt für Schiffe jeder Art und Flaggen von der Nationalisierung nicht notwendigerweise berührt wurden. Ob sie ein Rechtsbruch war, ist umstritten und mindestens zweifelhaft. Seit dem schon 1954 vereinbarten und im Juni 1956 beendeten Abzug der britischen Truppen aus der Kanalzone hatten die Westmächte jedenfalls kein unmittelbar wirksames Druckmittel mehr in der Hand, um sich gegen befürchtete künftige

Restriktionen und Auflagen im Kanalverkehr zu schützen.

Ihre Bemühungen zielten in dieser Lage auf eine Internationalisierung des Kanals, die auf zwei Londoner Konferenzen im August und September angestrebt wurde. Daneben lief eine Kampagne zur Mobilisierung der Weltöffentlichkeit gegen Nasser, seine Person und seine Politik, liefen aber auch militärische Vorbereitungsmaßnahmen für eine bewaffnete Aktion im Kanalgebiet. Auf der zweiten Konferenz am 19./20. September gründeten 15 Staaten eine „Vereinigung der Kanalbenutzer“, deren Statuten am Ende jedoch weder England und Frankreich noch Ägypten befriedigten, das schon am 17. September den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angerufen hatte. Dort wurde ebenso wie auf den Londoner Konferenzen sichtbar, daß der Westen gespalten war: Die Vereinigten Staaten unterstützten zwar – obgleich der Kanal für sie viel weniger bedeutsam als für Westeuropa war – die Forderung nach internationaler Kontrolle, waren jedoch keinesfalls bereit, Gewalt anzuwenden. Gleichzeitig schaltete sich Moskau in wachsendem Maße in die Auseinandersetzungen ein, lehnte die Internationalisierungsforderung ab und kritisierte mit großer Schärfe die britisch-französischen militärischen Vorbereitungsmaßnahmen.

Während die Diskussionen des Sicherheitsrates ergebnislos blieben und auch geheime Kompromißverhandlungen schließlich scheiterten, hatte sich Israel inzwischen zum Angriff auf Ägypten entschlossen, wobei israelisch-jordanische Zwischenfälle,

Pläne einer irakischen Truppenstationierung in Jordanien und ein jordanisch-ägyptisch-syrisches Militärabkommen diesen Entschluß beeinflussten. Trotz vielfacher, über Jahre wiederholter Dementis kann kaum ein Zweifel bestehen, daß die französischen und britischen Staatsmänner – Mollet und Pineau sowie Eden und Selwyn Lloyd – im Bilde waren und ihr Einverständnis bekundet hatten.

Damit konnte der letzte Akt beginnen. 29. Oktober: israelischer Angriff auf den Sinai. 30. Oktober: britisch-französisches Ultimatum an Israel und Ägypten mit der Aufforderung, alle Kampfhandlungen einzustellen und die beteiligten Streitkräfte aus der Kanalzone zurückzuziehen; an

Blockierung aller Resolutionen durch britisches und französisches Veto.

1./2. November: Sondersitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die gemäß der 1950 angenommenen „Uniting for peace“-Resolution tätig werden konnte, wenn der Sicherheitsrat infolge des Vetos einer Großmacht handlungsunfähig war; Annahme einer Resolution, die außer Israel und Ägypten auch Frankreich und Großbritannien zur Einstellung der Feindseligkeiten aufforderte.

Während die beiden letzteren gegen die Resolution stimmten, votierten die Vereinigten Staaten dafür. Der schon vorher sichtbare tiefe Gegensatz zwischen den westlichen Ver-

ten, daß den Streitkräften beider Mächte die Feuereinstellung befohlen worden sei. Vor Beginn der britischen Kabinettsitzung hatte der Schatzkanzler dem Außenminister die sich dramatisch verschärfende Krise des englischen Pfundes geschildert. Bis in die Reihen der britischen Regierung und der konservativen Partei mehrten sich die Stimmen, die für einen Abbruch der Aktion plädierten. In den USA wurde gleichzeitig Präsident Eisenhower mit großer Mehrheit wiedergewählt.

7. November: Erneutes Verlangen der Vollversammlung der Vereinten Nationen nach sofortigem Abzug der israelischen, britischen und französischen Truppen aus Ägypten.

molten nachdrücklich bestritten, daß man sich davon habe beeindrucken lassen. Die durch die Krise ausgelöste prekäre Wirtschafts- und Währungslage des Landes hätte eine größere Rolle gespielt.

Tatsächlich ist nicht zu übersehen, daß die Sowjetdrohung erst ausgesprochen wurde, als die Würfel schon gefallen waren und das Risiko ihrer Realisierung gering war. Für die Zukunft aber war klargestellt, daß auch im Nahen Osten das machtpolitische Übergewicht der beiden Supermächte den Ausschlag geben würde.

Die Kontrolle über den Suez-Kanal konnte den Ägyptern nicht mehr entzogen werden. Nasser, dessen Sturz ein wesentliches Ziel der Aktion gewesen war (Eden verglich ihn immer wieder mit Hitler und litt offenbar an dem Trauma von München: daß man einem rechtsbrüchigen Diktator nicht rechtzeitig entgegengetreten war), ging gefestigt und mit vermehrtem Prestige in der arabischen Welt aus der Krise hervor. Für einen kurzen Augenblick führte Suez zu einem Höhepunkt arabischer Solidarität. Die Vereinten Nationen haben zwar zur Liquidierung der Krise beigetragen, erwiesen sich jedoch als unfähig, sie auf ihrem Höhepunkt zu bewältigen und die akute Gefährdung des Weltfriedens auszuräumen. Dem Westen wurde zugleich demonstriert, daß er die Kontrolle über die Weltorganisation verloren hatte und die Mehrheiten in der Vollversammlung von den Stimmen der Dritten Welt beherrscht wurden. Zugleich wurde ihm zum ersten Male vorverzerrt, was seine Abhängigkeit von den Ölquellen des Mittleren Ostens bedeutete und wie diese durch den Ausfall des Suezkanals, durch Sprengungen von Pipelines und durch Embargomaßnahmen rasch dramatisch verschärft werden konnte.

Israel trug keinen dauerhaften Gewinn davon. Die Feindseligkeit seiner arabischen Umwelt verschärfte sich, die Empfindlichkeit seiner Nachbarn für Waffenlieferungen aus dem Westen wuchs, was auch die Bundesrepublik später zu spüren bekam. Am Morgen jenes 6. November, an dem die Krise ihren Höhepunkt entgegenging, traf in Paris der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einem seit langem geplanten Staatsbesuch ein. Die französischen Gäste-

ber hatten Wert darauf gelegt, daß dieser Besuch nicht im letzten Augenblick abgesagt wurde.

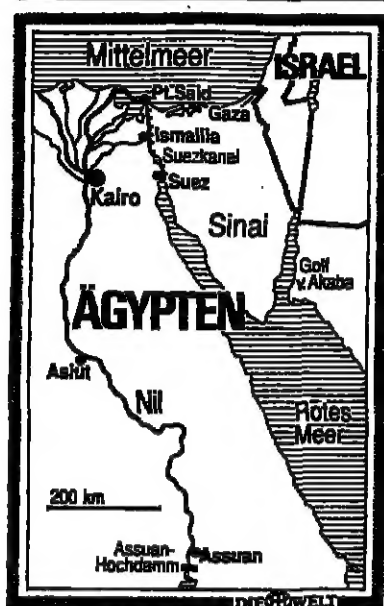
Im Arbeitszimmer des Ministerpräsidenten Guy Mollet im Hôtel Matignon saß ein Teil des französischen Kabinetts stundenlang mit den deutschen Gästen zusammen und bezog sie in die schwierigen Überlegungen ein, welche die kritische Stunde von ihnen forderte. Dem Verfasser dieser Zeilen, der zusammen mit Außenminister von Brentano und dem Botschafter in Paris, von Maltzan, den Kanzler begleitete, ist dieser Vormittag unvergessen: Das vertrauensvolle Verhältnis, das sich zwischen den beiden Ländern – schon lange vor de Gaulle – entwickelt hatte, konnte nicht eindrucksvoller demonstriert werden als durch diese schwierige Beratung in Gegenwart der deutschen Gäste und durch ihre Einbeziehung in die zur Beschlußfassung führenden Überlegungen. Adenauer hat keinen Augenblick gezögert, die Annahme der Resolution der Vereinten Nationen und den Abbruch des Unternehmens zu befürworten. Trotz eines gewissen Verständnisses für die Ziele der Intervention hielt er die Art ihrer Durchführung für verfehlt. Sein Rat wird für die französischen Entschlüsse keine entscheidende Bedeutung gehabt haben. Aber er wurde dankbar und mit Respekt entgegengenommen.

Die deutschen Interessen in dieser Krise waren begrenzt und mittelbar: Auch die deutsche Schifffahrt und Erdölversorgung waren auf den Suez-Kanal angewiesen. Als Kanalbenutzer und als Partner der (vom Deutschen Reich unterzeichneten) Suez-Kanal-Konvention von 1888 hatte die Bundesrepublik an den Londoner Konferenzen teilgenommen. Als Mitglied der Atlantischen Allianz mußte ihr der Zusammenhalt der Bündnispartner am Herzen liegen. Das enge Verhältnis zu Frankreich wie zu den Vereinigten Staaten machte ein Auseinanderdriften dieser beiden Partner zu einem besonders delikaten Problem. Ähnliches galt auch für eine Verschärfung und Zuspitzung der arabisch-israelischen Beziehungen: Mit beiden Seiten mußte Bonn, aus sehr verschiedenen Gründen, um ein freundschaftliches Klima bemüht sein.

Alle diese Interessen wurden durch die Suez-Krise berührt und nötigten zu einem vorsichtig-zurückhaltenden Kurs. Erleichtert wurde dieser durch die Tatsache, daß die Bundesrepublik noch kein Mitglied der Vereinten Nationen und infolgedessen nicht genötigt war, bei Abstimmungen Partei zu ergreifen.

Rückblickend läßt sich nur sagen, daß der Schatten dieser Krise bis zum heutigen Tag über den europäisch-arabischen Beziehungen liegt. Das berührt – mit allen Europäern – auch uns.

Professor Wilhelm G. Grewe, Staatsrechtler und 25 Jahre lang deutscher Diplomat, war zur Zeit der Suez-Krise Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt.



Streitobjekt Suez-Kanal: Nasser verstaatlichte die internationale Kanalgesellschaft, als der Westen Kreditzinsen für den Hochstaudamm bei Assuan zurückzog. Durch versenkte Schiffe (rechts) war die wichtige Wasserstraße für Moskau unpassierbar.

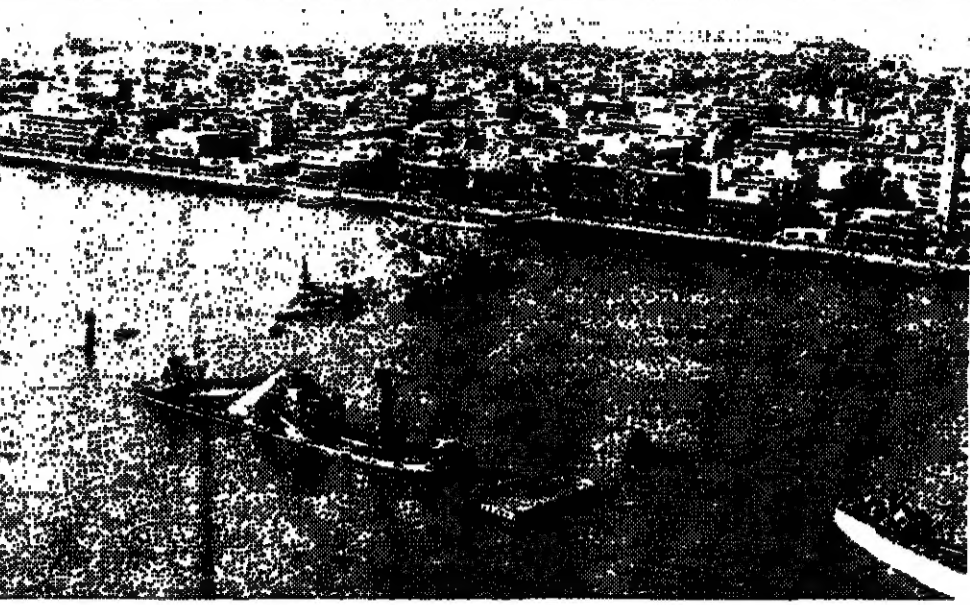


FOTO: AP

Ägypten gerichtet: einer zeitweiligen Besetzung von Port Said, Ismailia und Suez durch britische und französische Truppen zustimmen. 31. Oktober: Bombardierung ägyptischer Flugplätze. Bis zum 4. November: nur Luftangriffe, erst am 5./6. November Landung, zunächst von Fallschirmtruppen, dann von See aus von weiteren Verbänden eines britisch-französischen Expeditionskorps. Schon am 7. November: Feuereinstellung und Waffenstillstand. 15. November: Landung eines ersten Kontingents von „peace keeping forces“ der UN in der Kanalzone.

Diese Abfolge der Ereignisse am eigentlichen Schauplatz des Geschehens gibt noch keinen Aufschluß über die Beweggründe für das Verhalten der Beteiligten. Sie bildet auch nur die eine, sichtbare Hälfte des Krisenkalenders. Parallel dazu gibt es einen zweiten Terminkalender, aus dem sich besser ablesen läßt, warum die Ereignisse diesen Verlauf nahmen:

30. Oktober: Zusammentritt des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf amerikanische Initiative;

bündelten wurde damit augenfällig bestätigt.

3./4. November: Weitere Resolutionen der Vollversammlung, die auf Feuereinstellung binnen zwölf Stunden drängten und – auf Vorschlag Kanadas – den Generalsekretär beauftragten, binnen 48 Stunden den Plan für die Aufstellung und Entsendung einer internationalen Friedens-truppe auszuarbeiten. Während die Augen der Welt auf diese Vorgänge in New York und auf Suez gerichtet waren, drangen am Morgen des 4. November sowjetische Panzer in Budapest ein und warfen den ungarischen Aufstand nieder.

5. November: Botschaften des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin an Eden und Mollet, in denen er die „feste Entschlossenheit“ der Sowjetunion bekundete, „durch Gewaltanwendung die Aggressoren zu senkellendern. Parallel dazu gibt es einen zweiten Terminkalender, aus dem sich besser ablesen läßt, warum die Ereignisse diesen Verlauf nahmen:

6. November: Beratungen der Kabinette in Paris und London, die am Abend zu der Bekanntmachung führ-

Rückblickend bleibt kein Zweifel, daß der Suez-Abenteuer ein katastrophaler Fehlschlag für London und Paris gewesen ist, aber auch einen schlimmen Bruch innerhalb des westlichen Bündnisses offenbarte. Es zeigte, daß die Zeit für Gewaltstreich im kolonial-imperialistischen Stil vorüber war. Paris und London hatten sich nicht nur darin verkalkuliert, sie hatten auch ihre Machtmittel überschätzt und hatten überdies ihre militärische Aktion schlecht vorbereitet und stümperhaft durchgeführt; daß vom Augenblick des ersten Luftangriffs bis zur Landungsoperation in Port Said fünf Tage verstrichen, sagt schon alles. Edens Rücktritt im Januar 1957 war die unvermeidliche Konsequenz seiner Politik. Im Mai trat auch Guy Mollet für immer von der politischen Bühne ab.

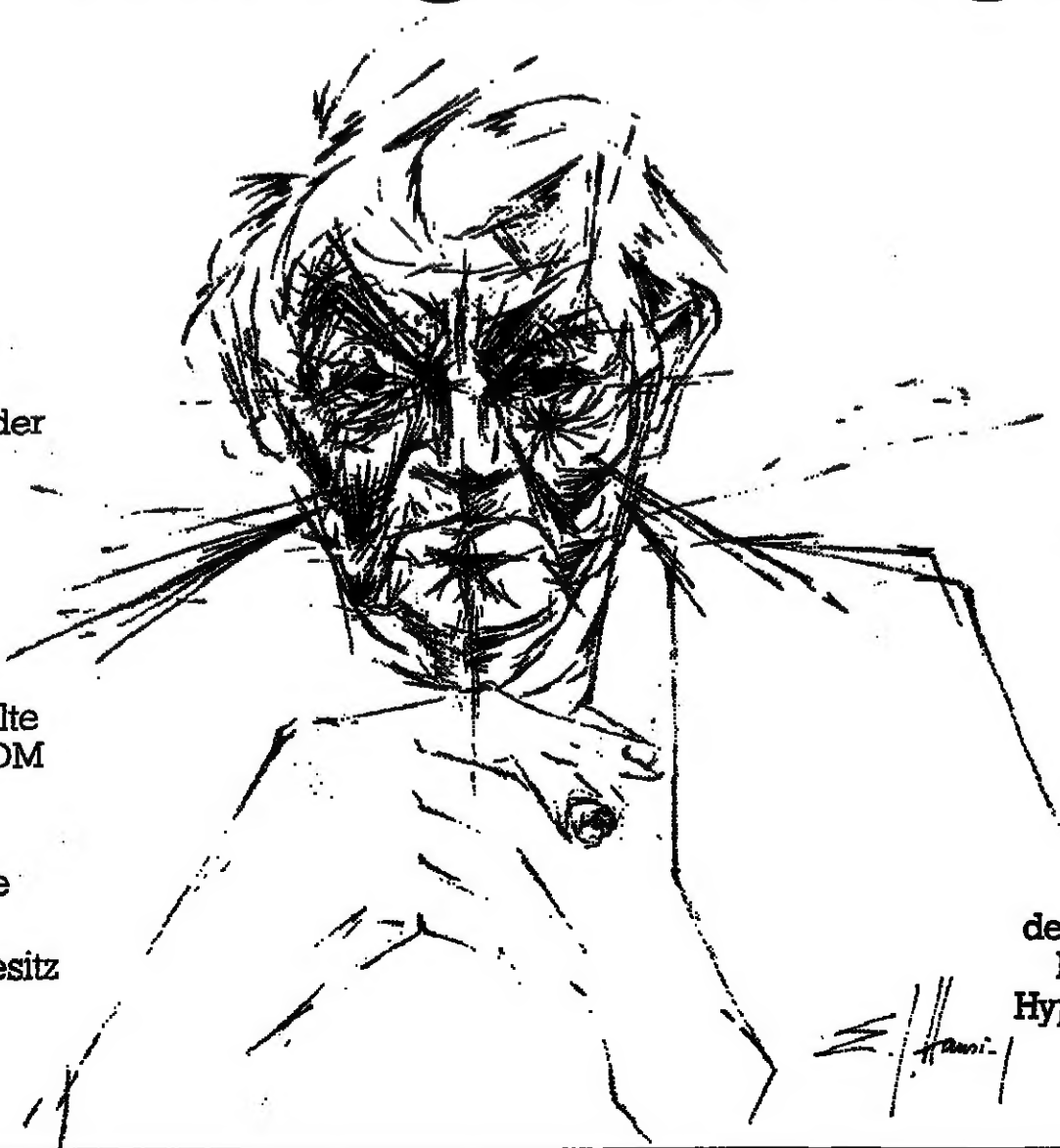
Der Sowjetunion bot der Verlauf der Krise eine unschätzbare Gelegenheit, sich im Nahen Osten dauerhaft zu engagieren und ihr Mitspracherecht in dieser Region wirkungsvoll zu etablieren. Darüber hinaus konnte sie den Eindruck erwecken, daß der Westen vor ihren Drohungen zurückgewichen sei. Eden hat in seinen Me-

Die privaten Banken zum „Lebensstandard“ Über soviel Wohlstand für alle hätte sich selbst Ludwig Erhard gewundert

Als alle Welt das deutsche Wirtschaftswunder rühmte, hatte Ludwig Erhard der Wirtschaft bereits ihr Ziel gesetzt: Wohlstand für alle. Das war 1957, neun Jahre nach der Währungsreform.

Was danach kam, ist die Geschichte eines steilen Aufstiegs. Es stiegen

- * das verfügbare Jahreseinkommen der Haushalte von durchschnittlich DM 7.650 auf heute 50.300 DM
- * die Zahl der privaten Autos von 2,4 Millionen auf 22,6 Millionen
- * die Ausgaben für Auslandsreisen und -urlaube von 14 Milliarden Mark auf 43 Milliarden Mark
- * die Zahl der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz von 7,5 Millionen auf über 11 Millionen.



Wir privaten Banken meinen: Der Vater des Wirtschaftswunders hat nicht zuviel versprochen. Er würde sich heute über soviel Leistung des einzelnen und soviel Wohlstand für alle sogar wundern.

Bundesverband deutscher Banken.

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken. Btz * 459 00 #



Zielstrebigster Ausbau der Kernkraft geplant

Angst vor Atomstrom ist in Japan kein Thema

LUDWIG KÜRZEN, Bonn

Japan wird seine Kapazität zur Erzeugung von Atomstrom von zur Zeit etwa 25 000 Megawatt (MW) auf mindestens 107 000 MW im Jahr 2030 erhöhen. Da das Land nur wenig eigene Energieträger besitzt und daher zu über 80 Prozent auf den Import von Öl, Gas und Kohle angewiesen ist, will es die Kernkraft zielstrebig ausbauen. Dabei sollen fortgeschrittene Reaktortypen, etwa der Schnelle Brüter, besonders gefördert werden.

Die Japaner beabsichtigen, bei der Reaktortechnik, im Brennstoffzyklus und bei der Wiederaufbereitung zunehmend eigene Technologien zu entwickeln. Bei ihren Plänen für den weiteren Ausbau der Atomkraft können sich die Verantwortlichen dabei auf großen Rückhalt in der Bevölkerung stützen. Die überwiegende Mehrheit der Japaner verläßt sich, auch nach dem Tschernobyl-Unglück, auf die Sicherheit der heimischen Anlagen. Dies berichtet jetzt Yasuya Shoda, Generaldirektor der japanischen Entwicklungsgesellschaft für Atomkraft (FNC), vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn.

Zur Zeit arbeiten in Japan 33 Kernkraftwerke, elf sind in Bau, sechs weitere in Planung. Sie sollen bis 1995 fertiggestellt sein. Danach will man jedes Jahr die Kapazität um 1500 bis 2500 MW erhöhen. Momentan trägt die Atomkraft mit einem Anteil von 26 Prozent zur japanischen Energiekapazität bei.

Einmal pro Jahr werden alle Kraftwerke überprüft

32 Anlagen gehören zum Typ der Leichtwasserreaktoren, davon sind 17 Siede- und 15 Druckwasserreaktoren. Die Auslastung der Kraftwerke beträgt zur Zeit 70 Prozent, ein Wert, der sich nach Angaben von Shoda nur noch wenig steigern läßt, da alle 13 Monate Inspektionen gesetzlich vorgeschrieben sind. Da für müssen die Reaktoren drei bis vier Monate lang abgeschaltet werden. Zur Zeit bemühen sich die Japaner, diesen Zeitraum auf zwei Monate zu verkürzen. Die Bau- und Erprobungszeit der Anlagen konnte in den letzten zehn Jahren von etwa 55 Monaten auf 50 Monate verkürzt werden.

Das Land hat zur Sicherung der Versorgung mit Uran zahlreiche Explorationsverträge mit verschiedenen Ländern abgeschlossen. Die Urananreicherung erfolgt zur Zeit nach dem Zentrifugal-Verfahren in einer Pilotanlage, die 1977 in Betrieb ging. In zwei Jahren wird eine wesentlich größere Anlage fertiggestellt sein. Die Brennstäbe für

Leichtwasserreaktoren werden von privaten Firmen hergestellt, nur die Behandlung von Plutonium untersteht der staatlichen PNC.

Besonders interessiert sind die Japaner an der Entwicklung des Schnellen Brüters. Seit 1977 ist ein Testreaktor dieses Typs in Betrieb, eine Probenanlage mit 280 MW elektrischer Leistung soll 1992 fertig sein. Die Japaner sehen die Entwicklung des Schnellen Brüters aber in langfristigen Zeiträumen. So wird man nach der jetzigen Planung erst um das Jahr 2020 Demonstrationsanlagen in Betrieb nehmen. Auch an der Entwicklung des Hochtemperaturreaktors wollen sich die Japaner beteiligen, sind aber nach den Worten Shodas, bei dieser Technologie auf die Anleitung anderer Nationen - etwa der Bundesrepublik - angewiesen.

Bis 2010 will man den Urankreislauf schließen

Seit 1981 ist in Japan auch eine Wiederaufbereitungsanlage für Brennstäbe aus Leichtwasserreaktoren in Betrieb, die eine Jahreskapazität von 70 Tonnen besitzt. Sie wurde aus Frankreich importiert. Eine neue Anlage mit einer Kapazität von 800 Tonnen pro Jahr soll bis zum Jahr 2010 auf der Shimokita-Halbinsel im Norden der japanischen Hauptinsel Honshu entstehen.

Bis zum Jahr 2010 werden dort Anlagen zur Urananreicherung, zur Wiederaufbereitung und zur Behandlung von gering radioaktiven Abfällen entstehen. Damit soll der Brennstoffkreislauf endgültig geschlossen werden. Die Möglichkeiten der Behandlung und Endlagerung von hoch radioaktiven Abfallstoffen werden in Japan zur Zeit noch erforscht.

Die hohe Akzeptanz der Kernenergie in Japan geht nach Ansicht von Shoda auf frühzeitige intensive Bemühungen der Planer zurück, die Bevölkerung über die Technik, ihre Chancen und Risiken aufzuklären. Es sei für jeden Betreiber eines Kraftwerkes selbstverständlich, die Bevölkerung an einem Standort in die Planungen miteinzubeziehen. Das Verhältnis zwischen den betroffenen Gemeinden und den Anlagebetreibern sei durch gegenseitige Offenheit, Vertrauen und Rücksichtnahme geprägt.

Nach Ansicht der Japaner ist es die Pflicht der industrialisierten Staaten, ihre Energiegewinnung von fossilen Brennstoffen auf technisch fortgeschrittenere Verfahren wie Kernkraft umzustellen. „Die fossilen Energieträger sollten wir besser den sich entwickelnden Ländern und den kommenden Generationen überlassen.“

Marschroute der USA für KSZE-Treffen

rnc, Bonn

Die USA wollen das dritte Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), das am nächsten Dienstag in Wien eröffnet wird, im Geiste der Offenheit und des Willens zur Kooperation mit dem Osten beginnen. Dies erklärte der amerikanische KSZE-Delegationsleiter, Botschafter Warren Zimmermann, in einem Vortrag in Bonn. US-Außenminister Schultz werde, wie in Washington mitgeteilt wurde, einen Tag nach der Konferenzöffnung in seiner Rede die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu einer „erheblich verbesserten Beachtung“ der Verpflichtungen auffordern, die sie mit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki eingegangen sind.

Zimmermann machte in Bonn kein Hehl daraus, daß im Gegensatz zu den Europäern viele Amerikaner die Bedeutung des KSZE-Prozesses nicht verstehen, vor allem die Bemühungen zur Verbesserung der menschlichen Bindungen über die Grenzen hinweg. Dessenungeachtet sei Washington von der Bedeutung der Wiener Folgekonferenz überzeugt, nicht zuletzt deshalb, weil die KSZE das beste vorhandene Diskussionsforum für die ganze Bandbreite der zwischen West und Ost anstehenden Themen sei.

Sorgen macht sich die amerikanische Delegation darüber, wie in einer Konferenz mit 35 Staaten alle Themen gleichgewichtig erörtert werden können und der Konsens unter den NATO-Staaten zu erhalten sei, wie er nach den Worten Zimmermanns beim wichtigen Thema konventionelle Rüstungsreduzierung in der Wiener MBFR-Runde über dreizehn Jahre „so gut funktioniert“. Denn während der dritten Folgekonferenz sei eine neue propagandistische Offensive des Ostens mit weitreichenden Vorschlägen zur Abrüstung zu erwarten, durch die andere Themen wie die Menschenrechte in den Hintergrund gerückt werden könnten.

Zimmermann berichtete, die USA hätten deshalb über eine Initiative zur Bildung von „Helsinki-Beobachter“-Gruppen nach. In diese sollen Bürger aus allen KSZE-Teilnehmerstaaten berufen werden, die jeweils für einen Zeitraum von sechs Monaten zwischen den Folgetreffen frei in den Ländern reisen und die Verwirklichung der Dokumente von Helsinki und Madrid in erster Linie bei den Menschenrechten beobachten und darüber Berichte verfassen sollen.

Bei der Verbesserung der militärischen Sicherheit in Europa wollen die USA ihr Hauptaugenmerk auf die Überprüfbarkeit von Abrüstungsvereinbarungen richten. Zimmermann zeigte sich skeptisch über das in der Stockholmer KVAE-Konferenz erreichte. „Was kann ein westlicher Inspektor schon sehen, wenn er in einem sowjetischen Flugzeug mit sowjetischen Piloten über ein ihm interessierendes Gebiet geflogen wird?“ fragte er.

Erbitterter Machtkampf in Iran

Die Gruppe Rafsandschani setzt sich durch / Nachfolge Khomeinis wieder offen

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die gnadenlose Härte des bereits begonnenen Machtkampfes um die Nachfolge des iranischen Revolutionsführers Khomeini deutet darauf hin, daß das Regime der Mullahs bereits in ersten Turbulenzen steckt. Unter den Verhafteten befindet sich als Hauptangeklagter Mehdi Haschemi. Haschemi trägt den Ehrennamen „Seyed“, was soviel wie „Herr“ bedeutet, aber nur den Nachkommen des Propheten zusteht. Um sich von gewöhnlichen Sterblichen zu unterscheiden, tragen die „Seyeds“ einen grünen Gürtel, falls sie zur Geisteslichkeit gehören, zusätzlich einen schwarzen Turban. Sie genießen ethische Privilegien. Die Tatsache, daß die noble Herkunft Haschemi nicht vor der Verhaftung bewahrte, läßt auf so tiefe Differenzen in der Mullaharchie schließen, daß diese offenbar nur noch mit Gewaltanwendung zu beheben sind.

„Seyed“ Mehdi Haschemi gilt als Anhänger des designierten Khomeini-Nachfolgers Ayatollah Montasari. Dessen Position ist nun erheblich geschwächt, und er soll bereits im Vorfeld der Verhaftungsaktion seinen Verzicht auf die Nachfolge des erkrankten Khomeini angeboten haben.

Die Meinungsunterschiede betreffen nicht nur die Nachfolge, sondern auch die Regierungsgeschäfte und vor allem die Kriegsführung. Haschemi war in Teheran auch der Verbindungsmann für die Milizen der Hisbollahs in Libanon und für die politische Schützenbewegung in Irak. Diese Verbindungen wurden von Montasari geduldet, von Montasari Gegenstand der Nachfolge Khomeinis, Ayatollah Rafsandschani, jedoch zu-

nehmend kritisch beobachtet. Die Hisbollahs in Libanon kämpften in den letzten Wochen immer offener an der Seite der Arafat-PLO gegen die pro-syrischen Amal-Milizen in Libanon. Das mußte Syrien, den Hauptverbündeten im Golfkrieg, verstören, denn die Stärkung der Arafat-PLO und die Schwächung des libanesischen Amal-Verbündeten schmälern Syriens Einfluß in Libanon.

Damaskus soll, wie in Beirut zu erfahren ist, deshalb auch in



Führer der Radikalen: Ayatollah Montasari

Teheran vorstellig geworden sein, was Rafsandschani wiederum den Anlaß bot, aktiv gegen die Gruppe Montasari vorzugehen. Für eine Fortsetzung des Verschleißkrieges ist der syrische Verbündete unersetzlich.

Montasari Verbindungen zur PLO datieren noch aus den 70er Jahren. Damals ging sein Sohn Mohammed nach Beirut, um sich in einem PLO-Lager militärisch ausbilden zu lassen. Montasari selbst zeigt sich seit der

Revolution gern mit einer Kalaschnikow in der Öffentlichkeit, was ihm den Beinamen „Montasari-Ringo“ eintrug. Andere Spitznamen kursieren. Montasari wird von der Gruppe Rafsandschani systematisch lächerlich gemacht, um ihn für die Nachfolge zu disqualifizieren.

Zur Gruppe um Rafsandschani gehört zur Zeit auch Premierminister Mussawi. Ihm oblag es, im iranischen Rundfunk die gewohnt blumigen Erklärungen der Revolutionsregierung für den Machtkampf zu liefern. Die „Geduld und Wachsamkeit des Volkes“ hätten „die Verschwörung zu nichte gemacht“.

Mussawi war es auch, der Syrien lautstark gegen die Vorwürfe und Bezeichnungen der Briten verteidigte, wonach Damaskus am internationalen Terrorismus aktiv beteiligt ist. Er sicherte dem syrischen Verbündeten „entschiedene Unterstützung“ zu und warnte die Europäer. Londons Haltung trage nicht dazu bei, die Sicherheit des Westens zu garantieren. Westliche Diplomaten in Beirut bezeichnen diese Warnung als „unverhüllte Drohung der Staatsterror-GmbH Syrien, Iran und Libyen“.

Die Schärfe der Auseinandersetzung erklärt sich auch aus der zunehmenden Zahl von spontanen Demonstrationen und Anschlägen. In Zahedan nahe der afghanischen Grenze wurde bei einem Anschlag ein Haus in die Luft gesprengt, in dem eine afghanische Widerstandsgruppe ihre Büros unterhielt. Rafsandschani ist derzeit bemüht, alles zu tun, um die Beziehungen zur Sowjetunion zu normalisieren. Die Vermutung von Oppositionskreisen, daß seine Gruppe hinter diesem Anschlag steht, ist daher nicht ganz unglaubwürdig.

Streit um die NATO-Strategie

rtr, Den Haag

Der niederländische Stabschef des NATO-Kommandos Mitteleuropa (AFCEUT) in Brunsum, Generalleutnant Gerard Berkhof, ist nach einem Zerwürfnis mit seinem deutschen Vorgesetzten, General Leopold Chalupa, abgelöst worden.

Aus Militärkreisen verlautete, es habe wiederholt Meinungsverschiedenheiten zwischen Berkhof und dem deutschen AFCEUT-Oberbefehlshaber Chalupa über die Führung des Kommandos gegeben. Berkhof sei ein unkonventioneller General mit eigenen Ideen zur militärischen Strategie, der sich nur schwer in seine NATO-Funktion habe einfügen können.

Ein Sprecher des niederländischen Verteidigungsministeriums sagte gestern in Den Haag, Berkhof sei beurlaubt worden und werde nicht auf den Posten zurückkehren. Alle Verantwortlichen seien zu dem Schluß gekommen, daß seine Ablösung der beste Weg sei, um diese Angelegenheit zu klären.

Iran öffnet Lager für Rotes Kreuz

dpa, Genf

Nach zweijähriger Unterbrechung läßt Iran das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) wieder in das Lager für irakische Kriegsgefangene. Das teilte ein iranischer Regierungsvertreter am Rande der Weltkonferenz der Rotkreuz-Bewegung in Genf mit. Besuche waren nicht mehr genehmigt worden, nachdem es im Gefangenenlager von Gorkan zu Zwischenfällen gekommen war.

Unterdessen wurden in Genf neue Statuten der internationalen Rotkreuz-Organisation verabschiedet. Danach wird die offizielle Beziehung „Internationale Bewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds“ in die seit 1952 unveränderten Statuten aufgenommen.

Israel hatte die Zustimmung dazu verweigert. Botschafter Eliaz sagte, die Regelung schließe praktisch eine Vollmitgliedschaft der israelischen Rotkreuz-Gesellschaft in der internationalen Bewegung aus, obwohl diese mit Ausnahme ihres Davidstern-Emblems alle Bedingungen erfülle.

Kreml startet neue Kampagne

AP/rtr, Moskau

Die sowjetischen Medien haben ausführlich über zwei zurückgekehrte Emigranten berichtet, die lange in den USA gelebt hatten. In den Meldungen wurden die angeblichen Nöte und Probleme der Rückkehrer im kapitalistischen Westen geschildert. Vertreter jüdischer Gruppen in Moskau erklärten, die Pressekampagne zielt offenbar darauf ab, die in jüngster Zeit gestiegene Zahl von Ausreisewilligen einzudämmen. Die Regierungsjournalist „Iswestija“ berichtete, die UdSSR habe aus humanitären Gründen eine Ausnahme gemacht und die Rückkehrer ermöglicht. Sie veröffentlichte ein Interview mit dem 61-jährigen Israel Glikman und dem 41-jährigen Alexander Belkin, die angaben, sie hätten sich vor der Auswanderung von der „westlichen und der zionistischen Propaganda“ verleiten lassen. In der Emigration habe ihnen jedoch der Zusammenhalt der Sowjetgesellschaft gefehlt. 90 Prozent der Emigranten aus der Sowjetunion wollten gern in die Heimat zurückkehren.

Ogarkow erinnert an sowjetische Militärdoktrin

cvb/DW, Brüssel

Der Sowjetmarschall Nikolaj Ogarkow hat sich nach längerem Schweigen wieder zu Wort gemeldet und die Staatsführung an die Militärdoktrin der Sowjetunion erinnert. Ogarkow schreibt in einem von der Presseagentur Nowosti verbreiteten Artikel: „Die sowjetische Militärdoktrin verlangt nicht nur die Fähigkeit, sich passiv verteidigen zu können, vielmehr müssen wir die Fähigkeit besitzen, zu zerschmetternden Gegenangriffen auszuweichen.“

In der NATO fand Ogarkows Stellungnahme Beachtung. Der 69-jährige Marschall wird von westlichen Experten als der fähigste Kopf unter den hohen Militärs der Sowjetunion angesehen. 1984 wurde er als Generalstabschef abgelöst und erhielt öffentlich nicht näher bezeichnete Aufgaben. In der NATO wird angenommen, daß Ogarkow Oberbefehlshaber mehrerer nach Westen gerichteter „Kriegsschauplätze“ geworden ist.

In den Artikel forderte Ogarkow eine verbesserte Ausrüstung der sowjetischen Streitkräfte mit Waffen „höchster technischer Qualität“. Die sowjetischen Militärausgaben müßten gesteigert werden, um neue Waffen zu produzieren, die „komplizierten“ Verteidigungsaufgaben gewachsen seien.

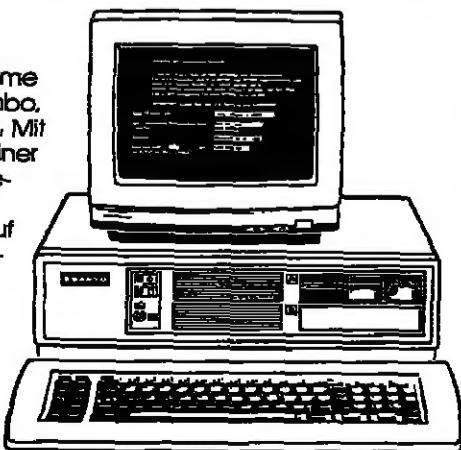
Die Veröffentlichung in der mit dem KGB eng kooperierenden Presseagentur Nowosti wird als ein weiteres Indiz für grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen hohen sowjetischen Militärs und Parteichef Michail Gorbatschow gewertet. Wie die WELT berichtete, hatte der Generalstabschef der Streitkräfte, Marschall Achromjew, bereits Ende September in einem „Militärischen Bulletin“ von Nowosti das von Gorbatschow verkündete einseitige Atomtest-Monatorium scharf kritisiert. In derselben Ausgabe war angekündigt worden, daß sich Ogarkow demnächst zum „militärisch-technischen Inhalt der sowjetischen Kriegsdoktrin“ äußern werde.

Kurz zuvor hatte schon der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generaloberst Tschernow, Meinungsverschiedenheiten zwischen Politikern und Militärs angedeutet. Letztere können es offenbar nicht ertragen, daß sie seit Breschnevs Tod konstant an Einfluß verloren haben.

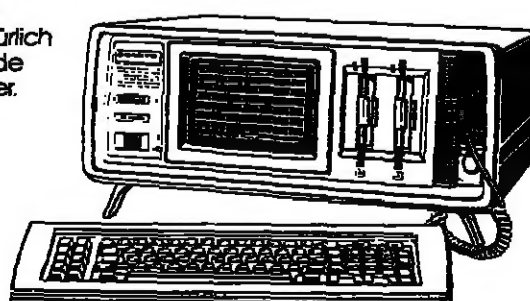
NATO-Militärs verfolgen angesichts der von Ogarkow erneut ins Bewußtsein gerückten sowjetischen Militärdoktrin besorgte politische Vorschläge, der Bundeswehr eine defensive Struktur zu geben, die ihre Fähigkeit zum Gegenstoß beseitigen müßte. Die höchsten NATO-Kommandobehörden betrachten den Gegenangriff als den Kern der westlichen Verteidigungsfähigkeit. Mit einer defensiven Verteidigung könne ein eingedrungener Gegner, der Teile der Bundesrepublik besetzt habe, nicht mehr zum Verlassen des Landes gezwungen werden.

PC-JUMBO: MEHR POWER GEGEN GRÖßERE PROBLEME

Der Betrieb wächst und die EDV-Probleme auch. Kein Problem für unseren PC-Jumbo, den AT-kompatiblen SANYO MBC 990. Mit seinem 80286 32-bit Mikroprozessor, seiner von 6 auf 8 MHz umschaltbaren Taktfrequenz und seiner großen und flexiblen Speicherkapazität schafft er sie alle. Auf Wunsch auch an mehreren Arbeitsplätzen gleichzeitig, denn er ist, mit XENIX oder MS-NETWORKS, mehrplatz- oder netzwerkfähig. Ein echter PC-Jumbo eben. Wenn Sie mehr über den SANYO Jumbo wissen wollen, schicken Sie uns einfach den Coupon.



SANYO hat den richtigen PC für jeden Bedarf und für jede Verwendung. Vom Portable mit integriertem Farbgrafik-Monitor bis zu Computern mit höchster Speicherkapazität für komplexe Anwendungen. Und natürlich die wichtige Peripherie: Hochauflösende Monitore und schnelle, saubere Drucker. Wenn Sie uns den Coupon schicken, erfahren Sie mehr darüber.



JUMBO-POWER-COUPON für ausführliches Informationsmaterial über den MBC 990 IT das SANYO Computer-Gesamtsystem

Name, Firma

Straße

PLZ, Ort

SANYO Büro-Electronic Europa Vertrieb GmbH
Postfach 801740 - 8000 München 80 - Tel. 089/41 60 40



SANYO
...für das effektive Büro

NOTIZEN

Passivraucher gefährdet

Berlin (tr) - Auch Passivraucher sind Krebsgefährdet, wie eine jetzt veröffentlichte Studie des Umweltbundesamtes in Berlin beweist. Bekannt ist, daß „aktives“ Rauchen die wichtigste Ursache für die Entstehung von Lungenkrebs ist. Aber auch langjähriges Passivrauchen gefährdet, so die Studie, die Lungenfunktionen und führt zu einem erhöhten Krebsrisiko.

Leisere Kanalreinigung

Berlin (DW) - Ein lärmarmes Fahrzeug zur Kanalreinigung ist jetzt in einem vom Umweltbundesamt unterstützten Forschungsprojekt entwickelt worden. Durch aufwendige Schallschirmung, Motorkapselung und Verwendung lärmarmen Saug- und Pumpaggregats.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Ruhepause für rastlose Wanderer“ - Ludwig Kürten berichtet über neue Ergebnisse der Krebsforschung.

Auch in Europa soll jetzt aus angezündeten Kohleflößen Brenngas gewonnen werden - Von Arno Nölden.

Die ungewöhnliche Fortpflanzungsstrategie der Beuteltiere beschreibt Matthias Glaubrecht.

gate konnten die Arbeitsgeräusche 10 bis 15 Dezibel gegenüber herkömmlichen Fahrzeugen gesenkt werden.

Borkenkäfer-Lockstoff

Wiesbaden (dpa) - In Hessen können nun mit Hilfe künstlich hergestellter Sexuallockstoffe drei Arten von Borkenkäfern bekämpft werden. Nach der erfolgreichen Anwendung gegen den Buchdrucker und den gestreiften Nutzholzborkenkäfer lassen sich nun auch Kupferstecher in die Fallen locken, wie das Forstministerium jetzt mitteilt.



Auch wenn die Wahrnehmung von Umweltbelastungen stark durch persönliche Werte geprägt wird: Den meisten Anstoß bei den in einer breitengelegten Studie befragten Bürgern erregen Verkehrslärm und Autoabgase. Die tatsächlich meßbare Belastung spielt hierbei eine nur untergeordnete Rolle. FOTO: DPA/GUS

Ist Luftverschmutzung Ansichtssache?

Wissenschaftler decken Zwiespalt von objektiver zu subjektiver Umweltbelastung auf

Von ROLF DEGEN

Wie sehr Menschen die Umwelt als belastet ansehen oder nicht, hängt mehr von ihrer Persönlichkeit ab, als von den tatsächlichen ökologischen Gegebenheiten. Zu diesem Ergebnis gelangen die Münchner Marktforscher Werner Hagstotz und Walther Kösters vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster an Hand einer Repräsentativ-Erhebung, die auf Initiative der Deutschen Forschungsgemeinschaft entstanden ist.

Rund 3000 Bundesbürger sind befragt worden, in welchem Maß sie Umweltbelastungen für die Natur allgemein und für ihre eigene Person einschätzen. Verblüffend ist, so schildern die beiden Forscher in der „Politischen Vierteljahresschrift“ (3/86), daß das private Umfeld bei den Befragten weitaus weniger (nur rund ein Drittel) belastet eingestuft wird, als die Umwelt im allgemeinen.

Verkehrslärm und Abgase sind die Spitzenreiter

Den meisten Anstoß an persönlichem Mißempfinden erregen Verkehrslärm und Autoabgase: 27 Prozent fühlen sich dadurch „sehr stark“ belastet. Jenseits des eigenen Lebensraumes empört man sich am meisten über Industrieabfall in den Gewässern, der nach Ansicht von 51 Prozent der Befragten die allgemeine Umwelt „sehr stark belastet“.

Wer Umweltschäden „vor der eige-

nen Tür“ wahrnimmt, so analysieren die Forscher außerdem, registriert diese mit 97prozentiger Wahrscheinlichkeit auch für die weitere Umgebung. Der Umkehrschluß trifft jedoch nicht zu, da nur ein knappes Drittel derer, die eine sehr starke allgemeine Umweltbelastung beanstanden, diese auch für sich persönlich geltend machten. Die Empfindung, in einer relativ „heilen“ Gesamtwelt zu leben, geht zu 95 Prozent mit der Auffassung einher, daß auch privat die Ökologie in Ordnung sei.

Wahrnehmungen der Umwelt sind allerdings auch durch die Brille der subjektiven Weltanschauung getrübt. Die zeigte sich, als die beiden Wissenschaftler die persönliche Einschätzung und Wertvorstellung der Befragten mit der objektiv meßbaren Umweltbelastung in Beziehung setzten. Mit einer tatsächlichen lokalen Schädigung der Umwelt gehen die Klagen über eine persönliche Belastung nur geringfügig in die Höhe.

Stärker jedoch war der Einfluß der Persönlichkeitseigenschaften. So nehmen Menschen mit einer mehr auf Konsum und Wohlstand ausgerichteten Grundhaltung wesentlich weniger Umweltprobleme wahr, als Personen, die eher auf Selbstentfaltung und ideale Werte bedacht sind. Politisch orientierte Menschen beurteilen die Vorgänge in ihrem Nahbereich vernichtender als Uninteressierte; wer das Leben in der Bundesrepublik für „alles in allem recht angenehm“ hielt, hatte weniger auszusetzen als Personen mit gegenteiliger Auffassung.

Insgesamt „schälte“ sich so eine „Extremgruppe“ heraus, für die Konsum und Wohlstand wichtig, Politik aber uninteressant ist. Insgesamt ist dieser Personenkreis „mit dem Leben sehr zufrieden“ und fühlt sich nur zu 39 Prozent „stark durch die Umwelt belastet“.

Bewußt lebende Menschen fühlen sich mehr belastet

Im Gegensatz dazu beklagten 67 Prozent derer, für die Selbstentfaltung und ideale Werte im Vordergrund des Interesses stehen, eine negative Beeinflussung ihrer Lebensqualität durch Umweltschäden. Insgesamt hatte die Einschätzung der persönlichen Belastung eine neunmal größere Wirkung auf die Beurteilung der Umwelt im allgemeinen als das der tatsächlichen, meßbaren Belastung entsprach.

Diese Ergebnisse, so geben die Forscher zu bedenken, lassen sehr ungünstige Voraussetzungen für die Durchführung einer konsequenten, auch persönliche Opfer fordernden Umweltpolitik erkennen. Wer die Umwelt immer nur bei den anderen belastet sieht, sich selbst jedoch „im Reinen“ wähnt, braucht sich mit diesem Problem auch nicht besonders zu befassen. Es sei allerdings denkbar, daß die objektiv zunehmende Umweltbelastung mit der Zeit auch das Gefühl persönlicher Betroffenheit verstärken werde.

Der Sternenhimmel im November

Von ERICH ÜBELACKER

Star des Monats ist ein Himmelskörper, der normalerweise kaum auffällt: der Planet Merkur. Am 13. 11. sorgt er für ein äußerst seltenes Himmelsereignis, den sogenannten Merkurdurchgang, bei dem der Planet vor der Sonnenscheibe vorbeizieht. Merkur hebt sich als kleines, kreisförmiges und tiefes Pünktchen deutlich von der hellen Sonnenoberfläche ab. Der erste Kontakt des Planeten mit der Sonnenscheibe ist für 2.43 Uhr berechnet, um sich dann um 7.31 Uhr wieder von der Sonne zu lösen.

Leider geht diese bei uns erst um diese Zeit auf, so daß man nur im Südosten Deutschlands und in Österreich eine Chance hat, wenigstens den letzten Teil des Merkurdurchgangs zu beobachten.

Man darf nie mit ungeschütztem Auge in die Sonne blicken oder gar ein Fernrohr ohne entsprechende Filter auf unser Tagesgestirn richten. Schwerste Augenschäden oder Erblindungen könnten die Folgen sein. Am besten projiziert man das Sonnenbild durch das Fernrohr hindurch auf ein weißes Stück Papier.

Ende des Monats steht Merkur am Morgenhimmel und kann ab 25. 11. etwa zwischen 6.30 Uhr und 7 Uhr als Morgenstern beobachtet werden, eine Rolle, die er dann mit der viel helleren Venus teilt.

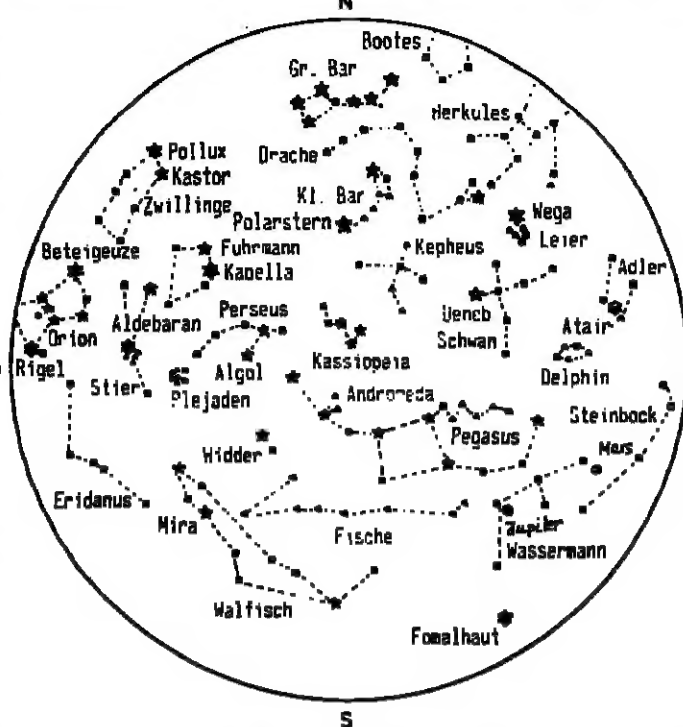
Am Abendhimmel sind nach wie vor die beiden Planeten Jupiter und Mars zu beobachten. Um 22 Uhr findet man sie im Südwesten, wobei insbesondere Jupiter als hellster Stern des Himmels sofort auffällt. Der viel lichtschwächere Mars nähert sich, von Westen kommend, von Tag zu Tag mehr dem langsamen Jupiter, um ihn am 19. 12. zu überholen. Man kann an diesem Bei-

spiel sehr schön beobachten, wie sich die Planeten gegenüber den Hintergrundsternen weiterbewegen. Der Mond erreicht am 2. 11. die Neumondstellung und am 8. 11. das Erste Viertel, den zunehmenden Halbmond. Am 16. 11. ist Vollmond, diesmal allerdings ohne Mondfinsternis.

Alle anderen Gestirne am Himmel sind Fixsterne, also ferne Sonnen. Man hat sie schon vor Jahrtausenden zu Sternbildern zusammengefaßt, die wegen ihrer langsamen Ei-

um den Himmel über dem Nordhorizont zu simulieren, muß man die Sternkarte auf den Kopf stellen. Man erkennt dann, daß der Große Bär oder Große Wagen seine tiefste Stellung erreicht hat. Im Osten sind mit Orion, Stier, Zwillingen und Fuhrmann die ersten Wintersternbilder aufgegangen. Hoch über dem Ostpunkt findet man den Perseus, während das „Himmels-W“, die Kassiopeia, fast genau im Zenit, dem höchsten Punkt des Himmels steht. Sie umkreist, ähnlich wie der Große

Wagen, einmal täglich scheinbar den Polarstern. Immer wenn sie ihre Höchststellung erreicht hat, steht der Große Wagen am tiefsten. Beide Sternbilder gehen jedoch bei uns nie unter, sie sind, wie man sagt, zirkumpolar.

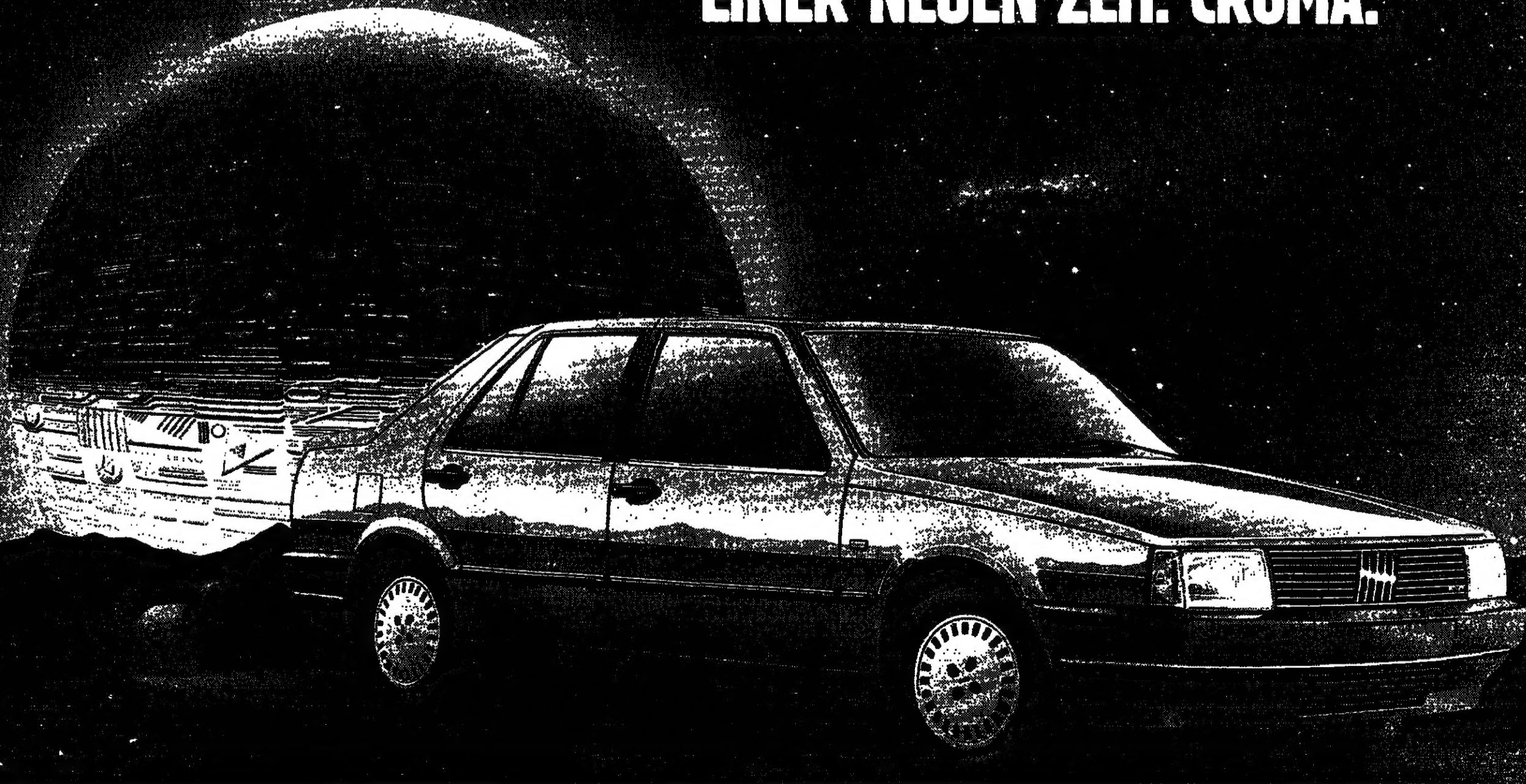


W Diese Erscheinung kann man sich folgendermaßen klarmachen: Die Erde dreht sich um ihre Achse, die Linie zwischen Nord- und Südpol. Verlängert man diese Erdachse in nördlicher Richtung, so weist sie fast genau zum Polarstern. Wir drehen uns mit der Erde mit und haben dadurch den Eindruck, alle

Sterne würden um den Punkt, zu dem die Erdachse zeigt, also um den Polarstern kreisen, der so zum ruhenden Dreh- und Angelpunkt der täglichen Himmelsbewegung wird.

Einige Sternbilder, zum Beispiel der Große Wagen und die Kassiopeia, stehen sehr nahe beim Polarstern. Ihr Kreis um diesen ruhenden Drehpol ist so klein, daß sie nie den Horizont berühren können, also nicht untergehen, bzw. „in den Fluten des Meeres versinken“. Unsere Vorfahren glaubten, die eitle Königin Kassiopeia und Kallisto, eine in eine Bärin verwandelte Geliebte des Zeus, würden von den Göttern durch bestraft, daß sie nie mehr im Meer baden durften.

TECHNOLOGIE UND DESIGN EINER NEUEN ZEIT. CROMA.



Der neue Croma zeigt, daß die Raumkapazität heutiger Automobile keineswegs ausgeschöpft ist. Er bietet ein Raumgefühl, wie man es nur von deutlich größeren Reiselimousinen kennt, mit einem variablen Gepäckraum bis 1,4 m³ Volumen. Trotz seiner vorbildlichen Aerodynamik (cw-Wert: 0,32) hat dieses innovative Raumkonzept zu einem ästhetisch anspruchsvollen Design geführt. Flächig und klar geschnitten, verzichtet der große Fiat

auf jeden modischen Schnörkel. Die Fiat-Raumökonomie konnte allerdings erst durch das Zusammenspiel einer neu entwickelten Einzelaufhängung mit neuen, quer integrierten Motoren realisiert werden. 1. Der Croma 2000 CHT (Controlled High Turbulence) ist der erste Motor mit zwei unterschiedlich dicken Ansaugkanälen. Das verringert den Verbrauch bei Teillast um 20%. 2. Der Croma 2000 i.e. Die bisher getrenn-

ten elektronischen Steuergeräte für Einspritzung und Zündung wurden in einem neuen Zentralcomputer zusammengefaßt. 3. Der Croma Turbo i.e. Sein Turbolader ist gekoppelt mit einer elektronischen Bosch-Einspritzung. Außerdem: Microplex-Zündung und Klopfsensor. 4. Der Croma Turbo Diesel. Ladeluftkühler, Schnell-Glühkerzen und Diesel-Vorwärmung im Winter. Überdurchschnittlich ist die Liste der

serienmäßigen Ausstattung: Zentralverriegelung inkl. der Heckklappe, 5 Gänge, Servolenkung, atherm. getönte Scheiben, Heckscheibenwischer/-wascher, elektronische Fensterheber vorn, höhenverstellbares Lenkrad. Und als besondere Extras sind für manche Modelle ABS und Niveauregulierung erhältlich. CROMA 2000 CHT. 66 kW (90 PS). Spitze 182 km/h, 0 auf 100 km/h in 11,8 Sek. 24.350,- DM*.

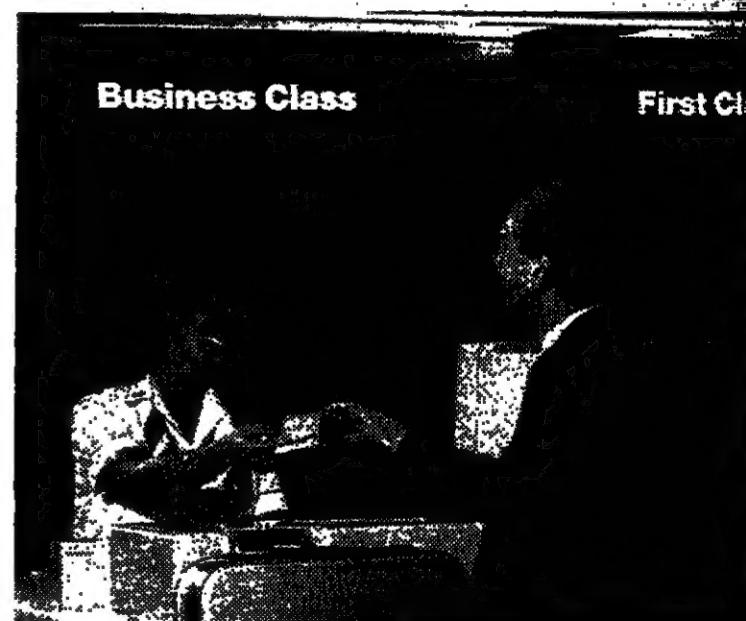
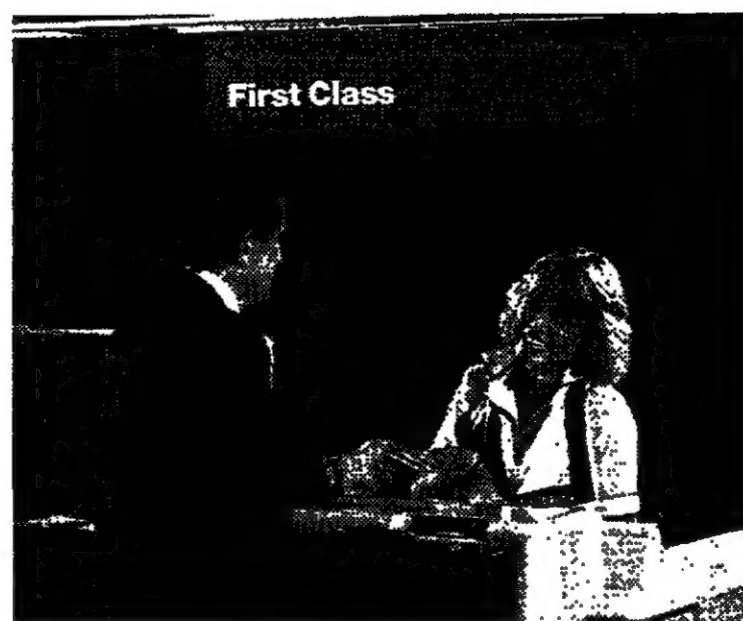
CROMA 2000 i.e. 88 kW (120 PS). Spitze 192 km/h, 0 auf 100 km/h in 9,9 Sek. 26.990,- DM*. CROMA 2000 i.e. Kat. 83 kW (113 PS). Spitze 191 km/h, 0 auf 100 km/h in 10,4 Sek. 28.490,- DM*. CROMA Turbo i.e. 114 kW (155 PS). Spitze 210 km/h, 0 auf 100 km/h in 7,8 Sek. 33.350,- DM*. CROMA Turbo i.e. Kat. 110 kW (150 PS). Spitze 210 km/h, 34.850,- DM*.

CROMA Turbo Diesel. 74 kW (100 PS). Spitze 185 km/h, 0 auf 100 km/h in 11,9 Sek. 32.100,- DM*. *Unverbindliche Preisempfehlung zzgl. Überführungskosten. Stand Okt. 1986.

FIAT
FIAT CROMA. Der große Fiat.

Lufthansa heute:

Ab 1. November fliegt der Geschäftsmann von heute nur noch eine Klasse: seine Klasse.



In Zukunft sieht das Angebot der Lufthansa in Europa für Geschäftsreisende so aus:

1. Eine exzellente First Class, die neue Business Class, keine Tourist Class.

2. In der neuen Business Class erwarten Sie neue, bequemere Sitze. Mit nunmehr

86 cm Beinfreiheit.

3. Ihren bevorzugten Sitzplatz können Sie für alle grenzüberschreitenden Flüge zum Normaltarif schon bei der Buchung reservieren.

4. Auch das gastronomische Angebot auf internationalen Flügen wurde erweitert: Zu

jeder Tageszeit gibt es eine komplette Mahlzeit. Ab 2 Stunden Flugzeit ein warmes Menü.

Nichts geändert hat sich daran, daß Lufthansa Sie mit einer der modernsten Flotten der Welt pünktlich und zuverlässig zu allen wichtigen Zielen der Welt fliegt. Willkommen an Bord.



Lufthansa

Strategie des Wechselkurses

Otmar Emmingers Erinnerungen an „D-Mark, Dollars, Währungskrisen“

Kurz vor seinem Tod hat der frühere Bundesbankpräsident Otmar Emminger das vorliegende Buch abgeschlossen: ein in mehrfacher Hinsicht bemerkenswertes Werk. Es ist wohl das einzige, das so detailliert und zugleich im Zusammenhang die wichtigsten Stationen der deutschen Währungsgeschichte darstellt.

Emminger war dafür zweifellos der kompetenteste Autor. Denn er hat die Jahre von 1949 bis 1980 als Insider und als Handelnder miterlebt. Er beschreibt und kommentiert Ereignisse und Erlebnisse, die selbst vielen Interessierten zum Teil schon aus dem Gedächtnis verschwunden sind und in der Gefahr stehen, gänzlich in Vergessenheit zu geraten.

Emminger beschränkt sich nicht auf ein Nachzeichnen der Währungsgeschichte, die nicht selten geprägt war von falscher politischer Weichenstellung in Währungskrisen, verhindern und zu später Mark-Aufwertungen mit politischen Folgen, von Mißerfolgen und schließlich immer eindrucksvolleren Erfolgen der Geldpolitik der Bundesbank sowie von den großen Wandlungen im internationalen Währungssystem wie dem Übergang zu frei schwankenden Wechselkursen und dem Siegeszug des (gemäßigten) Monetarismus. Emminger präsentiert zugleich immer wieder eine Art Seminar über Wechselkurspolitik: aber nicht als trockene theoretische Abhandlung, eher in Form einer erstaunlich frischen Abrechnung mit seinen Widersachern in der Bundesbank und in der Bundesregierung und jenen Großkapitalisten aus Wirtschaft und Politik, die immer wieder als Ratgeber fungierten. So ist das Buch zugleich ein sehr persönlicher Kommentar, wie der Autor in seinem Vorwort selbst schreibt.

In vielen Kapiteln wird deutlich, wie sehr Währungspolitik das Ergebnis persönlicher Entscheidungen der Verantwortlichen ist, deren Handeln Emminger nicht selten von überholten Denkschemata, wirtschaftlichem Unverständnis oder politischem Opportunismus geprägt sah.

So offen hat wohl noch niemand

über das geplaudert, was 30 Jahre hinter den Kulissen deutscher Währungspolitik geschah. Nicht nur vor ihm Verstorbene nimmt er sich vor, auch noch Lebende trifft es: ob sie nun Karl Klasen heißen oder Kurt Georg Kiesinger, Helmut Schmidt, Franz Josef Strauß oder Hermann J. Abs, um nur einige zu nennen, denen er zum Teil schlichtweg Mangel an

Otmar Emminger:
D-Mark, Dollars, Währungskrisen
Erinnerungen eines ehemaligen Bundesbankpräsidenten. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. 480 S., 49,80 Mark.

Kompetenz im komplizierten Geschäft der Geld- und Währungspolitik vorwirft.

Das ist nicht mehr der gewohnte Stil des in der Öffentlichkeit zurückhaltenden Bundesbankers, sondern des Privatmannes Emminger, der auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst nie Distanz zu dem gesucht hat, was ihn 30 Jahre im Dienst der Notenbank beschäftigt hat.

So hart manche Urteile Emmingers



Otmar Emminger

FOTO: DPA

über seine früheren Kollegen, Freunde und Mitstreiter aber auch klingen mögen: Man muß ihm zubilligen, daß er mit seinen oft der geltenden Meinung zuwiderlaufenden Ansichten recht gehabt oder schließlich bekommen hat.

Bei der Lektüre des Buches spürt man förmlich, wie fasziniert Emminger von der Beschäftigung mit der Währungs- und Wechselkurspolitik sein ganzes Leben lang war. Er hat sie schließlich in den siebziger Jahren wie kein anderer deutscher Geldpolitiker beeinflusst, in denen er an allen wichtigen monetären Konferenzen der Welt teilgenommen hat und auch schon mal so eingespannt war, daß er sogar noch vom Auto aus eine gemeinsame Presseerklärung von Bundesregierung und Bundesbank in die richtige Form bringen mußte.

Die Dramatik zahlreicher Ereignisse auf dem Feld der nationalen oder internationalen Wechselkurspolitik, die sich aus diesen Fragen ergebenden Auseinandersetzungen im und mit dem Bundeskabinett und ihre schließlich politischen Folgen - Krach über das Thema Aufwertung in der Großen Koalition und Aufwertung als Wahlkampfthema, mit dem die sozialliberale Koalition den Machtwechsel zu ihren Gunsten entschied -, teilen sich auch den an speziellen geldpolitischen Erörterungen weniger interessierten Lesern mit.

So ist denn Emmingers Buch zugleich ein Stück Zeitgeschichte. Es ruft auch ins Gedächtnis zurück, daß manche Themen, die heute ganz aktuell die internationale Finanzdiskussion beherrschen, ein Aufguss von Vergangenem sind.

Emminger führt viele Ereignisse aus den letzten Jahrzehnten an, die sich als Demonstrationen für richtige oder falsche Währungspolitik eignen. Selbst diejenigen, die aufmerksam die Währungspolitik verfolgt haben, werden immer wieder einmal bisher der Öffentlichkeit verborgenes in Emmingers Buch entdecken.

CLAUS DERTINGER



Bilder eines faszinierten Studenten von einem hellwachen Greis: Adenauer wirkt Anhängern zu

FOTO: DIE WELT

Wie aus Eichenholz geschnitzt

Gewiß werden Historiker viel später einmal in einer Fußnote anmerken, das Erscheinen von drei Adenauer-Büchern im Jahre 1986 sei ein Zeichen für die „Wende“ im Denken und Fühlen der Deutschen gewesen.

Nun haben wir sie vor uns: das Wiedergutachten-Buch von Koch, das Hauptverantwortlichen für den Hitler-Reinfall des „Stern“, die hervorragende Biographie des Historikers Schwarz - und als drittes einen Fotoband von Konrad R. Müller: „Konrad Adenauer“ (Gustav Lübb: Verlag, Bergisch Gladbach. 120 S., mit 48 Abb., Leinen 78 Mark; Leder Ausgabe bis 31. 12. 1986 180 Mark, danach 180 Mark), dem Golo Mann in einem

Essay äußerst kluge und zugleich selbstkritische Bemerkungen vorausschickt.

Die Geschichte dieses Buches ist eigenartig. Da ist 1963 ein 25jähriger Berliner Kunststudent, der fasziniert ist von dem ihm unendlich alt erscheinenden neunzigjährigen ehemaligen Bundeskanzler. Als Dilettant der Fotografie macht er sich daran, so viele Aufnahmen wie nur möglich von ihm zu machen - mit dem Ziel, ein Buch über Adenauer zu schaffen.

Aber während er sich an die Fersen seines Idols heftet, überreicht diesem ein gerade 60 Jahre gewordener Bonner Korrespondent einen vom Bertelsmann-Verlag mit dem Blick auf den 90. Geburtstag herausgegebenen

Bilderband über das Leben und Wirken des Politikers, des Bundeskanzlers Konrad Adenauer.

Erst einundzwanzig Jahre später erfüllt sich endlich der Jugendtraum des Malers und Fotografen Konrad R. Müller. Was er vor uns ausbreitet, ist ein ganz und gar ungewöhnlicher Bildband über die Legende Adenauer - mithin keine der üblichen Fotoausstellungen über den „Alten aus Rhöndorf“.

Statt dessen: Wie aus Eichenholz geschnitzt wirken Müllers Großaufnahmen vom Gesicht Konrad Adenauers. Es ist schwer, sich vorzustellen, daß irgendein Betrachter davon nicht gefesselt sein wird.

GEORG SCHRÖDER

Wider die Einladung zur Okkupation

Pamphlete und Essays über Literatur im geteilten Deutschland von S. Faust

Reiner Kunze hat über seine Landsleute in Westdeutschland einmal gesagt: „Sie wissen nicht, was sie haben. Sie wissen nicht, was sie an grundlegenden Freiheiten haben, an geistigen Möglichkeiten, die sich aus diesen Freiheiten ergeben.“ Und er fügte im Blick auf die „DDR“ hinzu, ihn bedrückte die in der Bundesrepublik verbreitete Anmaßung, zu urteilen, ohne zu kennen, ohne sich zu informieren.

In der Tat ist der Realitätsverlust, die Realitätsverweigerung gegenüber der Wirklichkeit des „real existierenden Sozialismus“ eines der bedenklichsten Symptome politischer Pathologie in der Bundesrepublik, die inzwischen längst aus der veröffentlichten Meinung in der kollektiven Unbewußten der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft übergegangen ist. Dabei haben die Bürger der Bundesrepublik alle Möglichkeiten, sich zu unterrichten über jenes Land der „Staatsleibenschaft“ (Faust) und des „Feudalsozialismus“ (Robert Havemann).

Es gibt bei uns eine Fülle seriöser wissenschaftlicher Literatur über den SED-Staat, es gibt die Erfahrung Tausender von „Freigekehrten“ und von über 100 Schriftstellern und Künstlern, die das Land ihrer anfänglichen Hoffnungen und Utopien inzwischen verlassen haben, verlassen mußten.

Siegmar Faust läßt in seinem neuesten Buch keinen Zweifel daran, daß er jene bei uns verbreitete Haltung nicht als Friedenspolitik versteht, sondern als „Einladung zur Okkupation“, als Kniefall und Kapitulationsbereitschaft. „Wer sich heute noch in der Bundesrepublik verpflichtet fühlt, an der antifaschistischen Front kämpfen zu müssen, steht genau auf der falschen Seite und leistet dem Vorschub, das er zu bekämpfen vorgibt. So raffiniert ist die Welt eingerichtet. Nur Leute ohne Erfahrung,

ohne Menschen- und Geschichtskennntnisse, können die Thesen und Phrasen der Kommunisten überzeugend finden.“

Wer die „DDR“ kennen will, muß Fausts Kapitel über die Unterdrückung der Literatur und der Schriftsteller lesen, wo sich strafbar macht, wer sich gegen die kommunistische Gesellschaftsperspektive ausspricht und ein Leben auf den Knien verweigert. Es sollte zur Kenntnis genommen werden, was Faust über die Untergrundliteratur und die Zensur im anderen Teil Deutschlands berichtet, wobei er auch so unverdächtige Zeugen wie Stefan Heym anführen kann.

Natürlich gibt es neben den entwürdigten, gefangenen und ausgebürgerten Schriftstellern auch die

Landsleute in der „DDR“. Für Schmidts Buch gilt jedoch ebenso wie für die lange Liste authentischer Zeugnisse aus der Gefängniswelt und dem Polizeistaat östlich von Elbe und Werra (von Mathias Bath, Jörg Bilke und Dieter Borkowald über Hermann Flade, Jürgen Fuchs, Walter Kempowski bis zu Erich Loest, Tina Osterreich und Ulrich Schacht) und wie für Fausts Zeugenstand selbst die Aufforderung, daß sie in die Hände möglichst vieler Bundesbürger gehören, vor allem auch jener Politiker, die sich im harten Ost-West-Geschäft versuchen, zumeist ohne einen Grundlegungsang in Marxismus-Leninismus und politisch-sozialer „DDR“-Realität.

„Nur bislang von Politik verschont gebliebene Zeitgenossen sollte man wegen einer nicht ausschließenden Schockgefahr vorsichtig an diese Lektüre herantreten.“ Und man könnte sich auch einen Buchkorb für Erich Honecker selbst denken, wenn er wirklich auf die Idee kommen sollte, die Bundesrepublik zu besuchen, in der inzwischen Hunderttausende geflüchteter, ausgebürgerter, in SED-Kerkern geschnidener, verkaufter Brandenburger, Mecklenburger, Anhalter, Ost-Berliner, Lausitzer, Thüringer und Sachsen wohnen.

Oder kann der Generalsekretär hoffen, daß dann die Schmalenkapellen von Wiebelskirchen an der Saar und die Verniedlungen von Genossen wie Lafontaine lauter tönen als die Zeugnisse über den totalitären Terrorismus am Ende dieses Jahrhunderts mitten in Deutschland und Europa? Kann er wirklich auf den Realitätsverlust und die Palmströmologie einer unpolitischen Mehrheit und ihrer Einseitigkeit in der Bundesrepublik Deutschland rechnen, wonach „nicht sein kann, was nicht sein darf“?

KLAUS HORNING

Dokumente der Vertreibung

Der amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred Maurice de Zayas, Absolvent der Universitäten Harvard und Göttingen, hat mit „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen“ sowie „Die Wehrmachtunterstützungsstelle“ Bücher vorgelegt, die internationale Beachtung fanden. Mit neuen Dokumenten, Zeugenaussagen und Fotografien versehen ist „Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten“ (Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart. 226 S., 107 Abbildungen, 19,80 Mark) - eine Schilderung des Schicksals der zwölf Millionen deutscher Flüchtlinge und Vertriebenen, der zwei Millionen Umgekommener und Geföteter, einer Million „Spätaussiedler“ und jener Deutschen, die heute noch in Osteuropa leben. In seinem knapp formulierten, aber gerade deshalb für eine weite Verbreitung bestimmten Kompendium räumt de Zayas mit der sich langsam einschleichenden Darstellung von der „geordneten Umsiedlung“ auf. Durch seine Nüchternheit und die Macht der geschilderten Fakten ist das Buch eine erschütternde Mahnung.

Mummenschanz zur Nazizeit

Daß die Mainzer Fastnacht politische Wurzeln gehabt habe, von den Nazis unterdrückt worden und erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Einfluß des Fernsehens zum reinen Jokus verkommen sei - das ist ein beliebtes Vorurteil. In seinem ausgezeichnet bebilderten Buch „Fasnacht in Mainz“ (Konrad Theiss Verlag, Stuttgart. 142 S., 49,80 Mark) blättert der Journalist Günter Schenk einige bisher weniger bekannte Kapitel aus der Mainzer Fasnachtsgeschichte auf. Sie hat viel ältere, unpolitische Wurzeln in den „Mummereyen und Schwelgereyen“ des Mittelalters, und sie blühte auch während der NS-Zeit, teilweise allerdings auf besonders schlimme Art. So enthielt ein Mainzer Rosenmontagszug in der Mitte der dreißiger Jahre offenbar mit Billigung der Behörden einen Wagen, der das KZ Dachau verurteilte - und zwar mit dem (keineswegs kritisch gemeinten) Spruch: „Halt Dein Maul und meckere nicht!“

J. N.

Auf der Spur des Langen Marsches

Im Jahre 1934 brachen 60 000 Soldaten der kommunistischen Volksbefreiungsarmee Chinas auf und marschierten von der südlichen Provinz Jiangxi 10 000 Kilometer quer durch das Reich der Mitte. Auf der Flucht vor den Soldaten Chiang Kaisheks mußten sie sich nach Norden durchschlagen, durch Sümpfe, über schneebedeckte Berge und reißende Flüsse bis zu den Grasbenen der Provinz Shaanxi. Zehntausende überlebten die Strapazen des zweijährigen Marsches nicht. Fünfzig Jahre danach lud die Volksrepublik China 19 Fotografien aus zehn Ländern ein, die Route dieses „Langen Marsches“ noch einmal mit der Kamera nachzuvollziehen. Das Ergebnis ist ein ungewöhnlicher Bildband: „China - Weltbekannte Photographen auf den Spuren des Langen Marsches“ (Birkhäuser Verlag, Basel. 330 S. mit 300 Farb- und 50 sw-Aufnahmen. 148 Mark). Drei Jahre brauchte das Projekt bis zu seiner Fertigstellung.

L. K.

Können Computer selbst entscheiden?

Zwei Neuerscheinungen mit Überlegungen zu einer Politik der Zukunft

Zwei Bücher wurden kürzlich fast zu gleicher Zeit in Bonn vorgestellt: Das eine formuliert Grundsätze einer Politik für morgen und wird von Ministerpräsident Bernhard Vogel herausgegeben, das andere nennt sich etwas nebelhaft „mega-politics“ und befaßt sich mit „Computern und Regierungsentscheidungen für übermorgen“. Beide Bücher unterscheiden sich allerdings nicht nur durch ihre zeitliche Perspektive, sondern vor allem in der sachlichen Qualität.

Ausgerechnet der Mittelstandsverlag der CDU und sein Verleger hat sich mit dem Repräsentanten des Computer-Unternehmens Wang zusammengetan, um den Einsatz von Computern für die Regierungsentscheidungen von übermorgen zu preisen.

Das geschieht, indem man die halbe Bundesregierung und ein paar Politiker mehr über ihre jeweiligen Ministerien oder Schutzbefehlshaben berichten läßt. Es sind die typischen Schlagworte, die sich Minister von ihren Referenten zusammenschreiben lassen, die man hier konzentriert wiederfindet, sozusagen von Blüm bis Wilms.

Auf welchem Niveau sich dieser Sprüche-Almanach bewegt, mag ein Satz aus dem Vorwort der Herausgeber deutlich machen: „Wir haben uns an den Versuch gewagt, durch die entsprechende Themenformulierung den Nachweis erbringen zu lassen (!), daß Politik gerade auf dem dynamischen Feld der Mikroelektronik nicht nur auf Entwicklung reagiert, sondern auch agiert, das heißt Politik bei ihren gegenwärtigen Entscheidungen, die langfristigen Folgen zur Kenntnis nimmt und auswertet, Nebenwirkungen und Überraschungseffekte in Rechnung stellt, Frühwarnzeichen entdeckt und Querverbindungen aufzeigt.“ Ungenauer kann man auf so knappem Raum kaum reden.

Von ganz anderem Zuschnitt ist der Versuch Bernhard Vogels, zusammenfeld der Mikroelektronik nicht nur auf Entwicklung reagiert, sondern auch agiert, das heißt Politik bei ihren gegenwärtigen Entscheidungen, die langfristigen Folgen zur Kenntnis nimmt und auswertet, Nebenwirkungen und Überraschungseffekte in Rechnung stellt, Frühwarnzeichen entdeckt und Querverbindungen aufzeigt.“ Ungenauer kann man auf so knappem Raum kaum reden.

Von ganz anderem Zuschnitt ist der Versuch Bernhard Vogels, zusammen-

Bernhard Vogel (Hrsg.):
Wie wir leben wollen
Grundsätze einer Politik für morgen. Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart. 237 S., 24,80 Mark.

Peter Spary und Christian W. Zschaber:
mega-politics
Computer und Regierungsentscheidungen von übermorgen. Mittelstandsverlagsgesellschaft, Bonn. 352 S., 38 Mark.

men mit einigen Freunden Orientierungsmerkmale für eine Politik im Sinne der christlichen Soziallehre zu setzen. Da gibt es nicht nur Antworten, sondern auch gute Fragen. So dieser: „Wo liegen die Möglichkeiten, wo die Grenzen der Politik? Werden unsere Möglichkeiten nicht ständig überschätzt, auch weil wir selbst ständig den Eindruck erwecken, alles ändern, alles machen, es jedem jederzeit recht machen zu können?“

Verfügen unsere Parteien, verfügt die Union, verfügen wir über die Kraft, Antworten zu formulieren, ja und nein sagen zu können? Vogel meint, es gebe zahlreiche Gründe für die Ablehnung, auf die Politik in Deutschland zur Zeit zunehmend treffe.

Das Buch befaßt sich vor allem mit dem Schutz des Lebens, der Familie, neuen Lebensformen, modernen Technologien, der Zukunft des Friedens - und dies alles im Rahmen einer möglichen Zielsetzung der CDU. Die Autoren, darunter neben Vogel unter anderem Werner Remmers und Fritz Teufel aus Stuttgart, haben ihre Gedanken über Jahre in vielen Gesprächen miteinander diskutiert und aufeinander abgestimmt. Schon dadurch haben sie sich von dem allgemeinen Brauch ab, über wichtige Themen höchstens einen Tag zu reden und sie dann zu vertragen oder aber mit Mehrheit über Gegenstände abzustimmen, die sich zu solcher Entscheidung nicht eignen.

Analysen und Perspektiven der von Vogel herausgegebenen Beiträge haben sich wohlklingend ab von der gespreizten Großspürigkeit und administrativen Platttheit der „mega-politics“. Aber das scheint das Schicksal insbesondere regierender Volksparteien zu sein: Spreu und Weizen liegen dicht nebeneinander, und zwar auf demselben Acker.

ULRICH LOHMAR

**Geld muß arbeiten –
für gute Erträge:
Mit Bundesobligationen.**

**Nominalzins 5,75 %
Ausgabekurs 100,00 %
Rendite 5,75 %
Laufzeit 5 Jahre**

Stand: 29.10.1986



Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein Wertpapier mit festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer überschaubaren Laufzeit von 5 Jahren. Eine ertragreiche und vorteilhafte Geldanlage. Der Verkauf zum Börsenkurs ist jederzeit möglich. Neu ausgegebene Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landes-

zentralbanken. Vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere erhalten Sie ausführliche Informationen. Schreiben Sie oder rufen Sie an: Tel. (0 69) 55 07 07. Die aktuellen Konditionen aller Bundeswertpapiere werden „rund um die Uhr“ unter Tel. (0 69) 5 97 01 41 angesagt.

Ausführliche Informationen über Bundesobligationen erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 10 04 61, 6000 Frankfurt 1.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Bundesobligationen



Die Bundesregierung verständigt sich auf diplomatische Schritte gegen Syrien

In Paris wächst Kritik an Chiracs Haltung

SAD, Paris
Innerhalb der Regierungskoalition in Frankreich wächst die Kritik an der Haltung von Chirac gegenüber Syrien. Die Forderung nach Solidarität mit London geht hauptsächlich von der Zentrums- und Sozialistischen Partei (UDF) des ehemaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing aus. In einem Leitartikel dieser Partei nahe stehenden Tageszeitung „Le Quotidien de Paris“ hieß es gestern: „Unser Instinkt und unser Stolz rebellieren gegen die in Luxemburg von den Partnern Großbritannien eingenommene weiche Haltung gegenüber Syrien. Handeln wir nicht einmal mehr feige!“

Die Regierung von Premierminister Chirac ist offensichtlich entschlossen, um jeden Preis einen Bruch mit Damaskus zu vermeiden. Dabei hat Chirac die Unterstützung von Staatspräsident Mitterrand, der beim deutsch-französischen Gipfel in Frankfurt erneut für „Härte, aber nur, wenn Beweise vorliegen“, eintrat.

Mit dieser Haltung jedoch ist ein Teil der UDF von Giscard nicht einverstanden. Der Generalsekretär des Demokratischen Zentrums, Jacques Barrot, erklärte in Anspielung auf das Überflugverbot für die amerikanischen Bomber, die Libyen im April angegriffen hatten: „Wir hoffen, Frankreich wird nicht auch das zweite europäische Rendezvous gegen den Terrorismus verpassen.“ Giscard d'Estaing selbst trat in einem Rundfunkinterview für „Solidarität mit Großbritannien“ ein, „so wie Frankreich diese schon gegenüber den Vereinigten Staaten in der Affäre Khadafi hätte beweisen sollen“.

Wie eine Bombe schlug in Paris ein Interview ein, das der gaullistische Innenminister Charles Pasqua noch vor dem Treffen von Luxemburg gegeben hatte und das am Dienstag in London in der saudi-arabischen Wochenzeitschrift „Al-Majalla“ erschien. „Wir sind überzeugt, daß kein arabischer Staat direkt in die terroristischen Operationen gegen Frankreich verwickelt ist“, erklärte Pasqua.

Bonn nimmt Zusagen an Damaskus zurück

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Schon vor der auf den 10. November in London anberaumten nächsten Sitzung der EG-Außenminister hat sich die Bundesregierung in ihrer gestrigen Kabinettsitzung zu einer Reihe diplomatischer Maßnahmen gegen Syrien entschlossen. Das arabische Land wird von Großbritannien beschuldigt, in einen Terroranschlag gegen ein israelisches Flugzeug verwickelt zu sein. Bonn will deshalb den routinemäßig im November aus der syrischen Hauptstadt Damaskus zurückkehrenden deutschen Botschafter vorerst nicht wieder einsetzen.

Damit kommt die Bundesregierung dem britischen Wunsch nach Sanktionen gegen Syrien, den Außenminister Howe in der luxemburger Außenminister-Sitzung geäußert hat, punktuell nach. Nach Angaben von Regierungssprecher Ost will Bonn die Wiederbesetzung des Botschafterpostens in Damaskus auch vom Verlauf der am 17. November in Berlin beginnenden Hauptverhandlung im Strafprozeß gegen zwei mutmaßliche arabische Terroristen abhängig machen. In ihm sollen Erkenntnisse über eine angebliche Mitwirkung staatlicher syrischer Stellen erörtert werden. Die beiden Angeklagten werden beschuldigt, am 5. April 1986 einen Sprengstoffanschlag auf die Westberliner Discothek „La Belle“ verübt zu haben. Dabei kamen drei Menschen ums Leben, 230 wurden zum Teil schwer verletzt.

Schwerwiegende Beweise

Außerdem will Bonn in absehbarer Zeit keine hochrangigen Besuche syrischer Offizieller in der Bundesrepublik akzeptieren. Allerdings sind nach der Absage des Besuchs des syrischen Außenministers Faruk el Sharaa keine weiteren diplomatischen Visiten vorgesehen. Schließlich hat die Bundesregierung beschlossen, die syrische Fluggesellschaft, die die Bundesrepublik viermal wöchentlich anfliegt, zu einer Reduzierung ihres auf deutschen Boden arbeitenden Personals aufzufordern. Bonn hat weiter die Vorbe-

reitungen für eine neue Kapitalhilfe an Syrien gestoppt und alte Zusagen, die nach Ostis Angaben „reprogrammiert“ werden könnten, gestrichen. Wie der Regierungssprecher weiter sagte, fließen derzeit keinerlei deutsche Gelder nach Syrien.

Die von Großbritannien auf der luxemburger Außenministertagung vorgelegten Beweise für eine terroristische Verwicklung Syriens in den Londoner Anschlag sind von Staatsminister Stavenhagen nach Angaben des Sprechers des Auswärtigen Amtes als schwerwiegend bezeichnet worden.

Eine Antwort Syriens?

Die EG-Staaten werden die britischen Erkenntnisse über ihre Botschafter in Damaskus vorlegen und erwarten eine offizielle syrische Stellungnahme. Man rechnet damit bis zum 6. November, so daß sich am diesem Tage das politische Komitee der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) mit deren Werlung befassen und für die vier Tage später in London anberaumte EG-Ministerratstagung einen abschließenden Bericht fertigen kann.

Den vom CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß schon am 16. Mai 1988 an den syrischen Staatspräsidenten Assad gerichteten Brief mit der Aufforderung, mit den Europäern bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zusammenzuarbeiten, wertete Staatssekretär Ost „als ganz hilfreich“.

Nach Angaben des Sprechers der Auswärtigen Amtes hätte die Bundesregierung die am Montag dem EG-Ministerrat vorliegenden Sanktionsmaßnahmen gegen Syrien allesamt sofort akzeptieren können. Wegen des griechischen Widerstandes, Syrien auf Grund der Teilnahme an terroristischen Aktivitäten namentlich zu nennen, und wegen des Wunsches einiger anderer EG-Staaten, Syrien erst einmal mit dem britischen Beweismaterial zu konfrontieren, sei die endgültige EG-Entscheidung über das Maßnahmenpaket verschoben worden.

Was Strauß im Mai an Assad schrieb

DW, München
Die bayerische Staatskanzlei veröffentlichte gestern einen Brief, den Ministerpräsident Strauß am 16. Mai an den syrischen Staatschef Assad geschrieben hat. Darin heißt es:

„Die Herausforderung der Völkergemeinschaft durch den internationalen Terrorismus war im Rahmen unseres offenen und vertrauensvollen Gesprächs vor wenigen Wochen Gegenstand eingehender Erörterungen. Ich habe dabei unterstrichen, welche Bedeutung die Menschen in unserem Land, das gerade in jüngerster Zeit von einer Reihe von Terroranschlägen betroffen war, dieser Frage beimesen.“

Ihr Angebot, Herr Staatspräsident, mit den Europäern beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus zusammenzuarbeiten, wurde daher von mir nachdrücklich begrüßt. Umso mehr erfüllt es mich mit tiefer Sorge, daß im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen des Bombenanschlags auf die Berliner Discothek „La Belle“ und des gescheiterten Bombenanschlags auf ein englisches Flugzeug in London in den nationalen und internationalen Medien auf eine Verwicklung syrischer Dienststellen in die Vorbereitung und Abwicklung dieser Anschläge sowie darauf hingewiesen wird, daß Terroristen in Syrien ausgebildet wurden, von dort logistische Unterstützung erhielten und dort Zuflucht suchen könnten.“

Ich halte es daher für außerordentlich wünschenswert, daß Sie, Herr Staatspräsident, Ihre Bereitschaft zu einer umfassenden Zusammenarbeit mit den Europäern beim Kampf gegen den Terrorismus in einer Klarheit erklären, die sowohl im Westen wie auch in Ihrem Land keine Zweifel an dieser politischen Zielsetzung mehr zuläßt. Dies würde in überzeugendster Weise dadurch geschehen, daß Sie die notwendigen Anordnungen treffen, die sicherstellen, daß Terroristen nicht durch nachgeordnete Dienststellen Ihres Landes – aus welchen Gründen auch immer – die von den westlichen Medien behauptete Hilfestellung geleistet werden kann.“

Geißler sieht Raus Strategie gescheitert. „Aber die Wahl wird kein Spaziergang“

CDU-Generalsekretär weist auf die Übereinstimmung der SPD mit den Grünen hin

GÜNTHER BADING, Bonn
CDU-Generalsekretär Heiner Geißler rechnet bei der Bundestagswahl im Januar 1987 mit „54 plus x“ Prozent der Stimmen für die Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP. Die von SPD-Spitzenkandidat Johannes Rau betriebene „Strategie der absoluten Mehrheit“ für die SPD sei schon heute gescheitert, sagte Geißler vor der Presse in Bonn bei einer Bewertung des SPD-Wahlprogramms vom Wochenende und des dort vorgelegten „Regierungsprogramms“ von Rau.

Mit den Grünen wolle Rau nach eigenen Aussagen nicht Kanzler werden, auch werde das Ergebnis dies wohlrechnerisch nicht zulassen. FDP und Unionsparteien könnten eine Koalition mit „dieser SPD“ strikt ablehnen. Kandidat Rau könne „infolgedessen dem deutschen Volk nicht erklären, wie und mit welchen Inhalten“ er Bundeskanzler werden wolle.

„Eine Plagiat-Partei“

Geißler warnte trotz dieser Einschätzung, die Union vor Siegesgefühlen; der Wahlkampf werde „kein Spaziergang“. Die geringen Wahlchancen der Sozialdemokraten sind nach Ansicht des CDU-Generalsekretärs darauf zurückzuführen, daß die

„SPD eine Plagiatpartei“ geworden sei. „Sie holt sich die grünen Themen, um grüne Wähler zu gewinnen. Sie holt sich Themen von der CDU, um Wähler der Mitte zu gewinnen.“ Alle diese Wähler, ob bei den Grünen oder in der Mitte, wählen aber natürlich lieber das Original als das Plagiat. So habe Rau in Offenbach seine Rede mit dem Motto des 30. Bundesparteitags der CDU (damals, im November 1981 in der Opposition) begonnen: „Unser Land braucht einen neuen Anfang.“

Die SPD habe auch versucht, mit einer „inhaltlichen Anpassung“ den Grünen Stimmen abzunehmen. Auch hier gelte, wie das Beispiel der Landtagswahl in Bayern zeige, daß „der grüne Wähler das politische Original dem Plagiat vorzieht“. Als Beispiele für von den Grünen übernommene Positionen der SPD nannte Geißler: „Die Forderung nach Kündigung des SDI-Abkommens, Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, Verweigerung der Wehrpflichtverlängerung, Kürzung des Verteidigungsetats, antiamerikanische Positionen bei Bagatelisierung der Bedrohung durch die Sowjetunion und den Ausstieg aus der Kernenergie. Die Grünen sind nach Geißlers Auffassung aus Sicht der Union „die

richtige vierte Partei“, denn sie spalteten und schwächten damit das linke Lager. Von dem Treffen der Spitzen von CDU und CSU am Freitag erwartet Geißler ein klares Konzept für den gemeinsamen Wahlkampf der Schwesterparteien. Dann werde sich auch herausstellen, ob es zu einem gemeinsamen Wahlprogramm komme, oder ob die CSU da und dort zusätzliche Akzente setzen wolle.

Die „Desorientierung“

Wichtig sei festzustellen, „daß die Union in allen wichtigen politischen Bereichen voll übereinstimmt“.

Zu Veröffentlichungen des Sozialdemokratischen Pressedienstes PPP über eine angebliche Studie aus der CDU, in der die Ablösung von Bundeskanzler Helmut Kohl durch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth für spätestens 1988 gefordert worden sei, sagte Geißler, das Papier sei ein „Machwerk der Desorientierung“. Ein CDU-Mann schreibt so nicht. Das haben andere Leute außerhalb der Union gemacht“, sagte Geißler. Es könne durchaus aus „Desorientierungsquellen“ außerhalb der Bundesrepublik stammen. Im übrigen gehöre „ein solches Machwerk in den Papierkorb“.

Staatsvertrag für jüdische Gemeinden

DW, Frankfurt

Zwischen dem Land Hessen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen wird ein Staatsvertrag abgeschlossen, der den Staatsverträgen mit den Evangelischen Landeskirchen und den Katholischen Bistümern in Hessen von 1980 und 1983 entspricht. Auf Initiative des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden wurden Verhandlungen mit dem Land Hessen geführt, um die bisher freiwillig an die jüdische Gemeinschaft in Hessen ertrachten Leistungen auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und damit die finanzielle Existenz der jüdischen Gemeinschaft sicherzustellen. Der Vertrag sieht anstelle der freiwilligen Zuwendungen von zuletzt jährlich 142 800 Mark jetzt zwei Millionen Mark vor.

EG berät über Daimler-Zuschuß

Ha, Brüssel

Die EG-Kommission hat gestern ein formelles Verfahren zur Untersuchung der Beihilfe an die Daimler-Benz AG, die von der baden-württembergischen Landesregierung beschlossen worden ist, eingeleitet. Bevor sie darüber entscheidet, ob die Bereitstellung eines erschlossenen Industriegeländes in Rastatt mit den Wettbewerbsbestimmungen der Gemeinschaft vereinbar ist, will sie Informationen – Grundstückspreise, Höhe der Erschließungskosten – einholen. Auch herrscht offenbar noch Unklarheit über die Höhe der Beihilfe. Während bisher von einem Subventionseffekt in Höhe von 120 bis 140 Millionen Mark die Rede war, soll er jetzt zwischen 170 und 200 Millionen betragen.

Oberst wechselte zum Widerstand

rt, Islamabad

Ein Oberst der afghanischen Streitkräfte ist nach eigenen Angaben vor zwei Wochen zu einer der moslemischen Widerstandsgruppen des Landes übergelaufen. In Islamabad sagte Mir Hashmatullah gestern, er sei überzeugter Anti-Kommunist geworden, nachdem sowjetische Truppen Ende 1979 in seine Heimat einmarschiert seien.

Der 43-jährige diente zuletzt als stellvertretender Kommandeur der 11. Division, die zwischen Kabul und der Grenze zu Pakistan stationiert ist. Der Oberst sagte, er habe sich der radikalen Moslemgruppe Hezb-e-Islami angeschlossen, die zu den wichtigsten Guerilla-Organisationen gehört, die gegen die marxistische Regierung Afghanistans kämpfen.

Ihre Eintrittskarte für die Welt.



Wenn die Welt Sie mit offenen Armen empfangen soll, dann ist die EUROCARD mit fast 5 Millionen Vertragspartnern in mehr als 160 Ländern in Ergänzung zur europaweit geltenden eurocheque-Karte Ihr ideales Zahlungssystem. In Verbindung mit Amerika's MasterCard und Access in Großbritannien hat EUROCARD eines der dichtesten Vertragspartnernetze weltweit.

Prüfen Sie die weiteren Vorteile der EUROCARD mit 10 in Germany, bevor Sie sich für eine Kreditkarte entscheiden: Der Bargeldservice bei über 100 000 Bankstellen weltweit und die Reiseunfallversicherung bis zu 500 000 Mark sowie die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes bei bargeldlosen Zahlungen und der günstige Jahresbeitrag sind besonders hervorzuheben.

Hinter eurocheque und EUROCARD stehen die deutschen Banken und Sparkassen. Ihre Partner, denen Sie auch Ihre sonstigen Geldangelegenheiten anvertrauen. Dort liegt der Antrag für Ihre EUROCARD bereit.

EUROCARD. Worldwide Credit – Made in Germany.

Strategie gesch...
d kein Spazie...



Goodyear und Michelin, die beiden größten Reifenproduzenten der Welt, haben jahrelang die Formel Eins mit ihren Slicks ausgestattet. Die Franzosen sind im letzten Jahr ausgestiegen. Jetzt werden sie bis 1987 2222 Arbeitsplätze streichen. (S. 15)

FOTO: DIE WELT

FÜR DEN ANLEGER

Dollar: Nach seiner Erholung zum Wochenbeginn ist der Dollarkurs gestern wieder gefallen. In Frankfurt wurde ein amtlicher Mittelkurs von 2,0275 (2,0321) DM festgelegt.

Blackout: Das revolutionäre Computersystem der total reformierten Londoner Börse ist auch gestern wieder ausgefallen.

WELT-Aktien-Index: Gesamt: 263,95 (266,82); Chemie: 158,82 (159,44); Elektro: 330,47 (325,73); Auto: 701,04 (690,77); Maschinenbau: 147,92 (149,93); Versorgung: 158,96 (160,29); Banken: 378,91 (380,78); Warenhäuser: 179,10 (180,67); Bauwirtschaft: 536,78

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Tagung: Heute beginnt in Berlin die diesjährige Vertriebskonferenz des Axel Springer Verlages. Im Hotel Steigenberger werden mehr als 400 Unternehmer und Führungskräfte des Pressegroßhandels erwartet. Gastredner ist Ministerpräsident Lothar Späth.

Brasilien: In den kommenden fünf Jahren will die Bayer AG, Leverkusen, 300 Mill. DM im

größten Land Lateinamerikas investieren.

Übernahme: Die Hoesch AG wird den Elektronikhersteller Rafi GmbH und Co. übernehmen, wenn das Kartellamt zustimmt.

Fusion: First Interstate Bancorp hat ihr Angebot zur Übernahme der BankAmerica Corp auf 3,4 Mrd. Dollar erhöht. (S. 15)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	28. 10. 88	27. 10. 88	1. 7. 88	1. 8. 85	1973
Superbenzin					
0,15 g Bleigehalt	155,00	155,00	165,00	206,00	97,00
Holzöl (schwer 3,5 % S)	63,00	63,00	51,00	139,00	29,00
Gesöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	110,75	115,00	104,00	226,00	94,00

MÄRKTE & POLITIK

Protest: Die EG hat nach einem Bericht der „Washington Post“ im Rahmen des Allgemeinen Welt-handelsabkommens Gatt gegen zwei neue Zollgesetze der USA protestiert.

KKW: Auf jeden Fall werden die zum RWE-Bereich gehörenden Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg, unverändert an der Planung eines Kernkraftwerks in Pfaffenhofen an der Donau festhalten. (S. 17)

Handel: Die deutschen Einzelhändler haben im September nominal sechs Prozent mehr verkauft als im gleichen Vorjahresmonat.

Verkauf: Der britische Brauerei- und Hotelkonzern Grand Metropolitan hat den US-Tabakkonzern Liggett für 187 Mill. Dollar an den New Yorker Investor Bennett Le Bow verkauft.

Wiederverwertung: In Berlin hat gestern der 5. Internationale Recyclingkongress mit 2200 Teilnehmern aus 44 Ländern begonnen.

Reiselekt: Die Bundesbürger, nach den Amerikanern die reisefreudigsten Touristen der Welt, haben im vergangenen Jahr rund 43 Mrd. DM im Ausland ausgegeben, aber nur etwa 17,4 Mrd. DM durch ausländische Besucher verdient.

NAMEN



Dr. Heinrich Schröter: Der bisherige Staatssekretär im Mainzer Finanzministerium und Vertreter

der Länder in den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes, wird Präsident der Landeszentralbank Rheinland-Pfalz. Er tritt die Nachfolge von Johann Wilhelm Gaddum an, der ins Direktorium der Deutschen Bundesbank wechselte. Neuer Mainzer Finanzstaatssekretär wird Karl Hoppe, Vorsitzender des Landtags-Haushaltsausschusses.

WER SAGT'S DENN?

Bei uns ist jede Sekretärin wie Brigitte Bardot, zumindest soweit es ihre Stenographiekenntnisse anlangt.

Die Redaktion

Vorziehen der zweiten Steuerstufe ist für Bonn kein aktuelles Thema

Minister Bangemann zur WELT: Keine Anhaltspunkte für Konjunktur-Schwäche

K.S.A.M./A.G. Bonn
Ein Vorziehen der zweiten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes ist für die Bundesregierung im Augenblick kein Thema. „Das ist kein aktuelles Problem, wir sehen keine konkreten Anhaltspunkte für eine schwächere Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 1987“, erklärte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gegenüber der WELT.

Überlegungen, den zweiten Schritt voranzutreiben, waren durch das Herbstgutachten der Konjunkturforschungsinstitute wieder in den Vordergrund gerückt. Sie empfehlen, den zweiten Teil des Paketes statt am 1. Januar 1988 schon am 1. Juli 1987 in Kraft zu setzen – rückwirkend für das ganze Jahr. Das Wirtschaftsinstitut sieht noch keine konjunkturelle Schwäche. Allerdings, betont Bangemann, „wir sind immer handlungsfähig“.

Allein schon an einer Durchsetzbarkeit zweifeln die steuerpolitischen Experten beider Fraktionen – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die FDP würde den Bundesbürgern zwar gern schon 1987 die geplanten

rund zehn Milliarden DM steuerlicher Entlastung beschreiben, beständige der Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, Hans H. Gattermann (FDP), gegenüber der WELT. Andererseits sieht er schwer zu überwindende Hürden. Denn der Vorstoß der Konjunkturforschungsinstitute würde Stolpersteine auf dem Weg der Konjunkturpolitik darstellen. Außerdem gerieten die Rats der Länder unter Druck. Daher wäre auch kaum anzunehmen, daß sich das Ansinnen im Bundesrat durchsetzen ließe.

Gunnar Uldall, steuerpolitischer Experte der Unionsfraktion und Mitglied des Finanzausschusses, hält ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerentlastung auch gar nicht für wünschenswert. „Mit der Konsolidierung sind wir noch nicht über den Berg“. Das ist eine klare Absage, die mit der Auffassung des Finanzministers harmonisiert, beteuert Uldall gegenüber der WELT.

Ohnehin ist keine der Regierungsparteien gewillt, noch vor den Wahlen eine steuerpolitische Diskussion anzuzetteln. Dieser Vorsatz betrifft auch

die große Steuerstrukturreform, die für Ende der 80er Jahre vorgesehen ist. Das Volumen ist freilich bekannt: 40 bis 45 Milliarden DM. Daraus soll sich eine Nettoentlastung von 20 bis 25 Milliarden DM ergeben.

So erklärte gestern Regierungssprecher Friedhelm Ost anlässlich der Beantwortung der Großen Anfrage der SPD zur Steuerpolitik, daß die Bundesregierung in einer weiterreichenden Steuerreform zwar die wichtigste finanzpolitische Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sieht.

Aber eine in sich geschlossene umfassende Steuerreform bedürfe, so Ost, einer sorgfältigen und ins einzelne gehenden Vorbereitung mit Prüfung einer Vielzahl steuer- und finanzpolitischer sowie steuerrechtlicher Einzelfragen.

Die Steuervorschläge der SPD – unter anderem Ergänzungsabgabe, Revitalisierung bzw. Erhöhung der Gewerbesteuer, Verschärfung der Steuerprogression, Streichung der Kinderfreibeträge – bedeuteten dagegen ein leistungs- und wachstumsfeindliches Steuererhebungsprogramm.

Auch Mittelstand hat die Werbung für sich entdeckt

hg. Bonn

Die deutsche Wirtschaft hat ihre Werbeausgaben in diesem Jahr kräftig aufgestockt: Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) rechnet für 1988 mit einem Plus von sechs Prozent oder knapp 1 Mrd. DM auf mehr als 16 Mrd. DM. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Zuwachs damit verdoppelt, teilte der Verband gestern in Bonn mit.

Die Impulse für dieses Wachstum seien vor allem von der mittelständischen Wirtschaft ausgegangen, „die bisher den Erfolg von Werbung vorwiegend den großen Unternehmen überlassen hatte“. Beim ZAW erklärt man sich diesen Bewußtseinswandel damit, „daß Mittelständler die Werbung immer stärker als Investition in die Zukunft ihrer Unternehmen begreifen“.

Besonders stark gestiegen seien die Werbeausgaben in den Bereichen Autoindustrie, EDV-Kommunikation, Audio-Video, Energie, Textilien und Dienstleistungen, heißt es weiter. Außerdem hätten auch die Medien mehr geworben als im Vorjahr.

Für 1987 rechnet die deutsche Werbewirtschaft mit einer Fortsetzung der positiven Entwicklung: Die Hälfte der 43 ZAW-Verbindungen erwartet, wie eine Umfrage des Dachverbandes ergibt, daß es weiter aufwärts gehen wird. Weniger als die Hälfte erhoffen zumindest Stabilität, und nur eine Minderheit von drei Prozent fürchtet eine Flaute.

AUF EIN WORT



„Österreich ist ein Schlaraffenland für Nichtproduktive auf Kosten der Produktiven. Umdemokratische Einrichtungen wie die vielgerühmte Sozialpartnerschaft haben uns die höchste Steuerquote und die höchsten Lohnnebenkosten der westlichen Welt beschert. Eine Staatsquote von 51 Prozent führte zu einem Funktionskapitalismus, gegen dessen Auswüchse der Privatkapitalismus eine soziale Einrichtung ist.“

Anton Arnsperger, Mitinhaber und Geschäftsführer der Bilanzart GmbH, München/Oberbayern. FOTO: DIE WELT

IBH-Esch zu sechseinhalb Jahren verurteilt

rtz, Koblenz

Der ehemalige IBH-Chef Horst-Dieter Esch ist am Mittwoch vom Koblenzer Landgericht zu einer Freiheitsstrafe von sechseinhalb Jahren und zu einer Geldstrafe von 90 000 DM wegen Betruges und Konkursverschleppung verurteilt worden. Gleichzeitig setzte die Strafkammer den Haftbefehl gemäß einem Antrag der Verteidigung vorläufig aus. Esch, der seit zwei Jahren in Haft ist, nahm die Entscheidung des Schöffengerichts mit verhaltener Erleichterung auf.

Das Gericht folgte in seinem Urteil weitgehend dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die gegen Esch eine Gesamtschuld von sieben Jahren und drei Monaten gefordert hatte. Die von Esch bereits zu zwei Dritteln verbüßte Haftstrafe von dreieinhalb Jahren wegen Betruges als Aufsichtsratsvorsitzender der IBH-Tochter Wibel AG wurde auch beim jetzt verhängten Strafmaß eingerechnet. Die Freiheitsstrafe gegen Esch, der voraussichtlich entsprechend seiner bisherigen „guten Führung“ nur noch wenige Monate im offenen Vollzug verbleiben müssen, beruht in erster Linie auf seinem Betrug an dem saudi-arabischen Scheich Saleh A. Kamel. Nach den Feststellungen des Gerichts und entsprechend seinem Geständnis hatte Esch den Scheich wiederholt über den Wert der IBH getäuscht und ihn dabei um 100 Mill. DM geschädigt.

Maschinenbau muß Federn lassen

Aber der Auftragsknick im Ausland drückt nicht sonderlich aufs Gemüt

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Der deutsche Maschinenbau rechnet für 1987 mit einem „deutlich langsameren Wachstum“, so der schiedende Verbandspräsident Otto Schiele. Zwar soll die Inlandsnachfrage im kommenden Jahr stetig zunehmen. Doch: „Im Ausland werden wir per Saldo wohl weiter Federn lassen müssen.“ Ein Plus von drei Prozent sei aber immer noch als „Marschzahl“ anzusehen.

Bei solcher Zuversicht setzen die Maschinenbauer vor allem auf das „stabile Absatzpotential in Westeuropa“. 1985 rund 60 Prozent der Gesamtexporte, die ihrerseits knapp 60 Prozent vom Umsatz ausmachten, das „größere Rückstöße im Gesamtexport in Grenzen halten“ soll. Freilich: Eine volle Kompensation der Rückgänge außerhalb Europas und im Ostgeschäft sei selbst mit einer guten Nachfrage aus den benachbarten Industrieländern nicht zu schaffen, betont Schiele.

Der Dollarkursverfall, die ölpreis-

bedingte Finanzschwäche der Opec-Länder (die sich inzwischen nicht mehr nur auf die Investitions-, sondern auch auf die Zahlungsfähigkeit auswirkt), die hohe Verschuldung anderer Kundenländer, die Zurückhaltung der Chinesen und nicht zuletzt die Nachwirkungen von Tschernobyl haben auch in den Auftragsbüchern der größten deutschen Industriezweige ihre Spuren hinterlassen: In den ersten neun Monaten des Jahres ging die Auslandsnachfrage preisbereinigt um 13, seit der Jahresmitte sogar um 16 Prozent zurück.

Auch die Kurve der Inlandsaufträge kam vom Kurs ab, wenn auch nur vorübergehend, wie die Branche meint. Nachdem das erste Quartal noch sichtbare Zuwachsraten gebracht hatte, ging es auch hier in der zweiten Jahreshälfte um sechs Prozent bergab, so daß insgesamt noch ein mageres Plus von einem Prozent blieb. Per Saldo lagen die neuen Aufträge im ersten Dreivierteljahr um

sieben Prozent unter dem (freilich sehr hohen) Vorjahresniveau.

Noch allerdings läuft das Geschäft „auf vollen Touren“, so Schiele, sind die Auftragsbücher prall gefüllt. Zur Jahresmitte sicherten sie eine theoretische Beschäftigung von 6,5 Monaten. Einige Unternehmen, so VDMA-Geschäftsführer Justus Fürstner, seien über die Abschwächung auch gar nicht unfroh, weil sie durch die hohe Kapazitätsauslastung mit ihren langen Lieferzeiten bereits Kunden verloren hätten.

Der Rückgang des Auslastungsgrades auf derzeit 88,4 (89,8) Prozent sei irreführend, weil sich darin vor allem die Erweiterungs-Investitionen der Branche niedergeschlagen hätten. Deutlicher wird die Entwicklung an der Zunahme der Beschäftigtenzahlen um 13 000 auf 1,08 Millionen Mitarbeiter allein in diesem Jahr und um 90 000 seit 1984. „In einigen Sparten läuft schon die Jagd auf die Ingenieure.“

Sparen mit Risiko

J. Sch. – Länger arbeiten und langfristig für das Alter sparen, heißt die Parole des liberalen französischen Wirtschafts- und Finanzministers Edouard Balladur zur Lösung des Rentenproblems und darüber hinaus zur Gesundung der Volkswirtschaft. Er beweist damit großen Mut. Denn die Sozialisten hatten gerade die Verkürzung der Arbeitszeit und des Rentenalters auf ihr Banner geschrieben. Inzwischen dämmert es aber auch den Franzosen, daß ihre gesetzlichen Altersrenten angesichts der zunehmenden Lebenserwartungen auf der einen Seite und des Geburtenrückgangs auf der anderen Seite keineswegs mehr so sicher sind, wie sie bisher angenommen hatten.

Zum Ausgleich für dieses Risiko will die Regierung durch sehr weitgehende Steuervorteile die Franzosen zu einem Sparkapital in Aktien und Obligationen verheizen, auf das sie nach ihrer Pensionierung zurückgreifen können, und zwar je später um so steuerlich günstiger. Aber dem steht ein anderes Risiko gegenüber: Daß nämlich diese Anlagen bis dahin erheblich an Wert verlieren könnten. Denn wer weiß schon heute, wie es in Frankreich in zehn oder gar 30 Jahren um die Aktienkurse und die Rentenrendite bestellt ist?

Allerdings kann man aus diesem neuen Pensionsplan jederzeit wieder aussteigen – dann jedoch unter dem teilweisen Verlust der gewährten Steuervorteile. Das mag Balladurs Plan zu einem Anfangserfolg verhelfen, wobei wohl weniger eine verstärkte Sparaktivität, als vielmehr die Umwandlung weniger begünstigter (kurzfristiger) Anlagen zu erwarteten ist. Ein dauerhafter Erfolg wäre dieser Plan wohl nur dann, wenn die derzeitige (anti-inflationistische) Wirtschaftspolitik in Frankreich noch lange Zeit fortgesetzt wird. Wer aber mag einen solchen Wechsel auf die Zukunft ziehen?

Die Scheibe rollt

Von JAN BRECH

Die internationale Branche der Unterhaltungselektronik braucht etwa alle fünf Jahre einen Innovationsschub, um neue Märkte und neues Wachstum entstehen zu lassen. Im Videobereich waren es einst die Farbfernseher, später die Videorecorder. Seit gut drei Jahren hat die Industrie nun auch den großen Renner in der Audio-Sparte, das CD-Geschäft zu

Parallelen dazu explodiert der Markt für Abspielgeräte. In der Bundesrepublik dürfte sich der Absatz in diesem Jahr auf 500 000 Stück verdoppeln, weltweit werden voraussichtlich 6,8 Millionen Geräte verkauft. Der Absatz für 1987 wird auf zehn Millionen Einheiten geschätzt, wovon 2,7 Millionen in den europäischen Markt fließen.

Das Gros entfällt auf Japan und die USA, Märkte, die fest in der Hand der japanischen Hersteller sind.

Ob die Jubelstimmung über die CD-Platte auf längere Sicht anhält, ist dennoch fraglich. Die elektronischen Unterhaltungsmacher wären nicht die verschiedensten Systeme, wie etwa bei Videorecordern, gibt es nicht. Schließlich „verdankt“ die Industrie wieder einmal den Japanern den Durchbruch mit einem Produkt, das die fernöstlichen Hi-Fi-Riesen federführend gar nicht mitentwickelt haben. Auf den Zug, den der Systemrührer Philips ins Rollen gebracht hat, und den er unverändert anzieht, sind sie aber schneller und konsequenter als die Europäer gesprungen.

Die ungemein schnelle Akzeptanz des neuen Systems – die für jede elektronische Neuheit aufgeschlossene heimische Kundschaft gibt für die CDs bereits mehr aus als für herkömmliche Schallplatten – hat für die Hi-Fi-Branche den positiven Nebeneffekt, daß es in anderen Bereichen Initialzündungen bewirkt. Da ist vor allem die Musikindustrie, die in den letzten Jahren in Mollstimmung verfallen war. Mit der CD-Platte hat sie nicht nur aus dem Absatzstief herausgefunden, sondern gleichzeitig noch weitere Marktsegmente entdeckt. Wegen der Handlichkeit der CDs können Schallplatten zum ersten Mal auch im Auto oder beim Spaziergang über einen Walkman gehört werden. Generell hat die Qualität der CD-Platte ein neues „Hi-Fi-Gefühl“ produziert, mit entsprechender Resonanz für den gesamten Audio-Markt.

Binnen weniger Jahre hat die Branche eine Kapazität von zur Zeit 200 Millionen CD-Platten pro Jahr – inzwischen gibt es mehr als 10 000 Titel – aufgebaut, die sich bis 1988

auf mehr als eine halbe Milliarde erhöhen wird. Absolut größter Hersteller ist gegenwärtig das zur Philips-Gruppe gehörende Polygram-Werk in Hannover, dessen Kapazität gegenwärtig auf fünf Millionen Platten pro Monat ausgebaut wird. Mit großen Schritten geht ferner die Bertelsmann-Tochter Sonopress auf das CD-Geschäft zu.

Die CD-Platte ist ein Musterbeispiel, mit welcher Rasse neue Märkte in der internationalen Unterhaltungselektronik entstehen und besetzt werden.

Der damit ausgelöste Druck auf die Erträge in dem noch jungen Geschäft wird die Branche wohl verleiten, einen Fehler zu wiederholen, den sie zum letzten Mal mit der gleichzeitigen Einführung von Videorecordern und Bildplatte gemacht hat. Sie könnte ein Nachfolgeprodukt auf den Markt bringen, noch ehe das CD-System nachhaltig etabliert ist.

In den Forschungszentren der Hi-Fi-Großen steht ein digitaler Kassettenrecorder fertig entwickelt, der Musik in gleicher Qualität wie die CD-Platte aufnehmen kann. Bislang haben Schallplattenindustrie und Handel, die das gute Geschäft mit der CD-Platte nicht stören wollen, noch Erfolg mit ihrem Protest gegen die Markteinführung des DAT (Digital Audio Tape)-Recorders. Der Damm wird jedoch spätestens 1987 brechen. Japanische Hersteller und japanische Kunden sind nun einmal in Neuheiten vernarrt.

Zins

Zwischen denen, für die schon ein Sparschwein Luxus ist, und denen, die im Leben soviel Schwein hatten, daß sie nie zu sparen brauchten, gibt es eine gesunde Mitte, die das, was sie sparen kann, bei einer versierten Bank mit vernünftigem Zins sinnvoll vermehrt. Wir sind für die gesunde Mitte.

ADCA-BANK AG
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
seit 1856

China forciert Modernisierung

Jochimsen betont Chancen für mittelständische Firmen

HARALD POSNY, Düsseldorf
Eine über die letzten Jahre insgesamt positive Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen Nordrhein-Westfalens zur Volksrepublik China hat Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen gezogen. Unmittelbar vor Beginn der vierten Reise an der Spitze von rund zwei Dutzend überwiegend mittelständischen Unternehmen in die Partnerprovinz Jiangsu sagte der Minister, es sei „selbstverständlicher Bestandteil seiner Wirtschaftspolitik, die überaus exportorientierte Wirtschaftsstruktur des Landes verstärkt in Wachstumsregionen zu nutzen“.

Hatten bisher Großprojekte der Anlagenbauer den Handelsaustausch bestimmt, registriert Jochimsen derzeit, daß die chinesische Wirtschaftspolitik schrittweise die Modernisierung und Ergänzung des vorhandenen Unternehmensbestands betreibt. Gerade hier habe der Mittelstand besondere Chancen, nicht zuletzt durch Gründung von gemeinschaftlichen Unternehmen. Zu deren Unterstützung habe auch die Westdeutsche Landesbank ihre Repräsentanz in Peking eröffnet.

Gleichzeitig warnte Jochimsen davor, unter den Bundesländern in einen ruinösen Konkurrenzkampf vor Ort einzutreten. Er bedauerte, daß dies durch den Rückzug der Bundesregierung aus der Koordinierung der Außenwirtschaftsförderung erleichtert werde. Mit Blick auf Baden-Württemberg, das ebenfalls in der NRW-Partnerprovinz Jiangsu tätig ist, empfahl er eine Zusammenarbeit dieser beiden, aber auch anderer Bundesländer. So seien etwa gemeinsame Messebeteiligungen oder Messerveranstaltungen, aber auch technische Symposien denkbar.

Die Bundesrepublik nimmt nach

überaus dynamischer Entwicklung im gesamten Außenhandel Chinas nach Hongkong, Japan und den USA den vierten Platz ein. Die deutschen Exporte lagen 1985 bei 6,4 Mrd. DM (plus 116 Prozent). Die Importe aus China betrugen 2,6 Mrd. DM. NRW war an den Exporten mit 2,6 Mrd. DM und an den Importen mit 822 Mill. DM beteiligt. Im 1. Halbjahr 1986 lag das Handelsvolumen mit 4,2 Mrd. DM um neun Prozent über dem Vorjahr. Die chinesische Nachfrage konzentriert sich dabei auf Investitionsgüter, die etwa ein Viertel des Exports ausmachen. Exportiert werden vor allem Textilien.

Neueste Erkenntnisse des Ministeriums und der WestLB geben dahin, daß die langfristige Exportfinanzierung, wie sie bislang nur bei Großprojekten selten eingesetzt wurde, aufgrund veränderter Kredit- und Devisenpolitik der Zentralregierung künftig auch bei kleineren Projekten angewendet wird. Mittelständischen Unternehmen erwachsen neue Chancen, wenn die Bank of China im Einzelfall Garantien für die Kreditverpflichtungen chinesischer oder Joint-Venture-Unternehmen gewährt.

Nach Ansicht der WestLB steht die Entwicklung des deutsch-chinesischen Handels vor einer Konsolidierungsphase, die sich zur Zeit in einem wieder etwas stärker zentral gesteuerten Wirtschaftswachstum darstellt. Angesichts umfassender langfristig angelegter Reformen hält die Bank allzu hohe Erwartungen für bedenklich. Auf der anderen Seite veröffentlichten die meisten Provinzen inzwischen Projektlisten mit ihren Import-, Export-, Kooperations- und Investitionswünschen. Prioritäten haben dabei die Bereiche Verkehr, Energieversorgung und Kommunikation.

Plädoyer für flexiblere Arbeitszeiten

Kongress „Beschäftigungsoffensive“ diskutierte neue Wege des Personaleinsatzes

HEINZ STÜWE, Berlin
Was wäre, wenn in der kommenden Tarifrunde eine weitere Arbeitszeitverkürzung vereinbart würde? Kaum jemand auf dem Kongress zum Thema „Beschäftigungsoffensive“ in Berlin wagte, diese Frage offen anzusprechen, um nicht den Eindruck zu erwecken, die Arbeitgeberseite habe sich damit womöglich schon abgefunden. Dennoch kehrten viele Diskussionen auf dieser gemeinsamen Veranstaltung der Deutschen Gewerkschaft für Personalarbeit (DGFP) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) immer wieder zu der Frage zurück, wie die betriebliche Personalpolitik Arbeitszeitverkürzungen bewältigen kann.

Eine klare Antwort gab Franz Köhne, Personalvorstand der BMW AG in München: „Ohne Flexibilisierung ist keine weitere Arbeitszeitverkürzung möglich.“ Die Entkopplung von individueller und betrieblicher Arbeitszeit sei erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Und nur unter bestimmten Bedingungen könne kürzere Arbeitszeit zu mehr Beschäftigung führen.

Köhne verdeutlichte dies am Beispiel der Umsetzung des Leber-Kompromisses von 1984 bei BMW. Dabei wurde die ganze mögliche Bandbreite von 37 bis 40 Stunden pro Woche genutzt. Für 1100 Spezialisten in Forschung, Entwicklung, Planung und EDV blieb die Arbeitszeit unverändert. Dies wurde durch kürzere Arbeitszeiten für ältere Mitarbeiter kompensiert. Für die Mehrzahl der Beschäftigten gilt die 38,5 Stundenwoche bei unveränderter Betriebszeit von 40 Stunden. Der Ausgleich geschieht durch freie Tage, wobei sowohl individuelle Freizeiten als auch kollektive (längerer Betriebsurlaub) möglich sind. Der individuelle Freizeitausgleich ist allerdings die Regel. „Die Mitarbeiter legen in Absprache mit den Meistern ihre Freizeiten auf Tage, an denen die Anwesenheit erfahrungsgemäß recht hoch ist, so daß die volle Anlagenauslastung gewährleistet ist.“ Eine solche Regelung stöße bei weiterer Arbeitszeitverkürzung naturgemäß an ihre Grenzen. Die Zusammenfassung des Freizeitausgleichs zu ganzen Tagen habe de facto den Jahresurlaub von 30 auf 39 Tage verlängert.

Der Übergang von der 40 auf die 38,5 Stunden-Woche habe bei BMW 400 neue Arbeitsplätze entstehen lassen.

„Ohne Flexibilisierung kann es keine weitere Arbeitszeitverkürzung geben.“

Franz Köhne, Mitglied des Vorstands der BMW AG, München

sen. „Dem stehen 4000 neue Arbeitsplätze gegenüber, die in den letzten zwei Jahren durch wettbewerbsfähige Produkte und Investitionen geschaffen wurden.“ rückte Köhne die Größenordnung zurecht.

Mehr Beweglichkeit bei den Arbeitszeiten wird nach Ansicht des Personalchefs aber auch unabhängig von der Arbeitszeitverkürzung, allein aufgrund der steigenden Kapitalkosten erforderlich. 1000 DM direkten Löhnen und 1000 DM Lohnnebenkosten pro Auto, so Köhne, Grobalkulation, stehen 2000 DM Abschreibungen gegenüber. Dieser Betrag sei aber nur durch längere Anlagenlaufzeit zu senken. Da im normalen Zweischicht-Betrieb die Maschinen nur zu

34 Prozent ausgenutzt würden, sieht Köhne hier noch genügend Gestaltungsmöglichkeiten. Allein durch das sogenannte BMW-Modell, nach dem sich drei Mitarbeiter zwei Arbeitsplätze teilen und jeweils vier Tage neun Stunden arbeiten, sei die Auslastung um 35 Prozent zu steigern.

Mit der gleichen Zielrichtung, der Erhöhung der Betriebsnutzungszeit, wird bei der Deutschen Vergaser Gesellschaft mbH & Co. KG, Berlin, eine Einbeziehung des arbeitsfreien Samstags erwogen. Bernd Pierburg, Geschäftsführer des 1250 Mitarbeiter beschäftigenden Unternehmens, glaubt, daß dies in der Belegschaft „nicht auf unüberwindbare Schwierigkeiten“ stoßen würde. „Durch rollierende Schichtsysteme müßte sichergestellt sein, daß nicht jeder Arbeitnehmer an jedem Samstag arbeiten muß. Und wir müßten zum Ausgleich gelegentlich attraktive längere Freizeitperioden bieten.“

Eine Lösung sucht Pierburg noch für die Bewältigung des Auftrags- und Servicehochs im Sommer. Er beklagt, daß die Tarifverträge eine ungleichmäßige Arbeitszeitverteilung nur im Zwei-Monats-Rhythmus zulassen.

Ausdrücklich verankert ist der Arbeitszeitausgleich auf Jahresbasis in den Tarifverträgen des Einzelhandels. Gerhard Strümpfer, Direktor für Personal- und Sozialpolitik bei der Kaufhof AG, Köln, unterstreicht, daß dies auch im Interesse der Arbeitnehmer liege. „Nur so können sie in den Genuss einer Fünf-Tage-Arbeitswoche trotz steigender Ladenöffnungszeiten“ kommen. „Nur weil der flexible Personaleinsatz und damit die Produktivität in der letzten Tarifrunde erreicht wurde, ist es möglich, daß wir bei der Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden-Woche akzeptiert wurden.“

DIW: Die Deutschen sparen weniger

dpa/vwd, Berlin

Die Sparquote aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik ist zwischen 1970 und 1985 von 13,5 Prozent auf 10,4 Prozent gesunken. Dabei blieb die Sparquote bei den Selbstständigen mit 25 Prozent etwa konstant. Bei den Arbeitnehmern kam es jedoch zu einem Rückgang um zweieinhalb Punkte auf fast acht Prozent, bei Rentnern und Pensionären um fünf Prozent, berichtet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin. Großes Gewicht für die Entwicklung der privaten Ersparnisse haben inzwischen die Arbeitslosenquoten bekommen. 0,3 Prozent des Rückgangs der gesamten Sparquote sind auf Rückgang der Ersparnisse in diesen Haushalten zurückzuführen.

Während die Sparquote der Erwerbstätigen insgesamt zwischen 1970 und 1985 nur um 1,5 Punkte auf 12,8 Prozent sank, fiel die der Nichterwerbstätigen um 8,4 Punkte auf 4,2 Prozent. Die Selbstständigen sparen im Durchschnitt rund ein Viertel ihres verfügbaren Einkommens. Die Ersparnisse der Arbeitnehmer blieben in den letzten drei Jahren mit 3600 DM pro Haushalt etwa konstant.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergheim: Molde u. Sohn GmbH, Heising-Santör; Dortmund: G + W Caspar Vertriebs-GmbH; Düsseldorf: Sanatronic GmbH; Essen: Wilhelm Kruk Nachf. GmbH & Co.; Haaßhorst: Wärmetechnik GmbH; Frankfurt: Nachl. C. Uwe Helmut Werner Sattler; Hagen: Fritz W. Edinghoff; Kassel: G. Kohl GmbH; Koblenz: Gertrud Engler; Kornwestheim: KÖHL SYSTEM-DRUCK GmbH; Mannheim: Peter Müller, Hotelbau; Merzig: Kurt Heider, Losheide-Bergheim; Osnabrück: Jaguar Modell Kart Noll u. Sohn GmbH; Ditzingen: Selbstständig: Ingenieurbüro-einsch. Gutenberghaus GmbH; Rodgau 2: Stelsma: HVK Metallbau GmbH; Ditzingen: Weibach: Isopunkt Vertriebs GmbH & Co. Bensheim: EG, Starnberg.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: CURATIO Generalanmietungen GmbH.

Mehr Steuerverbesserungen

Bundeskanzler Helmut Kohl vor Handelsvertretern

hg, Bonn

Die Bundesregierung wird den Mittelstand weiter fördern. Bundeskanzler Helmut Kohl will dies bei der Steuerreform durch eine Verringerung der Unternehmensbesteuerung und durch einen langsamer steigenden Einkommensteuertarif erreichen. Die Wirkung hänge allerdings entscheidend vom Erfolg des Subventionsabbaus ab, sagte der Kanzler vor der Centralvereinigung deutscher Handelsvertreter- und Handelsmaklervereine (CDH) gestern in Bonn.

In diesem Jahr engagierte sich die Bundesregierung mit über 1,3 Mrd. DM für den Mittelstand, sagte Kohl weiter, das seien 200 Mill. DM mehr als 1982. Im Zusammenhang mit Steuererleichterungen von rund 30 Mrd. DM im Jahr seien hier „neue Spielräume für eigenverantwortliches unternehmerisches Handeln“ geschaffen worden.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Unternehmen sind die

Handelsvertreter und Handelsmakler insgesamt zufrieden. Die Umsatzsteuerstatistik zeige eine leichte Zunahme der Zahl der Unternehmen an, sagte CDH-Präsident Norbert Hopf. Trotz des harten Wettbewerbs mit firmeneigenen Vertriebssystemen sei es gelungen, den Einschaltungsgrad beim gesamten inländischen Warenumsatz auf 40 Prozent zu halten. Rund ein Drittel der CDH-Mitgliedsbetriebe seien darüber hinaus für ausländische Hersteller tätig.

Der CDH-Präsident warnte vor einer Ausweitung der Konzentration im Handel und der damit verbundenen Einschränkung des Leistungswettbewerbs. Hier erwarte seine Branche vom Gesetzgeber eine Korrektur der Ungleichgewichte. Hopf appellierte darüber hinaus an die Bundesregierung, die Benachteiligung Selbstständiger gegenüber Arbeitnehmern bei den Vorsorgeaufwendungen abzubauen und die Gewerbesteuer zu beseitigen.

„Öko-Banken als Prüfstein“

SPD-Forum zu neuen Formen des Genossenschaftssystems

mdl, Bonn

Die Genossenschaftsidee sieht vor einer Renaissance. Steigende Gründungszahlen in den letzten beiden Jahren lassen einen solchen Trend erkennen, wie auf einer Veranstaltung der SPD zum Thema „Alte und neue Genossenschaften“ deutlich wurde. In der Diskussion über neue Formen von Genossenschaften traten aber erhebliche Meinungsunterschiede zwischen SPD-Sprechern und dem Vertreter des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken, Klaus Weiser, zutage.

„Genossenschaften dürfen nicht zur Veränderung der bestehenden Marktordnung benutzt werden“, erklärte Weiser auf dem SPD-Forum in Bonn. Neue Genossenschaften würden dann gefördert, wenn sie auf der sozialen Marktwirtschaft aufbauten und die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllten.

Politisch motivierte Zulassungsgeschiedenheiten des Prüfungsverbandes schloß Weiser aus. Allerdings ließen basisdemokratische Bestrebungen der Genossenschaftsidee zuwider. Weiser sieht im Trend zur Großgenossenschaft und der damit verbundenen Vertikalisierung die eigentliche Gefahr.

Als die wichtigsten Grundlagen der

Genossenschaften nannte er den Förderungsauftrag, die Subsidiarität, die Selbstverwaltung und die Ausrichtung auf ihre Mitglieder. Privaten Interessen diene der Zusammenschluß nicht öffentlichen oder gemeinwirtschaftlichen, sagte er zum „genossenschaftlichen Egoismus“.

Jochen Vogel hatte zuvor das Projekt der Öko-Banken zum Prüfstein für die Flexibilität und Innovationsfähigkeit der Genossenschaften erhoben. Er rief in den Öko-Banken die Möglichkeit zum Brückenschlag zwischen alter und neuer Genossenschaft, beklagte aber die mangelnde Beweglichkeit des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken in Fragen von Reformbestrebungen.

In einem Zustand „statischer Stabilität“ befände sich heute die Mehrheit der Genossenschaften. Hinzutreten seien in den letzten Jahren Zusammenschlüsse, die sich wieder stärker auf den Ursprung der Genossenschaftsidee besäßen. Mehr Beachtung der neuen Selbsthilfekonzeptionen forderte der heimische Wirtschafts- und Umweltminister, Ulrich Steger. Sie zeigten spiegelbildlich die Mängel der Wirtschaftsordnung. Darum sollten die „Alternativen“ als Motor gesellschaftlicher Umgestaltung anerkannt werden.

Vorstoß auf die Auslandsmärkte

dpa/VWD, Paris

Die Verlagsgruppe CEP Communication, einer der größten französischen Herausgeber von Wirtschaftszeitschriften und -büchern, Nachschlagewerken (Larousse) und Spielen sowie bedeutender Messeveranstalter, will jetzt auch die Auslandsmärkte erobern. Wie das Unternehmen anlässlich der bevorstehenden Börsenführung des Konzerns in Paris mitteilte, wird ein Umsatzanteil von 30 Prozent im Ausland angestrebt.

Die Gruppe, deren Hauptaktionär der zur Privatisierung anstehende staatliche Medienkonzern Havas (38,5 Prozent) ist, setzte im vergangenen Jahr rund 2,9 Milliarden Franc (960 Mill. DM) um und erwartet für 1986 über drei Milliarden Franc Umsatz. 37 Prozent davon entfallen auf den Pressebereich, 46 Prozent auf die Verlagsbranche und zwölf Prozent auf Spiele.

Der konsolidierte Netto-Gewinn betrug 1985 84 Millionen Franc und soll 1986 auf 120 Millionen Franc steigen. Der Konzern beschäftigt 3900 Mitarbeiter.

An der Pariser Börse sollen vom 4. November an zehn Prozent des Gesellschaftskapitals von 1,3 Millionen Aktien im Nominalwert von 25 Franc zu einem Preis von 750 Franc (250 DM) platziert werden.

Mehr investieren auf Philippinen

Ka, Bonn

Die deutsche Wirtschaft plant in nächster Zeit auf den Philippinen Investitionen in Höhe von 35 Millionen Mark. Dies ist das Ergebnis einer Konferenz, die auf Anregung von Außenminister Genscher letzte Woche in Manila stattfand und von Staatsminister Lütke Stahrenhagen geleitet wurde. 42 deutsche Wirtschaftsunternehmen beteiligten sich an der Manila-Konferenz, die auch von philippinischer Seite hoch besucht war - mit Präsidentin Aquino und Außenminister Laure sowie der philippinischen und europäischen Handelskammer.

Vorhergegangen waren Gutachten, die der inzwischen verstorbene Bundesbankpräsident Otmar Emminger und der frühere Minister Josef Ertl im Auftrag der Bundesregierung erstellt hatten. Ministerialdirektor Jürgen Sudhoff erklärte gestern in Bonn, das Auswärtige Amt habe sich erfolgreich als „Türöffner der deutschen Wirtschaft“ betätigt. Eine ähnliche Konferenz werde es 1987 in Südamerika geben. Mit Investitionen engagieren wollen sich Siemens, Telefunken, Halbleiter, Hoechst, Bayer, Goldrath, Hella-Lampen und die bayerische Holzindustrie. Die Philippinen galten bisher nicht als Schwerpunktland der deutschen Industrie. Das bisherige Investitionsvolumen liegt bei rund 70 Millionen Mark.

Japans Bergbau nicht konkurrenzfähig

Kohleförderung soll beträchtlich eingeschränkt werden: Nur noch drei Zechen

FRED de LA TROBE, Tokio

Das japanische Industrieministerium (MITI) arbeitet ein Programm aus, das die Kohleförderung des Inselreichs konsolidieren und beträchtlich einschränken soll. Unrentable Bergwerke sollen allmählich geschlossen und freierwerdende Arbeitskräfte in anderen Branchen eingesetzt werden. Eine klare wirtschaftspolitische Linie des Ministeriums wird durch die Schließung der ältesten japanischen Zeche, des Bergwerks der Mitsubishi Coal Mining in Takashima, besonders aktuell.

Das MITI befürchtet, daß diese Maßnahme eine rasche Kettenreaktion anderer Gesellschaften auslösen kann und damit eine sinnvolle Lösung der Probleme des Bergbaus verhindert wird. Die Mitsubishi Coal Mining hat ihrer Unternehmensgewerkschaft mitgeteilt, daß die Zeche in Takashima am 20. November geschlossen wird und alle 870 Bergleute entlassen werden.

In den fünfziger Jahren spielte der Kohlebergbau noch eine wichtige Rolle in Japans Wirtschaft. Damals arbeiteten 450 000 Bergleute in 360

Zechen, und die Jahresförderung belief sich auf 55,4 Mill. Tonnen. Heute sind dagegen nur noch 25 000 Bergleute in elf Zechen tätig. Die Produktion erreichte 1985 nur noch 16,4 Mill. Tonnen. Da die verbleibenden Vorkommen mehr als 500 Meter unter der Erdoberfläche liegen, ist der japanische Kohlebergbau nicht mehr konkurrenzfähig.

Nur mit der Hilfe des Staates, der Stahlindustrie und Elektrizitätswirtschaft konnten die Zechen in den letzten Jahren noch einigermaßen über die Runden kommen. Das neue Programm des MITI soll die Fiskaljahre 1987 bis 1991 einschließen und einer stark reduzierten Zahl von Zechen das Überleben ermöglichen. Nach den bisherigen Plänen des Ministeriums soll die inländische Kohleförderung in der Fünfjahresperiode von bisher 16 Mill. auf neun Mill. Tonnen und die Zahl der Zechen von elf auf drei vermindert werden.

Diese drei Bergwerke hatten 1985 eine Gesamtförderung von 8,4 Mill. Tonnen. Da sich aber die Stahlindustrie und die Elektrizitätswirtschaft weigern, weiterhin die teure inländi-

sche Kohle zu erwerben, könnte das MITI eine noch weiterreichende Drosselung der Förderung auf 8 oder 7 Mill. Tonnen beschließen.

Die Stahlunternehmen weisen darauf hin, daß sich ihre Geschäftsfälle infolge sinkender Exporte und des starken Yen wesentlich verschlechtert hat. Während der Preis für eine Tonne importierter Kohle bei 800 Yen liegt, müßten die japanischen Stahlproduzenten und Elektrizitätsgesellschaften bisher größere Mengen inländischer Kohle zum Tonnenpreis von 24 280 Yen abnehmen. Im vergangenen Jahr importierte Japan 60 Mill. Tonnen Kohle.

Das MITI hofft aber noch darauf, daß die Stahl- und Elektrizitätsfirmen auch weiterhin einen Teil ihres Bedarfs bei den inländischen Zechen zu höheren Preisen decken werden. Die dabei entstehenden Verluste könnten allerdings nur die Elektrizitätswirtschaft, die von den niedrigen Ölpreisen und Wechselkursgewinnen profitiert, mühselos verkraften. Die Kohle betriebe aber nur noch für sechs Prozent der Stromversorgung (SAD)

Zu Wort gemeldet: Betriebsratsvorsitzender Julius Busch

verbeteiligt, Vater einer 19jährigen Tochter. „Seit 17 Jahren bin ich Vorsitzender des Betriebsrates in unserem Werk Mühlheim.“



Wir sind uns einig

Nie zuvor redeten so viele mit so wenig Wissen über unsere Arbeit, obwohl sie weltweit zu den besten Ergebnissen führte.

Seit beinahe 30 Jahren gehöre ich dem Betriebsrat unseres Hauses an, seit 17 Jahren als dessen Vorsitzender. 5.000 Kolleginnen und Kollegen kommen mit ihren Sorgen zu mir. Jetzt zunehmend mehr mit der Frage: Was wird aus unseren Arbeitsplätzen in der Kernkraft-Industrie?

Auch ohne blauäugigen Optimismus: Ich halte sie für sicher. Denn die Gegner der Kernenergie haben nur ein einziges Argument für sich - die Angst. Alle anderen Argumente sprechen eindeutig für den Einsatz von Kernenergie.

Wir leben in einem Land mit wenig Rohstoffen, aber hohem Energiebedarf, und wir sind angewiesen auf eine kostengünstige und vor allem umweltfreundliche Energieerzeugung. Sie basiert auf Kohle und Kernkraft. Langfristig ist keine Alternative möglich und auch nicht in Sicht.

Außerdem: Kernkraft ist die einzige Technologie, die von Anfang an vom Sicherheitsdenken her konstruiert und entwickelt wurde und in dieser Hinsicht mit nichts vergleichbar ist.

Die Bundesrepublik gibt damit weltweit ein Vorbild. Wer würde das besser als wir, die wir mit Kernkraft arbeiten.

„Ausstieg“ heißt Abstieg. Ausstieg bedeutet, die Aufbauleistungen aus 40 Jahren in Frage zu stellen, bedeutet die Unsicherheit von 50.000 Kolleginnen und Kollegen und von weiteren 250.000 indirekt betroffenen Mitarbeitern in anderen Industrien. Ich wehre mich dagegen, daß die Modernität und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft verspielt wird. Das kann keiner wirklich wollen. Ich setze auf die Vernunft aller.

Sicherheit ist unser Grundgesetz. **KWU**

Kraftwerk Union Aktiengesellschaft · Wiesenstraße 35 · D-4330 Mühlheim an der Ruhr

Belegschaftsabbau geht weiter

Michelin schreibt auch im Ausland wieder schwarze Zahlen

J. Sch. Paris

Der französische Michelin-Konzern, zweitgrößter Reifenproduzent der Welt nach Goodyear, rüstet sich auf den verschärften internationalen Wettbewerb durch eine „Flucht in die Produktivität“. Zu diesem Zweck soll Mitte 1988 das erste vollautomatisierte Werk (mit nur 500 Beschäftigten) für die Herstellung von Pkw-Reifen in Betrieb genommen werden. Standort ist Clermont Ferrand in der Auvergne, wo Michelin den größten Teil seiner Produktionsanlagen konzentriert hat.

Gleichzeitig wird der Belegschaftsabbau fortgesetzt. Bis Ende nächsten Jahres, so teilt die Verwaltung gestern dem Betriebsrat mit, werden weitere 2222 Arbeitsplätze aufgegeben, davon 1650 in Clermont Ferrand. Bereits in den letzten sieben Jahren war die Belegschaft dort um 10 400 auf 21 700 Mitarbeiter reduziert worden. In ganz Frankreich schrumpfte sie in dieser Zeit um 15 000 auf 38 000

Personen, dabei um 9000 in den Krisenjahre 1983 und 1984.

Inzwischen ist Michelin wieder aus den roten Zahlen gekommen. Nach Verlusten von 2,24 Mrd. Franc 1984 wurde 1985 ein Reingewinn von 1 Mrd. Franc erzielt, wobei sich der Cashflow gegenüber dem Vorjahr auf 3,8 Mrd. Franc verdoppelte, während der Konzernumsatz um 2 Prozent auf 43,4 Mrd. Franc zurückging. Im ersten Halbjahr 1986 (85) erhöhte sich der Konzerngewinn auf 919 (585) Mill. Franc. Die von der Familie Michelin kontrollierte Konzernholding rechnet allerdings erst für 1987 mit einem positiven Ergebnis.

Inzwischen verdient Michelin auch mit seinen Auslandstöchtern wieder Geld, auch in den USA, wo sich der Konzern besonders stark engagiert hat. Das belgische Werk Zuen, das auf die Konzernergebnisse gedrückt hat, wurde im August geschlossen. An der Weltproduktion von Reifen ist der Konzern mit 20 Prozent beteiligt.

Italiens Zentralbank besorgt

Gegen wachsende Verflechtung von Industrie und Banken

ds. Mailand

Die italienische Zentralbank betrachtet den Aufbau von Finanznetzen durch die Industrieunternehmen in Italien mit wachsendem Misstrauen und ist entschlossen, diese Aktivitäten verschärft zu reglementieren. Ausgangspunkt ist nicht nur der Schutz der Banken, sondern auch der Spar- und Einleger. Im Vister der Banca d'Italia befinden sich vor allem die Treuhandgesellschaften sowie alle Formen des Leasing und der Kundenfinanzierung.

Nach Zentralbankseinschätzungen wird sich das Volumen dieser seit Jahren stark expandierenden Aktivitäten in diesem Jahr um weitere 50 bis 60 Prozent erhöhen. Widerstand angemeldet hat die Zentralbank auch gegenüber den Plänen der Industrieunternehmen, zunehmend Bankbeteiligungen zu erwerben.

Auslösender Faktor des Zentral-

bankwiderstands war in diesem letzten Fall nicht nur der Kauf einer Fünf-Prozent-Beteiligung an dem Kreditinstitut Credito Romagnolo durch die Finanzholding der De Benedetti-Gruppe, Cofide, sondern auch die Absicht des Großindustriellen Carlo De Benedetti, mit anderen Interessenten zusammen die zum Verkauf stehende italienische Tochter von Bank of America, Banca d'America e d'Italia zu übernehmen. An dieser Übernahme interessiert ist auch die von dem Fiat-Konzern kontrollierte Mailänder Finanzgesellschaft Gemina.

Die italienische Zentralbank hat diese Initiativen inzwischen als unvereinbar mit dem italienischen Kreditwesengesetz aus dem Jahre 1936 erklärt, das nicht nur Industriebeteiligungen an Banken untersagt, sondern umgekehrt auch Bankbeteiligungen an Industrieunternehmen.

Bankchef Clausen – ein umstrittener Sanierer

Als der Verwaltungsrat der Bank America Corporation in San Francisco auf einer Sonder Sitzung am 12. Oktober einen Managementwechsel vornahm, hatte das vor allem das Ziel, der zweitgrößten US-Bank Vertrauen in der Kreditwirtschaft, bei Anlegern und bei Kunden zurückzugewinnen. Zwei Wochen später ist indes immer noch zweifelhaft, ob das Vorhaben so einfach gelingen kann.

Das liegt in erster Linie an dem Mann, den der Verwaltungsrat an die Spitze des angeschlagenen Unternehmens berufen hat. Die Ernennung von A. W. (Tom) Clausen, (63) zum ersten Mann der Bank of America, ihrer Holdinggesellschaft, der Bank America Corporation, ist in der Geschäftswelt und in der Öffentlichkeit weitgehend auf Unverständnis gestoßen. Die „New York Times“ zeigt sich verwundert, „Washington Post“ nennt sie bizzarr. „Newsweek“ ist schockiert und fragt, ob Clausen der richtige Mann für die Aufgabe ist. Das Unverständnis für die Entscheidung des Verwaltungsrates ist nicht so sehr darin begründet, daß Clausen für die Topposition ungeeignet wäre oder in seinem Managementstil, der als autokratisch und selbstgerecht beschrieben wird.

Verwelkter Lorbeer

Vielmehr wird Clausen vorgeworfen, daß er für die Misere der Bank ein gerüttelt Maß an Verantwortung trägt. Der neue Mann war nämlich von 1970 bis 1981 schon einmal Chef des Geldinstituts. Damals hatte die Bank glänzend da. Und als Clausen sie verließ, um Präsident der Weltbank in Washington zu werden, sah es so aus, als hätte er sein Haus trefflich bestellt. Unter seiner Leitung war die Bank zur größten des Landes geworden und hatte mehr Gewinn gemacht als je eine andere. Er hatte der Bank in Samuel H. Armacost, damals 42 Jahre alt, einen Nachfolger hinterlassen, der fähig schien, auch in den 80er Jahren den gewohnten Erfolgskurs fortzusetzen.

Heute freilich ist dieser Lorbeer längst verweltet. Es wurde schon bald deutlich, daß die eindrucksvolle Erfolgsstory erhebliche Mängel hatte. Es stellte sich heraus, daß Clausen das Wachstum der Bank ganz wesentlich durch Ausleihungen an die Dritte

Welt, an die Landwirtschaft, die Öllandwirtschaft und Baulöwen bewirkt hatte, die schon bald nach seinem Ausscheiden notleidend wurden.

Bisher mußte die Bank auf solche Forderungen 4,5 Milliarden Dollar abschreiben, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Die Verluste aus diesen Geschäften belaufen sich bisher auf eine Milliarde Dollar. Als weitere Verlustquelle erwies sich die Tatsache, daß zahlreiche Kredite langfristig zu den niedrigen Zinsen der 70er Jahre gewährt wurden, die in der Hochzinsphase der 80er Jahre teuer refinanziert werden mußten. Etwas sechs Prozent der von der Bank of America gewährten Kredite gelten als gefährdet, das ist um zwei Drittel mehr als bei vergleichbaren Banken.

Clausens Nachfolger Armacost setzte zunächst das verlustbringende Geschäft seines Mentors fort, ehe er nach zweieinhalb Jahren herausfand, daß der deutliche Gewinnrückgang, von dem die Bank plötzlich betroffen wurde, nicht so sehr aus der Rezession der Jahre 1981/82 herrührte, sondern strukturelle Ursachen hatte.

Dies, so sehen es die meisten Beobachter, war eher auch Clausens zweifelhaftes Erbe. Er hatte seinem Nachfolger eine Bank hinterlassen, deren Managementmethoden dem stark gewachsenen Umfang des Geschäftes auch nicht annähernd gewachsen waren.

Das Management der Bank hatte sonstigen die Kontrolle über die Geschäfte verloren. Überdies: Während große Wettbewerber wie die City Bank, die Bank of America inzwischen weit überholte, 400 Millionen Dollar für den Einsatz von Computern und Datenverarbeitung investierten, blieb man in San Francisco der Elektronik gegenüber lange zurückhaltend.

So ging Armacost viel Zeit verloren und in der Öffentlichkeit konnte aus

guten Grunde der Eindruck entstehen, das Management der Bank sei von neuen Verlustquellen im eigenen Hause immer wieder überrascht worden. Die Ankündigungen, wenn gerade ein Loch gestopft war, nun werde alles besser, wurden von der Entwicklung immer wieder überholt. Tatsächlich wurde es nur schlimmer. Die Reputation der Bank of America, die wenige Jahre zuvor noch über jeden Zweifel erhaben gewesen war, sank rapide.

Bankchef Armacost, der als Entscheidungsschwach gilt, aber wegen seines kooperativen Führungsstils beliebt ist, reagierte nur zögernd. Er begann mit dem Abbau von Personal und schloß Niederlassungen und verkaufte Aktiva. Aber die schlechten Nachrichten kamen immer schneller. Sanierungsmaßnahmen brauchen bekanntlich einige Zeit, ehe sie zu wirken beginnen. Und die Zeit lief Armacost und der Bank davon.

1985 mußte die Bank nach einem Verlust von 337 Millionen Dollar zum ersten Mal seit 53 Jahren die Dividenden ausfallen lassen. Einige Monate später, nachdem Armacost wieder eine Wende angekündigt hatte, mußte die Bank im zweiten Quartal 1986 mit 640 Millionen Dollar den zweithöchsten Verlust in der Bankengeschichte Amerikas hinnehmen. Dem Verwaltungsrat aber reichte das immer noch nicht, um den sichtbaren Verlust an Ansehen, Vertrauen, den die Bank erlitt, durch personelle Maßnahmen zu begreifen.

Es waren äußere Anlässe, die den Wechsel bewirkten. Dem Druck aus Washington wurde die Ablösung vor allem durch ein Übernahmeangebot beschleunigt, das die First Interstate Bank aus Los Angeles unterbreitet hatte. Für 3,4 Milliarden Dollar will das Institut, das halb so groß ist wie die Bank of America, diese übernehmen. Sie verspricht sich davon Rationalisierungsmaßnahmen in der Grö-

ßenordnung von 400 Millionen Dollar im Jahr und eine attraktive Nutzung des Verlustvortrages der Bank aus San Francisco. Auch die große Citicorp aus New York hat Interesse an der Bank of America angekündigt. Sie will aber nicht die Bank ganz übernehmen, sondern nur Teile, die ihr interessant genug erscheinen, um ihr Geschäft nach Kalifornien auszuweiten.

Der neue, alte Mann

Warum ausgerechnet Clausen vom Verwaltungsrat in dieser schwierigen Situation gewählt wurde, ist also nicht ganz klar. In der New York Times wird ein Bankier zitiert, der meint, der Verwaltungsrat habe ihn genommen, weil er verfügbar war. Es gehört zu den ersten Aufgaben des neuen, alten Mannes, sich mit diesen Angeboten auseinanderzusetzen. In einer ersten Stellungnahme, die aber, wie Beobachter meinen, nicht das letzte Wort gewesen sein muß, lehnte er das Interstate-Angebot ab. Daneben muß Clausen nach seiner umstrittenen Berufung die Mitarbeiter der Bank neu motivieren, wenn sie wieder auf Erfolgskurs gelangen soll. Nach dem Zitat eines früheren Vorstandsmitglied ist Clausen aber ein Bürokrat und kein Unternehmer. Motivieren sei seine Sache nicht.

Solch unfreundliches Urteil wird weitgehend durch die glanzlose Geschäftsführung Clausens als Präsident der Weltbank gestützt. Er zeigte dort nur wenig Profil und fiel auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise der Dritten Welt, die in seine Amtszeit fiel, weder durch Dynamik noch Initiative auf. Nicht zuletzt deshalb wurde er nicht wiederbestellt.

Der Blick nach vorn indes ist auch nicht eben sehr erfreulich. Der Zustand der Bank ist zwar nicht bedrohlich, wenigstens das haftende Kapital deutlich niedriger ist als bei vergleichbaren Banken; aber die vorhandenen Vermögenswerte, in denen wahrscheinlich noch erhebliche stille Reserven stecken, reichen sicher aus, auch noch weitere Verluste aus dubiosen Krediten abzufangen. Überdies, so scheint es, beginnt das von Vorgänger Armacost in den vergangenen zwei Jahren begonnene Kostenreduzierungsprogramm Wurzeln zu zeigen. GERD BRÜGGEMANN



A.W. Clausen
ZEICHNUNG: KLAUS SÖHLE

EG verzichtet auf detaillierte Sicherheitsnormen

Ha. Brüssel

Einen neuen Vorstoß zur Angleichung der Sicherheitsbestimmungen für Spielzeug hat die EG-Kommission unterlassen. Anders als frühere Versuche beschränkt sich der neue Richtlinienentwurf darauf, die wichtigsten Sicherheitsanforderungen zu umreißen und verweist im übrigen auf die bestehenden europäischen Normen.

Die Kommission wendet damit zum ersten Mal ihr neues Konzept zur technischen Harmonisierung auf eine Gruppe von Gebrauchsgütern an. Den Fabrikanten soll danach künftig

Anzeige

BERUFS-WELT.

Für alle, die vorankommen wollen.

Rufen Sie 030-6060 an (zum Ortsamt) und lassen Sie sich einige Wochen lang kostenlos die BERUFS-WELT schicken. Die BERUFS-WELT erscheint jeden Samstag in der WELT - mit dem größten überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte und vielen Tipps für mehr Erfolg im Beruf.

DIE WELT
Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

die Wahl gelassen werden, sich entweder an die von den Normeninstanzen entwickelten technischen Spezifikationen zu halten oder sich um eine Konformitätsbescheinigung eines anerkannten Kontrollorgans (in der Bundesrepublik beispielsweise des TÜV) zu bemühen.

Bisher hatte die EG-Behörde versucht, technische Handelshemmnisse im Warenverkehr dadurch abzubauen, daß bis ins Einzelne verbindliche Sicherheitsnormen in die Harmonisierungs-Richtlinien aufgenommen wurden. Dieses Verfahren erwies sich als sehr umständlich, zumal der technische Fortschritt zu ständigen Änderungen zwang. Die im Rat gescheiterten Entwürfe für eine Spielzeug-Richtlinie sahen zum Beispiel detaillierte Bestimmungen über die statische Beanspruchbarkeit und die Stabilität von Schaukelpferden vor.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Sanktionen geplant

Washington (dpa/UPI) - Der Handelsbeauftragte der US-Regierung, Clayton Yeutter, hat Wirtschaftsankündigungen gegen Taiwan angekündigt. Taiwan habe sein Versprechen gebrochen und nichts zur Liberalisierung der Einfuhren von Alkoholika und Tabakwaren aus den USA getan, sagte er. Diese Waren müssen über ein taiwanesisches Monopolunternehmen vertrieben werden. Washington bereits jetzt wirtschaftliche Strafmaßnahmen vor.

Autoexporte mit Rekord

Tokio (dpa/VWD) - Die japanischen Exporte von Motorfahrzeugen sind im 1. Halbjahr des laufenden Wirtschaftsjahres (1. April) um 0,2 Prozent auf die Rekordmenge von 3,51 Mill. gestiegen. Die Autoexporte nahmen nach Angaben des Industrieverbandes JAMA sogar um 7,6 Prozent auf 2,5 Mill. Fahrzeuge zu. Im 2. Quartal kehrte sich der Trend jedoch wegen des steigenden Yenurses um.

Zinnpreise stabilisieren

Djakarta (VWD) - Die Volksrepublik China dürfte bereit sein, mit der Vereinigung der Zinn produzierenden Länder (ATPC) zusammenzuarbeiten. Dies sagte Wang Tianze, Direktor im chinesischen Ministerium für internationale Beziehungen, anlässlich eines Treffens der ATPC-Mitglieder in Djakarta. Sein Land prüfe die Möglichkeit, der ATPC beizutreten und mit ihr zusammen den Rückgang der Weltzinnpreise entgegenzuwirken. China und Brasilien, die beide der ATPC nicht angehören, waren zu der zweitägigen Ministerkonferenz der ATPC als Beobachter eingeladen. Nach Angaben von Wang produziert

China jährlich rund 4000 Tonnen Zinn. Brasilien ist mit jährlich rund 26 000 Tonnen Zinn hinter Malaysia zweitgrößter Weltzinnerzeuger.

Anstieg bei US-Gehältern

New York (VWD) - Die amerikanischen Unternehmen haben für das kommende Jahr Erhöhungen der Arbeitnehmergehälter von durchschnittlich 5,5 Prozent budgetiert. Das geht aus einer Untersuchung des Compensation Institute bei über 3000 US-Unternehmen hervor. Für 1986 weist die Studie 5,9 Prozent und für 1985 noch 6,4 Prozent aus.

Höhere West-Schulden

Warschau (dpa/VWD) - Die Verschuldung Polens im Westen wird bis Ende dieses Jahres von derzeit über 31 Mrd. auf 39,4 Mrd. US-Dollar steigen. Dies gab der polnische Finanzminister Bazyli Samojlik in Warschau bekannt. Er ließ dabei durchblicken, daß Polen auch in diesem Jahr den fälligen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den im Pariser Klub zusammengeschlossenen Gläubigern nicht nachkommen können werde.

Ölnachfrage nimmt zu

Washington (VWD) - Die Ölnachfrage in den USA werde sich 1987 leicht um 1,2 Prozent erhöhen, während bei den Ölimporten mit einer deutlichen Zunahme zu rechnen sei. 1986 dürfte der Anstieg 2,6 Prozent betragen haben. Dies geht aus der neuesten Halbjahresprognose der Independent Petroleum Association of America (IPAA) hervor. 1987 werde sich die US-Ölnachfrage auf durchschnittlich 16,33 Mill. Barrel am Tag belaufen.

Brüssel erlaubt Einfuhrstopp

VWD, Brüssel

Die italienische Kfz-Industrie hat sich einen vorübergehenden Schutz vor Japan verschafft. Die italienische Regierung ist von der EG-Kommission ermächtigt worden, die indirekten Importe (aus anderen EG-Ländern) von japanischen Personenzugmaschinen, Geländewagen und Motorrädern mehrere Monate auszusetzen. Die Frist reicht bei Motorrädern (50 bis 300 ccm) bis zum 30. April 1987 und bei Geländewagen und Personenzugmaschinen jeweils bis zum 31. Mai 1987.

Die Einfuhrbeschränkung basiert auf Artikel 115 des EWG-Vertrages, der unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen von dem Prinzip des freien innergemeinschaftlichen Warenverkehrs ermöglicht. Wie aus der Begründung der Kommission hervorgeht, kommt mit dieser Maßnahme der italienische Import von japanischen Personenzugmaschinen weitgehend zum Erliegen. Italien hat im vergangenen Jahr insgesamt 944 831 Pkw importiert, davon 198 831 aus nicht zur EG gehörenden Drittländern. Im ersten Halbjahr 1986 erreichten die Einfuhren 425 847 Einheiten, von denen 44 974 aus Drittländern stammten.

Noch stärker als die Autoindustrie seien die italienischen Motorradhersteller in den Sog der japanischen Offensive geraten, meint die italienische Regierung. Den Kommissionsangaben aus Brüssel zufolge dürfte die italienische Regierung für diesen Sektor 1987 erneut den Krisenzustand ausrufen. Rom habe deutlich gemacht, daß die italienische Industrie auf einen (vorübergehenden) Importstopp dringend angewiesen sei, um in den kleineren Motorrad-Klassen überleben zu können.

Schweizer setzen auf Qualitätstourismus

ALFRED ZÄNKER, Chef Im Schweizer Tourismus bahnt sich eine Neuorientierung an. „Es geht heute nicht mehr darum, ob die Zahl der Übernachtungen etwas sinkt oder steigt, sondern darum, unser Angebot qualitativ zu verbessern und dem Fremdenverkehr wieder eine menschliche, persönliche Note zu geben. Am Massentourismus sind wir nicht interessiert“, erklärt der Fremdenverkehrsexperte Marco Solari, Verkehrsdirektor des Kantons Tessin.

Das Motto heißt seit einiger Zeit „sanfter Tourismus“. Im Tessin wie in den anderen Kantonen sei ein Umdenken im Gang, meint Solari. „Der Massentourismus mit seinem hektischen Betrieb, vor allem im Winter, trägt den Keim der Selbstzerstörung in sich, ganz besonders in den Alpenländern. Die wirtschaftlichen Vorteile einer masslosen Expansion werden inzwischen von den sozio-kulturellen Nachteilen mehr als ausgewogen. Wir haben mehr zu bieten als materielle Leistungen, wie moderne Unterkunft, Seilbahnen und Skipisten -

nämlich unsere Geschichte, unsere Kunst und Kultur. Wir brauchen nicht um die Gunst jedes Touristen zu buhlen, wir wollen kein Disneyland werden.“

Zur „Qualität“ gehört auch der freundliche Umgang mit den Besuchern, ein Bereich, in dem es zum Teil hapert. In der Zentralschweiz spricht man von der steigenden Bedeutung des „Freundlichkeitsfaktors“. Um hier nachzuhelfen, sind für das Frühjahr 1987 Sonderkurse für den Umgang mit Gästen geplant. „Es geht um eine bessere Harmonie zwischen Reisenden und Bereiteten, nicht um Elitismus“, meint Solari. „Der arme Student in der Jugendherberge, der sich für Land und Leute interessiert, ist mir eigentlich lieber als der reiche Mann im Luxushotel, der gar keinen echten Kontakt sucht.“ Qualitätstourismus, meint er, werde sich auf die Dauer auch besser auszahlen als ein Massenbetrieb zu schlechten Preisen.

In der Sommersaison waren die Betten in manchen Ferienorten längst nicht gefüllt. Neun Prozent weniger Ausländer als 1985 übernachteten

in der Schweiz. Mit sinkendem Dollar kamen 50 Prozent weniger Amerikaner, das hat ein Loch in die Kassen vieler Hoteliers gerissen, besonders im Bernerland, in der Zentralschweiz, in der Zürcher und Genfer Region. Vermehrte Besuche europäischer, vor allem französischer und deutscher Touristen haben diesen Rückschlag nur teilweise auffangen können. Deutsche und britische Reiseveranstalter hätten die prekäre Lage der Hoteliers bereits ausgenutzt, um Preisnachlässe bis zu 50 Prozent auszuhandeln, heißt es.

In den letzten Wochen ist eine Werbekampagne in fünf deutschen Großstädten angelaufen, „die größte je aufgezogene Aktion des Schweizer Fremdenverkehrs“, denn die Eidgenossen sind mehr denn je auf deutsche Touristen angewiesen, die über 40 Prozent aller fremden Besucher ausmachen. Doch Helvetien bleibt auch für Deutsche ein teures Pflaster. Die Urlaubsmark ist heute in der Schweiz wegen der hohen Preise nur 70 Pfennig wert, das macht es um so notwendiger, auf Qualität zu setzen.

Ihre Geldanlage mit guten Ertragschancen: zwei attraktive DIT-Rentenfonds mit Kurzläufem.

Wenn Sie eine solide Geldanlage im Inland oder Ausland suchen, die Ihnen die Aussicht auf einen attraktiven Anlageerfolg eröffnet, dann empfehlen Ihnen unsere Wertpapierberater jetzt zwei besonders interessante Fonds des DIT.

DEUTSCHER RENTENFONDS »K« und **INTERNATIONALER RENTENFONDS »K«** sind zwei Fonds mit Kurzläufem (daher »K«) erster deutscher bzw. internationaler Adressen. Sie bestehen aus Anleihen mit kürzeren Restlaufzeiten (überwiegend bis zu 4 Jahren) und aus Wertpapieren mit variablem Zinssatz.

Die Vorteile für Sie:

- Beide Fonds bieten Ihnen erhöhte Kursicherheit durch kürzere Restlaufzeiten und durch Verzicht auf Spitzenrenditen.
- Beim INTERNATIONALER RENTENFONDS »K« nutzen Sie außerdem erhebliche Zinsvorteile im Ausland: Devisenkurschwankungen können die Entwicklung des Fonds zusätzlich positiv, allerdings auch negativ beeinflussen.

Auf Wunsch verwahren wir Ihre Fondsanteile kostenlos für Sie. Aber Sie können die Zertifikate natürlich auch mit nach Hause nehmen.

In Berlin: BHI

Einen Lichtblick bildete am Mittwoch der Start des Nixdorf-Zuscherechthandels. Mit 48 DM wurde das Bezugsrecht über Parität notiert. Die Abschlüsse bei den anderen Warengruppen über ein bis zwei DM nur in Einzelfällen hinaus, so bei der Bayerischen Vereins-Unter- und Ober- sowie noch Fahrzeugrechte. Daran vermochten auch Gerichte über eine angeblich bei Daimler bevorstehende Abnahme von 1000 Stück zu sektionsärzlichen Konditionen nichts zu ändern. Der Daimler-Kurs fiel sogar um rund 20 DM. Die Daimler-Kursrückbildung beruhte auf dem veröffentlichen Zwischenberichtes der Daimlerwerke. Der Fahrer bei Ingolstadt VEB

prozent Bärenlaugen über 100 Prozent jedes Wertes erbeigebüßt. Mit Abschlägen bis zu drei DM kamen die Aktien der Großchemie weiter gleichbleibend glimpflich ab. Immer noch sehr wertvoll mitnahmen bei den Warenhäusern, wo die Abschläge in Einzelfällen zwischensieben bis acht DM ausfielen. Die Wertungswerten konnten sich HEW-Aktien leicht verbessern, da festzustellen scheint, daß das Unternehmen in der nächsten Zeit preiswerten Kernkraft-fällen darfl.

Nachbörse: schwächer

DW-Akt.: 263,95 (266,22)
DW-Ums.: 3142 (2852)
Adw.-decline-Zine: 39 (64)
Adw.-decline-Zine: 39 (64)
Adw.-decline-Zine: 39 (64)

25-303G	310G	Sticks	308-8-3-303	311	2690	304-7-3-
411-15	274.5G	20015	271-1-274	274	10584	271-1-1-
		35995				

[illegible]

DM

Bausparen: So lohnt es sich

Die besten Tarife
Der richtige Zeitpunkt
Die ideale Finanzierung

Kamera-Recorder:
Die Leichten im Vergleich

Journal: 50 neue
Alpin-Ski im Dauertest

Flug-Tarife: So sparen
Sie viele Tausender

Bausparkassen:

NEUE STRATEGIEN SOLLN KUNDEN LOCKEN

Jahrelang saßen die Chefs der Bausparkassen auf hohem Roß. Die Kunden und damit Geld strömten zuhauf an ihre Schalter. Doch dann kam die Krise, und wer billiges Baugeld suchte, mußte länger und länger warten. Bausparverträge wurden uninteressant. Was die Bausparkverwalter austüfeln, um wieder attraktiv zu werden, und welche Tarife sich jetzt für Anleger lohnen, die nicht sofort bauen wollen:

Bausparen: **DM** 11/86 ab Seite 26

Flugpreise:

EIN ANRUF SPART TAUSENDER

Nichtkennend zahlen Geschäftsleute, die häufig im Jet unterwegs sind, jedes Jahr Tausende zuviel für ihre Flugtickets. Legal und ohne große Umstände können Firmenkasse und Privatkonto entlastet werden. Das Zauberwort heißt „Splitting“. Wie einfach man First-Class zum Business-Class-Tarif fliegen kann, Flugtarife: **DM** 11/86 ab Seite 130

DM-Ski-Journal:

BRETTNER-BERICHT

Den Wintersportlern wollen die Brettner-Skileiter für die kommende Saison 800.000 Paar Ski verkaufen. Die Käufer stehen hilflos vor dem Überangebot. Das 32seitige Ski-Journal bietet Hilfestellung und zeigt, welcher Ski für welche Piste, für welches Lieblingsschema und welche Könnerschaft der ideale ist. Wintersport: **DM** 11/86 Ski-Journal - 32 Seiten als Heft im Heft

Das November-Heft jetzt neu im Zeitschriftenhandel.
Oder direkt bei: DM-Leserservice 02 11/8 38 95 95

Rekordergebnis bei ITS-Reisen

Weniger Ostblock-Buchungen nach dem Tschernobyl-Unglück

dpa/VWD, Hamburg
ITS-Reisen, drittgrößter deutscher Touristikveranstalter, hat im auslaufenden Touristikjahr 1985/86 (1.11.) mit knapp 600 000 Gästen sein bisher bestes Ergebnis erzielt. Wie das Unternehmen mitteilte, wuchs die Zahl der Buchungen um 5,3 Prozent auf 586 150. Der Umsatz stieg um 2,8 Prozent auf 524 Mill. DM.

Bei Flugreisen, auf die 64 Prozent aller Buchungen entfielen, wurde das Vorjahresergebnis wieder erreicht. Die Buchungen von Autoreisen (Anteil: 32 Prozent) stiegen um 15 Prozent, von Busreisen um 47 Prozent. Dagegen waren Bahnbuchungen um sechs Prozent rückläufig.

Meistgefragtes Reiseziel blieb Spanien mit einem Zuwachs von sieben Prozent. Buchungssteigerungen gab es auch für Portugal (24 Prozent),

Frankreich (20), Tunesien (16), Bundesrepublik (13), Schweiz (zehn), Italien (sieben) sowie Jugoslawien, Dänemark, Griechenland und Marokko. Bei Fernreisen war Kuba mit einem Zuwachs von 32 Prozent der Renner. Auf Vorjahresniveau lag die Nachfrage nach Österreich-Reisen. Als Folge des Reaktorunglücks in Tschernobyl gingen die Buchungen für Rumänien dagegen um 48 Prozent, für Bulgarien um 14 Prozent und für Ungarn um 27 Prozent zurück.

Wie das zur Kaufhof AG, Köln, gehörende Unternehmen ferner mitteilte, ist in Zusammenarbeit mit dem Club Méditerranée der Aufbau einer eigenen Ferienclub-Kette geplant. Für Spanien soll eine eigene Hotelbetriebsgesellschaft aufgebaut werden.

Olivetti arbeitet für AT & T

Kooperationsabkommen verlängert und modifiziert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das italienische Informatikunternehmen Olivetti SpA und der US-Konzern AT & T haben ihr Kooperationsabkommen aus dem Jahre 1983 verlängert und auf eine neue Basis gestellt. Das neue Abkommen hat eine Gültigkeitsdauer von zehn Jahren und ist bis 1996 befristet. Es überträgt im Rahmen der neuen AT & T-Marketingstrategie dem italienischen Partner exklusiv die Projektierung und Produktion aller Personalcomputer, die der US-Konzern künftig verkaufen wird. Wie dazu Olivetti-Präsident Carlo de Benedetti vor der Presse in Mailand erklärte, setzt dieses Abkommen Olivetti in die Lage, künftig das gesamte AT & T-Modellangebot in diesem Bereich zu bestimmen. Außerdem erhält Olivetti jetzt direkten Zugang zur Integration der Systeme, einem Gebiet, auf dem das italienische Unternehmen bisher nur wenig Erfahrung besaß.

Mit dem Abkommen festigt Olivetti seine Stellung als zweitgrößter Hersteller von Personalcomputern in der Welt nach IBM, während AT & T jetzt sein Kundenimage verbessern kann. Der italienische Partner belieferte AT & T bisher nur mit einem der insgesamt fünf Personalcomputer, die Oli-

vetti produziert. Das entspricht rund 60 Prozent des gesamten AT & T-Angebots in diesem Bereich. Das restliche AT & T-Programm bestand laut Olivetti-Chef Carlo de Benedetti dagegen aus „lauter Flops“, die jetzt ausgemerzt werden sollen. Im laufenden Jahr wird Olivetti 170 000 Personalcomputer in die USA liefern. Insgesamt wird der Olivetti-Absatz von Personalcomputern rund 0,5 Millionen Stück erreichen.

Das neue Abkommen wird personell dadurch abgesichert, daß der bisherige Chef der Olivetti-Tochter für Nordamerika, Vittorio Cassoni, zum Leiter der neuen AT & T-Konzerndivision Data Systems ernannt wird. Gleichzeitig erklärte sich Carlo de Benedetti selbst dazu bereit, den Posten des Olivetti-Präsidenten bis zum Jahre 1998 einzunehmen. „Der nächste Schritt ist dann die Pensionierung.“ Ursprünglich hatte er dem 1983 mit AT & T abgeschlossenen Partnerschaftsvertrag zufolge dieses Amt bis 1992 behalten sollen.

Im Rahmen des jetzt abgeschlossenen Abkommens wird die Verpflichtung des US-Konzerns, seinen Anteil am Olivetti-Kapital nicht über 25 Prozent zu erhöhen, von 1988 bis 1990 verlängert.

Der Adler auf höchsten Höhen



Die Bilder drängen sich geradezu auf. Der Springbock lahm, die Ahornblätter welken und der Adler schwingt sich in höchste Höhen. Gemeint sind die oben erst auf dem deutschen Anlage- und Sammlermarkt angelangte Goldmünzen American Eagle sowie seine schon seit langem angebotenen Wettbewerber, der kanadische Maple Leaf und der südafrikanische Krugger-Rand.

Maple Leaf und Krugger-Rand haben unter dem Run auf die in vier Versionen (eine Unze/31,1 Gramm, 1/2, 1/4 und 1/10 Unze) verkauften „Goldadler“ zu leiden. Weder das US-Münzamt noch die exklusiv anbietenden Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank über ihre Luxemburg-Tochter und die Westdeutsche Landesbank) hatten mit diesem Ansturm auf das gelbe US-Metall gerechnet.

Alle Institute melden sehr gute bis hervorragende Verkäufe, ohne freilich – wie üblich – Stückzahlen zu nennen. Friedrich Gassen vom Sorten- und Edelmetallhandel der WestLB hält den ungewöhnlichen Erfolg des Adlers neben dem Neuhelms-Effekt für eine Folge des guten Timing. Einmal steigt der Goldpreis, außerdem sind Herbst und Winter mit dem bevorstehenden Weihnachtseffekt ideale Verkaufsmonate für Goldmünzen.

Besonders interessant ist für Gassen die Beobachtung, daß nicht die Sammler mit dem Kauf von Einzelstücken am Bankschalter überwiegen, sondern echte Anlagekäufer zu beobachten sind.

Jedenfalls sind aufgrund der großen Nachfrage auch in den USA

selbst die ersten Lieferungen an die ausländischen Banken weitgehend vergriffen. Jedes der deutschen Institute mußte mindestens 5000 Stück ablehnen. Und die Kosten durchaus ihren Preis. Gestern wurden die 1-Unze-Münze mit rund 1011 DM (einschließlich MWST) notiert, die halbe Unze mit 519 DM, die Zehntel-Unze noch mit fast 111 DM. Zum Vergleich: die 1 Unze Maple Leaf kostet derzeit knapp 1000 DM.

Die Preise nehmen sich also nichts. Sie dürften sich im Gegenteil noch stärker angleichen. Freilich warnen Edelmetallhändler der Banken vor einem längeren Zuwarten, denn das etwas niedrigere Agio der US-Münze könnte leicht von den steigenden Goldpreisen, von denen die Münzpreise abhängen, eingeholt werden.

Einhellig sind die Banken der Meinung, daß das auf die „Goldadler“ konzentrierte Interesse zulasten der kanadischen und südafrikanischen Münzen geht, obwohl die Ahornblätter rund zwei Drittel des Marktes ausmachen. Ein Drittel hält noch der Krugger-Rand. Die seit 1967 angebotenen und lange Zeit äußerst beliebten Stücke werden seit Ende letzten Jahres nicht mehr produziert. Der Markt „lebt“ zur Zeit von dem vorhandenen Bestand bei den Banken.

Gleichgültig ob Gold Eagle, Maple Leaf oder Krugger-Rand, eines haben die letzten Jahre gezeigt: die altbewährten Münzen, die deutschen 20 Goldmark Wilhelm I., der französische Napoléon III. und das schweizerische Vreneli haben ihre Attraktivität eingebüßt. Mit ihnen findet kaum noch ein Handel statt.

HARALD POSNY

	Feingew. (Gramm)	20.10.86 (in DM)	Herbst 1985 (in DM)	Herbst 1984 (in DM)	Herbst 1983 (in DM)
20 Mark Wilhelm I. (1)	7,17	253,35	277	334	154
20 SF Vreneli (1)	5,80	215,46	237	304	90
20 FF Napoleon III (1)	5,80	198,36	227	360	104
100 g Kr. Franz Joseph (1)	30,49	961,90	1072	1158	270
100 g mex. P. Aztekenkaiser (1)	15,00	522,20	560	598	170
1 brit. Elizabeth II (1)	7,23	242,82	264	305	101
1 sa. Rd. Ohm Krüger (n) (1)	31,10	974,70	1119	1227	283
10 sow. R. Tschernowoz	7,74	254,22	285	332	94
10 can. 5 1/4 Maple Leaf	7,78	265,62	299	—	—
20 US-5 Double Eagle	30,09	1288,20	1730	1816	480

Quelle: Goldmünzenbroschüre der Dresdner Bank 1976 ff., ungefähre, von aktuellen Goldnotierungen abhängige Schätzwerte in DM einschl. 14 Prozent Mehrwertsteuer; (1) außer Kurs gesetzte Zahlungsmittel; (n) gesetzliche Zahlungsmittel; (2) offizielle Neugründung; (3) außer Kurs gesetzte Zahlungsmittel bis 1980 mit 11 Prozent Mehrwertsteuer, gesetzliche Zahlungsmittel m.w.v.-frei.

Lechwerke halten am Bau des Kernkraftwerks fest

Abhängigkeit in der Stromlieferung vom RWE führte zu erheblichen Kostensteigerungen bei geringeren Abgaben

DANKWARD SEITZ, Augsburg
Kernenergie ist für uns kein Dogma, aber ihr Einsatz ist in unserem Land energiepolitisch geboten und mit unserem Sicherheitsstandard auch verantwortbar. Auf jeden Fall werden deshalb die vom RWE-Bereich gehörenden Lech-Elektrizitätswerke AG (LEW), Augsburg, so ihr Vorstandsmitglied Franz K. Drobek ganz entschieden, unverändert an der Planung eines Kernkraftwerks in Pfaffenhofen an der Donau festhalten.

Eine Betriebsgesellschaft hat bereits mehr als die Hälfte der benötigten Grundstücke aufgekauft. Mit einem Baubeginn rechnet Drobek allerdings „nicht vor 1990“, da kurz- und mittelfristig für eine solche Anlage (75 Prozent RWE, 25 Prozent LEW) kein Bedarf bestehen wird.

Absehbar erscheint aber damit, daß die LEW schon bald der billigste Stromanbieter in Bayern (ein bis drei Prozent unter Landesdurchschnitt) sein werde. Aufgrund des hohen Kohleinsatzes für die Stromerzeugung und den damit verbundenen erheblichen Umweltschutzinvestitionen beim RWE mußten die Augsburger, die rund 90 Prozent ihres Stroms vom RWE beziehen, erhebliche Kostensteigerungen hinnehmen und ihre eigenen Strompreise Anfang 1986 um durchschnittlich 7,6 Prozent anheben. Nun hofft man, dieses Preisniveau wenigstens bis Mitte 1987 halten zu können.

Im Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) stieg die Stromabgabe beim LEW nur um zwei (4,1) Prozent auf 7,89 Mrd. kWh, weil ein Großkunde seinen Be-

zug wegen einer Umstrukturierung seiner Produktpalette reduzierte. Der Umsatz nahm um 7,8 (3,9) Prozent auf 1,15 Mrd. DM zu.

Bei um neun Prozent höheren Strombezugskosten von 861 Mill. DM und der zeitlichen Verzögerung bei der Preisanpassung an das RWE verbesserte sich der Rohertrag allerdings nur um 3,6 Prozent auf 298,5 Mill. DM. Erheblich beeinflusst wurden dadurch nach Angaben von Vorstandsmitglied Wilfried Wacker sowohl das Betriebsergebnis, das um rund 20 Prozent zurückging, und das Ergebnis je Aktie, das sich (nach DVFA) auf 10,83 (13,50 nach 18,56) DM verminderte.

Unter dem Strich weist das LEW einen mit 16,6 (21) Mill. DM um 20,9 Prozent geringeren Jahresüberschuß aus. Auf eine Dotierung der Rückla-

gen (Vorjahr: 4,4 Mill. DM) wurde diesmal verzichtet, um wieder eine Dividende von 15 Prozent ausschütten zu können. Am Grundkapital von rund 110,8 Mill. DM ist das RWE direkt und indirekt mit über 75 Prozent beteiligt. Zehn bis zwölf Prozent werden von der öffentlichen Hand gehalten; der Rest liegt bei freien Aktionären.

Für das laufende Geschäftsjahr 1986/87 äußerten sich Drobek und Wacker zuversichtlich, neben einer „angemessenen“ Dividende wieder etwas für die Substanzerhaltung tun zu können. Recht positiv sei das erste Quartal verlaufen. Die steigende Tendenz beim Stromabsatz habe sich sogar verstärkt. Per Ende Oktober werde man auf eine Zuwachsrate von knapp drei Prozent kommen.

Erfreuliches Hypo-Neugeschäft

Py, Düsseldorf

Die Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG, Köln, erwartet für das laufende Geschäftsjahr 1986 wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis. In einem Zwischenbericht per 30. September wird der Zinsüberschuss – vermehrt um den Saldo der Einmalverträge – auf 53,8 (50) Mill. DM angegeben. Er liegt damit höher als drei Viertel des Vorjahresbetrags.

Insgesamt wurden in den 3 Quartalen 1986 für 732 (741) Mill. DM Hypotheken und Darlehen neu zugesagt. Davon waren 453 (389) Mill. DM Hypothekendarlehen. Ausgezahlt wurden insgesamt 658 (727) Mill. DM, von denen wieder 345 (389) Mill. DM auf Hypotheken entfielen.

Tilgungen und außerordentliche Rückflüsse erreichten 401 (426) Mill. DM. Langfristigen Ausleihungen von 8,13 (7,89) Mrd. DM stehen begebene Schuldverschreibungen von 7,66 (7,41) Mrd. DM gegenüber.

Appell zur Wärmedämmung

A.G. Bonn

Eine im Auftrag der Fachvereinigung Flachglasindustrie und des Gesamtverbands Dämmstoffindustrie angefertigte Untersuchung belegt, daß der Schlüssel zur Verringerung der Luftverunreinigung in einer verbesserten Wärmedämmung des Gebäudebestandes liegt. Aus der an der Universität Stuttgart erstellten Studie geht hervor, daß mit der Fensterdämmung und der Wärmedämmung der Emissionen von Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickoxiden, Staub und Kohlenwasserstoffen zwischen 27 und 62 Prozent erreicht werden könnte. Das ungenutzte Energiepotenzial im Wohnungsbereich sei erheblich. So seien die Fassadenbauteile von Wohnbauten erst zu 15 Prozent wärmedämmend. Dämmstoffindustrie und Flachglasindustrie haben ihren an die Bundesregierung gerichteten Forderung wiederholt, den Paragraphen 63 a Einkommensteuereinführungsverordnung auch wieder auf Wärmeschutzmaßnahmen zu erstrecken.

PERSONALIEN

Wolfgang Haas, Präsident der Bundesbahndirektion Saarbrücken, ist vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften auf Vorschlag der Bundesregierung für die Dauer von vier Jahren zum Mitglied des Wirtschaftsausschusses in Brüssel berufen worden. Er wird der Fachgruppe für Verkehr angehören.

Klaus Pfitter, Senior Vice President der The Coca-Cola Company, früher Präsident der Europa/Afrika Gruppe und Aufsichtsratsvorsitzender der Coca-Cola GmbH, Essen, trat am 27. Oktober 1986 in den Ruhestand.

Jürgen Leßner (46) wurde zum Generalbevollmächtigten der Gasversorgung Süddeutschland GmbH, Stuttgart, ernannt.

Bernhard Hausmann, Geschäftsführender Gesellschafter der Blomberger Holzindustrie B. Hausmann GmbH & Co. KG, Blomberg/Lippe, ist zum Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Holzwerkstoffindustrie (VDH), Gießen, gewählt worden.

Walter Martins, Vorstandsvorsitzender der Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre, wurde als Vertreter der Anteilseigner zum Mitglied des Aufsichtsrats der Girmes-Werke AG, Greifath-Oed, berufen.

Peter Landwehr hat die Vertriebsleitung und Koordination für die Länder Deutschland, Österreich und die Schweiz der ADS Anker, Bielefeld, übernommen.

Dr. Herbert Walterskirchen ist zum Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Bausparkasse Wüstenrot Reg. Gen. mbH, Salzburg, ernannt worden. Er ist Nachfolger von Walter Alehinger, der in den Aufsichtsrat wechselte. Dr. Franz Steiner, Vorsitzender der Wüstenrot-Versicherungen, rückte als stellvertretender Generaldirektor der Bausparkasse nach. Neues Vorstandsmitglied wurde Helmut Geier.

Europa Carton schließt Münchener Werk

Faltschachtelproduktion wird nach Augsburg, Frankfurt und Bremen verlagert

J.B. Hamburg

Die Europa Carton AG (ECA), Hamburg, die zu den führenden Herstellern von Verpackungen aus Papier, Karton und Wellpappe gehört, wird ihre Faltschachtelfertigung in München aufgeben. Die Produktion soll stufenweise auf die drei inländischen Faltschachtelwerke Augsburg, Frankfurt und Bremen verlagert werden. Von der Wertschöpfung sind 200 Mitarbeiter betroffen; etwa 100 von ihnen wird eine Weiterbeschäftigung in anderen Werken angeboten, für den Rest ein Sozialplan erstellt.

Die Aufgabe des Münchener Standorts wird mit erheblichen Verlusten in dem Werk begründet, das etwa 30 bis 35 Mill. DM umsetzt und nur für Offsetdruck ausgelegt ist. Bei Faltschachteln, so heißt es bei ECA, habe sich aber in letzter Zeit eine Nachfrageverschiebung zum Tiefdruck ergeben. Die räumlichen Produktionsbedingungen in München

seien so ungünstig, daß dies auch durch umfangreiche Investitionen in dem Maschinenpark nicht ausgeglichen werden könnte.

Die Faltschachtelgruppe, die etwa ein Viertel zum ECA-Gruppenumsatz von gut 800 Mill. DM beisteuert, soll durch die neue Standortverteilung der Werke auf jeweils einen Betrieb im Norden, in der Mitte und im Süden auf eine verbesserte Ertragsbasis gestellt werden. Mit einem zusätzlichen Investitionsprogramm von 15 Mill. DM wird auch die Produktionsstruktur der Werke erweitert. In Augsburg soll der Tiefdruckbereich der Gruppe konzentriert, in Frankfurt und Bremen weitere Offset-Kapazitäten geschaffen werden.

Die Stilllegung des Werks in München bedeute keinesfalls eine Aufgabe von Marktanteilen, heißt es bei ECA. Mit dem neuen Konzept für die Faltschachtelgruppe sollen vielmehr angestammte Märkte gesichert und

neue Segmente erschlossen werden. ECA ist nach eigenen Angaben am Faltschachtelmarkt mit knapp elf Prozent beteiligt. Die Faltschachtel-Gruppe schreibe insgesamt noch schwarze Zahlen, heißt es bei ECA. Durch die Verlagerung der Produktion von München auf die anderen Werke werde sich deren Auslastung verbessern.

Die Entwicklung in den anderen Sparten der ECA, die zu 100 Prozent der kanadischen Consolidated Bathurst Inc. Montreal, gehört, ist unterschiedlich. Verluste muß das Unternehmen zur Zeit in der Sparte Altpapier aufgrund eines katastrophalen Preisverfalls hinnehmen. Altpapier steuert rund zehn Prozent zum Gesamtumsatz bei. Besser läuft das Geschäft bei Wellpappe sowie Papier und Karton. Die acht Wellpappwerke kommen auf rund 400 Mill. DM Umsatz, Papier und Karton auf gut 100. Mill. DM.

Zur Kasse, bitte. Wenn Sie als »Selbstbucher« mit der Post kooperieren, können Sie manche muntere Mark einsparen. Und Zeit sparen - bei der vereinfachten Abrechnung oder der Einlieferung Ihrer Pakete an der Rampe des Postamtes zum Beispiel. Oder weil es sich rechnet, daß die Post abholt, sogar samstags. Sie könnten auch Ihrem Computer das Pakete-Versenden beibringen. Interessiert? Dann lassen Sie sich doch mal die sieben Kooperations-Modelle der Post vorführen. Vom Kundenberater, der sich gern auch als »Finanzberater« in Sachen Paketdienst betätigt - zur Freude Ihrer Kasse. Und ab geht die Post.

Beratungs-Coupon
Wir wünschen spezielle Beratung für unseren Paketversand.

Thema:
Vorherige Terminabsprache mit

Frau/Herr

Telefon

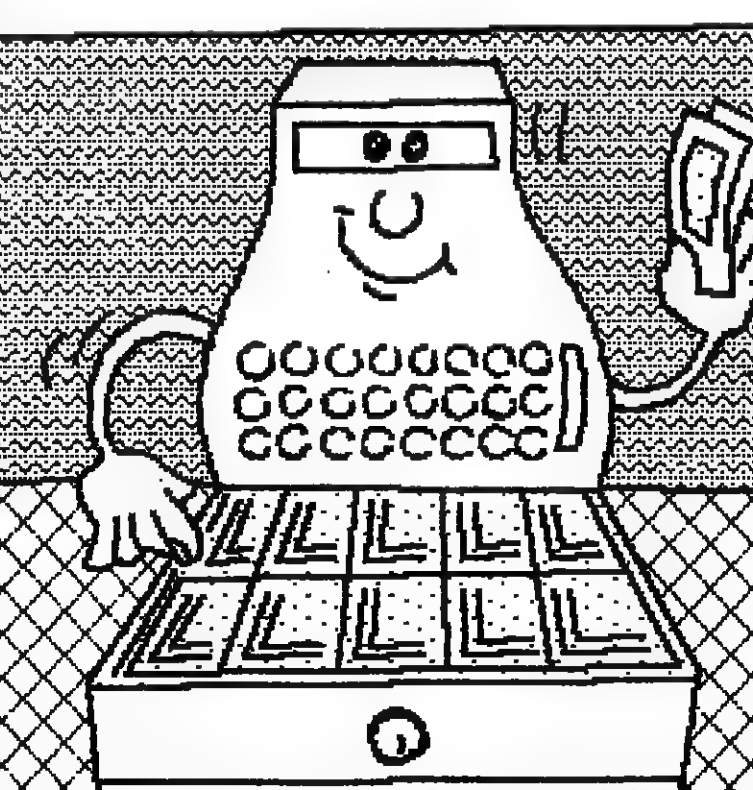
Unsere Anschrift:

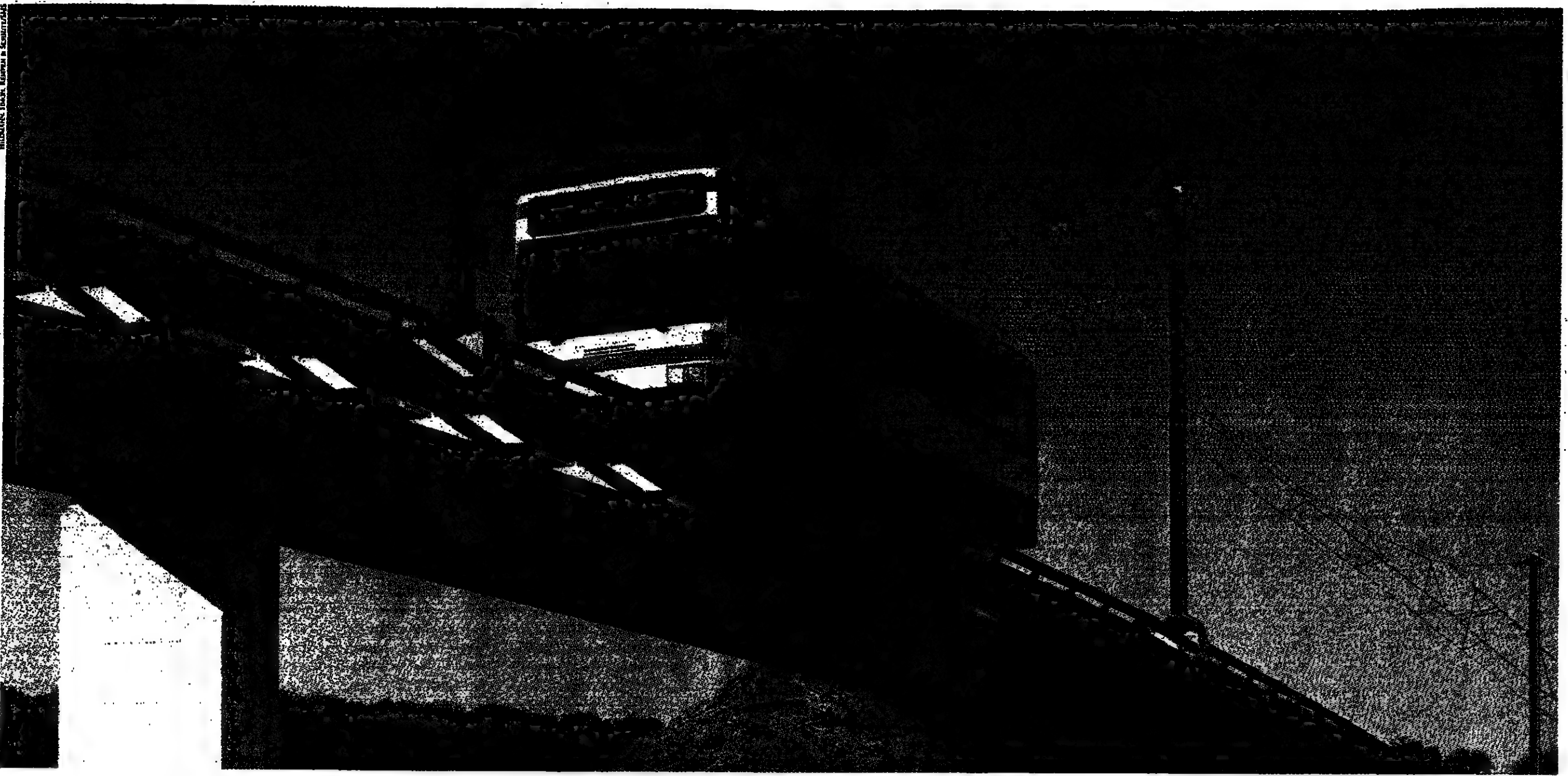
Strasse und Haus-Nr. oder Postfach

Postleitzahl Bestimmungsort

An die Deutsche Bundespost, PTZ Vw 23-2-8, Postfach 11 80, 6100 Darmstadt 6.891.055 888

Selbstbucher A - Z





Der Bus, der auch auf Schienen fährt.

Im öffentlichen Personennahverkehr gibt es kein wichtigeres Verkehrsmittel als den Bus.

Mit seiner Flexibilität und Wirtschaftlichkeit ist er allen anderen Alternativen überlegen und kann eine weite Fläche mit einem dichten Haltestellennetz abdecken.

Einziges Problem: Er benutzt die gleichen Straßen wie der Individualverkehr und hat nicht den Vorteil einer eigenen Trasse wie der Schienenverkehr.

Deshalb haben wir uns gesagt: Warum nicht die Vorteile beider Systeme miteinander verbinden?

Und so entstand die O-Bahn®.

Daimler-Benz hat bereits vor einigen Jahren ein flexibles und besonders wirtschaftliches Per-

sonennahverkehrssystem entwickelt, das auf der Bustechnologie basiert und an die speziellen Bedingungen der Verkehrsbetriebe optimal angepasst werden kann.

So können O-Bahn-Fahrzeuge spurgeführt, also auf eigener Trasse und deshalb ohne Behinderung durch den Individualverkehr, im dichten Stadtzentrum hohe Beförderungsleistungen erbringen und in den Außenbezirken, als handgelenkte Busse, auf den normalen Fahrstreifen die Fläche bedienen.

Ein entscheidender Vorteil dieses flexiblen Bussystems ist es außerdem, daß sein Aufbau in kleinen Schritten erfolgen kann und sofortigen verkehrlichen Nutzen bringt, während beim Schienenverkehr erst mit hohem Investitionsaufwand

ein Schienen- und Stromnetz verlegt werden muß.

Mit der neuen Duo-Bus-Technik ist im Stadtzentrum ein schadstofffreier, elektrischer Betrieb mit Oberleitung möglich, während in den Außenbezirken auf den schadstoffarmen Dieselmotor umgestellt werden kann.

Die Entwicklung dieser neuen Technik, die zum Beispiel in Essen und auch in Adelaide (Australien) bereits im Einsatz ist, ist eine Gemeinschaftsarbeit von Daimler-Benz mit den Technikern von AEC, die für die Entwicklung des Elektromotors zuständig waren, und Dornier, deren speziell konstruierte Stromabnehmer den problemlosen Wechsel vom Dieselmotor auf Elektroantrieb und wieder zurück erst möglich machten.

Nichts geht über Teamwork.



Die Operetten-Kulissen hat der Fürst von der Bühne abgeräumt

Liechtenstein erlebte in wenigen Jahren einen beispiellosen Wirtschafts-Boom

Von WALTER H. RUEB

Das Fürstentum Liechtenstein hat während der letzten zwei Jahre weltweit und wiederholt für Schlagzeilen gesorgt. Doch nicht Treuhänderwesen und Briefkastenfirmen waren die Themen, sondern politische und kulturelle Ereignisse standen im Mittelpunkt.

Im Herbst 1984 führten die Bürger des letzten Repräsentanten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nach jahrzehntelangem Kampf endlich das Frauenstimmrecht ein, vor einem Jahr wurde das viertkleinste Land Europas durch den Besuch von Papst Johannes Paul II. aufgewertet, in New York eroberte sich das Fürstentum mit einer Ausstellung von Teilen der legendären fürstlichen Sammlungen die Herzen der Amerikaner. Im Februar 1986 gingen in Vaduz Wahlen für den Landtag über die Bühne, die weder mit krassesten Begleiterscheinungen noch überraschenden Ergebnissen endeten, sondern allein durch die dabei nachgewiesene politische Stabilität zwischen Rhein und Alpen bestanden. Im Sommer schließlich feierten die 26 000 Liechtensteiner den 80. Geburtstag ihres Landesvaters, des seit 48 Jahren regierenden Fürsten Franz Josef II.

Seine Durchlaucht von und zu Liechtenstein ist beliebt, benötigt weder Leibwächter noch ein gepanzertes Auto, weder eine Apanage aus der Staatskasse noch Sondervollmachten, um sein 160 Quadratkilometer großes „Ländle“ zu regieren.

Frauen-Wahlrecht im Mini-Wunderland

Die Untertanen machen ihm sein Amt leicht, die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse tragen das ihre dazu bei. Arbeitslosigkeit ist in Liechtenstein bis heute fast unbekannt, der Export hat in den letzten 25 Jahren beachtliche Höhen erreicht.

In Liechtenstein hat der wirtschaftliche Boom zwar auch negative Folgen gehabt, doch Bodenpreise und Mieten sind mittlerweile unter Kontrolle. Der hohe Lebensstandard hat sogar eine derartige Anziehungskraft

verursacht, daß zeitweise das Wort von der Überfremdung die Runde machte.

Seit zwei Jahren wird die Sonne des Erfolges auch nicht mehr durch die Schatten der Diskriminierung von Liechtensteins Frauen verdunkelt: das Wahlrecht wurde ihnen endlich zuerkannt. Es bedurfte dazu eines harten Kampfes und zunehmender politischer Reife. Diese wird seit einiger Zeit in Liechtenstein auch auf anderen Gebieten spürbar. Das Ländle, von vielen Ausländern als verträumte Idylle, politischer Anarchismus und von einigen gar als Operettenstaat bezeichnet, entwickelt zunehmend Selbstbewußtsein und Eigenständigkeit.

Zwar wird in Vaduz nicht daran gedacht, die bewährte Währungs- und Zollunion mit der Schweiz aufzukündigen, doch die meisten Liechtensteiner möchten nicht länger nur ein Anhängsel, sondern zunehmend Partner der Schweiz sein. Nicht wenige träumen gar von einer eigenständigen Außenpolitik und von einer Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Dem Hinweis auf das Flasko der Befürworter eines UNO-Beitritts bei der Volksabstimmung zu Beginn des Jahres in der Schweiz begegnen die Liechtensteiner mit dem Hinweis auf ihre eigene Identität.

Erprinz Hans Adam ist der Bannträger dieser Entwicklung. Er ist bereits mit wichtigen Staatsgeschäften und -aufgaben betraut und wird demnächst die Nachfolge seines betagten Vaters antreten.

Einen kleinen Versuchsballon ließen die Befürworter eines Ausbruchs aus der engen helvetischen Umklammerung im Herbst 1985 in New York steigen: Liechtenstein präsentierte sich in New York mit Teilen der fürstlichen Sammlung. Der Fürst bemühte sich dabei an der Spitze einer Regierungs- und Parlamentsdelegation über den Atlantik und verblüffte die Amerikaner mit einer Public-Relations-Kampagne von ungewöhnlichen Ausmaßen.

Der Erfolg war durchschlagend. Liechtensteins Ziele wurden erreicht. Es geht dem fleißigen Völkchen darum, sich endlich des Geruchs zu entledigen, sein Reichthum gründe sich auf Briefkastenfirmen und dem Ver-

kauf von Briefmarken. Präsident Reagan lud die fürstliche Familie zu einem Essen ins Weiße Haus ein - eine Auszeichnung, die bisher selbst eidgenössischen Regierungsmitgliedern nicht zuteil geworden war.

Seit dem fürstlichen Besuch kennen die Amerikaner die materiellen Grundlagen des liechtensteinischen Fürstenhauses. Es hat drei Beine: Grund- und Immobilienbesitz, Finanzgeschäfte in einer eigenen Bank und eine in der Welt einzigartige private Sammlung von Kunst mit 40 000 Objekten. Ihr Wert wird auf annähernd 1,4 Milliarden Mark taxiert. Über die Versicherungssumme wurde lediglich spekuliert. Sie war so hoch, daß erst eine Garantie-Übernahme der US-Regierung sie erschwinglich machen konnte.

Fremdenverkehr ist ein bedeutender Faktor

Die wirtschaftliche, finanzielle und politische Expansion des Mini-Staates an der Schulter der Schweiz geht einher mit einer bescheidenen Präsentation des Landes auf anderen Gebieten. Der Fremdenverkehr ist zwar nicht unbedeutend, doch gibt es auf liechtensteinischem Territorium keinen einzigen Nobelort, das geplante Kunstmuseum ist noch immer nicht realisiert und die fürstliche Familie lebt weiterhin unauffällig.

Die Bewohner des Vaduzer Schlosses haben es nicht nötig, beim Heiligen Stuhl um die Annullierung der Ehe eines ihrer Sprößlinge wie die Gräfin von Monaco einzukommen. Kein Skandal in der Fürstenfamilie hat je Schlagzeilen gemacht, weder Scheidungsgerichte noch andere Instanzen mußten je bemüht werden. Der Fürst und die Seinen sind sich einer Tatsache stets bewußt: Wo ein Herrscher alle Macht in den Händen hält wie in Liechtenstein - der Fürst kann das Parlament einberufen, auflösen und an seiner Stelle mit einem Notverordnungsrecht regieren - sind Verantwortung und Hingabe an das Recht notwendig. In Vaduz fehlt es daran nicht. Ist dies das Geheimnis der bereits 48 Jahre dauernden Herrschaft von Fürst Franz Josef II.?

Interview mit dem Thronfolger des Fürstentums Liechtenstein, Prinz Hans Adam

Gemessen an der Kopfzahl seiner Einwohner ist Liechtenstein das wahrscheinlich höchstindustrialisierte Land der Welt. Mit Thronfolger Prinz Hans Adam, der gleichzeitig Bevollmächtigter seines Vaters ist, sprach Hans Caternann.

Durchlaucht, das Ausland sieht die Liechtensteiner gerne als die Bewohner eines Operettenlandes, Briefmarken-Staats und Steuerparadieses; und die Liechtensteiner mögen das nicht so gerne, wie ich bemerkt habe. Wie möchten Sie, Durchlaucht, daß die Umwelt das heutige Liechtenstein sieht?

Prinz Hans Adam: Also, ich möchte es so, daß die Umwelt Liechtenstein so sieht, wie es wirklich ist, mit allen seinen Vor- und Nachteilen und auch Fehlern. Die gibt es auch in Liechtenstein; Liechtenstein ist sicher mehr als ein Steuerparadies oder Operettenstaat, einfach ein Staat, wie jeder andere, doch nur sehr viel kleiner.

Das Rückgrat unserer Wirtschaft ist nicht das Steuerparadies oder der Finanzplatz, sondern das ist die Industrie; war das seit dem Beginn der 50er Jahre, und Liechtenstein ist eigentlich das höchstindustrialisierte Land der Welt, pro Kopf natürlich gerechnet.

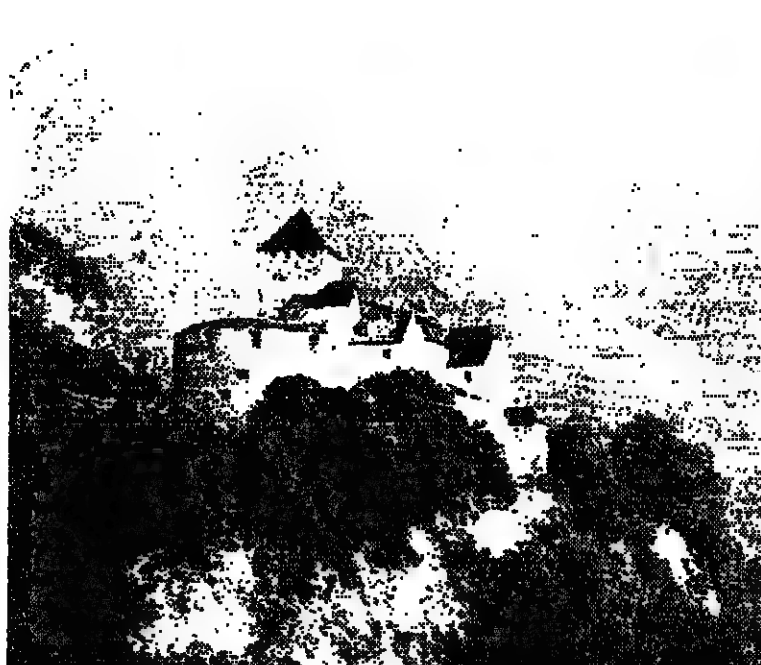
Nun ist ja die Position des regierenden Fürsten in Liechtenstein verfassungsmäßig und politisch sehr viel stärker als in jeder anderen Monarchie Europas. Ich nehme an, der Fürst schreibt auch seine Thronrede selbst, was in anderen Ländern nicht der Fall ist. Gibt es Bestrebungen, Liechtenstein den anderen parlamentarischen Monarchien anzupassen oder sind die Liechtensteiner mit ihrem Fürstenhaus so zufrieden, daß sie nicht daran denken?

Prinz Hans Adam: Ich glaube, die sind so zufrieden, daß sie nicht daran denken. Wir haben ja eine sehr stark ausgeprägte direkte Demokratie, so wie in der Schweiz. Eine parlamentarische Demokratie, wie sie andere Monarchien kennen, die existiert bei uns nicht.

Wenn ich richtig informiert bin, dann ist das ein Zweikräfte-Staat, der Fürst und das Volk.

Prinz Hans Adam: Ja. Aber überall muß einer das letzte Wort haben, und das ist in diesem Fall immer noch der Fürst.

Prinz Hans Adam: Nein, es ist so,



Hier fallen die wichtigsten Entscheidungen: Die Residenz des Fürsten in der Hauptstadt Vaduz. FOTO: DIETWELT

„Industrie ist Rückgrat unserer Wirtschaft“

daß der Fürst nur in Ausnahmefällen, also in Notstandszeiten, das letzte Wort hat.

Aber sonst hat das Volk oder das Volk in der direkten Abstimmung ein absolutes Vetorecht und der Fürst hat ein absolutes Vetorecht, und in Normalzeiten müssen sie beide übereinstimmen. Zwischen den beiden ist die Regierung, die hat das Vertrauen beider Kräfte.

Seit gut einem halben Jahr haben Sie, Durchlaucht, offiziell die Stellvertretung Ihres Vaters übernommen. Wie sieht das in der Praxis aus, und welche Ziele verfolgen Sie dabei?

Prinz Hans Adam: Mein Vater hat sämtliche Funktionen, die er als Staatsoberhaupt gehabt hat, mir übertragen. Mein Ziel ist, Liechtenstein völkerrechtlich international noch besser zu verankern, die Unabhängigkeit, die Selbstständigkeit des Landes zu unterstreichen.

Ihr Vater sagte einmal, Liechtenstein habe die Möglichkeit und Pflicht, einen moralischen Beitrag zum Wohle der Völkergemeinschaft zu leisten. Das war allerdings, als das Land noch verhältnismäßig arm war. Heute ist es, wie Sie selbst erwähnten, eines der reichsten Länder. Kann Liechtenstein heute auch einen materiellen Beitrag leisten?

Prinz Hans Adam: Ja, wir leisten auch Entwicklungshilfe, wobei wir bemüht sind, die Erfahrung, die wir hier im Land gemacht haben, dort anzuwenden. Wir wollen keine Großprojekte unterstützen, wir versuchen, lokal mit einigen wenigen Leuten zu arbeiten.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Prinz Hans Adam: Ein Projekt, das sich sehr positiv ausgewirkt hat, ist ein Projekt für Erwachsenenbildung in Costa Rica, das uns natürlich politisch nabeliegt, da es der einzige südamerikanische Staat ist, der auch keine Armee hat, neutral ist und eine funktionierende Demokratie hat.

Sie sind nicht nur Stellvertreter Ihres Vaters in Staatsangelegenheiten, Sie sind auch Präsident der Stiftung und damit auch wirtschaftlich stark engagiert. Kann man diese beiden Aufgaben aus-einanderhalten?

Prinz Hans Adam: Bevor ich die Staatsaufgaben übernahm, habe ich bei uns das Privatvermögen geführt und habe vor dem Wechsel gesagt, es müsse eine klare Trennung zwischen der privatwirtschaftlichen Seite und den öffentlichen Angelegenheiten sein.

Ich habe sämtliche Funktionen in der Stiftung niedergelegt, die exekutiv waren und bin nur noch Stiftungsrat. Meine Funktion hat Herr Norgren übernommen, der, wenn man so will, der Generalbevollmächtigte der Stiftung ist.

Was sagen Sie den Leuten, die Liechtenstein vorwerfen, ein hartes schwarzes oder sogar kriminelleres Geld zu sein?

Prinz Hans Adam: Wir haben immer in Liechtenstein Rechtshilfe geleistet und wir haben in den letzten Jahren die Justiz sehr stark ausgebaut, wissend, daß gerade bei Wirtschaftsverbrechen die Aufgabe wahnsinnig schwierig und kompliziert ist. Eigentlich fast alle Staaten sind heutzutage bei Wirtschaftsverbrechen überfordert.

Die reine Steuerum- oder -hinterziehung, also daß Leute hier ihr schwarzes Geld herbringen, ich glaube, das wird man auch in Zukunft verteidigen und verteidigen müssen. Diese Leute kommen oft aus Ländern mit konfiskatorischen Steuern. Ich sehe nicht ein, warum wir un-moralische Sanktionen anderer Staaten unterstützen sollen.

Sieben Sie unter starkem Druck vom Ausland, das zu ändern?

Prinz Hans Adam: Nein. Wenn heute jemand zu mir kommt und sagt, warum ist Liechtenstein ein Steuer-oasenland, Sie sollten das aber schleunigst ändern, dann muß ich ihn darauf hinweisen, daß die meisten europäischen Staaten auf gewissen Sektoren gleiche Bestimmungen kennen oder oft noch liberaler und billiger sind als Liechtenstein.

Wir kennen hier nicht das absolute Bankgeheimnis, das gibt's nur in Österreich, dort kann man ein absolutes, das echte, Nummernkonto einrichten. Wenn man gegen Liechtenstein allzusehr vorgeht und wir unsere Grenzen vor diesen Geldern schließen würden, wandern sie woanders hin.

Seit 125 Jahren vertrauen die Liechtensteiner und immer mehr Kunden aus aller Welt ihrer Landesbank und mit Recht; darum feiern wir dieses Jubiläum mit Freude.

Am 5. Dezember 1861 wurde unsere Bank als „Zins- und Credit-Landes-Anstalt im souverainen Fürstentum Liechtenstein“ gegründet und mit unbeschränkter Staatsgarantie ausgestattet.

In den letzten Jahrzehnten hat sich unsere Bank vom Hypothek- und Sparkasseninstitut zur modernen Universalbank entwickelt. Immer mehr Kunden aus aller Welt schenken unserer Bank ihr Vertrauen. Sie wickeln über uns vor allem Wertpapier-, Devisen- und Treuhandgeschäfte ab.

Wir freuen uns über die Entwicklung unserer Bank und danken unseren Kunden für das Vertrauen.

LIECHTENSTEINISCHE LANDESBANK
STAATSGARANTIE

FL-9490 Vaduz, Städtle 44, Postfach 384.
Telefon: 075/68811



Kontroversen um den Bau eines Kunsthauses

Vor ein paar Jahren noch wäre man auf der Suche nach dem Kulturstaat Liechtenstein entweder auf schwaches Interesse oder auf vielleicht ein wenig selbstgefälligen Stolz gestoßen. Inzwischen ist das anders. Im einstigen Agrarstaat Liechtenstein, der sich mit wirtschaftswunderähnlicher Vehemenz nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie und der folgenden Industrialisierung im Zeichen des Schweizer Frankens in die moderne Zukunft gestürzt hatte, stehen die größeren politischen Auseinandersetzungen unserer Tage im Zeichen eines regelrechten Kulturkampfes.

Kultur in Liechtenstein: Sehen wir einmal von allem ab, was sonst unter der Flagge des Begriffs „Kultur“ steht, z. B. Volksbräuche und Trachten, Heimatliedgut und bäuerliche Architektur, so stoßen wir im 27 000-Einwohner-Staat auf Zeugen der Kultur im Bereich der bildenden Kunst, die – Folge der Entstehung des Staates mittels Landerwerb des Fürstenhauses Liechtenstein – sich weitgehend auf eben das Sammelgut dieses Fürstenhauses abstützt.

Außerdem sehen wir einen vor allem durch seine Münchner Tätigkeit bekannt gewordenen Komponisten Josef Gabriel Rheinberger, der heute Forschungsobjekt ist, wir sehen einige moderne Künstler, hören in zahlreichen Vereinen betriebene Musik- und Gesangsvereine beachtlichen Niveaus und finden ein auf genossenschaftlicher Basis betriebenes Theater.

Hier ist alles ganz anders

Daneben etliche mehr oder weniger kommerziell erfolgreiche Galerien unterschiedlichster Ausrichtung, eine staatliche Kunstsammlung, einen erstaunlich aktiven PEN-Club Liechtenstein (den boshafte Zungen auch als alternativen PEN-Club bezeichnen, wenn sie einen Seitenblick auf den deutschen PEN-Club werfen wollen) und schließlich ein paar Verlage sowie eine keineswegs auf Rosen gebettete einzige wirkliche Buchhandlung.

Liechtenstein ist keineswegs arm an Kuriositäten – echten, und solchen, die nur dem Fremden als solche erscheinen. Gerade der Deutsche macht sehr oft den Fehler, deutsche Maßstäbe anzulegen, wenn er Liechtenstein im Geiste abzumessen trachtet. Deutsche, denen es noch vor der heute restriktiv gehandhabten Nie-

derlassungssperre (jeder dritte in Liechtenstein ist Ausländer) gelungen ist, nach der Aufenthaltserlaubnis an die sogenannte Niederlassung zu gelangen, bestätigen dies aus eigener Anfangserfahrung. Vieles, was als dem Deutschen unverständlich erscheint, zumal er aufgrund der gleichen Muttersprache nur allzu leichtfertig-gern auf Wesens- und Strukturverwandtschaft schließt, ist in Liechtenstein, meist historisch begründet oder doch erklärbar, ganz anders.

Liechtenstein ist eigentlich gespalten: Gemeint ist nicht die keineswegs bedeutungslose unsichtbare Grenze zwischen „Ober-“ und „Unterland“, sondern die im Aufbau verdrängte und heute um so mehr Folgen zeitigende unbewältigte Wandlung vom bürgerlichen Agrar- zum reichen Industriestaat. In nur einer einzigen Generation hat sich in Liechtenstein mehr verändert, als in Deutschland zwischen dem Ausklang des vorigen Jahrhunderts und heute. Gemeint ist hier die innere Veränderung, das Umdenken, sind die verschobenen Leitbilder und Ziele.

Freilich hatte der Fortschritt seinen Preis: Was da so rasch jubelnd voranschritt, entbehre eines gewachsenen Bürgertums, eines verdauenden langsamen Wandels, der Anpassung an die neuen Herausforderungen. Vereinfacht ausgedrückt: Für ein gewachsenes Verhältnis zu Kunst und Philosophie der Kunst war für jemanden, der den Ackerboden seines Vaters inzwischen mit ertragreichen Büroblöcken bebauen konnte, keine Zeit.

So entstand eine fast schon kuriose Situation: Man hat alles, was man haben kann, Staat und Gemeinden (Stadt gibt es keine) schöpfen aus dem Vollen, und nur die „grüne“ Welle, mit liechtensteinischer Konsequenz ebenfalls großzügig zelebriert, sorgt dafür, daß breite Prachtdorfsstraßen verengt („vermenschlicht“) werden und anderes mehr. Wir können uns den Umweltschutz leisten, darf sich Liechtenstein freuen ... Aber in Sachen Kultur hört der Spaß auf. Zumal, wenn es ums Geld geht. – Das man schließlich sauer genug verdient hat oder doch geschickt genug erworben hat. Andererseits: Auch das kann nicht konsequent bewiesen werden, denn dank der recht starken Gemeindeautonomie sind die Maßstäbe, die man anlegt, je nach Gemeinde verschieden.

Ende Mai dieses Jahres beendete

das New Yorker Metropolitan Museum of Art eine halbjährige Ausstellung, die wertvollste Stücke der berühmten Kunstsammlungen des Fürsten Franz Josef II. von und zu Liechtenstein in einer in dieser Qualität im Ausland noch nie gezeigten Fülle beinhaltete. Mehr als eine halbe Million Besucher standen Schlange, reisten von überall her an, um das zu erleben,

schen Kontroversen der jüngeren Geschichte entzündet hatte. Und im Vaduz benachbarten Schaan streitet man heftig um das einzige Theater, eine Genossenschaft: nicht wegen des Programms freilich, sondern, wenn auch kaum offen zugegeben, wegen seiner Notwendigkeit. Beides, Kunsthaus- und Theaterstreit, wurzelt im Gleichen, in dem, was Frem-

den sie in ihrem Innern. Immerhin haben sie ja nicht unrecht. Dazu bedarf es nur eines Rückblicks und eines Vergleichs zwischen seinerzeit und heute. Und daß es leicht sein wird, einen modernen Staat auch mit dem fehlenden nationalen Bewußtsein auszustatten, das es gestattet, die eigene Rolle im internationalen Kräftefeld auch kulturell auszufüllen und



Der schon von den Dimensionen her gewaltige Bilderzyklus zum Leben und Sterben des römischen Feldherrn Decius Mus von Peter Paul Rubens hat jahrelang die Besucher der Kunstsammlungen fasziniert. Die Leihgabe des Fürsten und die dazugehörigen Tapissereien und Ölskizzen von Rubens sind mit Sachverstand und Geschick zusammengetragen worden und wurden auch in New York unlängst begeistert gefeiert.

was dort geboten wurde: das Feinste vom Feinsten nämlich. In unverständlicher Höhe, wenn man es auch noch materiell betrachtet.

In Liechtenstein selber stellten die aus bescheidenem Fundus wirtschaftenden liechtensteinischen Staatlichen Kunstsammlungen gewisse Teile der Fürstlichen Sammlungen wie zum Beispiel die berühmten Rubens-Bilder als Leihgabe des Fürsten aus, ein echtes Museum besitzt man heute noch nicht. Und das vor Jahren vom Fürsten ausgesprochene Angebot, den größten Teil der Sammlungen (Gemälde, Waffen, Tapissereien, Möbel, Skulpturen, Porzellan, Elfenbein usw.), gratis auszuleihen, was er dank bombensicherer und klimatisierter Archivsäle im Schloß keineswegs nötig hatte: Nun, es ruht schlicht und einfach zwischen Aktendeckeln der fürstlich-liechtensteinischen Justizbehörden, nachdem sich um den Bau eines „Kunsthauses“ in der Residenz Vaduz eine der heftigsten innenpoliti-

denfurcht und -abneigung, Intellektualität und nicht „Bodenständiges“ eben so hervorzubringen pflegen.

Nach außen hin ist Liechtenstein ein moderner Staat, mit beachtlichen Leistungen: eines der höchstindustrialisierten Länder der Erde (relativ zur Bevölkerungsgröße), mit einem hohen Bruttosozialprodukt, als es die Schweiz aufweist, mit vielen Leistungen im Umwelt- und außenpolitischen Bereich, mit nicht erwähnenswert geringer Arbeitslosenrate und einer an die Leistungen anderer Wirtschaftsnationen heranreichenden Sozialgesetzgebung.

Manche vor allem junge und frustrierte Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner sind zuversichtlich und meinen inzwischen, daß die jetzigen Auseinandersetzungen einem Gärprozeß entsprechen, der nur zum Guten führen kann. Daß die Zeit der Stammtischstrategien und Kirchturnpolitik vorbei ist und diese es nur noch nicht gemerkt haben, wis-

sen sie in ihrem Innern. Immerhin haben sie ja nicht unrecht. Dazu bedarf es nur eines Rückblicks und eines Vergleichs zwischen seinerzeit und heute. Und daß es leicht sein wird, einen modernen Staat auch mit dem fehlenden nationalen Bewußtsein auszustatten, das es gestattet, die eigene Rolle im internationalen Kräftefeld auch kulturell auszufüllen und

Vermutungen verweisen auf politische Ängste, auf die Absicht, die Gemüter abkühlen zu lassen.

Auch beim Theater, das sich eines inzwischen internationalen Rufes erfreuen darf und geradezu beängstigend viel ausländische Aufmerksamkeit auf sich konzentriert, müssen und können Ängste überwunden werden, deren Spektrum vom Chauvinismus bis zur Vereinskonzurrenzangst reicht und deren Wurzeln, wie gesagt, in einer Mischung aus Schwellenangst und Kulturbegriffsmißverständnis zu suchen sind. Der diese Erfolge seit 16 Jahren unaufhörlich produzierende Intendant, Alois Büchel, hat diesbezüglich noch Härtestes auszuhalten.

Und mit ihm beschwören Tausende Theaterfreunde die Museen um Beistand ... In Wirklichkeit großt der bisher im Kostenbereich ansteigend fördernde Staat, unter einem theatrophilen Regierungschef als Kulturminister keineswegs abweisend und nach den letzten Wahlen vermutlich genauso bereitwillig, eigentlich der Standortgemeinde Schaan, deren Gemeindeväter wenigstens in Teilen ein gestörtes Verhältnis zum Theater oder nur zum Intendanten nachgesagt wird. Die daraus resultierende Hand über dem Geldbeutel läßt nun nach neuen Modalitäten suchen: Das Triumvirats-Arrangement hat wohl ausgedient, Staat, private Genossenschaft (mit Einnahmen und Spenden) und Gemeinde müssen nach neuen Wegen suchen.

Kultur und was auch immer damit der Einzelne anzufangen weiß, hat ihn Gegner und Förderer überall. Was es schwer macht für die Beteiligten, diese Auseinandersetzungen zu ertragen, ist wohl weniger die Substanz ethischer Vorwürfe, sondern eher die Undurchschaubarkeit der angeführten Gründe, die Schwierigkeit der Verifizierbarkeit eigentlich. Und das summiert sich mit der auch Probleme schaffenden Überschaubarkeit und Struktur dieses Kleinstates, der noch immer die Balancierstange zwischen der Verpflichtung als letzter Staat des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem modernen Kleinstaat, der das Nasa-Apolloprogramm mitgestaltete durch seine Industrie, ein wenig schwankend-beschwiegend hält.

Im Windschatten dieser noch recht frisch aufgebrochenen Problematik schlafen die andern Kulturträger freilich keineswegs den Dornröschens-

schlaf der Untätigkeit. Da gibt es in verdrossen wacker und mit erstaunlichem Echo arbeitende Privatgalerien, die sich entweder ebenso erfolgreich wie lukrativ auf Appenzeller Naive oder auf klangvolle Namen spezialisiert haben und geradezu erstaunliche Funde den Sammlern anzubieten haben.

Da gibt es die Staatlichen Kunstsammlungen mit schönen, wenn auch noch relativ wenigen Stücken, den schier unerschöpflichen Fundus, den die weltberühmten und höchstkarrierten Fürstlichen Sammlungen, wenigstens wechselweise, vorzuzeigen haben.

„Honi soit qui mal y pense“

Die Kulturszene beherrschen einige fleißige und hochbegabte Künstler aus allen Bereichen der Kunst mit lokalen, regionalen oder auch schon mal internationalen Erfolgen. Dichterinnen und Verleger (einige auch aus steuerlichen Gründen ansässig) und unter anderem auch den PEN-Club Liechtenstein mit dem schon renommierten „Liechtenstein-Preis zur Förderung junger Talente“, an dem alle deutschsprachigen Länder und Regionen (außer der durch Schwellen glänzenden „DDR“) teilnehmen und in dem so klangvolle Autoren- und Verlegernamen wie Eibl-Elberfeld, Hans Hass, Heinrich Klermann, Henry Govers, Heinrich Harter, Gerd-Klaus Kalenbrunner, Hans H. Kirst, Salscia Landmann, Heinrich Seewald, Jürgen Thorwald und andere Mitglieder sind. Mit den bundesdeutschen PEN-Quereilen Vertraute belieben die liechtensteinische PEN-Club-Mitgliederliste, die heimische und ausländische Persönlichkeiten umfaßt, wie eine Art Geheimliste vergraulter Writers-in-Prison-Emigranten zu betrachten. Doch „Honi soit qui mal y pense“.

Und da nimmt es auch nicht sonderlich wunder, wenn sich die ebenfalls renommierte liechtensteinische Kunstgesellschaft ab und an wie ein Katakombenzirkel einer aus taktischen Gründen eher zurückgezogen lebenden Anarchistengruppe verkommt.

Kultur in Liechtenstein unter älteren Vorzeichen also? Beliebte nicht: Was so zu kämpfen und zu streiten weiß, was so vieles anfechtet, was es dennoch zum lebendigen Nutzen letztlich zu wandeln und mehren weiß, um das muß man nicht bangen. Das lebt!

HENNING KARL v. VOGELSSANG

FUNDAMENT IHRES VERTRAUENS



BANK IN LIECHTENSTEIN

Bank in
Liechtenstein AG
Herrengasse 12
FL-9490 Vaduz
Telefon 075-51122

Bilfinanz und
Verwaltung AG
Wiesenstrasse 10
CH-8034 Zürich
Telefon 01-2525060

Bank in Liechtenstein
(Frankfurt) GmbH
Mainzer Landstrasse 5
D-6000 Frankfurt 1
Telefon 069-256020

Liechtenstein (U.K.)
Limited
1 Devonshire Square
London EC2M 4UJ
Telefon 01-3770404

BIL Management Inc.
375 Park Avenue
New York, N.Y. 10022
Telefon 212-751464

Bank in Liechtenstein AG
Representative Office
2219A-2220 Connaught Centre
-Central- G.P.O. Box 13398
Hong Kong
Telefon 5-236180

Bank in Liechtenstein
(Cayman) Limited
P.O. Box 1989, Fort Street
Grand Cayman
Telefon 809-9497676

Der folgenreiche Dank des Ostgotenkönigs Theoderich

Fürst von Liechtenstein zu sein ist eine Freude, heißt es in einem Gesprächsprotokoll, das Schweizer Schüler während einer Fragestunde mit Fürst Franz Josef II. anfertigten. Ob es immer eine Freude war oder gewesen wäre, darf angesichts der wechselvollen Geschichte jenes Ländchens am Oberrhein, das seit 1719 „Fürstentum Liechtenstein“ genannt wird, angezweifelt werden.

Diese Geschichte ist in mehrfacher Hinsicht von Interesse: Zum einen ist das Fürstentum der letzte Repräsentant des einst 343 Habsburger umfassten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, eines Reiches, in dem ein großer Teil Europas versammelt war. Zum anderen ist die jüngere - Geschichte Liechtensteins zugleich die Geschichte eines alten europäischen Adelshauses, des Hauses derer von Liechtenstein. Das Fürstentum Liechtenstein ist das einzige Land, dessen Name sich vom Geschlecht derer ableitet, die es einst - aus machtpolitischen Gründen - erwarben.

Doch werfen wir zunächst einen Blick in die Frühzeit: Nach dem Einmarsch der Römer im Jahre 15 n. Chr. wurde das gesamte oberheinische Gebiet der Provinz Rätien zugeschlagen. Im sechsten Jahrhundert drangen Alemannen in diese Provinz ein und verdrängten die romanische beziehungsweise rätomanische Bevölkerung.

Den Alemannisierungsprozess begünstigten die Privilegien, die der Ostgotenkönig Theoderich den Alemannen als Dank für deren Hilfe im Kampf gegen die Römer einräumte. In der Folgezeit geriet Churritien unter fränkischen Einfluss. Unter Karl dem Großen wurde das Gebiet zwischen Feldkirch und Chur den Grafen von Bregenz zugesprochen. Im 13. Jahrhundert gewann das Haus Montfort die Herrschaft über den churritischen Raum. Das Montforter Haus legte den Grundstein für die Geschichte Liechtensteins. Denn: Am 8. Mai 1342 teilten zwei Brüder den ererbten Besitz.

Aus dem Teilungsvertrag ging die Grafschaft Vaduz hervor. Graf Hartmann IV. nutzte im Jahre 1396 die Geldnöte von König Wenzel aus und erkaufte sich von ihm für die Grafschaft Vaduz die Reichsunmittelbarkeit. Das Geld war gut angelegt: Der Kauf schuf die Voraussetzung für die Errichtung des späteren Fürstentums Liechtenstein.

Mit dem Tode von Graf Hartmann IV., seines Zeichens Bischof von Chur, wechselte die Grafschaft Vaduz in den Besitz eines Schweizer Geschlechtes, der Freiherren von Brandis. Als gute Schweizer bescherten sie dem Land demokratische Einrichtungen, die sogenannten „Brandiser Freiheiten“.

Und: Im Anschluss an den Schwabenkrieg von 1499 mussten die Bürger der Grafschaft Vaduz - es war gerade Faschingsdienstag - einen Treuschwur auf die Eigenständigkeit ablegen. Die Zugehörigkeit zu den Eidgenossen währte zwar nur neun Monate, doch lange genug, um im Unterbewusstsein manch aufrechter Schweizer bis zum heutigen Tag Besitzansprüche wachzuhalten.

1507 wurden die Landschaften Vaduz und Schellenberg, das sogenannte Ober- und Unterland des heutigen Liechtenstein, an die Grafen von Sulz verschachert. Geldnöte zwangen jedoch auch die neuen Herrn zum Verkauf des lieblichen, aber armen Landes. Die Habsburger - wie üblich in finanziellen Nöten - gaben die Vorarlberger Landstände um ein Darlehen an, in der Hoffnung auf billigen Erwerb der feilgebotenen Landschaften. Allein, die Vorarlberger, schon früh in sorgfältigem Umgang mit Barem eingeübt, mißtrauten der Kreditwürdigkeit der Habsbur-

ger. Alemannische Sparsamkeit war es auch, die die Ahnen des heutigen Fürstentums davor bewahrte, erneut unter die Herrschaft der Schweizer zu geraten.

Der Fürst von St. Gallen, Konkurrent der Habsburger im Gerangel um Vaduz und Schellenberg, prüfte vor Vertragsunterzeichnung das Inventar von Schloß Vaduz.

Und siehe: Vier im Vertrag aufgeführte Kanonen fehlten! Empört trat der Kirchenfürst vom Kauf zurück. Das Mißtrauen der Vorarlberger und die kaufmännische Pedanterie des St. Gallers antizipierten die aktuelle Devisen: Liechtenstein den Liechtensteiner!

Langen Fellschens kurzer Schluß: Caspar von Hohenems, der Schwiegersohn des verarmten Karl Ludwig von Sulz, erwarb 1613 das Ländchen am Oberrhein. Unter den Hohenemsern erlebte das Land seine schlimmste Zeit: Plünderung, Brandschatzung, Hexenverfolgung. In ihrer Not wandte sich die Bevölkerung an den Kaiser mit der Bitte, der Drangsal ein Ende zu setzen. Dieser ernannte den Fürst von Kempten zum kaiserlichen Kommissär. Nach eingehender Prüfung entschied der Gottesmann, daß das hochverschuldete Land durch erneuten Verkauf zu sanieren sei. Mit diesem Entscheid beginnt die Geschichte des Fürstentums Liechtenstein.

Von den beiden Landschaften kam zuerst die Herrschaft Schellenberg zur Versteigerung. Von den sechs Kaufwilligen blieben zwei ernsthafte Interessenten übrig: der Bischof von Chur und Fürst Johann Adam Andre- as von Liechtenstein. Die Kaufsichten beider waren politisch motiviert. Der Bischof war auf der Suche

nach einem sicheren Refugium, für den Fall, daß Graubünden protestantisch werden sollte. Johann Adam, dessen Geschlecht 1608 in den Fürstenstand erhoben worden war, hielt Ausschau nach einem reichsunmittelbaren Land, das seinem Haus Sitz und Stimme im Reichstag sichern sollte. Der Churer Bischof bot 110 000 Gulden; der Liechtensteiner bot 5000 mehr und bekam den Zuschlag. Das war 1699.

Die 115 000 Gulden reichten jedoch nicht aus, um die Schuldenlast zu tilgen. 13 Jahre später kam daher auch die Grafschaft Vaduz unter den Hammer. Fürst Johann Adam griff ein zweites Mal in die Tasche und arrondierte für 290 000 Gulden seinen fernen Besitz, der zwar - vorläufig - keine Revenuen brachte, aber dem Haus Liechtenstein politischen Einfluß im Reichstag verschaffte. 1719 wurden die beiden Landesteile vereinigt und von Kaiser Karl IV. zum reichsunmittelbaren Fürstentum erhoben.

Für die Bewohner des frischgebakenen Fürstentums verbesserte sich zunächst die Lage kaum: Das Fürstenhaus residierte in Wien und Prag; Landvögte drangsalierten das Land „oben am jungen Rhein“, das im Schatten der Habsburgmonarchie ein ärmliches Dasein fristete.

Einen ersten Wandel zum Guten brachten die napoleonischen Kriege. Napoleon, unter dessen Regie Liechtenstein dem Rheinbund angeschlossen wurde, festigte die staatlichen Fundamente des Fürstentums: Er garantierte ihm die volle Souveränität. Als souveräner Staat, der Liechten-

stein seit dem Edikt Napoleons ist, konsolidierte das Fürstentum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine politische und wirtschaftliche Situation. 1862 wurde mit Österreich ein Zollvertrag unterzeichnet, der sich auf die wirtschaftliche Entwicklung vorteilhaft auswirkte. Diese Entwicklung fand mit dem Ersten Weltkrieg ein jähes Ende. Der Krieg verursachte die wohl einschneidendste Wende in der Geschichte von Fürstentum und Fürstenhaus.

Mit dem Zerfall der k.u.k.-Monarchie bekam das souveräne Land einen neuen Stellenwert für das Fürstentum. Liechtenstein nabeelte sich von Österreich ab und wandte sich der neutralen Eidgenossenschaft zu. Die außenpolitische Neuorientierung verlief Hand in Hand mit einer innenpolitischen Neuordnung: Das Fürstentum erhielt eine moderne Verfassung; in Liechtenstein begann das Zeitalter der parlamentarischen Demokratie.

In ökonomischer Hinsicht verband sich Liechtenstein mit dem Schweizer Wirtschaftsraum: Der Zollvertrag mit Österreich wurde aufgelöst und durch einen neuen Vertrag mit den Eidgenossen ersetzt; seit März 1923 reicht das schweizerische Zollgebiet bis zur österreichisch-liechtensteinischen Grenze. Und: Am 1. Januar 1924 wurde der Schweizer Franken als gesetzliche Währung eingeführt.

Der wirtschaftliche „Anschluß“ an die Schweiz, der sich mit Blick auf das Heute als äußerst segensreich erweisen sollte, blieb zunächst ohne nennenswerte Auswirkung. Mit dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn war das gesamte Sparvermögen des Volkes, 16 Millionen österreichische Kronen, praktisch wertlos geworden. Die flüssigen Mittel der Landesbank beschränkten sich bei Kriegsende auf ganze 40 000 Franken. Landesfürst Johann II., später der Gute genannt, stellte dem Land 550 000 Franken zum Kauf von Lebensmitteln zur Verfügung. Trotz dieser großzügigen Geste konnte die herrschende Not kaum gelindert werden. Arbeit gab es so gut wie keine. Weiße Telle der Bevölkerung verdienten sich als Saisonarbeiter im nahen und fernen Ausland karges Brot.

In dieser Zeit allgemeiner Not reifte in den Köpfen einiger fündiger Rechtsanwältinnen eine Idee, die vorerst nur in bescheidenem Umfang realisiert werden konnte, nämlich die Idee, das niedrige Steuerebene Liechtensteins zu lohnendem Geschäft zu nutzen. Ehe jedoch fachmännisches Know-how und professionelles Geschick solches Geschäft zum Blühen brachten, galt es, die Wirren des Zweiten Weltkriegs heil zu überstehen.

Als Europa unter die Herrschaft der Nationalsozialisten geriet, gab es auch in Liechtenstein braune Sympathisanten, die lautstark für die Sache des Führers eintraten. Dank der besonnenen Haltung des überwiegenden Teils der Bevölkerung und dank der umsichtigen Politik von Fürst Franz Josef II., der 1938 inthronisiert worden war, blieb dem Land ein Anschluß erspart; ja, es blieb von den direkten Kriegereignissen verschont.

Noch während der Krieg tobte, begann sich in zaghaften Anfängen der künftige wirtschaftliche Aufschwung abzuzeichnen. Der eigentliche Aufschwung setzte ein, als in Europa die Waffen schwiegen und sich die allgemeine Lage beruhigt hatte. Die industrielle Entwicklung, die mit Beginn der 50er Jahre in vollem Umfang einsetzte, gepaart mit einer explosiven Progression auf dem Gebiet des Treuhand- und Bankwesens, beschiede dem Land eine Prosperität, die das heutige Liechtenstein als eine „Insel der Seligen“ erscheinen läßt.

Unter der Regentschaft von Fürst Franz Josef II. erblühte dieses „Steuer-Paradies“. Daß dieses Paradies auch in Zukunft gedeiht, ist wohl die Hauptaufgabe von Thronfolger Hans Adam. Nun: Die Zeichen stehen gut. Liechtenstein kann mit Optimismus in die Zukunft blicken - sofern die Große Politik der Weltmächte keine bösen Streiche spielt.

MANFRED SCHLAPP

Das Fürstentum exportiert Geld und schafft so anderswo Arbeitsplätze

Das Fürstentum Liechtenstein ist kein eigenständiger Finanzplatz. Es ist auch keine Art International Banking Facility des Finanzplatzes Schweiz - trotz der engen Zusammenarbeit beider Länder. Liechtenstein ist souverän, und seine Gesetze, die die Rahmenbedingungen festlegen, entstammen nicht dem schweizerischen Recht. Vielmehr „einer bewußten Strategie des autonomen Fürstentums“, wie der Vizepräsident des Direktoriums der Schweizer Nationalbank, Markus Lusser, es formulierte. Ziel dieser Strategie ist es, ausgewählte Finanzgeschäfte anzuziehen und damit die wirtschaftliche Ausgangslage des Landes zu verbessern. „Daher trifft auf (das Binnenland) Liechtenstein am ehesten die Bezeichnung zu, daß es ein Offshore-Finanzzentrum ist.“

Das bedeutet, daß die liechtenstei-

nischen Banken mit ihrem Kapital, beziehungsweise dem ihnen anvertrauten Geld, überwiegend vor den westlichen Industriestaaten aktiv ist. Natürlich aber bringt die Tatsache, daß beide Länder die gleiche Währung haben, es mit sich, daß zwischen ihren Finanzmärkten besonders enge Beziehungen bestehen. Unabhängig ist daher eine gewisse Angleichung des Umfeldes, insbesondere im Bereich der Währungspolitik, aber auch bei der Bankenaufsicht.

Anders jedoch als im Offshore-Geschäft ist dem Land an einem Rush wenig gelegen. Die fürstliche Regierung begrenzt die Zahl der zugelassenen Banken. Anders als etwa in der Schweiz setzt im Fürstentum die Eröffnung einer Bank die Konzession der Regierung mit Zustimmung des Landtags voraus. Diese Konzession wird nicht erteilt, solange das Bedürfnis dafür nicht nachgewiesen werden kann.

Aber auch das Auslandsgeschäft kann nicht grenzenlos betrieben werden. In den meisten Ländern gelten

Reziprozitätsklauseln, so daß das liechtensteinische Kapital vor allem in den westlichen Industriestaaten aktiv ist. Natürlich aber bringt die Tatsache, daß beide Länder die gleiche Währung haben, es mit sich, daß zwischen ihren Finanzmärkten besonders enge Beziehungen bestehen. Unabhängig ist daher eine gewisse Angleichung des Umfeldes, insbesondere im Bereich der Währungspolitik, aber auch bei der Bankenaufsicht.

Markus Lusser plädiert dafür, daß die Liechtensteiner ihre Aufsicht den Schweizern angleichen vor dem Verständnis - Hintergrund, daß sonst die Gefahr, „daß regulierte Unternehmen oder regulierte Geschäfte nach Liechtenstein abwandern“, besteht. Ausweichmanöver solcher Art könnten an das Fürstentum eine neue Herausforderung stellen. E.S.



LIECHTENSTEIN
Redaktion: H.-H. Holzner
Anzeigen: Hans Wehl, Hamburg

AUF EINEN BLICK

Liechtenstein

Größe: 160 Quadratkilometer

Einwohner: 27 076, davon 64 Prozent Liechtensteiner, 36 Prozent Ausländer.

Internationale Mitgliedschaften: Europarat, Europäische Freihandelszone (EFTA, Sonderstatus), Europäische Patent-Organisation (EPO), KSZE-Teilnehmerstaat; nicht Mitglied der UNO, aber verschiedener UNO-Sonderorganisationen.

Städte: Hauptstadt Vaduz mit 4927 Einwohnern; Schaan mit 4697 Einwohnern; Balzers mit 3460; Griesen mit 3043; Eschen mit 2785; Mauren mit 2703 Einwohnern und andere.

Staatschef: Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein regiert seit dem 26.7.1938. Seit August 1984 Stellvertreter des Fürsten

in Thronfolge Erbprinz Johann Adam Pius.

Volksvertretung: Landtag (Parlament) mit 15 Mitgliedern, gewählt auf vier Jahre, zuletzt am 2.2.1986.

Verfassung: Liechtenstein ist eine konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage. Der Aufbau der Verfassung ist dualistisch; die Staatsgewalt ist im Fürsten und im Volk verankert und wird von beiden ausgeübt. Jedes Gesetz bedarf zu seiner Gültigkeit der Sanktion des Landesfürsten. Das Volk genießt ein stark ausgebautes Initiativ- und Referendumsrecht.

Diplomatie: Liechtenstein unterhält eine Botschaft in Bern, geleitet von Prinz Heinrich, dem Bruder des Fürsten. Interessens Liechtensteins im Ausland werden durch die Schweiz wahrgenommen. Das Land hat nichtresidierende Bot-

schafter in Wien und beim Heiligen Stuhl sowie eine Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg.

Wirtschaft: Wirtschaftlich mit der Schweiz verbunden, mit der seit 1923 eine Zollunion besteht. Die Haupteinnahmen Liechtensteins fließen aus Steuern, Zoll, einer hochentwickelten Industrie und im Post-, Telefon- und Telegrafennetzen. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf liegt etwa in gleicher Höhe wie das der Schweiz.

Wichtige Adressen: In Vaduz: Presse- und Informationsamt der Fürstlichen Regierung, Regierungsgebäude, FL-9490, Tel.-Nr. 075 / 66 11.

Liechtensteinische Fremdenverkehrszentrale, Postfach 139, FL-9490.

Liechtensteinische Landesbank, FL-9490.

Unsere Publikationen sprechen für uns!

Wir waren die erste Publikumsgesellschaft des Fürstentums Liechtenstein.

Die Geschäftstätigkeit der VPBank betont die Anlageberatung und die Vermögensverwaltung. Unsere konservativ-dynamische Unternehmenspolitik setzt auf die Eckpfeiler erstklassiger Kundendienst, geringe Auslandsengagements und hoher Eigenmittelanlage.

Kunden und Freunde schätzen auch unsere Publikationen. Sie umfassen volkswirtschaftliche und bankenspezifische Themen mit Bezug zu Liechtenstein.

Geme stellen wir sie Ihnen kostenlos zur Verfügung.



Verwaltungs- und Privat-Bank AG
Aeulestrasse 6, 9490 Vaduz
Tel. (075) 5 66 55 PC 90-8291-5



Deutschlands Bauindustrie vertraut seit 30 Jahren einem Partner aus Liechtenstein.

Fast in jedem Bau steckt etwas von Hilti: Dübel, Anker, Rohrschellen, Deckenabhängungen usw. Im Durchschnitt wird zwar nur rund 1 Prozent der Bausumme für Befestigungen ausgegeben, doch dieses eine Prozent kann lebenswichtig sein, wenn es um die Sicherheit eines Bauwerks geht. In der ganzen Welt setzen deshalb Hunderttausende von Kunden den Begriff Befestigungstechnik mit dem Namen Hilti gleich. Sie wissen, daß sie sich auf sichere Systeme, kompetente Beratung und raschen Service verlassen können.

Im deutschen Markt ist die internationale Hilti-Gruppe seit genau 30 Jah-

ren vertreten. Neben ihrer Marktorganisation in München unterhält sie in Deutschland zwei Produktionswerke und zwei Entwicklungszentren. Alles in allem rund 1500 Mitarbeiter, die täglich daran arbeiten, der Bauindustrie neue, problemgerechte Befestigungslösungen anzubieten.

Konzernzentrale:
Hilti AG, FL-9494 Schaan,
Fürstentum Liechtenstein

Hilti in Deutschland:

Deutsche Hilti GmbH,
Eisenheimerstr. 31, 8000 München 21,
Tel. (089) 5 70 01-1

Hilti Entwicklungsgesellschaft mbH,
Haderstr. 1a, 8000 München 70
Hilti Entwicklungsgesellschaft mbH,
Hiltistr. 10, 8912 Kaufering
Hilti GmbH, Industriegesellschaft für
Befestigungstechnik, 8912 Kaufering
Kunststoffwerk Straß GmbH,
7911 Nersingen

HILTI

Mehr Qualität. Mehr Wert.

FUSSBALL

Bielefeld
ohne Trainer
und Vorstand

sid/dpa, Bielefeld

„Der Bescheid über meine Entlassung erfolgte ohne jegliche Begründung. Ich bin tief enttäuscht.“ So reagierte der Fußball-Lehrer Horst Franz (48), nachdem er am Dienstagabend vom Zweitliga-Klub Arminia Bielefeld zum zweitenmal innerhalb von vier Jahren vorzeitig aus seinem Vertrag entlassen wurde. Es ist in der zweiten Bundesliga bereits die fünfte Trainerentlassung in nur 13 Spieltagen. Bis zur Verpflichtung eines neuen Trainers wurde dem bisherigen Assistenten Joachim Krug (31) die Verantwortung übertragen.

Bereits eine Stunde vor der Beurlaubung des Trainers hatten die vier Mitglieder des Vorstandes ihren Rücktritt erklärt. Sie zogen damit die Konsequenzen aus den Querelen der letzten Wochen, in denen sich sportliche Mißerfolge und Unstimmigkeiten innerhalb des Vorstandes gehäuft hatten. Mit 8:18 Punkten steht der ehemalige Bundesligaklub in der Zweiten Liga auf einem Abstiegsplatz. Trainer Franz war Anlaß mehrerer Auseinandersetzungen im Vorstand, der lange Zeit keine Einigung über eine Beurlaubung oder Weiterbeschäftigung erzielen konnte.

Zusätzliche Konflikte boten die jüngste Affäre im sogenannten „Fall Ticio“ und die mit 3,5 Millionen Mark hohe Verschuldung des Vereins. Im Fall Ticio ermittelt bereits die Bielefelder Staatsanwaltschaft. Offensichtlich ist im Zusammenhang mit der Transferabwicklung für den 29-jährigen Jugoslawen Boris Ticio ein Betrag von 120 000 Mark veruntreut worden, der als Ablösumme angegeben wurde, aber nie in Jugoslawien eintraf, weil der Verein gar keine Ablösumme gefordert hatte. Vor diesem Hintergrund befürchtete das erst im März gewählte Präsidium, daß die Mitglieder der Jahreshauptversammlung am 25. November den Vertrauensbeweis schuldig bleiben würden. Deshalb trat der Vorstand komplett zurück.

„Dies ist die sauberste Lösung. Wir mußten so handeln, um kein Vakuum bei der Jahreshauptversammlung entstehen zu lassen“, sagt Präsidentin Gisela Schwert, die als FDP-Politikerin einst Bürgermeisterin in Bielefeld war.

AMATEURBOXEN / Auch nach 19 Jahren als Bundestrainer denkt Dieter Wemhöner nicht ans Aufhören

„Meine Erfahrung gibt mir Motivation und Kraft“

DW/sid, Bochum

Er ist der dienstälteste unter allen 115 Bundestrainern: Dieter Wemhöner, gerade 56 Jahre alt und in Berlin geboren, feiert am Rande der 64. Deutschen Meisterschaften in Bochum ein rundes Jubiläum: die 20. Titelkämpfe als Bundestrainer des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV).

Seit 19 Jahren ist er im Amt, arbeitet seit dem 1. Januar 1967 hauptamtlich für den DABV. Die Annalen melden den Widerspruch, daß er bereits vier Monate früher mit der Arbeit begonnen. Nach dem ersten Anstellungsgespräch im April 1966 bei den Deutschen Meisterschaften in Duisburg war der frühere Box-Stilist einige Monate als Honorarkraft für den Verband aktiv.

So lange wie er hat noch kein anderer Bundestrainer in einer Sportart gearbeitet. 19 Jahre Arbeit haben Dieter Wemhöner geformt, haben seine Meinungsänderungen geprägt. Wenn Bundestrainer Dieter Wemhöner ins Grübeln kommt, verkündet er eine lapidare realistische Analyse, aber

auch starke Worte, die klare Perspektiven moderat formulieren.

„Vor 20 Jahren rangierte das Boxen noch ganz oben“, erinnert sich Wemhöner. „Wir gehörten zur europäischen Spitze und hatten auch eine einflussreiche Lobby.“ Das andere Freizeitleben der Jugend ist für den Mann, der die Karriere des Rekordmeisters Peter Hussing (Brachbach) wesentlich beeinflusste, Grund für die heutige Stagnation im Faustkämpflager.

Erfolge wie sie in früheren Jahrzehnten im deutschen Boxverband üblich waren hat Wemhöner nicht mehr. „Ich habe gearbeitet, so gut es ging“, sagt er. „Aber die Bundesrepublik war Westeuropa überhaupt, ist kein guter Boden für erfolgreiche Boxer, denn hier kann man angenehmer sein leben verbringen.“ Der Grund für die Erfolglosigkeit seiner Faustkämpfer wurde eine Zeitlang im Charakter Wemhöners gesucht. Vor den Olympischen Spielen 1972 in München sah es so aus, als würde der Bundestrainer, der als Aktivist selbst Europameister geworden war, abgesetzt. Sogar das ehemalige Box-Idol

Gustav Scholz, genannt „Bubi“, bezeichnete ihn als zu weich.

Doch im Ausland, vor allem in Westeuropa, gilt Wemhöner als eine Art Wundermann, als ein exzellenter Experte. Immer wieder erhält er Einladungen zu Vorträgen und Lehrgängen, was ihm allerdings dabei die Klubtrainer, die selbst auf den Bundestrainer-Posten schielen, übel nehmen.



In der Helmet umstritten, im Ausland begehrt: Dieter Wemhöner
FOTO: SVEN SIMON

Seine eigene Aktivitätsbahn hatte er gegen starken Widerstand seiner Eltern durchgesetzt, hatte ihnen über ein Jahr lang seine sportliche Betätigung verheimlicht und unter dem Decknamen „Höner“ geboxt. „Erst als ich nach fünf Kämpfen 1950 Berliner Meister wurde, schenkte ich zu Hause meinen Eltern ein“, erzählt Wemhöner. „Ich war sehr anfällig für blaue Augen. Erzählt hatte ich, daß ich mir die Vellchen beim Teiltanz zugezogen hatte.“

Seinen eigenen Söhnen ließ Wemhöner mehr Spielraum in ihren sportlichen Betätigungen. Thilo (27) saß im Ruder-Achter, der Deutsche Meister wurde, Jens (25) wurde Berliner Handball-Meister. „Viele Väter versuchen aus ihren Söhnen das zu machen, was sie selbst nicht erreicht haben“, sagt Wemhöner. „Es ist sicher genauso verkehrt, aus seinen Kindern das machen zu wollen, was man selbst war.“

Als Amateur bestritt Wemhöner 169 Kämpfe. 1963 wurde er in Warschau Mittelgewichts-Europameister. Von März 1967 bis Dezember 1961 absolvierte er als Schützling des Ber-

liner Promoters Fritz Gretzschel 43 Profikämpfe, im Schatten seines Stalkkameraden Gustav Scholz.

„Der Einsatz ist wichtiger als das Talent“, beurteilt Wemhöner das kränkelnde Image der bundesdeutschen Faustkämpfer nach den EM-Tagen 1979 in Köln, dem letzten Höhenflug des DABV.

Wemhöner gehört schon seit Jahren zu den Mähnern hinter den Kulissen, plädiert dafür, das administrative Gefüge im DABV neu zu gestalten. „Wir müssen professioneller werden“, blickt er sorgenvoll in die Zukunft. „Schon in absehbarer Zeit brauchen wir eine Gruppe von Funktionären, die die Ware Boxsport auf den Markt effektiv verkaufen.“

Begeisterte Boxer, die motiviert sind, um in ihrer Sportart nach vorne zu kommen, sind für Wemhöner der Athletentyp von Morgen. Konkrete Zukunftspläne schmiedet er nicht mehr. „Ich strotze noch voller Ehrgeiz“, sagt er. „Mein hoher Erfahrungsschatz und die Erkenntnis, daß sich die Technik des Boxens immer wieder modifizieren muß, geben mir Motivation und Kraft.“

FUSSBALL / B-Mannschaft siegte 3:0 – Spieler fallen Klubs in den Rücken

„Wir werden für Seoul kämpfen“

sid, Essen

In der heißen und hitzigen Debatte um Olympia 1988 suchte die Bundesliga die Kraftprobe mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB). Die Klubs sind nicht bereit, ihre Spieler für eine sogenannte Olympia-Mannschaft abzustellen und machen das Thema zum Konfliktstoff zwischen Vereinen und Verband. Um einen offenen Streit vorerst abzuwenden und um Zeit zu gewinnen, hat der DFB das geplante Olympia-Team vorläufig in B-Mannschaft umbenannt. Nun aber erhielt er überraschende Unterstützung von ganz anderer Seite. Nach dem 3:0-Sieg am Dienstagabend gegen Schweden gingen die Spieler selbst in die Offensive und fielen ihren Klubs in den Rücken.

„Wir wollen nach Seoul und werden deshalb um diese Mannschaft kämpfen. Alle Spieler stehen voll dahinter“, sagt der Uerdinger Kapitän Rudi Bommer.

Die nach fünfjähriger Pause neu-

formierte Auswahl-Mannschaft, die von dem ehemaligen Kölner Bundeliga-Trainer Hannes Löhr betreut wird, machte gleich in ihrem ersten Spiel deutlich, daß sie Zukunft haben kann. Vor 3000 Zuschauern im Essener Stadion an der Hafenstraße führte sie bereits nach 14 Minuten durch Tore von Thomas Allofs (Köln) und Stefan Kuntz (Uerdingen) mit 2:0 und überraschte mit spielerischer Harmonie. In der Schlussminute erzielte Kuntz noch das 3:0. Trainer Löhr war „vor allem mit der ersten Halbzeit sehr zufrieden. Da haben wir überraschend gut kombiniert, obwohl wir nur zwei Tage zusammen waren.“

Die beiden Tage hatten Rudi Bommer, der Dortmunder Frank Mill, Christian Schreier von Bayer Leverkusen und auch der Mannheimer Alfred Schön genutzt, um ihre Mitspieler zu informieren. Bommer: „Wir haben allen erzählt, welch ein tolles Erlebnis die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Los Angeles war.“

Auch damals hat im Vorfeld alles von einer Kirmessgruppe gesprochen, nachher aber niemand mehr.“

Die Spieler wollen nun ihre Vereinspräsidenten von Olympia überzeugen. Bommer: „Es geht nur um die Präsidien, denn die meisten Trainer, das haben wir in Gesprächen herausgefunden, sind dafür. Außerdem kann es sich der deutsche Fußball gar nicht leisten, mit einer zweitklassigen Mannschaft nach Seoul zu fahren.“

Gegner in der Ausscheidung wären Polen, Dänemark, Rumänien und Zypern oder Griechenland. Aber bis dahin sind noch einige Schwierigkeiten zu beseitigen. Auf einen harten und kompromisslosen Kurs will sich auch der DFB nicht einlassen. Das bestätigte Schatzmeister Egidius Braun: „Wir werden ruhig, ausgegoren und ohne jede Schärfe debattieren. Aber wenn wir eine Olympiamannschaft aufstellen und die Qualifikation überstehen, muß auch ein gutes Team nach Seoul.“

SPORT-NACHRICHTEN

Niederlage für Bayreuth

Bayreuth (dpa) – In der zweiten Runde des Basketball-Europapokals der Pokalsieger droht dem deutschen Vertreter BG Bayreuth das Aus. Der auf nationaler Ebene noch unbesiegte Bundesliga-Zweite verlor das Hinspiel in eigener Halle gegen den belgischen Klub Racing Mechelen vor nur 600 Zuschauern mit 83:85 (42:47). Das Rückspiel findet am kommenden Dienstag statt.

DSB: Kritik an Regierung

Frankfurt (sid) – Scharfe Kritik übt der Deutsche Sportbund (DSB) an der Haltung der Regierung in Fragen steuerlicher Vergünstigungen für Sportvereine und -verbände. Präsidiumsmitglied Karl Henninger, Experte für Rechts-, Sozial- und Steuerfragen im DSB, wirft der Bundesregierung vor, für die Lösung steuerlicher Probleme gemeinnütziger Sportvereine keinen Beitrag geleistet zu haben.

Kontaktsperre

Merkato-Stadt (sid) – Verschärfte Maßnahmen gegen die Apartheid-Politik Südafrikas hat der Box-Weltverband WBC angekündigt. Der Verband wird die Kontakte zu Südafrika für die nächsten zwei Jahre abbrechen und hat für den Fall von Verstößen gegen die Kontaktsperre rigorose Sanktionen gegen alle Boxer, Agenten und Veranstalter angekündigt.

Olympia-Bewerber

Hamburg (sid/dpa) – Der Senat der Stadt Hamburg prüft eine mögliche Kandidatur für die Ausrichtung Olympischer Sommerspiele in Hamburg. Mögliche Bewerber für die Sommerspiele der Jahre 2000 oder 2004 sind außerdem das Ruhrgebiet und die Stadt Frankfurt. Als Kandidaten für die Winterspiele 1994 oder 1998 sind Berchtesgaden, München,

Garmisch-Partenkirchen und der Schwarzwald im Gespräch

Sperre für Maczuga

Bochum (sid) – Bogdan Maczuga (Stockstadt), deutscher Amateur-Box-Meister im Bantamgewicht, darf nicht an den derzeit in Bochum stattfindenden Titelkämpfen teilnehmen. Er wurde vom Bayerischen Amateur-Boxverband gesperrt, weil er einem Trainingslager ferngeblieben war.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Paris (225 000 Dollar). Einzel, erste Runde: Mayotte (USA) – Zvojinovic (Jugoslawien) 6:3, 6:7, 10:8; Sanchez (Spanien) – Finkel (CSSR) 7:6, 5:7, 6:4; Novacek (CSSR) – Wiksten (USA) 6:1, 3:7, 6:4; Benhabiles (Frankreich) – Mach (CSSR) 2:6, 7:5, 6:1; Woch (Frankreich) – Gunnarsson (Schweden) 6:4, 3:6, 6:2.

Grand-Prix-Turnier in Hongkong (200 000 Dollar). Einzel, erste Runde: Krishnan (Indien) – Sadri (USA) 4:6, 6:2, 6:1; Cash (Australien) – Arias (USA) 6:2, 6:4, 6:2; Chernomory (UdSSR) – Holmes (USA) 6:4, 6:2.

BASKETBALL

Europapokal der Pokalsieger, Achtelfinal-Hinspiel: BG Bayreuth – Racing Mass Pils Mechelen 83:85 (42:47).

FUSSBALL

Qualifikations-Spiele zur 6. Junioren-Europameisterschaft (Unter 21 Jahre): Gruppe 2: Schweiz – Portugal 3:1 (2:0); Gruppe 3: UdSSR – Norwegen 1:0 (1:0); Gruppe 4: Jugoslawien – Türkei 2:0 (2:0); Gruppe 6: Dänemark – Finnland 4:1.

HOCKEY

46. Dortmunder Sechstagerrennen in der Dortmunder Westfalenhalle, Endstand: 1. Clark/Doyle (Australien/England) 497 Punkte, 2. Müller/Jobo (Schweiz) 455, 3. Kirsten/Hermann (Köln/Liechtenstein) 361. Amateure, 47 km: 1. Donike/Messerschmidt (Worringen/Stuttgart) 18 Punkte, 2. Günther/Kappes (Berlin/Bremen) 13, 3. Rellensmann/Campena (Dortmund/Worringen) 12. Abschluss-Klassennenn: 1. Donike/Messerschmidt 137 Punkte, 2. Günther/Kappes 68, 3. Rellensmann/Campena 95.

RADSPORT

Neue Erfolge
für Sixdays

sid, Dortmund
Mit einem zwölfprozentigen Zuschauer-Zuwachs gegenüber dem Vorjahr endete am Dienstag das 45. Sechstagerrennen in Dortmund. Die australisch-englische Kombination Danny Clark und Anthony Doyle feierte in der Westfalenhalle ihren zweiten Saisonsieg.

Rund 45 000 Besucher – 5000 mehr als 1985 – bestätigten den Aufwärtstrend der Sixdays. Schon beim Saisonauftakt vor einer Woche in Berlin hatten die Veranstalter ein Plus erwirtschaftet. Während in Berlin durch erhöhte Innenraum-Preise und den Verzicht auf Freikarten-Verteilung 100 000 Mark unter dem Strich als Gewinn standen, kamen auch in Dortmund die Veranstalter trotz eines um 50 000 auf 800 000 Mark erhöhten Budgets auf ihre Kosten.

Die Mehraufgaben für die Verpflichtung des mit seinem Frankfurter Partner Dietrich Thurnau enttäuschenden italienischen Stunden-Weltrekordlers Francesco Moser (Platz neun) wurden durch ein verbessertes Unterhaltungsprogramm und Zuschauerfreundliche Startzeiten aufgewogen. Dabei machte sich der Verzicht auf das übliche Kirmessprogramm zugunsten nivesvoller Showeinlagen positiv bemerkbar.

Wie in der Vergangenheit war der Samstag mit 13 000 Zuschauern der bestbesuchte Renntag, doch auch der zum „Familientag“ erklärte Sonntag lag durch die Verlegung der Startzeit auf 11.00 Uhr (Renn-Ende 19.00 Uhr) über dem bisherigen Schnitt.

Aus sportlicher Sicht sorgten die beiden Schweizer Jörg Möller (25) und Stephan Jobo (24) durch ihren zweiten Platz für die größte Überraschung.

EISHOCKEY

Vertagung im
Fall Krupp

sid, Köln
Der für gestern angesetzte Arbeitsgerichtstermin zwischen Eishockey-Nationalspieler Uwe Krupp (21) und dem Deutschen Meister Kölner EC wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Es kam zwischen beiden Parteien zu keiner Einigung, nachdem der Verteidiger trotz eines bestehenden Vertrages mit dem Kölner EC zum nordamerikanischen Profi-Liga-Club Buffalo Sabres gewechselt war.

Der Kölner EC will nun Verhandlungen mit jenem Vereinsvertreter von Buffalo Sabres aufnehmen, der der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Köln bewohnte. Die Kölner fordern eine sechsstellige Dollar-Summe für Krupp, der keine Spielerlaubnis besitzt und deshalb von seinem neuen Verein in dieser Saison noch nicht eingesetzt werden konnte.

Der Kölner EC hatte auch einige Spieler geladen, die allerdings im Laufe der einstündigen Sitzung nicht vernommen wurden.

Krupp war kurz vor Beginn der Meisterschaftssaison nach Buffalo gewechselt, nachdem er das Vorbereitungsprogramm des Titelverteidigers noch mitgemacht und versäumt hatte, seinen Vertrag rechtzeitig zu kündigen. Der Kölner EC hatte die bisherigen Angebote von Buffalo Sabres in Höhe von 50 000 Dollar abgelehnt. Der Deutsche Eishockey-Bund (DEB) und der Weltverband IIHF haben die Unterstützung in diesem Fall zugesagt.

Sollte es zu keiner außergerichtlichen Einigung kommen, muß ein neuer Arbeitsgerichtstermin anberaumt werden, der allerdings kaum noch in diesem Jahr zustande kommen dürfte.

TENNIS

Jacques Chirac,
ein Eiffelturm
und vier
Millionen Mark
locken in Paris

dpa, Paris

Vergeblich wartete Boris Becker am Dienstag auf seinen ersten Einsatz beim Grand-Prix-Turnier von Paris. Die Spiele, die vor seinem ersten Doppel mit Partner Slobodan Zivovovic stattfanden, zogen sich so sehr in die Länge, daß das Doppel gestrichen wurde. Die Begegnung gegen die Südafrikaner Christo Steyn/Danie Visser wurde am morgen verschoben. Becker, der nach seinem Sieg in Tokio wieder auf Platz zwei der Welt rangliste steht, bestritt sein erstes Spiel in Paris gestern Abend im Einzel gegen den Ecuadorianer Hugo Nunez (das Ergebnis lag bei Redaktions-schluss noch nicht vor).

Überraschungen blieben in der ersten Runde weitgehend aus. Die Favoriten setzten sich fast ausnahmslos durch. Nur der Tschechoslowake Miloslav Mecir (gegen den Franzosen Tarik Benhabiles) und der Amerikaner Tim Wilkison (gegen den Tschechoslowaken Karel Novacek) schieden überraschend früh aus dem Kampf um die Preisgelder aus.

Gleich bei der Premiere hat das Grand-Prix-Tennisturnier in Paris mit Preisgeldern in Höhe von 625 000 Dollar alle anderen übertrumpft. Es ist das höchstdotierte Hallenturnier der Welt. Allein der Sieger wird am Sonntag stattliche 100 000 Dollar einstreichen. Und trotzdem sind die Veranstalter jetzt schon sicher, am Ende schwarze Zahlen zu schreiben.

Die Industrie macht's möglich. Sechs Hauptsponsoren – darunter eine deutsche Bekleidungsfirma – zahlen zusammen bis 1988 jährlich fast drei Millionen Mark für die Werberrechte. Und das Fernsehen spielt mit. Der französische Sender „Antenne 2“ überträgt insgesamt 25 Stunden. Und den Sponsoren sucht etwas bieten zu können, ist in Paris ein besonders außergewöhnliches „Dorf“ für die VIPs aufgebaut worden. Sie können auf groben Plastersteinen (aus Plastik) zwischen öffentlichen Häusern mit künstlich abgeblähten Fassaden oder Pariser Kulissee mit dem Eiffelturm (aufgenommen unter einem künstlichen Himmel mit künstlichen Sternen) lustwandeln und Champagner schlürfen. Allein der Aufbau dieses schick-heruntergekommenen „Dorfes“ hat 350 000 Mark gekostet. Aber bei einem Etat von knapp vier Millionen Mark sind die Kosten schon fast gedeckelt, ohne daß überhaupt ein einziger Zuschauer kommt.

Außer den räumlichen Vorankündigungen war in Paris auch der Organisator bereits vorhanden. Generell dieselben Personen, die auch die Offenen Französischen Meisterschaften veranstalten, sind auch bei den Hallenturnieren tätig. Hinter allem steht der französische Tennis-Verband mit seinem derzeitigen Präsidenten Philippe Chatrier, der gleichzeitig Präsident des Welttennis-Verbandes ITF ist. Und noch einer hat seine Finger im Spiel, der Pariser Bürgermeister und französische Premierminister Jacques Chirac. Er ist Schirmherr dieses Turniers, das sich offiziell übrigens „Offene Meisterschaften der Stadt Paris“ nennt.

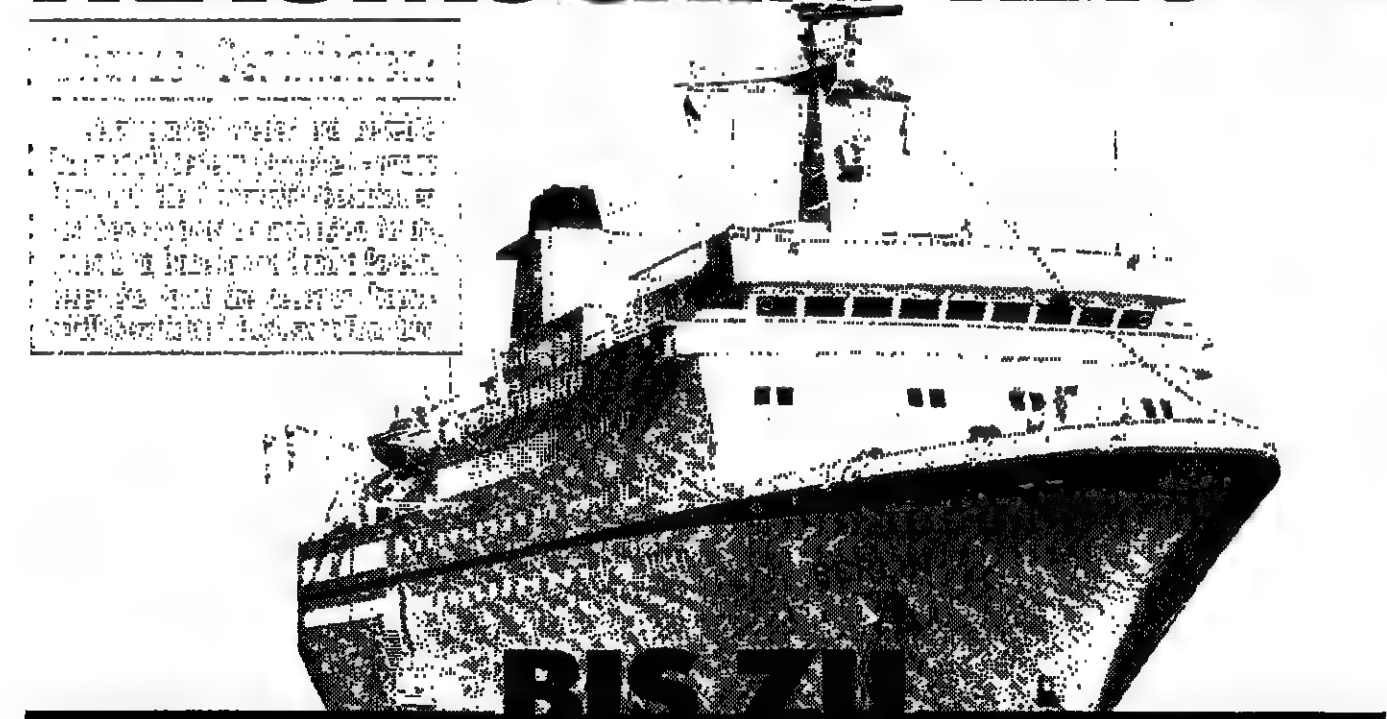
SPORTHILFE

Beyer steht zu
seiner Kritik

sid, Hamburg
Harm Beyer, der Präsident des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV), will seine Kritik an der Stiftung Deutsche Sporthilfe aufrechterhalten. „Das Ergebnis der Aussprache zwischen der Schwimm-Nationalmannschaft des DSV und mir am vergangenen Wochenende ist von verschiedenen Seiten so interpretiert worden, als hätte ich mich vollständig revidiert und vor allem meine kritischen Ausführungen anlässlich der 16. Kuratoriumssitzung der Stiftung Deutsche Sporthilfe in Frankfurt ungeschränkt zurückgenommen“, sagte Beyer. Und legte Wert auf die Feststellung: „Diese Interpretation ist falsch und erweckt einen Eindruck, mit dem ich nicht einverstanden bin.“

Richtig sei, daß er im Kreise der Nationalmannschaft seine Ausführungen von Frankfurt und seine Haltung gegenüber den Wünschen und Forderungen der Aktiven des DSV erläutert habe. „Nach wie vor bin ich der Auffassung, daß Anlaß besteht, gründlich darüber nachzudenken, ob die Förderleistungen der Sporthilfe immer richtig eingesetzt werden.“

Dabei müßten vor allem die Funktionäre über die eigenen Handlungen selbstkritisch nachdenken und dürfen nicht so tun, als würden sie alles nur richtig machen. „Ich habe gegenüber den Aktiven der Schwimm-Nationalmannschaft auch klargestellt, daß ich nicht den Eindruck erwecken wollte, daß einer von ihnen zur Zeit Förderleistungen der Sporthilfe bezieht, die nach meiner Auffassung in Frage zu stellen wären. Daraus kann jedoch nicht bergeleitet werden, daß ich meine allgemeine Kritik an der Sporthilfe zurückgenommen hätte.“

VON
TRAUMSCHIFF-REISENBIS ZU
SUPER-PREISEN

Alles in Funk Uhr. Von A bis Z.

Der „Suchbaum“ für den Wein zum Essen ist da

Salz liebt die Restsüße

Welchen Wein reicht man, um Himmels willen, zu gebratenen Fasan mit Holunderbeeren? Oder zu geschmorter Lammbrust mit Tomaten- und Basilikum-Soße? Einen älteren roten Bordeaux? Oder lieber eine kräftige, trocken ausgebaut Riesling-Spätlese aus dem Rheingau? Das sind schlaue Fragen für Gastgeber. Daß die uralte Faustregel „Roter Wein zu rotem Fleisch“ (und umgekehrt) längst nicht mehr fein genug ist, zumindest aber dem Universum vielfältigster Gaumen- und Zungenreize aus moderner Küche- und Kellerkunst nicht mehr gerecht wird, hat sich herumgesprochen. Aber wie denn sonst?

Buch des Tages

Motto: Fast alles ist gut und erlaubt, es kommt nur darauf an, wer es wie und vor wem zelebriert. Die ganze tiefe Weisheit um Wein und Essen für jedermann handlich und grifffähig in Taschenbuchformat zu präsentieren, dazu gehört gewiß ein Schuß Unbefangenheit. Man sieht die Koryphäen schon ihre hochsensiblen Nasen rümpfen.

Aber vielleicht mußte nur einmal einer damit anfangen. Und es hat einer damit angefangen, und zwar einer aus der Mitte der Zunft: der in Trittenheim an der Mosel ansässige Autor und Weinbuchverleger Winfried Heinen. In seinem neuen Buch „Essen und Wein“ behandelt er alle die heiklen Fragen, und er stützt sich dabei (und auch da werden die Experten sich wohl entsetzen) auf die Erfahrungen – mit der Welt der Computer!

Heinen teilt die Weine kurzerhand in sechs typische Geschmacksgruppen ein. Und von jeder unter den Tausenden möglicher Gerichte tastet er sich dann nach der Methode des Computer-Suchbaums (einer Kette von Entweder-Oder-Entscheidungen) bis zu der passenden Weingruppe vor. Das Ganze ist im Grunde fürchterlich

einfach. Man muß nur mit der Eingruppierung der Weine einverstanden sein und sie so tief verinnerlichen, daß man jeden Wein in seinem Keller automatisch der richtigen Gruppe zuordnet, ohne lange Probleme zu müssen.

Die sechs Gruppen charakterisiert der Autor folgendermaßen:

1. Trocken/leicht/säurebetont
2. Trocken/neutral
3. Trocken/ausdrucksvoll/kräftig
4. Halbtrocken/leicht/fruchtig
5. Mild/fruchtig
6. Edel/süß/intensiv.

Heinen orientiert sich ausschließlich an deutschen Weinen. Der Kenner wird sofort in Gruppe 1 den typischen Mosel- oder Rheingau-Riesling und in Gruppe 6 die Beeren- und Trockenbeerenauslesen ausmachen. Aber im Prinzip lassen sich auch die ausländischen Weine mühelos einordnen. Die typischen französischen und italienischen Weißweine gehören in der Regel in Gruppe 2, die Rotweine in Gruppe 3.

Einige Grundkenntnisse gehören freilich dazu. Daß der Wein zum Essen keinen Kontrast, sondern Harmonie herstellen sollte, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist, daß z. B. salzige Speisen unter Umständen sehr gut zu einer leichten Restsüße im Wein, nicht aber zu betonter Säure passen. Und ein Geschmack von Süße im Wein muß gar nicht mit einem meßbaren Restzucker (und natürlich erst recht nicht mit Zuckerring) zusammenhängen, sondern er kann auch aus besonders niedrigem Säurewert oder hohem Alkohol- und Glyceringehalt stammen.

Heinen, der übrigens Jahr für Jahr in der Weinmesse mitbringt, um den Kontakt zu den Dingen nicht zu verlieren, weiß natürlich, daß er mit seinem Suchbaumsystem auch (vielleicht nicht immer ganz unberechtigt) Widerspruch der Experten erntet wird. Auch heftiger Streit zwischen Restaurantgästen mit dem Heinen Suchbaum in der Hand und erfahrenen Weinkellnern ist denkbar. Zur Sicherheit liefert der Autor den Protest seiner potentiellen Gegner gleich mit: Kurzparolen dessen, was wohl die führenden Gastronomieexperten dazu sagen werden. Die Herren Päpste werden sich also etwas Besonderes einfallen lassen müssen.

JOACHIM NEANDER

Winfried Heinen: „Essen und Wein – Was schmeckt ideal wozu?“ Verlag Heinen, Trittenheim, 110 S., 19,90 Mark.



Die Suche nach Bedeutung ist vergeblich: Ausschnitt aus Franz Hitzlers Trypichon „Ohne Titel“ (1982), aus der Münchner Ausstellung

Auf unbequemer Konfrontation: Franz Hitzler in der Münchner Staatsgalerie

Malen mit dem Mut zur Stillosigkeit

Franz Hitzler macht es sich, aber nicht den Betrachtern seiner Bilder leicht. „Ohne Titel“ verkündet in der Münchner Staatsgalerie moderner Kunst beharrlich ein Schild. So muß sich, wer diesen Gemälden gegenübertritt, selbst den Kopf zerbrechen, was der Künstler wohl gemeint haben könnte. Denn eindeutig sind die Werke nicht.

Die Veranstalter haben dem Besucher allerdings einiges voraus. Sie wissen, was man die Bilder sehen soll. „Die Konsequenz, mit der Franz Hitzler verdrängt und unbewußte Lebenszusammenhänge erfragt und auf unbequeme Konfrontation geht, macht seine Sonderstellung innerhalb der jüngeren Kunstszene aus. In den sowohl abstrakt als auch figurativ expressiven und konstruktiven Zeichnungen geht er allen Formalisierungen mit dem Mut zur Stillosigkeit aus dem Weg.“ So steht es im Katalog.

Nun ist Stil einerseits eine deskriptive Kategorie der Kunstgeschichte, andererseits eine – positiv gewertete –

Form des Umgangs mit dem Mitzenschen. Stillosigkeit war in beiden Fällen bislang nichts Ruhmehaftes. In der Kunst bezeichnet man damit einen Eklektizismus, dem die Kraft fehlt, aus heterogenen Elementen Eigenes, Neues zu schaffen. Das gilt, obwohl das Katalog-Vorwort seine Wortwahl sicherlich nicht so verstanden wissen will, auch für Franz Hitzler.

Die Ausstellung umfaßt seine Bilder der letzten zehn Jahre. 1975 malte der damals 29jährige Maler, die Einflüsse von Ensor und der Gruppe Cobra vermischt. Es sind Traumphantasien, vielleicht subjektive Traumata, ohne sichtbaren Realitätsbezug. In der folgenden Zeit schmelzen diese Masken zu Rundköpfen mit oval aufgerissenen Mund und Kreis-Augen zusammen, die auf den Körpern von Strichmännchen sitzen. Zuerst noch deutlich von einem grauen oder schwarzen Hintergrund abgehoben – da reichen sich dann Soutter, Dubuffet und Penck die Hand –, bald aber tauchen sie in einem Farbgewog

ge unter, das von Gelb und einem hellen Rot beherrscht wird.

Anfang der achtziger Jahre war dem Maler dann offensichtlich eine normale rechteckige Leinwand zu konventionell. Zuerst schneidet er Dreiecke und Kreise aus und stellt eine bemalte Plastik aus Draht und Holz vor das schwarz-weiße Diptychon. Zugleich versucht er die Bildfläche durch monochrome Flächen, Dreiecke und Vierecke, zu gliedern. Doch bald verläßt er die Ansätze der Regelmäßigkeit, klebt ausgeschnittene Teile, Latten und Pressspanplatten über Ecken und über den Rand auf den Malgrund. Die Strichmännchen runden sich zu papierumwickelten Drahtfiguren, die auf diesen farbreichen Assemblagen fixiert werden.

Wer in der Katalogprosa geübt ist, wird leicht „Existenzelles“ in alle diese Bilder hineinlesen. Nur zwingend herauszulesen ist es nicht.

PETER DITTMAR

Bis 16. Nov.: Levenskissen, Schloß Morbroich, 28. März bis 31. Mai 1987; Katalog 20 Mark; im Buchhandel: Hirmer Verlag, 38 Mark

Bremen: Tage für zeitgenössische französische Musik

Die Suche nach Klang

Bis vor kurzem unterschied sich das Institut Français in Bremen durch nichts von den anderen 18 Kulturinstitutionen dieser Art in Deutschland: Vorrangiges Ziel war die Verbreitung der französischen Sprache. Genau das aber war für den rührigen Bertrand Espouy, der das Bremer Haus seit 1982 leitet, zu wenig. Er gründete – ein einmaliger Fall unter den Instituts Français in Deutschland – vor drei Jahren sein eigenes Musikfestival, die „Musiktag der zeitgenössischen französischen Musik“. Trotz schwieriger finanzieller Verhältnisse steigern sich bei diesem Festival Umfang und Bedeutung von Jahr zu Jahr.

So bestanden die Musiktag 86 nicht nur aus – teilweise hochkarätigen – Konzerten, erstmals hatte Espouy auch ein Kolloquium organisiert, bei dem sich deutsche und französische Komponisten über das Thema „Nationalismus und Kosmopolitismus“ die Köpfe heiß redeten. Obwohl bei dieser Unternehmung nicht übermäßig viel herauskam – zu groß war bei den komponierenden Rednern die Verlockung der Selbstdarstellung – wurde ein unumstrittener Konsens schnell deutlich: daß nämlich der zentrale Satz im Programmheft ganz einfach falsch ist. Er lautet: „Es gibt keine französische Musik.“

Natürlich gibt es da Unterschiede, und zwar nicht nur zwischen diesen beiden Größen, sondern überhaupt zwischen französischem und deutschem Komponieren. Man braucht gar nicht unbedingt Mentalitätsunterschiede bemühen, die in der Tat schwer zu fassen sind. Die Ursachen für die verschiedenen Schreibweisen sind manchmal höchst subtil. In Deutschland gibt es eine Vielzahl von Orchestern, die Kompositionsaufträge vergeben – kein Wunder, daß entsprechend viele neue Orchesterwerke entstehen.

In Frankreich hingegen stellt das Pariser Institut im Centre Pompidou, die vielleicht wichtigste Einrichtung des Landes für zeitgenössische Musik, den Komponisten auch noch die kompliziertesten elektronischen Gerätschaften zur Verfügung – die Folgen sind fast zwangsläufig Kompositionen, die sich auf die eine oder andere Art mit den Klangmöglichkeiten der avancierten Elektronik auseinandersetzen.

Tristan Murail, Jahrgang 1947, ist einer der Komponisten, die im Mittelpunkt der Bremer Musiktag standen. Sein Werk verdeutlicht diesen Trend beispielhaft. In dem ihm gewidmeten Konzert wurden fünf seiner Kompositionen aufgeführt. In den beiden wichtigsten ist Elektro- und nicht im Spiel, in ausnahmslos allen geht es um neue Spieltechniken, um die Erweiterung des klanglichen Horizonts. Zum Vergleich: Der etwa gleichaltrige Wolfgang Rihm hat in seinem umfangreichen Gesamtwerk noch kein einziges Mal elektronische Klangkörper eingesetzt. Jens Peter Ostendorf, Kolloquiumsteilnehmer und selbst Komponist, brachte es auf eine bündige Formel: „Für die französischen Komponisten ist Recherche der zentrale Begriff, also alles, was mit der Erforschung neuer Klänge zu tun hat.“

Ostendorfs These bewahrheitete sich auch noch in einem anderen Konzert: Auch das Thema der Wahlfranzosen Vinko Globokar ist die Erweiterung des Klang-Repertoires – bei ihm allerdings auf höchst vergnügliche und spielerische Weise. Hier wird wirklich auf jede nur erdenkliche Art Musik gemacht. Vom klingelnden Telefon über alle möglichen Klopfgeräusche bis hin zu den entlegensten vokalen Darbietungen. Nichtklägliches ist Globokar fremd. Vielleicht ist es sogar der idealtypische Vertreter für diese Art von Klangkompositionen: weil es in Werken wie etwa „Par une forêt de symboles“ um nichts anderes als diese Klänge und ihre möglichst utopische Wirkung geht, weil hier andere kompositorische Probleme wie zum Beispiel das der Form völlig an den Rand gedrängt sind.

Natürlich sind solche verallgemeinernden Beschreibungen nationale Kompositionsstile nicht ungefährlich und in gewisser Weise sogar falsch – es wird immer Gegenbeispiele geben, und natürlich spielt für die Einschätzung des jeweils anderen Schreibstils der eigene Blickwinkel eine entscheidende, manchmal wohl auch fatale Rolle.

Der Komponist Claude Ballif formulierte das so: „Solange ich in Paris lebe, galten meine Werke als hart und düster. Später kam ich nach Berlin, und dort stellte man an ganz anderen Werten plötzlich ihre Leichtigkeit und Spritzigkeit fest, sie waren eben typisch französisch.“

STEPHAN HOFFMANN

ZDF-Wanderung durch das gefährdete Gebirge

Mondlandschaft Alpen?

Sind die Alpen von der Umarmung durch die „weiße Industrie“ tödlich bedroht? Auf die Sportler, Wanderer und Alpenvereine, die Naturschützer und Kraxelfexen wirken sie wie ein Magnet. Die wie Ebbe und Flut an- und abrollende Menschenwoge richtet Verheerungen an: Tritt- und Schleifspuren in der Vegetationsdecke, Erosionsschäden, Zertrampelung ganzer Biotope, Artenflucht und -tod. Noch zerstörerischer ist die „Aufputzung“ der Landschaft mit Infrastruktur für die Touristenheere: Straßen, Hotels, Zweitwohnungen, Lift- und Kraftwerke.

Mit Erschließungen neuer Skigebiete muß Schluß sein, fordert die Alpenstutzkommission (in Vaduz). Eine Streitmacht europäischer Naturschutzverbände hat der Verhinderung der Alpen zu einem affigen „Skizirkus“ den Kampf angesagt. Vom Touristenverein „Die Naturfreunde“ bis hin zur ARGEALP, der Gipfelkonferenz der Alpenländer, haben Dutzende von Verbänden ihr Bekenntnis für die Erhaltung der Alpen abgegeben – aber die Macht der Nutzungs- und Verwertungswünsche, die Gier der Privatinteressen, die Renommiersucht der Provinzbürgermeister gehen über alle Vorschläge hinweg.

So war auch die Bewerbung Bergstadts für Olympia 1992 (und 1994) zum Zankapfel zwischen Naturschützern und Tourismuslobby geworden. Daß dabei auch mit gespaltener Zunge geredet wird, zeigte die Stellungnahme des Verbandes für Angewandte Geographie: Er sah, daß das Schicksal des Nationalparks Bergstadts auf dem Spiel – und fordert doch zugleich, daß „im Zeichen der fünf Ringe die bislang immer wieder auftretenden chaotischen Verkehrs- und Parkverhältnisse durch entsprechende Baumaßnahmen nachhaltig verbessert werden“.

Fachleute wie der Göttinger Forstpolitiker Professor Rolf Zundel malen apokalyptische Visionen an die Wand: Lawinen, Bergstürze, Hoch-

wasserkatastrophen, Vermurungen, Trinkwassernot und Klimabrische würden dem Absterben der Bergwälder folgen. Die Alpen könnten zu Mondlandschaften wie die Gebirgszüge am Mittelmeer verkarsten und für immer unbewohnbar werden.

Mit Erschließungen neuer Skigebiete muß Schluß sein, fordert die Alpenstutzkommission (in Vaduz). Eine Streitmacht europäischer Naturschutzverbände hat der Verhinderung der Alpen zu einem affigen „Skizirkus“ den Kampf angesagt. Vom Touristenverein „Die Naturfreunde“ bis hin zur ARGEALP, der Gipfelkonferenz der Alpenländer, haben Dutzende von Verbänden ihr Bekenntnis für die Erhaltung der Alpen abgegeben – aber die Macht der Nutzungs- und Verwertungswünsche, die Gier der Privatinteressen, die Renommiersucht der Provinzbürgermeister gehen über alle Vorschläge hinweg.

So war auch die Bewerbung Bergstadts für Olympia 1992 (und 1994) zum Zankapfel zwischen Naturschützern und Tourismuslobby geworden. Daß dabei auch mit gespaltener Zunge geredet wird, zeigte die Stellungnahme des Verbandes für Angewandte Geographie: Er sah, daß das Schicksal des Nationalparks Bergstadts auf dem Spiel – und fordert doch zugleich, daß „im Zeichen der fünf Ringe die bislang immer wieder auftretenden chaotischen Verkehrs- und Parkverhältnisse durch entsprechende Baumaßnahmen nachhaltig verbessert werden“.

Was macht Baßbariton Willy Schneider (81)?

Wein in Kölner Kellerbar

Beinahe wäre aus Willy Schneider, dem Troubadour vom Rhein, ein gewöhnlicher, der im ererbten Metzgerladen in Köln-Ehrenfeld frägt: „Darf's etwas mehr sein?“ Er hat nämlich das Handwerk seines Vaters erlernt, aber seiner Gesangsbegeisterung wegen die Metzgerschürze als Geselle an den Nagel gehängt. Welch ein Glück für mehrere Generationen! Ihn hat Willy Schneider per Radio, Schallplatte, Film und Fernsehen sorgenverbreitend, rheinisch-fröhliche Gesangsbegeisterung geschenkt.

Vor 55 Jahren begann die Karriere des heute 81jährigen Baßbaritons. Zwar kann man nicht erwarten, daß er bei der inzwischen bereits flüchtige gewordenen dritten Generation „in“ ist, aber hören und sehen kann auch



Heute in „Und die Musik spielt dazu“ (ZDF, 19.30 Uhr): Schneider

sie ihn in der Sendung zu Ehren des 1982 gestorbenen Schlagertexters und Musikproduzenten Kurt Feltz.

Man merkt nicht, daß der Volksänger Willy Schneider seit seines Lebens von kaum bezwingbarem Lampenfieber gepackt ist. Aber ein Profi seiner Klasse schafft es, dennoch gelassen rheinische Volkslieder anzustimmen oder zu seihen: „Man müßte nochmal zwanzig sein.“

Willy Schneider, dem in den letzten Jahren schwere Krankheiten und Operationen nicht erspart blieben, lebt mit seiner Frau Hanny zurückgezogen in Köln-Jonsdorf. Der Rundenfreund und Hobbygärtner züchtet Rosen und liebt Flaudereien mit Freunden in seiner Kellerbar.

Deutschlands Winzer, deren Reben er jahrzehntlang hingebungsvoll besungen und gar in dem Film „Schütt! Die Sorgen in ein Gläschen Wein“ verschnulzt hat, hätten ihm längst ein Denkmal setzen müssen. Doch was soll's? Schneider, der weder im „Knaur“, noch im großen „Meyers Lexikon“ steht, lebt im Herzen von Millionen Menschen. Seine Lieder sind auf 1000 Schallplatten geprägt.

Er wurde mit „Goldenen Schallplatten“, Gedenkmedaillen und dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse geehrt. Tourneen führten ihn in alle Welt, aber wie sein Freund Willi Ostermann, dessen karnevalistischen Lieder er berühmt machte, wäre er doch immer und auf dem schnellsten Weg „zu Fuß nach Köln“ gegangen.

GÜNTER RUDOLF

Pankows Breker

Er ist schon ein eigenartiger Künstler, der Bildhauer Fritz Cremer, führender Repräsentant der „DDR“. Das ZDF stellte ihn zu später Stunde vor. Es ist genug gekennzigt worden. Er ist – 1906 im westfälischen Arnsberg geboren – kürzlich 80 geworden. Und kein bißchen weiser. Der „idealistische Jungkommunist aus dem Ruhrgebiet“, wie er sagt, der früh „ins rote Berlin“ kam und 1936 (!) den Staatspreis erhielt – für eine Skulptur, auf der eine Weinende getrostet wird und die er „Gestapo“ nannte –, ist seinem frühen Glauben treu geblieben. Trotz allem, was geschah. Trotz allem, was man über Stalin und seine Epoche erfuhr, trotz der Bevormundung durch einen Staat, für den Kunst vor allem anderen Agitprop ist, Agitation und Propaganda.

Cremer hat sich nicht gestraubt, als es in diesem Staat galt, nichtssagende „Arbeiterdenkmäler“ zu schaffen, die

entschlössen im Ausdruck und mit schwellenden Muskeln wirken. Seine Kunst ist für „die Leute“ bestimmt, sagt er – und er sagt immer verächtlich „Leute“, nie „Menschen“ –, und sie ist nie von der Gestalt her gedacht, sondern immer zuerst vom Inhalt, vom unklarer Begriff der „Aussage“. Deswegen hält er auch Henry Moores – traglos ereignende – Zeichnungen der vor deutschen Raketen Schutzsuchenden in Londons U-Bahnschächten für dessen größtes Werk.

Er glaubt eben immer noch an den Sozialismus, er glaubt immer noch an Brecht. Und er glaubt, der Mensch müsse „vom Kreuz erlöst werden“. So schafft er allen Ernstes Plastiken und Zeichnungen, auf denen Christus herabsteigt vom Kreuz und es zerbricht. In einer Form, die in Hitlers „Haus der Deutschen Kunst“ unangefochten ihren Platz gehabt hätte. Man weiß gar nicht, was „die Leute“ immer gegen Arno Breker haben. K. B.

Heil bis geil

Schon der Titel von Norbert Paul Ungers Film „Aufbruch zum Uhhirsprung“ (ARD) deutete an, daß hier eine Art biographischer Quellenforschung betrieben wurde. Unger kehrte vor der Kamera in seine Heimat zurück, ins Elsaß. Die Kriegszeit hatte Schatten auf die Familie geworfen. Dann paßte den Lehrern der Akten des Jungen nicht. Schulabgang vor dem Abitur, der Besuch auf der Kunstakademie wurde frühzeitig beendet. „Subversiv und pervers“ sei seine Originalität, schrieb ihm ein Lehrer ins Zeugnis.

Zeichnend machte Unger das Beste daraus. Zwei Triebkräfte nannte er: „Begeisterung und Disziplin“. 24jährig brach er nach New York auf. Von dort gab es viele positive Stimmen im Film. Von seinem widersprüchlichen Naturell – „zwischen geiler und heiler Welt“ – konnte der Film aber nur wenig vermitteln, von

einem Typen, der mit Schweinchen Kinder entzückt, mit fantastischen Befriedigungsmaschinen die Sexualität der Erwachsenen sublimiert, biedermeierliche Illustrationen so beherrscht wie die mondänste Linie.

Der „schwierige“ Unger kam etwas zu kurz, denn der Künstler – oft selbst Voyeur – verweigerte den Einblick. Und auch das Eigentliche, die Arbeit, kam zu kurz. Die Produktion an Cartoons und Büchern, die Unger geschaffen hat, ist enorm, dennoch hätte man gerade hier gern noch mehr gesehen. Ob Unger, der für Europa (durch Diogenes) erst in den USA entdeckt wurde, nun tatsächlich, wie der Titel der Sendung behauptete, „zwischen den Kulturen“ steht, mag man bezweifeln.

Die Einsicht des Films bestand darin, daß Unger eine gehörige Portion Vergangenheit mit sich herumträgt: daß er jene Quellen, die ihm selbst erst spät erkennbar wurden, beinahe pflichtig behandelt. PHG

III.

WEST
18.00 Telekaffee
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Akademie Studeo
20.00 Tagesschau
20.15 Invasion vom Mars
Amerikanischer Spielfilm (1955)
21.15 Filmip
21.45 Wolfgang Graf Bergha von Trips
Porträt von D. Oeckl, H. Tholen
22.15 Der 7. Sinn
22.30 Nachrede zum „Namen der Rose“
23.00 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Christof
Rock-Gospel-Show
19.15 Wilhelms Ostafrika (2)
Ugandische Nationalparke
20.00 Tagesschau
20.15 Lina Brocke
Deutscher Spielfilm (1975)
Mit Una Carstens, Fritz Rasp
Regie: Bernhard Sinkel
21.55 Berliner Ansichten
22.45 Weißes Sprachverhalten
HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.35 Was tun mit der Zeit?
19.30 Hessensches
19.55 Drei eckig
20.00 Zum Teufel mit dem Reichlein
Italienischer Spielfilm (1946)
21.25 Autoreport
M wie Motorrad

III.

21.30 Drei eckig
21.45 Kulturkalender
22.15 In bester Gesellschaft
Fernsehserie
23.00 Ex war 1981
Karl Boedeker wird geboren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Dingo
19.00 Abendnachrichten
19.30 Sonntagsnachrichten
19.50 Seine Exzellenz bleibt zum Essen
Italienischer Spielfilm (1961)
21.05 Aktuell/News
21.15 Politik/Ausgang/Treffpunkt
21.45 Sport unter der Lupe
22.50 Musikladen: Europa
23.15 Deutsches

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Susanna 46 wie Susanna
Italienischer Spielfilm (1957)
20.25 Pankows Breker
Ming, der Gnadenlose
20.45 Mit diesem Laster nicht
Fernsehspiel von F. von der Kooij
21.15 Hilfe für die Brüder
Besuch in Papua-Neuguinea
21.30 Rundschau
21.45 Für Allah sterben
Im Iran von heute
22.30 Z. N.
22.35 Im Gespräch
23.00 Rundschau
23.25 Ein Liebesfilm
Ungarischer Spielfilm (1970)

III.

18.00 Mini-Zoo
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.30 Studio
19.50 Der Mann aus Kiel
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.30 Kulturjournal
21.45 Das ist Elvis
Amerikanischer Dokumentarfilm
23.25 Nachrichten

RTL
18.15 Stern/Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
Alles mit Bohnen –
18.55 7 vor 7
19.22 Karaoke
19.30 Gilbert-Berard-Special
19.55 Wild-Netz
Auch Roboter sind Menschen
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Da darf nicht länger schweigen
Deutscher Spielfilm (1955)
22.10 RTL-Spiel
22.15 Nachrichten
22.30 Poppy und Freund Bruno
23.00 Was ist Kino
23.15 Wetter/Nachrichten/Bericht
23.30 Wall Street Live

sat
18.00 Mini-Zoo
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.30 Studio
19.50 Der Mann aus Kiel
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.30 Kulturjournal
21.45 Das ist Elvis
Amerikanischer Dokumentarfilm
23.25 Nachrichten

che nach K

Sitzplätze, vorgewärmt

P.F.R. - Köln Schauspiel hat zum Saison-Auftakt vier bestfalls problematische Premieren geboten. Das ist keine Bilanz, die dazu anmerken könnte, in die Spenderhörsen der Stadtväter weitere Taschen einzunähen. Darauf sind aber die Bühnen unter dem Szepter von Klaus Pierow angewiesen. Die künstlerische Seite entspricht mittlerweile nämlich voll der finanziellen. Hier wie dort tun sich Defizite auf.

Köln hat dabei inzwischen sogar eine Rekordmarke gesetzt. Der Zuschauersbedarf liegt im Schauspiel, rechnet man ihn auf die vorhandenen Plätze und die Zahl der Aufführungen um, höher als in der traditionell wesentlich teureren Oper. Wer sich dort für eine „Tosca“ oder „Carmen“ niederläßt, wird aus dem Steuersäckel mit 130 Mark subventioniert. Steht dem Besucher eher der Sinn nach Lessing (oder Fugard), so findet er seinen Sitz noch kräftiger vorgewärmt. 168 Mark

schlagen vorab zu Buche - das sind über dreißig Prozent mehr als im Vorjahr.

Nun hat sich diese schlimme Kassenlage nicht erst jetzt entwickelt. Die Opern-Subventionen waren bereits 1984 vom Schauspiel übertröfen worden, und damals regierte ja zu Köln am Rhein noch einige Monate lang der inzwischen nach Hamburg abgewanderte Jürgen Pimm. Er streift mit dem früheren Arbeitgeber darüber, um wieviel er seinen Etat überzogen hat. War es eine Million oder weniger? Aber auf diesen Ausgangspunkt kann sich Pierow schwerlich berufen. In der Kunst, das Zuschuß-Tempo immer weiter zu beschleunigen, darin zumindest ist er unbestritten König.

Lessings Nathan fragt listig, ob die Wahrheit denn eine Münze sei. Ersetzt man den Begriff durch „Schauspiel“, so muß man nicht nur in Köln, sondern landauf, landab die lediglich rhetorisch gemeinte Frage seit geraumer Zeit ernst nehmen und bejahen. Wie lange kann der eine oder andere Bühnen-Catilla, frei nach Cicero, die Geduld mißbrauchen? Es muß ja nicht gleich heißen: Wer zahlt, schafft an.

Was bringt die „documenta 8“ im kommenden Jahr?

Neue Kunst soll's sein

Am 12. Juni 1987 öffnet in Kassel die „documenta 8“ ihre Tore. Um dem Ereignis schon jetzt gebührende Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen, luden die Kasseler zu einer Pressekonzferenz ein, bei der erstmals das Konzept erläutert werden sollte. Doch wenn etwas Schule gemacht hat, dann ist es Rudi Fuchs, der Leiter der „documenta 7“, der alle Fragen nach Konzepten mit dem Hinweis abzuwehlt, eine Ausstellung müsse man sehen, könne sie aber nicht beschreiben - und vorher schon gar nicht.

Auch Manfred Schneckenburger, künstlerischer Leiter der „documenta 8“, blieb weitgehend im allgemeinen, wenngleich er anmerkte, man wolle die „Theoriesexesse und -kämpfe der 5. und 7. documenta“ vermeiden. Vielmehr sei es die Absicht, die „Kunst der Gegenwart so zu zeigen, wie sie ist“. Obwohl bereits achtzig Prozent der - höchstens 150 - Künstler, die eingeladen werden sollen, feststehen, geizte Schneckenburger mit Namen, aus denen sich am ehesten noch das Programm hätte ablesen lassen. Nur daß Beys an zentraler Stelle vertreten sein wird, gab er preis, erwähnte Kiefer, Morris, Longo und Astrid Klein, die im Friedericianum präsentiert werden, und nannte Serra, Bickelmeier, Thomas Schütte, Trakas, Kawamata und einige wenige andere, die im Freien auf der Wiese vor der Orangerie oder in der Stadt plastische Objekte realisieren sollen.

Der Generalnenner der „documenta 8“ wird die „Kunst der achtziger Jahre“ sein. Man will sich auf Werke beschränken, die in den fünf Jahren seit der letzten documenta entstanden sind, wobei „neue Kunst“ nicht unbedingt mit „junger Kunst“ identisch sein muß. Einem Stilbegriff wollte Schneckenburger diese Entwicklung jedoch nicht zuordnen. Allenfalls sieht er eine „neue kulturelle, historische und soziale Dimension“

gespiegelt. Auch bestünde nicht die Absicht, die Kunst nach Medien oder Gattungen zu gliedern. Jedes Kunstwerk solle sich in einen „integrierten Erlebnisraum“ entfalten können.

Neu wird bei der „documenta 8“ die Einbeziehung der Architektur und des Designs sein. Ein Dutzend Architekten sollen jeweils einen eigenen Raum gestalten, jedoch nicht als ein Museum ihrer Pläne und Entwürfe, sondern als Szenographie ihres idealen Museums. Bei den Designern ist an Entwerfer gedacht, die - vorwiegend bei Prototypen von Möbeln, Lampen und Armaturen - den Übergang von der Skulptur zum Benutzbaren umspielen. Und schließlich werden eine Videothek mit 50 abrufbaren Bändern und eine Audiothek, die akustische Kunstwerke von Lautfräsmont, Schwitters, Page, Rühm u.a. anbietet, Teil der Dokumenta-Inszenierung sein. Außerdem wird es zur Eröffnung und an sechs Wochenenden Performances geben sowie eine Reihe von Sonderprogrammen des Kasseler Theaters, die von der Beziehung zwischen darstellender und bildender Kunst ausgehen.

Der Gesamtetat beträgt 7,8 Millionen Mark, wovon etwa 7,15 Millionen unmittelbar Ausstellungsetat sind (Davon werden jeweils rund 2 Millionen für Personalkosten und für die Kunstwerke, die erst am Ort entstehen, erforderlich sein). Allerdings gibt es noch einige Projekte, bei denen man auf Sponsoren oder Mäzene hofft, weil sie aus dem documenta-Etat nicht zu realisieren sind. Dazu gehören eine Brücke über den verkehrsträchtigen Steinweg zwischen Friedericianum und Orangerie, ein Buchladen, den Oswald Mathias Ungers entworfen hat, und mehr Freiplastiken. Bisher geht die Kalkulation von 350 000 Besuchern aus (378 000 waren es bei der „d 7“), hofft jedoch, um Defizite zu vermeiden, auf 400 000 zahlende Gäste.

PETER JOVISHOFF



Der deutsche Bühnen neue und wichtige Wege gewiesen Kurt Hübner

Er übernahm die Freie Volksbühne in Berlin, die seit ihrer Gründung, 1949, fast dauernd vom Pech verfolgt war und schon mehr als ein Dutzend Intendanten verschlungen hatte. Er hat das Haus geordnet. Er hat die fatalen Vorbedingungen dieses volksbühneneigenen Privattheaters dann doch festigen können. Er mußte auf kleiner Flamme kochen. Er hat - mit wechselndem Glück - selber oft genug inszeniert.

Wenn es ihm gelang, Noelle oder Zadeck oder Neuenfels freizukämpfen und sie an seinem Hause arbeiten zu lassen, hat er viele glänzende Inszenierungen möglich gemacht. Aber die Wichtigkeit seiner Bremer Zeit hat er nicht wieder erreicht. Die Umstände standen gegen ihn. Vor wenigen Wochen resignierte er. Er übergab die Intendanz an Hans Neuenfels.

Er ist aus der neueren Theatergeschichte nicht wegzudenken. Er hat der deutschen Bühne viele Hoffnungen, frische, nachwirkende Wege gewiesen. Man muß es ihm danken.

FRIEDRICH LUFT

Die drei Tschechen und das zerstörte Sudetenland

Hier war Ephesos, dort Pergamon...

Drei in der Tschechoslowakei lebende Autoren haben - aus begreiflichen Gründen unter Pseudonym - ein bemerkenswertes Buch über das Sudetenland und seine Bedeutung für die deutsch-tschechischen Beziehungen geschrieben. Was da jetzt unter dem Autorennamen „František Jedermann“ in deutscher Sprache herausgekommen ist, gehört wohl zu den interessantesten Essays, die je über Geschichte und Gegenwart Böhmens, das bis zur Katastrophe des zweiten Weltkrieges die gemeinsame Heimat - um nicht zu sagen: sogar das gemeinsame Vaterland - von Deutschen und Tschechen war oder doch hätte sein sollen, geschrieben wurden (František Jedermann: „Verlorene Geschichte. Bilder und Texte aus dem heutigen Sudetenland“. Aus dem Tschechischen von Joachim Bruss. Bund-Verlag Köln. 176 S. 24 Mark).

Die deutsche Okkupation habe dann die „Saat von Angst und Haß“ gesät. František Jedermann schreibt über das Jahr 1945: „Die Tschechen nutzen nun die günstige Nachkriegssituation und - verjagen fast drei Millionen böhmischer Deutsche aus ihren jahrhundertalten Siedlungen, um so (hinter dem Schuttschild der Zustimmung der Siegermächte) auf ihre Weise die gespenstische nazistische Idee einer „Endlösung“ - allerdings nur durch Vertreibung - zu realisieren. Erinnern wir uns: Das taten keineswegs Kommunisten, sondern Tschechen. Wenn ein tschechisches Gewissen existiert und wenn es etwas belastet, dann ist es unter anderem auch dieses.“

Ohne Achtung der Natur siegen die Goldgräber

Die Autoren sprechen Deutschen und Tschechen gleichermaßen das „unselige“ Verdienst zu, daß nun in den mitteleuropäischen Raum Kräfte eindringen konnten, die Mitteleuropa definitiv zerstörten: Was sei heute aus den böhmischen Ländern geworden - und was aus Deutschland? In das verlassene Sudetenland seien nach 1945 meist „entwurzelte und nicht verankerte Menschen“ eingestürzt. Darin und zugleich in der Verschmelzung von extremem tschechischen Nationalismus mit einem totalitären Regime sehen die Autoren die wichtigsten Ursachen für den traurigen Zustand, in dem sich das „Grenzland“ heute befindet.

Die Quellen des Gemeinschaftslebens seien versiegt, klagen die Autoren. Man könne sich, so erklären sie, keine dauerhafte Heimat in Häusern aufbauen, deren ursprüngliche Bewohner sie unfreiwillig verlassen mußten. Es gebe in diesem Grenzland ein „Nichtrespektieren“ der Ordnung der Natur - und daraus ergebe sich auch der Schwinden der Goldgräbermentalität der Ausbeutung. Und dann gebe es darüber hinaus die Grenze selbst, eine Monstruosität für sich, wie sie früher nie bestanden hatte. „Sie wird von der verdrängten Barriere gebildet, die vom Zusammenfluß der March und Donau bis zum Ausläufer der Asch mit nichtisoliertem Hochspannungsstrahl verstärkt ist.“

Trotz allem aber sei Böhmen - Böhmen - „unser gemeinsames Land gewesen“, stellen die Autoren schließlich wehmütig fest - ein Land, das ursprünglich keinen Nationalhaß gekannt habe. Dazu Fran tišek Jedermann:

„Diese Welt, deren Ordnung dem ungestörten Zusammenleben beider Völker Böhmens günstig war, ist unweidlich vorüber. Ihre steinernen Zeugen verfallen und gehen dahin. Ich trete durch dieses Land und betrachte die Ruinen von Hasenstein und Riesenburg, die toten Steingebäude der Klöster von Osseg und Braunau und auch den abgefallenen Putz von Rotenhaus und Eisenberg. Ich komme mir vor wie ein Liebhaber des christlichen Altertums, der durch Kleinasiens geht und sich sagt: Also hier war Galathien, hier Ephesos und dort Pergamon...“

CARL GUSTAF STRÖHM

Mit Celi in die Tempel fernöstlicher Weisheit

Das Rückgrat verkümmerte und die Kniekehlen strapazierende niedrige Sitzgelegenheiten machten den Münchner Philharmonikern ihre erste Japan-Tournee zuweilen zur argen Strapaze. Das sind eben die Erfahrungen, aus denen die Münchner klug werden müssen für die Zukunft. Lehrgeld wird auf jeder Tournee bezahlt. Aber natürlich bewilligte das einzige Orchester, jedenfalls in musikalischer Hinsicht, die Herausforderung dieser so wichtigen nicht nur mit achtunggebietender Disziplin, sondern meist sogar mit enthusiastischem Engagement.

Nachdem die Nordamerika-Tournee des Orchesters im vergangenen Herbst von Lorin Maazel geleitet wurde, war diese Japan-Reise zugleich auch die erste große Übersee-Tournee der Münchner unter ihrem legendären Chef Sergiu Celibidache. Das muß man sehen: Auf dem Weltmarkt der Musik sind die Münchner Philharmoniker als Orchester noch längst nicht etabliert; ihre derzeitige Attraktivität beruht vor allem darauf, daß sie Celibidaches Instrument sind.

Als Musiker der Weltelite wurden sie in Japan erwartet und, speziell in den größeren Städten, auch gefeiert. Spielerstehende Enthusiasten applaudierten oft noch lange nach dem Konzert am Bühnenaussgang jedem Musiker einzeln wie ganz großen Stars. Das tröstete über den frustrierenden Beginn rasch hinweg.

Das war passiert: Keineswegs pädagogische Gründe, wie vorgegeben, sondern steuerliche Abschreibemöglichkeiten veranlassen in zunehmendem Maße Prestige-Colleges,

hochqualifizierte Orchester „einzukaufen“. Dabei haben sie vorher ihre Zöglinge nicht die geringste Handreichung gegeben, wie einem solchen musikalischen Ereignis zu begegnen wäre. Für ein solches Konzert hätten sich auch die Münchner verpflichtet lassen. Fällt ein derartiges „Schulkonzert“ dann auch noch in eine Reihe von Feiertagen, dann bleibt so mancher Sitz im Saal leer. Währenddessen tummelten sich im luxuriösen, mit teuer, aber nicht unbedingt guter Kunst ausgestatteten Foyer, lustlos die Jugendlichen. Bedauerlich, daß derartige Konzerte nicht einer speziell den Musikstudenten zugänglich gemacht werden, sondern allenfalls als Unterricht in Sachen „gesellschaftliches Ereignis“ gelten können. Denn die Preise pro Konzertkarte liegen und 200 Mark. Zweieinhalb Stunden Unterricht in einer Tokioter Akademie für Darstellende Kunst und Musik sollten diesen Fauxpas gewissermaßen wieder ins Lot bringen.

Celibidache machte den Versuch, mit der Hilfe von drei nicht unbedingt als Dolmetscher zu bezeichnenden, ihm assistierenden Japanern, ein Schulorchester in die 8.

Symphonie von Schubert einzuführen. Auf die Stimmung kommt's bei „Celi“ besonders an. So lehrte er jede Orchestergruppe erst einmal ausführlich, wie sie ihre Instrumente spielen sollte zu machen hätten.

Während der oft und oft wiederholten Takte des Beginns der Sinfonie hatten die Studenten ihre Liebe Not, den Ansprüchen von Sergiu Celibidaches Hoher Schule des Hörens auch nur im Ansatz zu genügen. Mit heftiger Insistenz wies der manchmal engelsgleich geduldige, meist aber nervös-aggressive Maestro auf unverzeihliche Fehler hin. Um so erstaunter waren wohl alle Anwesenden, als Münchens zunächst verzweifelt wirkender Generalmusikdirektor abrupt verkündete: „Ich werde mit Ihnen eine Symphonie einstudieren, benötigt aber mindestens einen Monat dazu.“

Die falschen Einflüsse amerikanischer und auch deutscher Musikpraxis durch sein Beispiel des Musizierens ohne virtuosens Nachdruck, dafür „im reinen Bewußtsein“ (Celibidache) differenzierter und klarer Durchdringung einer Partitur zu korrigieren, dazu war Celibidache nach Japan ausgezogen. Gebannte Zuhörer dankten ihm dafür. Selten sah man bei einem teilweise mondan wirkenden Publikum so viele staunend beglückte Kinderaugen.

Wenn man in zwölf Tagen sechsmal die 4. Sinfonie Schumanns und Musorgskis „Bilder einer Ausstellung“ (in der Instrumentation Ravels) in akustisch total unterschiedlichen Räumen gehört hat, kommt man sich wie ein Wanderer durch eine witterungsbedingte ständig leicht veränderte, unterschiedlich beleuchtete Landschaft vor - eine faszinierende Erfahrung.

Die Japaner schienen es nicht anders zu empfinden, und so konnte Celibidache resümieren: „Wir haben erreicht, was wir wollten.“ Ob freilich dieser Kreuzzug lange nachwirken wird, steht dahin. Japan steht bei der europäischen Musik ganz im Bann der perfektionistisch gedillten Darbietung, die der verständnisvollen, von langem kulturellem Erbe durchdrungenen Interpretation weniger Gewicht beimißt. Eben dieses Erbe an europäischer Musikkultur vermittelt Celibidache wie vielleicht kein zweiter Dirigent heute. Davon haben die Japaner wohl einiges gespürt, davon könnten sie für die Zukunft profitieren.

URSULA HÜBNER



Zurück zu Botticelli: „Venus und Gelotus“ (1868/78) von Edward Burne-Jones (1833-1898), aus der Ausstellung in Rom

Im Geist der Präraffaeliten: Edward Burne-Jones

Malerträume von gestern

Gegen den offiziellen Akademismus, gegen die Konvention des viktorianischen Zeitalters, gegen die sozialen Übel und Konflikte der Industrialisierung, für die Wiedererweckung einer ursprünglichen Kunst, inspiriert von der Natur: Diesem Ziel der Präraffaeliten verschrieb sich auch Edward Burne-Jones, obwohl der englische Maler der Richtung offiziell nie angehörte.

Die Präraffaeliten, zu denen sich der Maler William Holman Hunt, Dante Gabriel Rossetti und John Everett Millais 1848 in England zusammenschlossen, wollten in der Kunst in die frühe Renaissance und in das Mittelalter, also in die Zeit vor Raffael, zurückgehen und sich vor allem von deren angeregtem Naturbezug inspirieren lassen. Daraus ergab sich oft ein strenger, minutiöser Realismus. Außerdem beeinflussten die Präraffaeliten gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Art Nouveau, den Liberty-Still und den Jugendstil.

Edward Burne-Jones wurde 1833 in Birmingham geboren, das damals geradezu ein Symbol des Industriezeitalters war. Er wurde Schüler Dantes Gabriel Rossetti. Erhielt von ihm die italienische Kunst des 15. Jahrhunderts, übertrug Burne-Jones seine melancholischen Träume in gesuchte Farben. Insgesamt 150 seiner Werke sind jetzt in Roms Galleria d'Arte Moderna zu sehen.

Während die Präraffaeliten mit ihrer symbolistischen Kunst im Geiste der italienischen Maler vor Raffael, etwa Mantegna und Botticelli, die zeitgenössische Kunst erneuern wollten, entwickelte Burne-Jones zusammen mit dem Maler und Schriftsteller William Morris dieses Konzept weiter, ausgehend von der Rebellion gegen die technische Zivilisation des viktorianischen Zeitalters und dessen blinde Anbetung des technischen Fortschritts. Burne-Jones malte märchenhaft-verträumte Bilder in gedämpften Farben nach mittelalterlichen oder antiken Sujets. Viele seiner

Arbeiten gelten als Vorläufer des Jugendstils.

Der Brite tat sich schwer, mit seiner Zeit auszukommen, dem England der Dampfmaschinen, der düsteren Fabriken und Bergwerke, der Gaslampen und Eisenbahnen. So schuf er sich mit seinen Kollegen eine andere Welt, die zu einer eigenen Kunstrichtung geriet und eine Brücke zwischen der italienischen Renaissance und der nordeuropäischen Kunst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts darstellte. Seine Vorbilder erlebte Burne-Jones vor Ort auf mehreren Italienreisen.

In England stand Burne-Jones weiterhin unter dem starken Einfluß Rossettis, aber auch der Dichter Robert Browning formte ihn, der in seinen Werken italienisches Kunstempfinden neu verstand. Burne-Jones setzte diese Einflüsse in Bildern um, denen jede schroffe Aktion fehlt. Das Statistische der Szenen wird durch häufige parallele Anordnung der Personen unterstrichen, und im Gegensatz zu manchen Werken der Präraffaeliten fehlen ganz süße und kitschige Elemente.

Seit der Jahrhundertwende sank der Bekanntheitsgrad des Malers, besonders im Ausland. Das hat sich in den letzten Jahren geändert, was sich auch im höheren Marktwert ausgedrückt, den inzwischen seine Werke erreicht haben. Unvergessen blieb der Maler in England unter anderem wegen einer insularen Kuriosität. Eines seiner weiblichen Modelle hatte besonders geformte Füße - zwei Zehen neben dem großen Zeh waren länger als dieser. Bald galt diese Fußform, die auf einigen Gemälden auftauchte, als besonders elegant und wurde (und wird bis heute) „Burne-Jones-Toes“ genannt. Heute werden weniger die Zehen als das Gesamtwerk des bedeutenden Malers wieder ins rechte Licht gerückt. (Bis 23. Nov.; Katalog, Mazzotta Editore, 35 000 Lire.)

JÜRGEN VORDEMANN

JOURNAL

Neue Strophen des Nibelungenlieds entdeckt

Bei der Durchsicht alter Katasterbände, die im Keller des Bayerischen Staatsarchivs in München lagern, wurden mehrere Fragmente des Nibelungenlieds entdeckt, die zum Teil eine neue Lesart des mittelalterlichen Heldenepos liefern. Das Pergament wurde um 1300 beschrieben und in der Mitte des 17. Jahrhunderts als Einband für eine Sammlung von Verbriefungsprotokollen des Pflegegerichts Rosenheim verwendet. Außerdem wurden auf dem Einband eines Katasterbuches aus Ingolstadt Reste eines Evangeliums entdeckt, das nach den ersten Prüfungen aus dem 8. Jahrhundert stammt. Stellt sich seine Echtheit heraus, wäre dieses Pergament eines der ältesten Stücke des Münchner Staatsarchivs.

Strecher inszeniert „Dreigroschenoper“

SAD, Paris Brechts „Dreigroschenoper“ in der Inszenierung von Giorgio Strehler ist das Pariser Theaterereignis der Saison. Am 31. Oktober ist Premiere im Théâtre Musical de Paris. Die Italienerin Milva als Jenny, die Deutsche Barbara Sukowa als Polly und Österreichs Staatsschauspieler Michael Heltau als MacHeath sind die Stars in dem Werk mit der Musik von Kurt Weill. Die Produktion geht anschließend auf Tournee nach Mailand, Rom und Wien.

B. Taverniers Film „Round Midnight“

DW, Bonn Bertrand Taverniers Film „Round Midnight“, der gestern in deutscher Erstaufführung das Berliner Jazz-Fest eröffnete, ist jetzt auch in den Kinos der Bundesrepublik zu sehen. Er war einer der Höhepunkte der letzten Biennale von Venedig (s. WELT vom 11. September 1986). Der Film (Musik: Herbie Hancock) spielt in der ausgedehnten Ära des Bebop und erzählt von einem alten, längst auf Abstellgleis geratenen schwarzen Musiker, der in Paris noch einmal für kurze Zeit an frühe Erfolge anknüpfen kann.

Basler Museum für Völkerkunde neueröffnet

DW, Basel Mit der Eröffnung der beiden Dauerausstellungen „Zaire - Masken und Figuren“ (Katalog: 19 sfr) sowie „Gravierte Steinplatten aus der West-Sahara“ ist das Museum für Völkerkunde in Basel nach einem längeren Umbau jetzt wieder in allen Teilen zugänglich. Es umfasst nun das Alt-Ägypten-Kabinett, vier Ozeanien-Säle sowie Räume mit Beispielen der Kultur Balis, des indischen Gußtechnik, mit einem Aelam-Kulturbau sowie einer vergleichenden Übersicht textiler Techniken. Außerdem ist bis Juni 1987 die Wechselausstellung „Rund ums Essen“ (Katalog, Birkhäuser Verlag, 19,50 sfr) zu sehen.

John Braine †

... und nähme doch Schaden an seiner Seele“ lautete, recht pathetisch, der deutsche Titel seines erfolgreichsten Romans. Die Geschichte des Aufstiegers Joe Lampton, der über Leichen geht, um sich einen „Platz an der Sonne“ in der Gesellschaft zu erobern, sicherte John Braine kurzzeitig einen herausragenden Platz unter den Nachkriegsautoren Großbritanniens. Lakonischer Stil, zynischer Witz und scharfe Beobachtungsgabe kennzeichneten das Debut eines Autors, welcher der diffusen Gruppe der „angry young men“ zugeordnet wurde und von dem man noch einiges erwarten durfte. „Room at the Top“ erschien 1957; ein Jahr später wurde der Roman mit Simone Signoret verfilmt. Doch schon die Fortsetzung mit dem konsequenten Titel „Life at the Top“, in dem die Gesellschaft des englischen Städtchens Warley erneut geschildert wird, entpuppte sich lediglich als schales Ehedrama. Den Erfolg seines Erstlingswerkes hat er auch mit seinen späteren Romanen nicht mehr wiederholen können. Am Dienstag ist John Braine im Alter von 64 Jahren in London gestorben. no

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein Roman aus einer unbekannten, exotischen Welt: Die Australierin Charlotte Jay hat die Handlung auf den Ostteil der Insel Neuguinea verlegt. Hauptperson ist eine junge Witwe, die im Dschungel den plötzlichen Tod ihres Mannes mit der Hilfe von weißen Freunden und Eingeborenen aufklären will. Es ist eine merkwürdige Geschichte, voller Andeutungen und Vermutungen, leider ohne rote Faden. Fazit: Mit einem Kriminalfall, wie auf dem Umschlag angekündigt, hat dieses Buch wirklich nichts zu tun. Bo, Charlotte Jay, „Bis auf die Knochen“, Ullstein, 223 S., 8,80 Mark.

